

BÜRGER & STAAT



Rassismus – Geschichte, Spuren, Kontinuitäten

Direktion der Landeszentrale

Lothar Frick
Sibylle Thelen

Redaktion

Prof. Siegfried Frech, siegfried.frech@lpb.bwl.de

Redaktionsassistentz

Barbara Bollinger,
barbara.bollinger@lpb.bwl.de

Anschrift der Redaktion

Lautenschlagerstraße 20, 70173 Stuttgart
Telefon: 07 11/16 40 99-44
Fax: 07 11/16 40 99-77

Herstellung

Schwabenverlag AG
Senefelderstraße 12, 73760 Ostfildern-Ruit
Telefon: 07 11/44 06-0, Fax: 07 11/44 06-1 74

Gestaltung Titel

VH-7 Medienküche GmbH, Stuttgart

Gestaltung Innenteil

Schwabenverlag Media
der Schwabenverlag AG

Vertrieb

Neue Süddeutsche Verlagsgsdruckerei GmbH
Nicolaus-Otto-Straße 14, 89079 Ulm
Telefon: 07 31/94 57-0, Fax: 07 31/94 57-2 24
www.suedvlg.de

Druck

Neue Süddeutsche Verlagsgsdruckerei GmbH
Nicolaus-Otto-Straße 14, 89079 Ulm

Preis der Einzelnummer 3,33 EUR.
Jahresabonnement 12,80 EUR Abbuchung.
Bitte geben Sie bei jedem Schriftwechsel mit dem Verlag Ihre auf der Adresse aufgedruckte Kundennummer an.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers und der Redaktion wieder.

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Haftung.

Nachdruck oder Vervielfältigung auf elektronischen Datenträgern sowie Einspeisung in Datennetze nur mit Genehmigung der Redaktion.

Titelfoto: picture alliance/dpa

Auflage dieses Heftes: 14.000 Exemplare

Redaktionsschluss: 22.03.2021

ISSN 0007-3121

Inhaltsverzeichnis

Mark Terkessidis Was ist Rassismus?	4
Maria Alexopoulou Rassismus in der Geschichte der Einwanderungsgesellschaft Deutschland	12
Andreas Eckert Schwierige europäische Erinnerung: Kolonialismus in Afrika	19
Thomas Thiemeyer Kolonialzeitliche Sammlungen und deutsche Erinnerungskultur	24
Heiko Wegmann, Markus Himmelsbach „In fernen Ländern gibt es ganze schwäbische Kolonien.“	30
Anna Lampert Ordnen und Unterordnen – Das Verhältnis von Kolonialismus, Rassismus und Kunst	37
Tshamala Schweizer, Farina Görmar Die afrikanische Diaspora	43
Josephine Jackson Black Lives Matter – Self-Care für Schwarze Aktivistinnen und Aktivisten	48
Noah Sow Rassistische Sprache	51
Ein Gespräch zwischen Noomi Arndt, Susanne Belz und Anna Feldbein über die Arbeit als Antirassismustrainerin	58
Jule Bönkost Ohne geht's nicht: Warum rassismuskritische Bildungsarbeit Kolonialismus zum Thema macht	66
Moritz Holfelder Der afrikanische Krieger – Sieben Vorschläge zum Umgang mit der kolonialen Vergangenheit	73
Aus unserer Arbeit	78
Buchbesprechungen	79
Jahresinhaltsverzeichnis 2020	87





Street Art in London nahe der Waterloo Station. Das Wandbild zeigt mehrere Porträts von George Floyd. Der durch Polizeigewalt herbeigeführte Tod des Afroamerikaners in Minneapolis am 25. Mai 2020 führte zu weltweiten Protesten und trieb rassismuskritische Diskurse voran.

Rassismus – Geschichte, Spuren, Kontinuitäten

Rassismus ist wandelbar und hat sich im Laufe der Geschichte verändert. Im 18. Jahrhundert entwickelte sich im Gefolge des europäischen Kolonialismus jener Rassismus, der bis in die Gegenwart reicht. Kolonialismus und Kolonialpropaganda haben nicht nur Spuren in städtischen Räumen und Museen hinterlassen. Rassistisch geprägte Denk- und Wahrnehmungsmuster überdauerten und wirken bis heute nach.

Das Heft „Rassismus – Geschichte, Spuren, Kontinuitäten“ will über Geschichte und Ideologie des Rassismus, über Positionen, Phänomene und aktuelle Erscheinungsformen aufklären und für Fragen einer rassismuskritischen politischen Bildung sensibilisieren. Rassismuskritische politische Bildung beinhaltet u. a. einen Austausch über eigene Denk- und Wahrnehmungsmuster, um den Blick für Vorurteile und Feindbildkonstruktionen zu schärfen.

Obwohl Rassismus das Thema des Jahres 2020 war, ist weder hinreichend bekannt, was Rassismus überhaupt ist und wie das Phänomen angemessen erklärt werden kann. Dies hat nicht nur mit der Komplexität des Themas zu tun, sondern auch mit der Geschichte des Rassismus in Deutschland sowie mit der Art und Weise der Auseinandersetzung mit diesem Thema. Will man sich dem Begriff Rassismus annähern, geht es zunächst um zwei Fragen: Was unterscheidet die Konstrukte „Ausländer- und Fremdenfeindlichkeit“ von Rassismus? Wie funktioniert die Spaltung zwischen „uns“ und „ihnen“? Rassismus ist laut Mark Terkessidis durch das Zusammenspiel von Ausgrenzungspraxen und Rassifizierung charakterisiert. Rassismus ist ein „Apparat“, in dem die Praxis der Unterdrückung mit Prozessen der Wissensbildung einhergeht, welche die Unterdrückung legitimieren sollen.

Die Ermordung von George Floyd im Frühsommer 2020 sorgte in Deutschland für kontroverse Diskurse. Ein brisanter Streitpunkt war die Frage, ob es auch in Deutschland systemischen Rassismus gebe. Im Mittelpunkt der Kontroverse stand die umstrittene Praxis des *racial profiling*. Nach den öffentlichen und medialen Scharmützeln ist man inzwischen wieder zur Normalität übergegangen. Mithin ein Indikator, dass der deutsche Rassismus als Untersuchungsgegenstand der Zeitgeschichte nach wie vor ein Desiderat ist. Maria Alexopoulou erörtert, ausgehend von den Vorkommnissen der jüngsten Zeit, die historische Dimension des Rassismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Dimension, die nicht auf die zwölf Jahre der nationalsozialistischen Diktatur begrenzt ist, sondern mit der deutschen Kolonialgeschichte und Geschichte der Migration eng verflochten ist. Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts etablierte sich die Zweiteilung in „Deutsche und Ausländer“. Mit dieser Dichotomie gingen klare Herrschaftshierarchien einher. Bei der Etablierung und Kontrolle dieser Hierarchien spielte die Polizei eine zentrale Rolle, prägte und prägt die kollektiven Erfahrungen von Migrantinnen und Migranten bis heute.

Europa war nie hermetisch abgeschlossen. Nicht-europäische Erfahrungen haben sich in europäische Gesellschaften eingeschrieben. Die europäische Moderne ist ohne Kolonialismus, Imperialismus und ohne koloniale Herrschaftspraxis nur schwer vorstellbar. Mit Blick auf Afrika erörtert Andreas Eckert, wie mit der europäischen Kolonialherrschaft Herablassung und rassistische Attitüde ein-

hergingen. Diese hierarchische Weltsicht fand ihre Rechtfertigung in der „Zivilisierungsmission“, die Europa „aufgelegt“ war. Obwohl der Kolonialismus seit den 1960er-Jahren ideologisch weitgehend geächtet ist, hatte bzw. hat die rassistische Diskriminierung in vielen Regionen der Welt noch Bestand. Gegendiskurse, angestoßen u. a. von ehemals Kolonisierten und Vertretern der Diaspora, entwickelten sich zunächst nur zögerlich. Nachdem die koloniale Vergangenheit in Deutschland lange Zeit eine marginale Rolle gespielt hat, setzte erst in den 1990er-Jahren eine intensive Phase kolonialer Erinnerung ein.

Ein angemessener und gemeinschaftsstiftender Umgang mit der kolonialen Vergangenheit konzentriert sich auf zwei Kernfragen: Wie kann man Kolonialismus angemessen analysieren und beurteilen, ohne heutige Normen absolut zu setzen? Und welche handlungsleitenden Folgen ergeben sich aus der Auseinandersetzung mit der Kolonialzeit? Thomas Thiemeyer diskutiert mehrere Gründe für das Aufkommen postkolonialer Diskurse. Neben der späten Erkenntnis, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist und dichotome Kulturbegriffe obsolet geworden sind, befördern Kontroversen um das prestigeträchtige Berliner Humboldt-Forum grundsätzliche Fragen der Erinnerungskultur. Mit der Art der Sammlungen und der Namensgebung ist das Humboldt-Forum in die imperiale Geschichte verwickelt. Die Kritik an Museen, die eurozentrische, restaurative sowie koloniale Präsentationsmuster fortschreiben, berührt auch Eigentumsfragen mit Blick auf unrechtmäßig erworbenes Kultur- und Raubgut.

Was hat das Stuttgarter Linden-Museum mit dem deutschen Kolonialismus zu tun? Welche württembergischen Akteure und Institutionen waren in das koloniale Geschehen involviert? Gibt es heute noch Spuren in der Alltagswelt und im Stadtbild von Stuttgart? Heiko Wegmann und Markus Himmelsbach, Kuratoren der Werkstattausstellung „Schwieriges Erbe. Linden-Museum und Württemberg im Kolonialismus“, erörtern die Konzeption und Themenbereiche der Ende 2020 fertiggestellten Ausstellung. Entlang der acht Module werden Einblicke in die württembergische Kolonialgeschichte vermittelt. Mit dieser Ausstellung stellt sich das Linden-Museum gezielt seiner eigenen Geschichte, indem es seine kolonialen Wurzeln kritisch reflektiert. Die Ausstellung ist daher mehr als eine bloße Dokumentation historischen Materials. Mittels interaktiver Stationen werden eurozentrische Sprachmuster, Vorstellungswelten und Bilder bewusst hinterfragt. Durch Verfremdungseffekte wird die „kontemplative“ Betrachtung der inszenierten Originale, die einen „gewöhnlichen“ Museumsbesuch auszeichnen, gezielt durchbrochen.

Öffentlichkeitswirksame Aktionen von Kunstschaffenden, Aktivistinnen und Aktivisten of Color trieben im vergangenen Jahr den rassismuskritischen Diskurs voran. Einhellig wurde ein angemessener Umgang mit der kolonialen Vergangenheit und eine Aufarbeitung rassistischer Strukturen im Kultur- und Kunstbetrieb gefordert. Die Aktionen und Inszenierungen fanden nicht zufällig im öffentlichen Raum statt. Die Kunst und die Themen der *People of Color* finden in den etablierten Kulturinstitutionen keinen Raum. Seit dem frühen 19. Jahrhundert ist die Kultur- und Museumslandschaft von binären Denkmustern geprägt. Die koloni-

alen Kategorien „einheimisch“ und „fremd“ bzw. „wir“ und „die Anderen“ sind immer noch Bestandteil des Kulturbetriebs und prägen mithin die Definitionsmacht. Die künstlerische Relevanz verschiedener Kulturformen und kultureller Äußerungen bzw. Objektivationen wird von weißem Personal und weißem Publikum definiert. Die gesellschaftliche Vielfalt spiegelt sich im Kunst- und Kulturbetrieb keineswegs wider. Anna Lampert mahnt in ihrem Beitrag nachhaltige Veränderungsprozesse und die migrationsgesellschaftliche Öffnung der Kultureinrichtungen an.

Die Schwarze Diaspora in Deutschland umfasst ca. eine Million Menschen, deren politisches, ökonomisches, soziales und kulturelles Potenzial unterschätzt wird. Zu ihrer Lebenswirklichkeit gehören Partizipationshemmnisse und Diskriminierungen. Ungeachtet der Internationalen Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft (2015–2024) sind koloniale Kontinuitäten und globale Machtdifferenzen immer noch Ursachen von Flucht und Migration. Zudem prägen Spuren und Spätfolgen des Kolonialismus bis heute das Alltagsleben der Schwarzen Diaspora. Prozesse des *Othering* und Mikroaggressionen sind alltägliche Erfahrungen, denen vor allem Schwarze Kinder und Jugendliche ausgesetzt sind. Tshamala Schweizer und Farina Görmar fordern in ihrem engagierten Plädoyer, die Lebensrealitäten, Erfahrungen, Wahrnehmungen und Expertisen Schwarzer Menschen wertzuschätzen und als gleichwertig anzuerkennen.

Wer soll über Rassismus sprechen und schreiben, wenn nicht diejenigen, die ihn erfahren? Ermutigt durch die Proteste gegen Rassismus im Juni 2020 schildert Josephine Jackson ihre eigenen Rassismuserfahrungen und ihr Engagement gegen Rassismus im Kontext der Sozialen Arbeit. Sie beschreibt den Alltagsrassismus, mit dem sich Schwarze Menschen konfrontiert sehen, spannt dabei aber auch den Bogen zur gesamtgesellschaftlichen Problematik. In einem weiteren Schritt skizziert sie Herausforderungen, mit denen Schwarze Aktivistinnen und Aktivisten konfrontiert werden. Engagement kostet Zeit sowie Energie und erfordert Sachverstand. Um den Stressfaktor Rassismus abzumildern, stellt sie einige Methoden und Strategien der Selbstfürsorge (*Self-Care*) vor.

Rassistische Sprache ist beileibe kein reines Stammtischproblem. Rassismus ist in unserer Geschichte, Kultur und in unserer Sprache verankert. Worte haben bekanntlich mehrere Bedeutungsebenen und Botschaften. Probleme im alltagssprachlichen Umgang miteinander löst man nicht, indem man sie geflissentlich ignoriert. Vielmehr kann ein reflektierter Sprachgebrauch rassistische Botschaften und Ausgrenzungen aufdecken und kritisch hinterfragen. Noah Sow entlarvt in deutlicher Sprache und mit tiefgründigem Humor den rassistischen Sprachgebrauch, der uns tagtäglich begegnet. Sie enttarnt den sprachlichen Rassismus, der uns u. a. auch in den Medien begegnet, und stellt eingefahrene, zumeist unreflektierte Denkmuster in Frage. Sie untermauert ihre Argumentation mit anschaulichen Beispielen und hält uns ohne Besserwisserie den Spiegel vor.

Noomi Arndt, Susanne Belz und Anna Feldbein beschreiben entlang ihrer Berufsbiografien die Wegmarken, die den Anlass gaben, sich zur Antirassismustrainerin ausbilden zu lassen. Das Gespräch vermittelt Einblicke

in die Rahmenbedingungen antirassistischer Workshops, skizziert die Motive sowie die unterschiedliche psychosoziale Zusammensetzung der Teilnehmenden und erörtert das Selbstverständnis bzw. die Rolle der Workshopleitung. In der Beschreibung verschiedener Workshop-Situationen wird offenkundig, dass Verhaltensänderung ein individueller kognitiver Konstruktionsprozess ist. Die reflexive Auseinandersetzung mit eigenen Wahrnehmungen, Kognitionen und Deutungen steht im Mittelpunkt der Workshops. Das Gespräch zeigt die Grundproblematik, die allen Bildungsanstrengungen innewohnt: Einsicht und Wissen garantieren nicht immer eine unmittelbare Verhaltensänderung.

Soll Rassismus langfristig abgebaut werden, muss dieser zunächst einmal erkannt und als strukturelles Phänomen begriffen werden. Ein Anliegen, das u. a. auch der im November 2020 von der Bundesregierung beschlossene Maßnahmenkatalog zur Bekämpfung von Rassismus und Rechtsextremismus thematisiert. Explizit verlangt wird eine kritische Aufarbeitung der Kolonialgeschichte und Auseinandersetzung mit dem Zusammenhang von Kolonialismus und Rassismus. Jule Bönkost plädiert für eine Verbindung von schulischer sowie außerschulischer Bildungsarbeit und Kolonialismusaufarbeitung. Die Auseinandersetzung mit Rassismus und Kolonialismus in der schulischen und non-formalen Bildungsarbeit ist voraussetzungsreich. Pädagogische Fachkräfte benötigen hierfür neben einer sorgfältigen Vorbereitung angemessenes Wissen. Dies schließt die selbstkritische Reflexion eigener Weltbilder mit ein.

In den westlichen Gesellschaften wurde das koloniale Gedankengut nie konsequent aufgearbeitet. Die Beschäftigung mit unserer Kolonialgeschichte ist längst überfällig. Die uns heute noch prägenden Vorstellungen, Denkweisen und Sprachmuster, die auf jene Zeit zurückgehen, müssen auf den Prüfstand gestellt werden. Moritz Holfelder unterbreitet Vorschläge, wie dieser kolonialen „Amnesie“ wirksam begegnet werden kann. Er plädiert u. a. für eine umfassende Aufklärung, mahnt die stärkere Verankerung des Themas in den Lehr- und Bildungsplänen an und fordert eine rassismuskritische Auseinandersetzung mit alltäglichen und nicht hinterfragten Sprachmustern. Exemplarische Literatur- und Filmempfehlungen sind als Anregung gedacht, sich mit den Spuren und Spätfolgen des Kolonialismus zu beschäftigen. Einen wertvollen Beitrag leisten auch immer mehr Museen, indem sie zu relevanten Orten für historische Reflexion und neue Denkprozesse werden, möglichst in Form kooperativer Projekte, in denen die weiße Deutungshoheit nicht mehr dominiert.

Allen Autorinnen und Autoren, die mit ihren Beiträgen aufschlussreiche Informationen vermitteln und Denk- und Diskussionsanstöße geben, sei an dieser Stelle gedankt. Dank gebührt auch dem Schwabenverlag und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Druckvorstufe für die stets gute und effiziente Zusammenarbeit. Ich erlaube mir abschließend eine persönliche Bemerkung: Mit diesem Heft möchte ich mich von allen Leserinnen und Lesern der Zeitschrift „Bürger & Staat“ verabschieden. Bei meiner Nachfolgerin, Maike Hausen, weiß ich die Redaktion in guten Händen.

Siegfried Frech

Was ist Rassismus?

Mark Terkessidis

Obwohl Rassismus das Thema des Jahres 2020 war, ist weder hinreichend bekannt, was Rassismus überhaupt ist und wie das Phänomen angemessen erklärt werden kann. Dies hat nicht nur mit der Komplexität des Themas zu tun, sondern auch mit der Geschichte des Rassismus in Deutschland sowie mit der Art und Weise der Auseinandersetzung mit diesem Thema hierzulande. Will man sich dem Begriff Rassismus annähern, geht es zunächst um zwei Fragen: Was unterscheidet eigentlich die Konstrukte „Ausländer- und Fremdenfeindlichkeit“ von Rassismus? Wie funktioniert die Spaltung zwischen „uns“ und „ihnen“? Mark Terkessidis diskutiert zunächst Prozesse der Rassifizierung, beschreibt die Konstruktion rassistischen Wissens sowie verschiedene Ausgrenzungsmechanismen. Rassismus ist stets durch das Zusammenspiel von Ausgrenzungspraxen und Rassifizierung charakterisiert. Gleichzeitig ist Rassismus ein „Apparat“, in dem die Praxis der Unterdrückung mit Prozessen der Wissensbildung einhergeht, welche die Unterdrückung erklären und legitimieren sollen. Rassismus ist, so das Fazit von Mark Terkessidis, eines der großen Ungleichheitsverhältnisse der Moderne. ■

Vorbemerkung

Die großen Demonstrationen anlässlich des Todes von George Floyd durch Polizeigewalt in Minneapolis im Sommer 2020 haben gezeigt, dass das Thema Rassismus vor allem jüngeren Menschen regelrecht auf den Nägeln brennt. Das hatte sich mit der regen Beteiligung am Hashtag „#MeTwo“, in dem über Diskriminierungserfahrungen berichtet wurde, sowie den Reaktionen auf die Anschläge von Halle und Hanau bereits angedeutet. Während Rassismus geradezu kometenhaften zu einem der Themen des Jahres 2020 aufstieg, bleibt das Wissen über das Thema weiterhin relativ gering. Während heftig diskutiert wird, ist im Großen und Ganzen weder allgemein bekannt (und anerkannt), was überhaupt als Rassismus zu betrachten wäre, geschweige denn, wie das Phänomen erklärt werden kann. Das Spektrum reicht von jenen, die reflexhaft behaupten, in den USA gebe es so etwas schon, in Deutschland aber nicht, bis hin zu jenen, die Diskriminierung aufgrund von Hautfarbe oder Herkunft fast als ausschließliches Strukturierungsmoment von Gesellschaft betrachten. Diese Verwirrung ist der Debatte nicht unbedingt zuträglich, hat aber sowohl mit der Komplexität des Gegenstandes zu tun als auch mit der Geschichte des Rassismus sowie der Art der Behandlung des Themas in Deutschland.

„Feindlichkeit“ oder Rassismus?

Ein dauerhaftes Interesse an diesem Thema hat hierzulande lange gefehlt. Die Wahrnehmung und auch die For-

schung verlief in Konjunkturen und war hochgradig abhängig davon, dass „etwas“ passierte: Gewalt zum einen in Form von direkten Angriffen auf Personen nichtdeutscher Herkunft, seien es Geflüchtete, BPoC (*Black and People of Color*) oder Personen mit Migrationshintergrund; zum anderen Rechtsextremismus in Form von Wahlerfolgen, Demonstrationen oder dem medienwirksamen Auftreten einzelner Personen. Alltägliche Ausgrenzungsphänomene wie Diskriminierungen in Schulen, Verwaltungen oder Krankenhäusern wurden jahrzehntelang gar nicht unter Rassismus geführt – dafür gab es Sonderbezeichnungen wie „Ausländer- oder Fremdenfeindlichkeit“. Das hatte auch mit der deutschen Geschichte zu tun. Vor dem Hintergrund des Weltbildes und der Verbrechen des nationalsozialistischen „Dritten Reiches“, die durch und durch von „Rassen“-Ideen geprägt waren, erschienen die Vorkommnisse in der Bundesrepublik weniger gravierend und anders motiviert. Von Rassismus zu sprechen, stellte eine Verbindung mit dieser Vergangenheit her, und diese Verbindung wurde aktiv oder passiv abgewehrt. Allerdings war die Rede von „Ausländer- oder Fremdenfeindlichkeit“ ideologisch. Offenbar adressierten diese Konstrukte die „Feindlichkeit“ einer Bevölkerungsgruppe („Deutsche“) gegen eine andere, nicht zugehörige Gruppe

Demonstrierende gegen Rassismus spiegeln sich in einer Pfütze. Die Demonstrationen anlässlich des Todes von George Floyd durch Polizeigewalt in Minneapolis im Sommer 2020 haben gezeigt, dass das Thema Rassismus vor allem jüngeren Menschen regelrecht auf den Nägeln brennt. Während Rassismus zum Thema des Jahres 2020 aufstieg, bleibt das Wissen über das Thema weiterhin relativ gering.

picture alliance/dpa



(„Ausländer“, „Fremde“). Dieses Modell war aber bereits in den 1970ern zweifelhaft: Nicht nur hatten die „Ausländer“ zumeist ihren Lebensmittelpunkt in der Bundesrepublik, sondern auch mit deren „Fremdheit“ hatten die meisten Personen deutscher Herkunft bereits reichlich Erfahrungen sammeln können. 1998 schließlich erkannte erstmals eine Bundesregierung an, es habe ein „unumkehrbarer Prozess der Zuwanderung“ stattgefunden. Im Jahr 2000 wurde das Staatsangehörigkeitsrecht substantiell verändert: Durch die Abschaffung des „*ius sanguinis*“, welches die Zugehörigkeit buchstäblich an das deutsche Blut koppelte, wurde schließlich die Anerkennung von Deutschen nichtdeutscher Herkunft möglich. Dadurch wurde Deutschland endgültig als eine fundamental vielheitliche Gesellschaft neu definiert. Der Begriff Rassismus adressiert nun die undemokratischen Spaltungen zwischen „uns“ und „ihnen“ – und zwar innerhalb einer Bevölkerung: Die Spaltungen umfassen Benachteiligungen, Angriffe, Ausgrenzungen, Beleidigungen, also große, aber auch sehr kleine Formen eines Prozesses, der diese Spaltung ständig herbeiführt.

Eine Spaltung zwischen „uns“ und „ihnen“

Diesen Prozess der Trennung grundsätzlich zu verstehen, ist ganz entscheidend, um Rassismus begreifen zu können: Es geht nicht um die „Feindlichkeit“ einer Bevölkerungsgruppe gegen eine andere, sondern um den Vorgang der Spaltung *innerhalb einer Bevölkerung*. Ich möchte das an einem Beispiel verdeutlichen. Ich erinnere mich daran, wie ich 2013 von einer Pressagentur zum Thema Rassismus an-

gerufen und interviewt wurde. Es ging um einen Streit in der FDP, um Bemerkungen des FDP-Fraktionschefs im Bundestag, Rainer Brüderle, über seinen Parteikollegen Philipp Rösler. Brüderle hatte die vietnamesische Herkunft Röslers ins Spiel gebracht, indem er bemerkte: „Glaubwürdigkeit gewinnt man, indem man nicht wie Bambusrohre hin und her schwingt, sondern steht wie eine Eiche. Deswegen ist die Eiche hier heimisch und nicht das Bambusrohr.“ Nun war die Frage, ob das als Rassismus bezeichnet werden könne. Zu jenem Zeitpunkt war Philipp Rösler der deutsche Vizekanzler, und der deutsche Vizekanzler konnte per se weder Ausländer noch Fremder sein. Wie also sollte das Phänomen anders bezeichnet werden? Brüderle konstruierte zunächst eine symbolische Spaltung zwischen „uns“ und „ihnen“ („Eiche“ versus „Bambusrohre“), um Rösler in einem zweiten Schritt quasi auszubürgern („nicht heimisch“).

Rösler gehörte keineswegs einer anderen, real existierenden Gruppe an, sondern diese Gruppe wurde von Brüderle symbolisch ab- und dann ausgegrenzt. Diese Konstruktion von Gruppen ist für die Definition von Rassismus essenziell und unterscheidet das Konzept Rassismus von den Vorstellungen von „Feindlichkeit“ einer Gruppe gegen eine andere. Auch Weiterentwicklungen wie „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ (GMF) werden dem beschriebenen Prozess nicht gerecht (vgl. Heitmeyer 2005: 13–34.) GMF wird als „Syndrom“ aus sehr unterschiedlichen Ideologien der Ungleichwertigkeit beschrieben, die von Rassismus über Fremdenfeindlichkeit bis hin zu Homophobie und „Abwertung von Behinderten“ reicht. Zu den Aussagen, mit denen die „Einstellung“ zu Rassismus gemessen wird, gehört etwa folgende: „Die Weißen sind zu Recht führend in der Welt“. In dieser Aussage wird allerdings vorausgesetzt und selbstverständlich erklärt, dass „die Weißen“ existieren, ebenso wie an anderen Stellen im GMF-Fragebogen vorausgesetzt wird, dass es „Ausländer“ oder „Muslime“ gibt. Das kann aber nicht vorausgesetzt werden, sondern es geht um den spezifischen Vorgang, in dem solche Herkunftsgruppen produziert werden.

Rassifizierung

Das mag möglicherweise absonderlich wirken, denn der Einwand des „gesunden Menschenverstandes“ würde lauten: Gruppen von Menschen unterscheiden sich eben! Es gibt in unterschiedlichen Ländern doch ganz verschiedene Arten miteinander umzugehen, es gibt kulturelle Unterschiede und die Religion sorgt doch auch für diverse Verhaltensweisen. Tatsächlich behauptet auch niemand, es würde keine Differenzen geben. Wenn wir über Rassismus sprechen, dann stellt sich aber die Frage: Warum spielen bestimmte Merkmale wie Hautfarbe überhaupt so eine große Rolle, und befinden sich die Differenzen dort, wo „wir“ sie zu sehen glauben? Das Diktum des ehemaligen Wiener Bürgermeisters Karl Lueger, er bestimme, wer Jude sei, beschreibt den rassistischen Konstruktionsprozess durchaus angemessen. Mittlerweile ist klar belegt, dass der Begriff „Rasse“ keinen wissenschaftlichen Wert hat, so wie es umgekehrt keinen wissenschaftlichen Beleg dafür



gibt, dass die ethnische Herkunft einer Person direkte Auswirkungen auf deren Verhalten hat. Wird also von „den Muslimen“ gesprochen, so ist nur scheinbar klar, wovon die Rede ist. Tatsächlich wird diese Gruppe dabei geradezu erfunden: Darunter fallen Gläubige teilweise nahezu unvereinbarer Richtungen und sehr unterschiedlicher Herkunft; gewöhnlich sind sogar alle Personen türkischer oder arabischer Herkunft gemeint, ob sie nun religiös sind oder nicht. Tatsächlich gibt es letztlich gar keinen Grund dafür, dass Haut- oder Haarfarbe, ein bestimmtes Aussehen oder bestimmte kulturelle Accessoires überhaupt eine Bedeutung bekommen – wir könnten die Zusammensetzung von Menschen nach ganz anderen Kriterien beschreiben.

Ein definitorisches Kriterium des Rassismus ist also ein Vorgang, den ich 1998 als „Rassifizierung“ bezeichnet habe (Terkessidis 1998: 74ff.) Im Prozess dieser Rassifizierung wird einerseits mittels bestimmter Merkmale eine Gruppe von Menschen als natürliche Gruppe festgelegt und gleichzeitig wird die Natur dieser Gruppe im Verhältnis zur eigenen Gruppe formuliert. Die betreffenden Merkmale können ganz unterschiedlicher Art sein. Die französische Soziologin Colette Guillaumin spricht von einem „Bündel von Konnotationen“, in das Elemente von äußerst heterogener Art eingehen können: (a) morpho-physiologische Kennzeichen (diese können sichtbar oder unsichtbar sein, sie gelten als natürlich/evident und als geeignet, Gruppen zu unterscheiden); (b) soziologische Kennzeichen (Sprachen, Wirtschaftssysteme, alltägliche Gewohnheiten, Ernährung, Kleidung, Musik etc.); (c) symbolische und geistige Kennzeichen (politische Praktiken, Einstellungen, Lebensauffassungen, kulturelle und religiöse Verhaltensweisen etc.) sowie (d) imaginäre Kennzeichen (etwa phantasmatische Vorstellungen von okkultur Macht etc.). „Die Gesamtheit dieser Merkmale“, schreibt Guillaumin, „verschmilzt zu einem Ensemble, das sich als synkretistisch definieren lässt“ (Guillaumin 1991: 167).

Rassistisches Wissen

Der Prozess der Festlegung einer Gruppe als natürliche Gruppe geht zugleich mit Zuschreibungen über die Natur dieser Gruppe einher. Diese Zuschreibungen sind inhaltlich sowohl erstaunlich konstant als auch über die Zeit variabel. Ich möchte ein Beispiel aus dem Jahre 1525 zitieren, eine Aussage des Dominikanermönches Tomas Ortiz. Er berichtet über die Indigenen in von Spanien eroberten Gebieten Amerikas: „Sie sind mehr als irgendein anderes Volk unzüchtig. Gerechtigkeit gibt es bei ihnen nicht. Sie gehen ganz nackt, haben keine Achtung vor wahrer Liebe und Jungfräulichkeit und sind dumm und leichtfertig. Wahrheitsliebe kennen sie nicht, außer wenn sie ihnen selbst nützt. Sie sind unbeständig, glauben nicht an die Vorsehung, sind undankbar und umstürzlerisch. [...] Sie sind gewalttätig, und verschlimmern dadurch noch die ihnen angeborenen Fehler“ (zit. nach Todorov 1985: 182). Kaum jemand würde heute noch so reden. Doch wenn ich die Bemerkungen von Ortiz auf ihre Essenz reduziere und etwas aktueller formuliere, dann klingt das in etwa so: „Sie“ kleiden sich auf eine Weise, die unseren Ordnungsvorstellungen widerspricht; sie verstoßen gegen unseren Glauben und unsere Moralkodizes, es mangelt ihnen (genetisch) an Intelligenz und Beständigkeit, sie stören die Ordnung und machen ständig Ärger. Das wirkt plötzlich

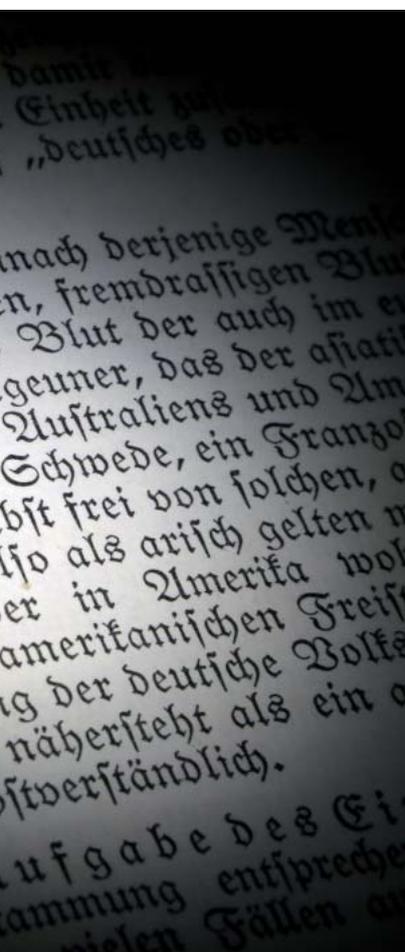


bekannt. Unschwer lassen sich Vorstellungen erkennen, die auch heutzutage verbreitet sind – etwa über „Ausländer“, Geflüchtete oder über „die Muslime“.

Angesichts der Geschichte des Rassismus, auf deren Ursprünge ich später noch zurückkommen werde, macht es keinen Sinn, von „Vorurteilen“ zu sprechen, also von Irrtümern über die Welt. Angesichts der Tatsache, dass „Rasse“ bis ins mittlere 20. Jahrhundert als kaum bezweifeltes wissenschaftliches Konzept galt und auch angesichts der Ubiquität der angeblichen Vorurteile, ist es angemessener, von „rassistischem Wissen“ zu sprechen (vgl. Terkessidis 1998: 83ff.) Diese Wissensbestände haben mannigfaltige Auswirkungen im Alltag, die vor allem von jenen Personen als verletzend wahrgenommen werden, deren Zugehörigkeit unbestreitbar scheint, weil sie zwar eine andere Herkunft haben, aber in Deutschland geboren wurden (ebenso wie teilweise ihre Eltern und sogar Großeltern). Insofern ist entgegen der herrschenden Vorstellung die Differenz keineswegs von Anfang präsent. Oft genug wird diesen Personen erst in einer Art „Urszene“ klar, dass sie als nicht-zugehörig betrachtet wird: Das kann eine Beschimpfung sein, das Erlebnis einer Ungleichbehandlung oder die Konfrontation mit Klischees aller Art – im oben genannten Hashtag „#MeTwo“ wurden sehr viele Beispiele aus dem Kontext der Schule berichtet.

Mechanismen der Ab- und Ausgrenzung

Die Kraft der Ausgrenzung besteht nun in der alltäglichen Wiederholung solcher manchmal anscheinend unbedeutenden Erlebnisse. So wird Personen mit Migrationshinter-



Im erläuternden Text zum „Ahnenpass“, der dem „Arier-Nachweis“ diente, wird der „völkische Rassegrundsatz“ erklärt. Vor dem Hintergrund des Weltbildes und der Verbrechen des nationalsozialistischen „Dritten Reiches“, die durch und durch von „Rassen“-Ideen geprägt waren, erschienen rassistische Vorkommnisse in der Bundesrepublik lange Zeit weniger gravierend und anders motiviert.

picture alliance/dpa

Diese Unterstellung ist zumeist mit weiteren Zuschreibungen über die Natur dieses „Woanders“ verbunden. Klischees – mögen sie nun negativ (faul, traditionell, aufbrausend, kriminell, fundamentalistisch etc.) oder positiv (spontan, feurig, gefühlsbetont etc.) sein – haben zweifellos Auswirkungen auf die Kommunikation. Tatsächlich wird oft genug gar nicht mit den betreffenden Personen gesprochen, sondern sie werden als Repräsentanten einer Herkunftsgruppe adressiert. In diesem Moment findet etwas statt, das ich *Entantwortung* nenne. Was eine Person sagt oder tut, wird nicht mehr als individueller Ausdruck gewertet, sondern als Ausfluss des „Afrikanischen“ oder des „Südländischen“, und so wird sie ihrer Verantwortung (für ihr Sprechen und Handeln) beraubt, denn es ist ja das „Afrikanische“ oder das „Südländische“, das dieses Sprechen und Handeln zu bedingen scheint. Zugleich wird ihr damit auch die Möglichkeit einer Antwort verwehrt: All ihre Äußerungen sind ja schon vorbestimmt durch die Gruppenzugehörigkeit.

Eng mit diesem Vorgang zusammen hängt auch die Unterstellung von Defiziten – die *Entgleichung*. Hier wird den Personen mit Migrationshintergrund kommuniziert, dass sie einer bestimmten Norm nicht genügen, also nicht als gleich anerkannt werden. Freilich soll so auch der Vergleich verhindert werden, denn immer sind es die Einheimischen, die als Kontrolleure und Richter der Norm fungieren. Ein Beispiel aus dem Bereich Schule mag diesen Prozess verdeutlichen. Gerade beim wohlmeinenden Lehrpersonal gelten Kinder und Jugendliche nichtdeutscher Herkunft oft als Repräsentanten ihres Heimatlandes. Sie müssen stets Rede und Antwort stehen, wenn es um ihre angeblichen Herkunftsregionen geht, wobei die geographischen Einheiten sehr unterschiedlich sein können – das Spektrum reicht von „Afrika“ bis „Kurdistan“. Freilich sind Schülerinnen und Schüler in der Schule, um etwas zu lernen, und daher ist es absurd, „Herkunftswissen“ vorauszusetzen. So wird den Kindern und Jugendlichen letztlich bewiesen, dass sie ein Defizit haben in Bezug auf ihre Herkunft. Da sie gleichzeitig in ihrem sonstigen Leben oft genug auch nicht wirklich als Deutsche anerkannt werden, gibt es quasi unentwegt jemanden, der feststellt, dass die betreffenden Personen zu viel oder zu wenig „Deutsches“ oder „Anderes“ haben, wobei der Maßstab relativ beliebig festgelegt werden kann. Daraus ergibt sich bei vielen jungen Leuten nichtdeutscher Herkunft das höchst unangenehme Gefühl, ständig begutachtet zu werden, aber gleichzeitig nicht genau zu wissen, an welchen Kriterien sich die Beurteilungen eigentlich orientieren.

Was kein Rassismus ist

Ich möchte hier betonen, dass diese alltäglichen Grenzziehungen auf einem „rassistischen Wissen“ basieren, in dem Gruppen als natürliche Gruppen festgelegt werden und zugleich die Natur einer Gruppe formuliert wird. Diese Grenzziehung anhand bestimmter Merkmale stellt selbst das Problem dar, nicht nur die abwertende Qualität des Wissens. Tatsächlich müssen Zuschreibungen keineswegs immer eine abwertende Komponente haben. Wenn je-

grund häufig vor Augen geführt, dass sie eigentlich woanders zu Hause sind. Das äußert sich in oftmals nur angeblich neugierigen Fragen wie „Woher kommst Du?“, wobei die Nennung eines fremden Landes erwartet wird. Auch Vor- und Nachnamen sind ein stetiger Anlass zum „fremdeln“ – die Namen werden als „zu kompliziert“ erachtet (auch wenn sie es objektiv gar nicht sind) und erstaunlich konsequent falsch ausgesprochen oder geschrieben. Zudem wird häufig oft davon ausgegangen, dass Personen mit Migrationshintergrund oder BPoC eine andere Muttersprache haben. Obzwar deutsche Muttersprachler, werden sie vielfach in ihrer angeblichen „Heimatsprache“ oder in Englisch angesprochen. Oder es wird ihnen bescheinigt, dass man einen kleinen Akzent aber noch hören würde – oft von Personen, deren Bildungsgrad weit niedriger ist.

Ich habe im Rahmen einer qualitativen Untersuchung versucht, diese Ausgrenzungsmechanismen mit Bezeichnungen zu versehen – die beschriebenen Erlebnisse, die eine Person an einen anderen Ort schicken, fasse ich unter dem Begriff *Verweisung* zusammen (vgl. Terkessidis 2004). Die genannten Beispiele mögen harmlos erscheinen, doch sie stehen in einer Kontinuität mit abwertenden Bemerkungen wie „Ich weiß ja nicht, wie das bei ihnen zuhause gemacht wird, aber hier bei uns ...“ oder auch mit Angriffen wie „Geh zurück dahin, wo du hergekommen bist“ oder eben auch mit tätlichen Angriffen, die eine Vertreibung anstreben. Damit das nicht missverstanden wird: Selbstverständlich sind Fragen und Gewalttätigkeiten nicht das Gleiche, doch die Voraussetzung ist es schon: Jemand gehört nicht „hierher“, sondern eigentlich „woanders“ hin.

mand äußert, dass „Südländerinnen“ im Gegensatz zu Deutschen so herrlich warm und gastfreundlich seien oder dass schwarze Männer attraktiver und zumal potenter seien als solche mit weißer Hautfarbe, dann sind solche Bemerkungen nicht abwertend im eigentlichen Sinne, aber sie erfüllen dennoch sämtliche Kriterien von „rassistischem Wissen“. Allerdings sei hier auch erwähnt, dass Personen selten ausschließlich Opfer von „rassistischem Wissen“ werden, sondern auf vielfältige Weise ebenfalls in solche Wissensbestände verwickelt sind. Was Auffassungen über die vermeintlich „eigene“ Gruppe betrifft, aber auch was ihr Wissen über wiederum andere Gruppen in der Gesellschaft betrifft. Personen mit Migrationshintergrund können problematische Wissensbestände über Juden, Sinti und Roma äußern, Juden solche über „die Muslime“.

Nun ist im Zusammenhang mit Rassismus des Öfteren geäußert worden, dass es ja auch so etwas geben würde wie „Deutschenfeindlichkeit“, dass also Personen deutscher Herkunft Erfahrungen von Ausgrenzung oder Abwertung machen könnten – zumal etwa in einem Umfeld wie der Schule, in dem Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund unterdessen häufig die Mehrheit darstellten. Tatsächlich soll die Realität solcher Erfahrungen gar nicht in Abrede gestellt werden. Ebenso können auch Personen, die in Nordrhein-Westfalen geboren wurden, in Bayern schlechte Erfahrungen machen, Deutsche in Österreich, Franzosen oder US-Amerikanerinnen in Deutschland. Allerdings trifft für solche Ergebnisse der Begriff Rassismus nicht zu. Tatsächlich ist die Art der Wissensbestände ähnlich, aber es fehlt ein anderes wesentliches Element, das definitorisch zu Rassismus gehört, nämlich eine materielle und systematische Qualität der Ausgrenzung. Der britische Soziologe Robert Miles hat diese Qualität als „Ausgrenzungspraxis“ charakterisiert. Es geht also um systematische Praxen, „in denen eine näher bezeichnete Gruppe bei der Zuteilung von Ressourcen und Dienstleistungen nachweislich ungleich behandelt wird, oder in denen sie in der Hierarchie der Klassenverhältnisse systematisch über- oder unterrepräsentiert ist“ (Miles 1991: 103). Um von Rassismus sprechen zu können, müssen Ausgrenzungspraxis und Rassifizierung zusammenkommen – ansonsten besitzt der Begriff keinerlei Trennschärfe.

Wissen und Ausgrenzungspraxen

Wir wissen aus der Wissenssoziologie, dass gesellschaftlich verbreitete Wissensbestände einen institutionellen Gegenpart haben, dass solches Wissen eine Funktion, gewissermaßen einen Nutzen hat – ansonsten wäre die Verbreitung kaum zu erklären. In Bezug auf rassistisches Wissen wird nun häufig darauf hingewiesen, „Vorurteile“ habe es ja schon immer gegeben und Kategorisierung und Stereotypisierung seien letztlich anthropologische Gegebenheiten. Tatsächlich handelt es sich um psychische Konstanten, aber die Frage bleibt, warum bestimmte Merkmale für die Kategorisierung relevant werden und warum bestimmte Personen zu Gruppen zusammengefasst und Aussagen über deren Natur getroffen werden. Es sind die ursprünglichen Ausgrenzungspraxen, die Ab- und Ausgrenzungen etablieren – das Wissen über die Differenz kommt erst danach. Dieser Zusammenhang wurde über Jahrhunderte von den unterschiedlichsten Denkern thematisiert. So schrieb der Philosophen Moses Mendelssohn 1782 über

die jüdische Bevölkerung: „Man bindet uns die Hände und macht uns zum Vorwurfe, daß wir sie nicht gebrauchen“ (Mendelssohn 1782: XI). In einer kürzlich erschienenen Geschichte rassistischer Ideen betont der US-Forscher Ibrahim X. Kendi: Es sei ein „volkstümliches Märchen“, dass Unwissenheit und Hass die Ursache für diskriminatorische Praxen seien: „Die umgekehrte Logik kommt der Wahrheit näher: Ethnische Diskriminierung führte zu rassistischen Ideen, die Unwissenheit und Hass mit sich brachten. Ethnische Diskriminierung → rassistische Ideen → Unwissenheit/Hass: Das ist die kausale Verknüpfung, die der Geschichte der ethnischen Beziehungen in Amerika zugrunde liegt“ (Kendi 2017: 18).

Das hat mit traditioneller „Fremdheit“ nur sehr bedingt etwas zu tun. Die antiken Griechen nannten all jene „Barbaren“, deren Sprache sie nicht verstanden, also all jene, die außerhalb ihres Sprach- und Verständnisraums lebten. Der Begriff hatte zweifellos etwas Abwertendes, aber nur in dem Sinne, dass die Anderen quasi unverständliche Laute ausstießen. Mit dem modernen Rassismus, sagt der Sozialwissenschaftler Immanuel Wallerstein, sei ein vollkommen neues Beziehungsgeflecht in die Welt gekommen. Das Besondere an Rassismus zeige sich in einem paradox anmutenden Verhältnis: Rassismus schließe Menschen aus, indem es sie einbeziehe (Wallerstein 1995: 102). Dieses Verhältnis beginnt mit der „Entdeckung“ der sogenannten Neuen Welt durch Christoph Kolumbus vor über 500 Jahren und erweist sich seitdem als erstaunlich hartnäckig. Anstatt ein nebulöses Konzept wie „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ zu verwenden, wäre es angebracht, Rassismus als eines der großen, strukturierenden Ungleichheitsverhältnisse anzuerkennen – ebenso wie soziale Ungleichheit und jene zwischen den Geschlechtern.

Die rassistische „Urszene“

Es lohnt sich, einen genaueren Blick auf die rassistische „Urszene“ zu werfen – die Landung der Spanier am Ufer der Insel Guanahani (Bahamas) im Jahr 1492. Bekanntlich war die kleine Flotte des Kolumbus auf der Suche nach einem Seeweg nach Ostasien – die Europäer fanden sich in ihren Handelsbeziehungen über Land zunehmend vom Osmanischen Reich blockiert. Als Kolumbus nun nach einer geradezu phantastisch anmutenden Fahrt ins Nichts des Atlantiks auf der Insel erstmals Menschen entdeckt, macht er in seinem „Bordbuch“ nur einen höchst prosaischen Vermerk. Kolumbus zeigte gar kein Interesse an einem Dialog mit den Personen, sein Ziel war die schiere Besitzergreifung. Im Vertrag von Santa Fe hatte er sich von der Krone das Recht zusichern lassen, ein Zehntel einbehalten zu dürfen „von allen Perlen, Edelsteinen, Gold, Silber, Spezereien sowie allen anderen Kauf- und Handelswaren, die in seinem Bereich gefunden, gebrochen, gehandelt oder gewonnen werden“ (Terkessidis 2019: 24). Die „Entdecker“ und die Eroberer waren keine Aristokraten, die mit Ehren und Titeln belohnt wurden, sie begehrten materielle Güter, Land, Anteile, Geld.

Gerade angekommen, fährt Kolumbus mit einem bewaffneten Boot an Land und entfaltet dort die königliche Flagge. Dann ruft er seine Begleiter zusammen, damit sie die Besitzergreifung bezeugen können, die mit einer urkundlichen Unterschrift besiegelt wird. Derweil haben sich Menschen, die auf der Insel wohnen, um das Spektakel

versammelt. Sie sehen die Fahne der katholischen Könige, sie hören die unverständliche Verlesung der Urkunde, die eine seltsame Form von Einbeziehung verkündet. Das Ziel der Besitzergreifung ist angeblich die „Rettung“ jener Menschen durch ihre Bekehrung zu „unserem Heiligen Glauben“. Er verschenkt „rote Kappen und Halsketten aus Glas und noch andere Kleinigkeiten von geringem Wert“ (a. a. O.: 25). Die Freude der Anwesenden über die friedliche Geste zeigt ihm ihre kindliche Unbedarftheit und die eigene Überlegenheit.

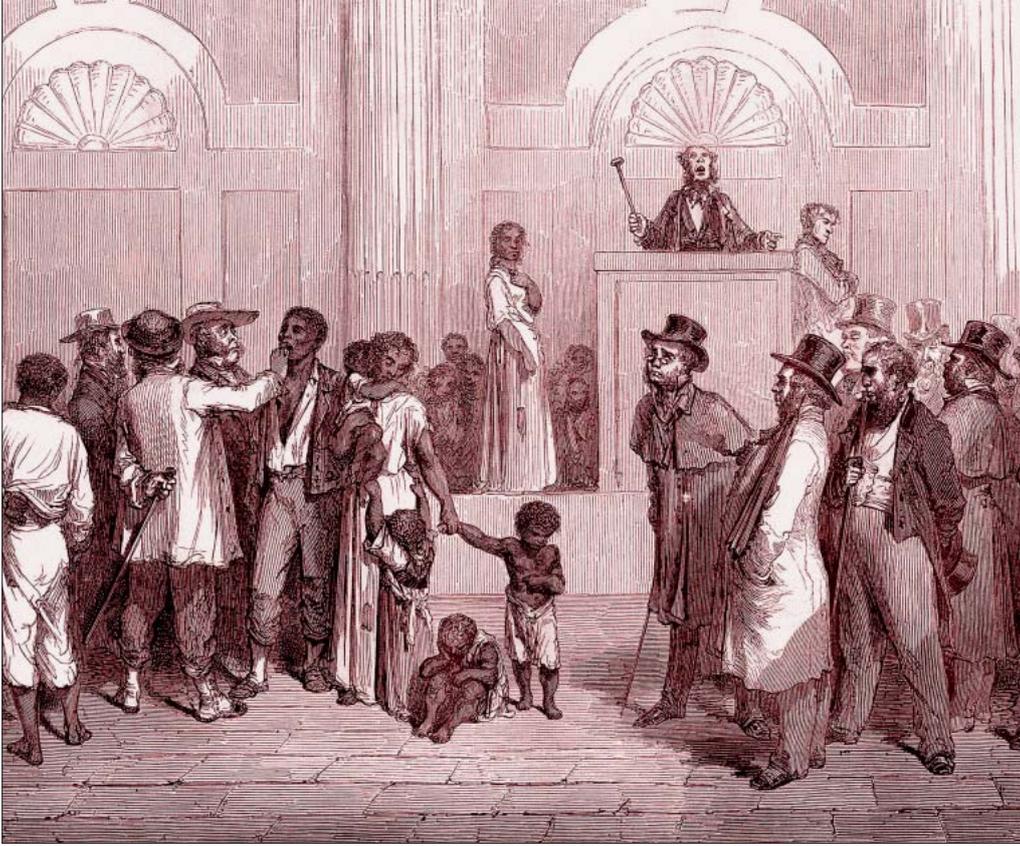
Der Akt der Besitznahme wurde ab 1513 mit einem festgelegten Text, dem *Requerimento* durchgeführt, welches von einem königlichen Beamten verlesen werden musste. Eigentlich sollte es übersetzt werden, aber es ist davon auszugehen, dass das in den seltensten Fällen geschah. In den ersten Zeilen wurden die Einheimischen mit freundlichen Worten dazu aufgefordert, zum christlichen Glauben überzuwechseln. Im Falle der Zustimmung konnten sie freie Untertanen der kastilischen Krone werden. Wenn sie sich aber nicht äußerten, was aufgrund der Sprachbarriere wahrscheinlich erschien, gab es für die Konquistadoren keine Grenzen mehr: Nicht nur das Eindringen mit Gewalt und die Unterwerfung waren dann legitim, sondern die Versklavung und die Plünderung und das Antun von jedem Schaden und Bösen. Der Text besagte, die Menschen hätten diese Behandlung selbst über sich gebracht, so dass „die Tötungen und Schäden, die sich daraus ergeben werden, zu euren Schulden gehen und nicht zu denen seiner Hoheit“ (a. a. O.: 25).

Diese Urszene der Begegnung mit den überseeischen Anderen verdeutlicht, wie Rassismus funktioniert. Ein Dialog soll gar nicht stattfinden. Während noch Geschenke verteilt werden und die „Entdecker“ Süßholz raspeln, verwandeln sich die Ansässigen im besten Fall in Untertanen der Krone, in unreife, falschgläubige Untertanen, die eigentlich noch zu Untertanen gemacht werden müssen. Im schlimmsten Fall sind sie einfach Aussätzige, jedwede Grausamkeit der neuen Herren ihnen gegenüber erscheint per se gerechtfertigt. Als sich die Bevölkerung von Amerika durch Gewalt und Krankheiten schließlich dramatisch reduziert, begannen die Spanier schwarze Sklaven aus Westafrika zu „importieren“ und begründen das, was der Historiker Immanuel Geiss als „erste moderne Rassen-Kasten-Gesellschaft“ bezeichnet (Geiss 1988: 121). Tatsächlich ist es die neue soziale Barriere, die der Hautfarbe Bedeutung verleiht. Erst die Etablierung einer Gesellschaft, in der Weiße herrschten und Schwarze als Sklaven arbeiten mussten, sorgte dafür, dass die Hautfarbe zum definitiven Kriterium der Unterscheidung wurde. Sicher hatten Personen zuvor unterschiedliches Aussehen zur Kenntnis genommen, aber es gab weder die Idee, die Pigmentierung der Haut würde eine Verbindung zwischen Menschen schaffen, noch die Idee, die Rollen in der Gesellschaft würden entlang dieser Pigmentierung verteilt werden.

Der Kupferstich von Theodor de Bry (1528–1598) zeigt die Landung von Kolumbus auf Guanahani (Bahamas). Diese „Urszene“ der Begegnung mit den überseeischen Anderen verdeutlicht, wie Rassismus funktioniert. Ein Dialog soll gar nicht stattfinden. Die Ansässigen verwandeln sich im besten Fall zu unreifen und devoten Untertanen der Krone. Im schlimmsten Fall sind sie einfach Aussätzige, jedwede Grausamkeit der neuen Herren ihnen gegenüber erscheint per se gerechtfertigt.

picture alliance/dpa





Öffentlicher Verkauf von Sklaven in den USA. Die Etablierung einer „Rassen-Kasten-Gesellschaft“ (Immanuel Geiss), in der Weiße herrschten und Schwarze als Sklaven arbeiten mussten, sorgte dafür, dass die Hautfarbe zum definitiven Kriterium der Unterscheidung wurde.

picture alliance/dpa

Legitimation und Erklärung

Das Wissen über die Anderen, das „rassistische Wissen“ folgte der Praxis nach. Ein Element der Moderne ist – zumal mit zunehmender Demokratisierung im Westen –, dass die Verhältnisse nicht mehr als selbstverständlich hingenommen wurden, sondern begründet werden mussten. Die Eroberungen und die Sklaverei trafen nicht nur auf erheblichen Widerstand, sondern auch auf die vehemente Kritik von Spaniern selbst. So diente das Wissen dazu, den Unterschied zu legitimieren, aber auch zu erklären. Die Eroberer fanden, sie erfanden Gründe, warum sie die Anderen unterdrücken mussten, und diese Gründe lagen eben in der „Natur“ derer, denen man Gewalt antat. Wir mussten „sie“ fesseln, weil sie so wild waren oder weil sie wie Kinder waren oder weil sie nicht tätig sein wollten. „Sie“ können nicht alleine für sich sorgen, wir müssen bis zu ihrer Reife über sie wachen und sie dabei auch zur Arbeit (auf unseren Plantagen) zwingen. Die Errungenschaften des Westens sind ein Januskopf: Auf der einen Seite entwickeln sich Fortschritt, Wohlstand, Freiheit und Demokratie, während auf der anderen Unterdrückung, Ausbeutung und Ausgrenzung zu Buche stehen. Rassismus lässt sich als „Apparat“ verstehen, in dem die Praxis der Unterdrückung mit einer Wissensbildung einhergeht, welche die Unterdrückung legitimiert und erklärt.

Historisch gesehen ist die Geschichte des Rassismus, was die Praxen als auch was die Wissensbildung betrifft, sowohl konstant als auch äußerst variabel. Der Ausschluss durch Einbeziehung verändert sich über die Jahrhunderte: Auf die Sklaverei folgen der Kolonialismus und die Migration. Die Verhältnisse unterscheiden sich allerdings stark, je nachdem um welchen Kolonialismus es geht, um den englischen etwa oder um den deutschen, und auch danach, welche Territorien und Bevölkerungen betroffen waren. Zweifellos hat sich das strukturelle Element der Gewalt nach dem Ende des Kolonialismus historisch sehr abgeschwächt. Doch ein Blick auf die Migrationsgesellschaft

zeigt, dass die Migration durch globale Ungleichgewichte mitbedingt wird und diese Gesellschaft von mannigfaltigen Ausgrenzungspraxen durchzogen bleibt: Wirtschaftliche Benachteiligung, Diskriminierung bei Arbeits- und Wohnungssuche, rechtliche Ungleichstellung, Zurücksetzung durch hegemoniale Kulturvorstellungen bilden die – durchaus komplizierte – materielle Grundlage der in der Gesellschaft herrschenden „Vorurteile“.

Wahrnehmungsprobleme in Deutschland

Die Diskussion in Deutschland beschränkt sich weiterhin sehr stark auf die Dimension dieser „Vorurteile“, die materielle und strukturelle Seite wird kaum thematisiert. Diese ist auch häufig schwieriger zu erkennen, dafür aber umso wirkmächtiger. Um ein aktuelles Beispiel zu nennen: In der TIMSS-Untersuchung 2019 („Trends in International Mathematics and Science Study“) wurde festgestellt, dass an deutschen Grundschulen der Lernunterschied in Mathematik und in den naturwissenschaftlichen Fächern zwischen armutsgefährdeten und anderen Kindern bei einem bis zwei Schuljahren liegt (Schwippert u. a. 2020: 20). Dazu muss man wissen, dass das Armutsrisiko bei Personen mit Migrationshintergrund signifikant höher liegt (etwa 27 Prozent) als bei Personen deutscher Herkunft (ca. 13 Prozent) – ein Erbe der „Unterschichtung“ in unqualifizierte Industriebjobs im Prozess der Einwanderung ab den 1960er-Jahren.

Nach der Veröffentlichung der Untersuchung wurde jedoch nicht etwa auf diese offensichtliche Disparität eingegangen, sondern die Präsidentin der Kultusministerkonferenz und der Staatssekretär im Bildungsministerium lobten mit fast gleichem Wortlaut die Lehrerinnen und Lehrer, die trotz „einer heterogener werdenden Schülerschaft“ das Niveau aufrechterhalten konnten. Hier zeigt sich, wie die seit Jahren in jeder Untersuchung wiederkehrende strukturelle Schieflage zwischen Personen mit und ohne Migrati-

onshintergrund mit dem Verweis auf „Heterogenität“ erklärt und auch legitimiert wird. Da die Aussagen über „Heterogenität“ im Umkehrschluss bedeuten, dass es ansonsten keine Probleme mit dem „Niveau“ geben würde, machen die Aussagen der betreffenden Politikerinnen und Politiker letztlich die nichtdeutschen Kinder und Jugendlichen für die strukturellen Probleme des Bildungssystems verantwortlich. Mit dem Verweis auf „Heterogenität“ müssen gar keine konkreten Eigenschaften mehr genannt werden – das rassistische Verhältnis kommt in diesen Aussagen gar nicht vor. Der „Apparat“ des Rassismus ist dennoch erstaunlich intakt.

LITERATUR

Geiss, Immanuel (1988): Geschichte des Rassismus. Frankfurt am Main.
 Guillaumin, Colette (1991): RASSE. Das Wort und die Vorstellung. In: Bielefeld, Ulrich (Hrsg.): Das Eigene und das Fremde – Neuer Rassismus in der alten Welt? Hamburg.
 Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.) (2005): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Die theoretische Konzeption und empirische Ergebnisse aus 2002, 2003 und 2004. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 3. Frankfurt am Main, S. 13–34.
 Kendi, Ibram X. (2017): Gebrandmarkt. Die wahre Geschichte des Rassismus in Amerika. München.
 Mendelssohn, Moses (1782): Vorrede. In: Israel, Manasseh Ben: Rettung der Juden. Aus dem Englischen übersetzt nebst einer Vorrede von Moses Mendelssohn. Berlin/Stettin, S. XI.
 Robert Miles (1991): Rassismus. Hamburg.
 Schwippert, Knut u. a. (Hrsg.) (2020): TIMSS 2019. Mathematische und naturwissenschaftliche Kompetenzen von Grundschulkindern in Deutschland im internationalen Vergleich. Münster, New York.
 Terkessidis, Mark (1998): Psychologie des Rassismus. Opladen, Wiesbaden.
 Terkessidis, Mark (2004): Die Banalität des Rassismus. Migranten zweiter Generation entwickeln eine neue Perspektive. Bielefeld.

Terkessidis, Mark (2019): Wessen Erinnerung zählt? Koloniale Vergangenheit und Rassismus heute. Hamburg.
 Todorov, Tzvetan (1985): Die Eroberung Amerikas. Das Problem des Anderen. Frankfurt am Main.
 Wallerstein, Immanuel (1995): Die Sozialwissenschaft „kaputtdenken“. Weinheim.



UNSER AUTOR

Dr. Mark Terkessidis ist freier Autor und arbeitet zu den Themen (Populär-)Kultur, Migration, Rassismus und gesellschaftlicher Wandel. Er unterrichtete an den Universitäten Köln, Rotterdam und St. Gallen. Er hat u. a. für taz, Tagesspiegel, Die Zeit und Süddeutsche Zeitung geschrieben sowie Radiobeiträge verfasst und im WDR-Radio moderiert. Mark Terkessidis hat mehrere Monographien vorgelegt. 2019 erschien bei Hoffmann und Campe „Wessen Erinnerung zählt? Koloniale Vergangenheit und Rassismus heute“.

Von Hölderlin bis Jünger

Zur politischen Topographie der Literatur im deutschen Südwesten

Hrsg. von Thomas Schmidt und Kristina Mateescu



lpb
Landeszentrale für politische Bildung
Baden-Württemberg

Von Hölderlin bis Jünger

Zur politischen Topographie der Literatur im deutschen Südwesten

Hrsg. von Thomas Schmidt und Kristina Mateescu

Das Verhältnis von Literatur und Politik gilt als schwierig. Literatur, die sich politischen Zielen verschrieb, wurde nicht selten die ästhetische Qualität abgesprochen, während jener Dichtung, die sich fern von den Aktualitäten des Alltags als Schutzraum des Schönen verstand, Folgenlosigkeit oder gar ethische Verantwortungslosigkeit vorgeworfen wurde. Diese mitunter selbst schon ideologisch gewordenen Frontlinien werden in diesem Band nicht bestärkt. Vielmehr legen die Beiträge konkrete Kontaktzonen zwischen Literatur und Politik frei und zeigen, wie eng und vielfältig die Sphären der literarischen und der politischen Kultur miteinander verknüpft sind. Sämtliche Beiträge argumentieren dabei vom Ort aus und zeigen so Baden-Württemberg als einzigartige Literatur und Kulturlandschaft.

6.50 Euro zzgl. Versand, Bestellung ausschließlich im Webshop der Landeszentrale für politische Bildung: www.lpb-bw.de/shop
 E-Book (kostenlos) unter www.lpb-bw.de/e-books.html

lpb
BW

Rassismus in der Geschichte der Einwanderungsgesellschaft Deutschland

Maria Alexopoulou

Die Ermordung von George Floyd im Frühsommer 2020 sorgte in Deutschland für kontroverse Diskurse. Ein brisanter Streitpunkt war die Frage, ob es auch in Deutschland systemischen Rassismus gebe. Im Mittelpunkt der Kontroverse stand die umstrittene Praxis des *racial profiling*. Nach den öffentlichen und medialen Scharmützeln ist man inzwischen wieder zur Normalität übergegangen. Dies ist mithin ein Indikator, dass der deutsche Rassismus als Untersuchungsgegenstand der Zeitgeschichte nach wie vor ein Desiderat ist. Maria Alexopoulou erörtert, ausgehend von den Vorkommnissen der jüngsten Zeit, die historische Dimension des Rassismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Dimension, die nicht auf die zwölf Jahre der nationalsozialistischen Diktatur begrenzt ist, sondern mit der deutschen Kolonialgeschichte und Geschichte der Migration eng verflochten ist. Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts etablierte sich die Zweiteilung in „Deutsche und Ausländer“. Mit dieser Dichotomie gingen eindeutige Herrschaftshierarchien einher. Nicht-Deutschsein korrespondierte mit minderen Rechten, Lebenschancen und gesellschaftlichem Ansehen. Bei der Etablierung und Kontrolle dieser Hierarchien spielte die Polizei eine zentrale Rolle, prägte und prägt die kollektiven Erfahrungen von Migrantinnen und Migranten bis heute. |

Die weitgehend unbekanntere deutsche Rassismusgeschichte

Anders als der Kampf gegen Rassismus in Deutschland, der schon seit Jahrzehnten selbst um Aufmerksamkeit kämpfen muss, genossen die antirassistischen Kämpfe des „anderen Amerika“, also der Schwarzen Amerikanerinnen und Amerikaner, schon seit den 1960er-Jahren in der damaligen Bundesrepublik Deutschland sowie in der DDR hohe moralische Legitimität, die unter Donald Trump, der sich im Verlauf seiner Präsidentschaft immer offener als Führungsfigur der *White Supremacists* positionierte, stetig wuchs. Eine Kontaktzone zwischen den antirassistischen Kämpfen in den USA und in Deutschland entstand im Sommer 2020. Anhand eigener Beobachtungen als Zeithistorikerin und rassismuskritisch positionierte Zeitzeugin möchte ich die Reaktionen auf die Ereignisse mit Blick auf einige Aspekte der deutschen Rassismusgeschichte einordnen. Diese stellt als Untersuchungsgegenstand der bundesrepublikanischen Zeitgeschichte allerdings noch weitgehend eine Leerstelle dar, die interessanterweise auch immer wieder mit der Unvergleichbarkeit der Zustände in den USA und Deutschland begründet wurde.

Von Black Lives Matter zu „all cops are berufsunfähig“

Die Ermordung George Floyds durch einen weißen Polizisten in Minneapolis im Frühsommer 2020 sorgte auch in Deutschland durchgängig für Entsetzen. In der intensiven Berichterstattung jener Tage wurden zwar auch Plünderungen und Zerstörungen von Geschäften, zu denen es im Gefolge der Proteste in den USA kam – wobei weiterhin umstritten bleibt, wer genau die jeweiligen Täterinnen und Täter waren –, am Rande kritisch angemerkt, doch überwog eine mit dem Opfer, seiner Familie und der *Black Community* sehr empathische und mit der *Black Lives Matter*-Bewegung klar sympathisierende Haltung.

Neu an der Debatte, die in jenen Tagen in den deutschen Medien einsetzte, war der fast reflexartige Hinweis, dass es ja nicht nur in den USA, sondern auch in Deutschland Rassismus gebe, ja, dass Deutschland ein Rassismusproblem habe. Hanau und die neun ermordeten migrantischen jungen Menschen vom Februar 2020 waren in der Öffentlichkeit noch nicht in Vergessenheit geraten, ebenso wenig die Tatsache, dass dieser Terrorakt von Medien und Politik fast durchgängig als rassistische Tat bezeichnet worden war und nicht wie bei derartigen Fällen in der Vergangenheit üblich als Akt eines psychisch Kranken. Ähnlich explizit

Die US-amerikanischen Sportler Larrie James, Lee Evans und Ron Freeman strecken während der Siegerehrung bei den Olympischen Spielen 1968 in Mexiko die geballte rechte Faust, Zeichen der Black Power-Bewegung, in die Höhe. Anders als der Kampf gegen Rassismus in Deutschland, der seit Jahrzehnten um Anerkennung kämpfen muss, genossen die antirassistischen Kämpfe der Schwarzen Amerikanerinnen und Amerikaner in der Bundesrepublik Deutschland sowie in der damaligen DDR hohe moralische Legitimität.

picture alliance/dpa



waren einige Monate zuvor die Taten eines extremen Antisemiten und offen bekennenden Rassistin in Halle benannt worden, der versucht hatte, jüdische Gläubige in einer Synagoge zu ermorden und der, als ihm das nicht gelang, Opfer in einem Dönerimbiss suchte – einem „ikonischen“ translokalen Ort des Einwanderungslands Deutschland. Die Zusammenschau dieser Ereignisse hatte auch für eine breitere Öffentlichkeit die inneren Zusammenhänge zwischen Rassismus, Antisemitismus und die Faktizität Deutschlands als einer Einwanderungsgesellschaft offengelegt. Anfang Juni berichteten dann Medien – von den Tagesthemmen bis zum lokalen *Mannheimer Morgen* – fast mit Stolz über die deutschlandweit stattfindenden *Black Lives Matter*-Protestaktionen, die meist als *silent demo* erfolgten und spontan von jungen Aktivistinnen und Aktivisten oder auch von der Berliner *Branch* der *Black Lives Matter*-Bewegung, die es schon weit vor dem Juni 2020 gab, organisiert wurden. Etwas Kritik löste da zunächst nur aus, dass während der Berliner Demonstration am 6. Juni 2020 die Corona-Abstandsregeln nicht eingehalten worden waren – die polizeiliche Gewalt gegen Gruppen von Protestierenden wurde medial weniger thematisiert. In den ersten zwei Juniwochen kamen in Talkshows und im Feuilleton zahlreiche, vor allem Schwarze deutsche rassismuskritische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Rassismusexpertinnen und -experten, Aktivistinnen, Aktivisten sowie „normale“ Bürgerinnen und Bürger, die Rassismuserfahrungen machten und machen, zu Wort und nutzten diese selten hohe Aufmerksamkeit, um über den Aspekt Gewalt hinaus auch andere Ausdrucks- und Wirkformen von Rassismus anzusprechen: alltägliche rassistische Mikroaggressionen, die verschiedenen Effekte rassistischen Wissens, das die deutsche Gegenwart und Vergangenheit imprägniert, sowie den daraus resultierenden systemischen Rassismus, der sich auch in Deutschland in staatlichen Institutionen

wie der Polizei findet. Neben Akten polizeilicher Gewalt gegen Schwarze, Migrantinnen und Migranten, sowie einzelne mutmaßliche Morde, wie etwa im berühmten Fall Oury Jalloh, ging es dabei auch um das seit Jahren von zahlreichen Expertinnen, Experten, Aktivistinnen und Aktivisten kritisierte *racial profiling* (Kollaborative Forschungsgruppe 2019). Diese Praxis wird von der Polizei geleugnet, kann aber anhand zahlloser Erfahrungsberichte und evidenzbasierter Studien als nachgewiesen gelten (ECRI 2020: 38ff.; Tsianos 2018).

Es ist zwar nach dem Grundgesetz (GG Artikel 3) nicht erlaubt, Personen wegen bestimmter Differenzkriterien, worunter auch die „Abstammung“ und die „Rasse“ fallen, ungleich zu behandeln. Dennoch existiert eine rechtliche Grundlage für das *racial profiling*, nämlich die verdachtsunabhängigen Kontrollen, die gemäß Bundespolizeigesetz und auch in vielen Landespolizeiverordnungen erlaubt sind (Wissenschaftliche Dienste 2015:7ff.). Sie betreffen dabei überproportional eben solche Menschen, die in Deutschland als Nicht-Deutsche gelten, also nicht nur als nicht-deutsche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, sondern als nicht-echte/nicht-„volkszugehörige“ Deutsche, um einen weiteren Begriff aus dem Grundgesetz aufzugreifen (GG Artikel 116), und die durch derartige Praktiken zusätzlich mit dem Stigma des „Verdächtig-Seins“ markiert werden.

Entlang der Rassismuskritik an der deutschen Polizei zeigte sich dann relativ früh der letztlich entscheidende Riss und dann der Bruch im Konsens, der kurzzeitig zu existieren schien zwischen denen, die von eigenen Rassismuserfahrungen berichteten und diese anprangerten und jenen, die ihnen zustimmend zuhörten. Der Riss wurde sichtbar, sobald in den zahlreichen Talk-Shows jener Tage Stimmen gegen das *racial profiling* und gegen Polizeigewalt laut wurden, worauf sie vom Rest der Diskutantinnen und Diskutanten meist mit dem Hinweis zurechtgewiesen wurden, dass in Deutschland die Polizei primär „dein Freund und Helfer“ sei und es keinen Vergleich zu den brutalen cops in den USA geben könne, mit denen man als deutscher, weißer Tourist ja auch schon Erfahrungen gemacht habe. In der deutschen Polizei gebe es doch nur einige wenige „schwarze Schafe“ – eine Bezeichnung, die aus Sicht einiger Schwarzer Aktivistinnen und Aktivisten in Deutschland ebenso in rassistischem Wissen fundiert ist.

Der endgültige Bruch kam dann als Hengameh Yaghoobifarah am 15. Juni 2020 für die *taz* einen bitterbösen, aber satirischen Text mit dem Titel „all cops are berufsunfähig“ verfasste, in dem sie sich fragte, was Polizistinnen und Polizisten in Deutschland alternativ beruflich machen könnten, wenn die Polizei aufgelöst würde, der Kapitalismus aber nicht; Empörung löste dabei der Vorschlag aus, sie auf der Mülldeponie arbeiten zu lassen, wo sie mit dem Müll unter sich bleiben könnten. Die stärkste Reaktion verursachte Yaghoobifarah damit bei Innenminister Horst Seehofer (CSU), der als Dienstherr über die Bundespolizei, Polizistinnen und Polizisten vor dieser Verunglimpfung in Schutz nehmen wollte und eine Woche später mit einer Klage gegen den/die Autorin drohte, wovon er nach einer kurzen, aber kontroversen medialen Debatte auch über Fragen der Pressefreiheit und der Verhältnismäßigkeit, schließlich



absah. Medial ist dieses Intermezzo inzwischen vergessen; weit nachhaltiger wirkte Seehofers Ankündigung, dass es keine externe Studie zu *racial profiling* bei der Polizei geben werde, obwohl die Bundesregierung von der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz bereits im März dazu angemahnt worden war (ECRI 2020: 40) – ein Faktum, das in der medialen Debatte allerdings kaum kommuniziert wurde. Als dann auch noch die Polizeikräfte im Rahmen der Corona-bedingten Einschränkung bei Polizeikontrollen in Stuttgart in der Nacht zum 21. Juni 2020 von randalierenden jungen Menschen massiv angegangen wurden, von denen nachweislich viele Migrantinnen und Migranten waren, löste sich der Rassismusvorwurf gegen die Polizei zumindest medial erst einmal auf – auch wenn parallel die Berichte über rassistische und rechtsextreme Chatgruppen und Kreise innerhalb der Sicherheitsbehörden in Deutschland nicht abrisen.

Gerade das Aufeinandertreffen der zwei Reizfiguren Yaghoobifarah als einer migrantischen, linken, kapitalismus- und rassistuskritisch und durchaus provokativ argumentierenden jungen Nichtbinären, deren Namen und Herkunft sie in den Augen der Mehrheitsgesellschaft als *Muslima framed*, und einem älteren, weißen, konservativen, „volksdeutschen“ Mann und Vertreter einer im Namen christlichen Partei lässt erahnen, dass allein der Konsens darüber, dass Deutschland ein Rassismusproblem hat, noch lange nicht impliziert, dass es Einigkeit darüber gibt, was dies überhaupt bedeutet, worauf es zurückgeht und was dagegen zu unternehmen sei – zumal auch zwischen dem Rassismusverständnis dieser zwei angesichts ihrer vollkommen unterschiedlichen Positionierung Welten liegen dürften.

Das Diskursfeld „Rassismus in Deutschland“ ist darüber hinaus von weitaus tieferen Spaltungen durchzogen, da sich der relativ breite rechte Rand sowie die offen rassistischen politischen und gesellschaftlichen Kräfte an dieser Debatte gar nicht einmal erst beteiligen. In gewisser Weise unbeteiligt bleibt allerdings auch die sogenannte gesellschaftliche Mitte, für die die Zusammenhänge zwischen George Floyds Tod und den Reaktionen der von Rassismus Betroffenen in Deutschland, die sie selbst wenig tangieren, mit Ende der medialen Erregung einfach verbläst sein dürften. Auch diese Positionierung steht paradigmatisch für den allgemeineren Rassismuskurs in Deutschland, denn der verschwindet meist in einem Nebel der Ignoranz, der nur in Zeiten manifester rassistischer Gewalt zeitweilig zu weichen scheint.

Verflochtene Geschichte¹

Eine grundlegende Ursache dieser Ignoranz ist im fehlenden Wissen über die historische Dimension von Rassismus in der Bundesrepublik Deutschland begründet. Diese Abwesenheit fiel auch in den Diskussionen im Jahr 2020 ins Auge, worauf einige Gesprächsteilnehmerinnen und Gesprächsteilnehmer auch explizit hinwiesen, indem sie Leerstellen in der kollektiven Erinnerung aufzeigten, so etwa in Bezug auf die von Rassismus durchzogene koloniale Geschichte Deutschlands und das damit einhergehende fehlende Bewusstsein deren Relevanz und Folgen bis in die Gegenwart. Die manifeste Abwesenheit der historischen Dimension erstaunt dabei im Besonderen angesichts der Tatsache, dass das Phänomen Rassismus in Deutschland einen



Das Foto stammt aus dem vom Reichskolonialbund 1941 herausgegebenen Buch „Afrika in Farben“ und zeigt eine Aufnahme aus Deutsch-Südwestafrika (heute Namibia). Im Zuge des deutschen Kolonialismus prägte sich seit Mitte des 19. Jahrhunderts die bis heute relativ stabil erhaltene Binarität „Deutsche und Ausländer“ als Fixpunkt rassistischen Wissens aus. Mit dieser Dichotomie gingen eindeutige Herrschaftshierarchien einher. Nicht-Deutschsein korrespondierte mit minderen Rechten, Lebenschancen und gesellschaftlichem Ansehen.

picture alliance/dpa

welthistorischen Höhepunkt erreichte. Gleichzeitig gilt Deutschland in seinem Selbst- und im Fremdbild als „Weltmeister der Erinnerungskultur“, als Gesellschaft, in der der Antisemitismus und die Shoah als folgenreichste Ausprägung der deutschen Rassismusgeschichte vorbildlich gesühnt, aufgearbeitet und erinnert wird, was quasi im Zentrum der Staatsidentität steht. Dennoch bleibt die Frage unbeantwortet, welche konkreten Auswirkungen diese noch nicht allzu lang zurückliegende exzeptionelle deutsche Rassismusgeschichte auf die Einwanderungsgesellschaft Deutschland hatte – auch angesichts des nach dem Nationalsozialismus und bis heute persistierenden Antisemitismus und Antiziganismus.

Dabei ist die deutsche Rassismusgeschichte nicht auf die zwölf Jahre nationalsozialistischer Herrschaft zu begrenzen und ebenso wenig auf den Holocaust, der freilich ein absolutes Extrem und Unikum darstellt. Sie besteht darüber hinaus auch in der Vorgeschichte des „Dritten Reiches“, ist zudem mit der deutschen Kolonial- und der Geschichte der Migration nach Deutschland verflochten. Seit Mitte des 19. Jahrhunderts prägte sich in diesen scheinbar losgelösten Konnexen das Konzept des „Deutschen“ aus; besonders – aber nicht nur – im Feld der Migration und im Aufbau eines „deutschen Empire“ in Übersee und im Osten Europas wurde dabei auch die Figur des *Ausländers*² als Anderen des Deutschen hervorgebracht. Die Binarität „Deutscher und *Ausländer*“ blieb dabei bis heute relativ stabil erhalten



Diese Episode gipfelte darin, dass viele der sogenannten *Rheinlandbastarde* während des „Dritten Reichs“ zwangssterilisiert wurden. Ähnliche Emotionen lösten bei einem großen Teil der deutschen Bevölkerung die Schwarzen GIs aus, die im Süden Deutschlands und in Berlin wie die sonstigen Armeeinghörigen mit deutschen „Fräuleins“ anbandelten und auch Kinder zeugten. Diese durften sie allerdings, da sie in einer segregierten Armee dienten, nicht anerkennen, noch war es ihnen erlaubt, die betroffenen Frauen zu heiraten. Gleichzeitig signalisierte die segregierte US-Armee den Deutschen, die durch die Alliierten zu Demokraten und Anti-Rassisten erzogen werden sollten, dass diese Form des Rassismus entlang der *color line* offenbar sozial akzeptabel blieb (Höhn 2008). Zwar wurden die sogenannten *brown babies*, die aus diesen Verbindungen entstanden, in den 1950er-Jahren auch medial als Testfall neuer deutscher Toleranz dargestellt (Fehrenbach 2005). Doch später erzählten zahlreiche von jenen, die nicht in die USA zur Adoption vermittelt worden waren, von den Rassismuserfahrungen, die ihr gesamtes Leben prägten, so etwa der Mannheimer Boxer Charly Graf, der es in den 1970er-Jahren kurz zu Ruhm brachte.

Gleichzeitig hatten das Bundes- und die Landesinnenministerien unter der Initiative des damaligen baden-württembergischen Innenministers Hans Filbinger dafür gesorgt, dass „Afro-Asiaten“ als „Gastarbeiter“ in Deutschland weitgehend ausgeschlossen wurden (Schönwälder 2001: 257–77). So wurden selbst bereits anwesende Arbeiter aus Jordanien, hauptsächlich Palästinenser aus den dortigen Flüchtlingslagern, die beispielsweise in Mannheim am Industriehafen arbeiteten, da hier selbst Italiener und Spanier nicht mehr gern tätig waren, 1965 gegen den Willen der lokalen Behörden abgeschoben. Auch diejenigen, die man im Zuge der „Entwicklungshilfe“ als Studierende aus diesen Weltregionen in die Bundesrepublik zuließ, sollten sich möglichst nicht ansässig machen; selbst als Ehepartner deutscher Frauen sollten sie bis in die 1970er-Jahre hinein möglichst nicht eingebürgert werden, wurden sogar teilweise samt deutscher Ehefrau aufgefordert, Deutschland zu verlassen, indem ihnen die Aufenthaltserlaubnis nicht verlängert oder in einigen Fällen sogar entzogen wurde. In der DDR, wo man erst in den 1980er-Jahren mit einer größeren Anzahl von angolischen, mosambikanischen und vietnamesischen Vertragsarbeiterinnen und Vertragsarbeiter Nicht-Europäer zum Arbeiten ins Land holte, war zwar die verwendete Rhetorik noch viel stärker auf Völkerfreundschaft und Solidarität ausgerichtet, aber die gesellschaftliche Segregation, die keinerlei „Vermischung“ ermöglichen sollte, weit stärker ausgeprägt als in Westdeutschland (Rabenschlag 2014). Dort haben dann seit den 1970er-Jahren immer mehr „außereuropäische Flüchtlinge“, die sowohl innerhalb des politischen Apparats wie auch in der Bevölkerung und in den Medien relativ bald pauschal als „Scheinasylanten“ bezeichnet wurden, doch Zugang nach Deutschland gefunden und waren immer wieder mit Konjunkturen des Rassismus konfrontiert, im Zuge derer sie kontinuierlich als Andere fixiert wurden.

Sehr viele der heute in Deutschland lebenden Schwarzen oder Schwarzen Deutschen sind Zeugnis einer dieser hier

und erweist sich als Fixpunkt rassistischen Wissens und als Fundament der Produktion von Anderen. Diese Anderen waren dabei ebenso stets hierarchisiert.

Das trifft insbesondere auch für die Geschichte Schwarzer Menschen in Deutschland zu, die sich aus palimpsestartigen Schichten zusammensetzt, und lässt sich exemplarisch am Zugangsregime für Schwarze und *People of Color* (PoC) zeigen. So konnten während der deutschen Kolonialzeit, die offiziell von den 1880ern bis 1919 andauerte, aber in der Realität eine längere Vor- und Nachgeschichte hat, nur wenige Schwarze aus den Kolonien nach Deutschland kommen oder gar hierbleiben. Obwohl sie Einwohnerinnen und Einwohner der deutschen überseeischen Schutzgebiete waren, hatten sie kein Recht auf Einreise ins deutsche Reich oder gar den Anspruch auf die deutsche oder die Reichsangehörigkeit. Somit gelangten nur einige wenige als Ehepartnerinnen in den seltenen Fällen anerkannter Eheschließungen, als Bedienstete oder als Mitglieder der sogenannten, damals äußerst beliebten Völkerschauen als *Ausländer* nach Deutschland, was sie und viele ihrer Nachkommen auch blieben, da der Ausländerstatus von 1913 bis 1999 erblich war. Die deutsche Staatsangehörigkeit war nur durch eine Einbürgerung zu erlangen, was im gesamten Zeitraum angesichts der restriktiven Einbürgerungspraxis in Deutschland über die politischen Regime hinweg ein schwieriges Unterfangen blieb.

In der Weimarer Republik mussten die unehelichen Schwarzen Kinder deutscher Frauen dagegen als deutsch anerkannt werden; diese waren im Zuge der sogenannten „Schwarzen Schmach“, also der französischen Besetzung im Rheinland nach dem Ersten Weltkrieg, bei der auch marokkanische und senegalesische Kolonialtruppen eingesetzt worden waren, gezeugt worden. Dies hatte in Deutschland eine „Rassen-Hysterie“ ausgelöst, in die auch Adolf Hitler in „Mein Kampf“ einstimmt, indem er diese Vorgänge als von Juden eingefädelt Verschwörung gegen die weiße Rasse in Europa erklärte (Koller 2001: 248).

angerissenen Migrationsbewegungen, die teilweise mehrere Generationen zurückliegen. Vielen gelten sie nicht als „echte“ Deutsche, selbst wenn sie es per Geburt oder Einbürgerung sind. Vielmehr sind es weiterhin die „Afro-Asiaten“, die als Drittstaatenangehörige kaum Zugang nach Deutschland und Europa finden, sondern sehr zahlreich bei diesem Versuch an den Grenzen der Festung Europa angesichts der dort praktizierten Nekropolitik ihr Leben lassen. Auch daran zeigt sich, dass sie aus der Perspektive des „Deutschseins“ weiterhin auf den untersten Stufen der Herkunftshierarchie stehen, die nur mit minderen Rechten, Lebenschancen und gesellschaftlichem Prestige korrespondieren, letztlich mit weniger Recht überhaupt zu leben. Auch unter den *Ausländern*, die man seit dem Kaiserreich aktiv und phasenweise massenhaft als Arbeitskräfte durch Anwerbung und in den zwei Weltkriegen durch Zwang nach Deutschland holte, gab es stets Herkunftshierarchien: Im Kaiserreich standen die sogenannten auslandspolnischen Saisonarbeiterinnen und Saisonarbeiter mit auf den untersten Stufen, gefolgt von den (meist männlichen) Italienern und den weit privilegierteren Holländern und Österreichern, während jüdische Polinnen und Polen zeitweise gar nicht als Arbeitsmigrantinnen und -migranten zuwandern durften. In der Weimarer Republik waren es die sogenannten *Ostjuden*, die auf der untersten Hierarchiestufe der Herkunft standen, im „Dritten Reich“ die als Sklavenarbeiterinnen und Sklavenarbeiter eingesetzten meist osteuropäische Jüdinnen, Juden und Roma-Minderheiten, etwas weiter oben in der Hierarchie standen die sogenannten *Ostarbeiter* aus Russland und die ebenso mit einem „P“

markierten polnischen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter.

Auch in der neuen Bundesrepublik Deutschland wurden durch die an Herkunft orientierte ungleiche Rechteverteilung weiterhin Hierarchien zwischen den *Ausländern* produziert. Die jeweils unteren Stufen dieser „lebenden“ Herkunftshierarchie lassen sich besonders gut auch an jenen Figuren ablesen, die zu diesem bestimmten Zeitpunkt als Inbegriff des *Ausländers* galten, der meist als gefährlich, kriminell und damit als unerwünscht, oder wie es noch in der Einbürgerungsverordnung von 1952 ausgedrückt wird, nicht als „wertvoller Bevölkerungszuwachs“ betrachtet wurde. So lösten Ende der 1950er-Jahre die Italiener als „Messerstecher“ die „asozialen Polen“ ab, die direkt nach dem Krieg als *displaced persons* und spätere heimatlose Ausländer die Figur des unerwünschten und kriminellen *Ausländers* geprägt hatten – ein rassistischer Wissensbestand der den Hass gegen *Ausländer* auch nach 1945 legitim erscheinen ließ. In den 1980er-Jahren dominierten die „Kameltreiber“ und „Kümmeltürken“ sowie die „Scheinasylanter“, heute sind es die „Kopftuchmädchen“ und die „Messermigranten“. Der Inbegriff des *Ausländers* ist nicht lediglich kriminell, sondern noch im Duktus der 1950/60er für den „deutschen Volkskörper“ gefährlich oder das deutsche Volk und seit etwa zwei Jahrzehnten für die deutsche Demokratie.

Mit der Produktion dieser Figur korrespondierte, dass Kriminalität und Gewalt von *Ausländern* stets im Fokus auch des medialen Interesses am „Ausländerproblem“ in Deutschland standen, während Gewaltverbrechen an *Ausländern*, die nach 1945 bis in die 1990er-Jahre hinein – als



Wanda Berg zeigt ein Foto von sich aus dem Jahr 1942.

Wanda Berg aus Polen musste von 1942 bis 1945 als Zwangsarbeiterin auf einem Bauernhof in der Uckermark arbeiten. Die mit einem „P“ markierten polnischen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter waren im „Dritten Reich“ zusammen mit den sogenannten Ostarbeitern aus Russland auf einer unteren Hierarchiestufe angesiedelt.

picture alliance/dpa

man dann begann, diese systematisch, aber weiterhin unvollständig zu erfassen – auch konstant durch deutsche Rassistinnen und Rassisten verübt wurden, kaum als solche wahrgenommen wurden. Die Figur des *kriminellen Ausländers* war stets präsent, die des gewalttätigen deutschen Rassisten nicht.

Ausländer und Polizei

Bei der Aufrechterhaltung, Kontrolle und Umsetzung dieses Hierarchiesystems sowie bei der Stabilisierung des ewigen Gerüchts und der Figur des *kriminellen Ausländers* – den es zwar auch gab, aber nicht annähernd in dem Maße, wie es dieser Bestandteil rassistischen Wissens suggeriert – hatte in Deutschland schon immer die Polizei eine zentrale Rolle inne. Diese besondere Beziehung zwischen Polizei und *Ausländern* bestand schon darin, dass seit dem Kaiserreich und mit dem Aufbau eines Migrationskontrollsystems und Legitimationswesens die ausländerrechtliche Überwachung der lokalen Polizei oblag, die dabei einen recht breiten Ermessensspielraum hatte. Das erlaubte beispielsweise einzelnen Polizeibehörden während der Weimarer Republik die rechtmäßige Massenausweisung von sogenannten *Ostjuden* zu erlassen, schon allein wegen ihrer unerwünschten Herkunft und Religion. Gemäß Ausländerpolizeiverordnung, die den rechtlichen Umgang mit Ausländern in Deutschland von 1938 bis 1945 und dann wieder nach ihrer Restituierung im Jahr 1952 regelte, entschied die jeweilige Polizeibehörde bei der Erteilung von Aufenthaltstiteln nach eigenem Ermessen, ob ein Ausländer oder auch ganze Herkunftsgruppen der deutschen Gastfreundschaft „würdig“ waren. Dieser Beurteilung unterstanden dann zwischen 1952 bis 1965, als ein neues Ausländergesetz, das nicht weniger restriktiv war, erlassen wurde, auch ehemalige Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter, KZ-Insassinnen und -insassen, die in Deutschland geblieben waren, sowie die ersten neuen „Gastarbeiter“. Je nach Bundesland und Kommune blieb bis in die 1990er-Jahre hinein die Ausländerbehörde bei der Polizei angesiedelt oder wurde dem kommunalen Ordnungsamt unterstellt, dessen übergreifendes Aufgabenfeld als Behörde ebenso die „Abwehr von Gefahren“ ist. Die Ausländer(polizei)behörden galten daher in all den Jahren und bis heute vielen Migrantinnen und Migranten als Angsträume, die sie sehr oft in Fragen, die für ihr Leben zentral waren, aufsuchen mussten. Hier wurde über ihren Aufenthalt und damit oftmals über die Sicherung ihrer ökonomischen Existenz entschieden, was für die meisten Arbeitsmigrantinnen und -migranten, die sich letztlich sesshaft machten, bedeutete, dass sie jedes oder jedes zweite Jahr bis tief in die 1980er-Jahre hinein eine Aufenthaltserlaubnis einholen mussten, was nach 1973 und dem Anwerbestopp bei vielen mit der Angst verbunden war, wegen zu geringem Wohnraum oder zeitweiliger Arbeitslosigkeit keine Aufenthaltsverlängerung zu bekommen oder nicht die Familie, also Ehepartnerin, Ehepartner und Kinder, nachziehen lassen zu dürfen. Diese Erfahrungen gehören unabhängig vom kriminalrechtlichen Aspekt zu den kollektiven Erfahrungen von Migrantinnen und Migranten in Deutschland mit Polizeibehörden und später, je nach Bundesland, mit ordnungsdienstlichen Behörden. Ebenso ist die Polizei für undokumentierte Migrantinnen und Migranten sowie für jene mit prekärem Aufenthaltsstatus ohnehin mit Angst be-

setzt; es war und ist die Polizei, die nach Ablauf einer Duldung auch mitten in der Nacht ganze Familien zur Abschiebung abholt und festnimmt.

Was das *racial profiling* betrifft, so wurde dies rechtlich als verdachtsunabhängige Kontrolle erlaubt, um etwa in Zügen im grenzfreien Schengen-Raum „illegale“ Einreisen zu unterbinden, womit sich diese Maßnahme genau gegen jene „Außereuropäer“ im Sinne der vorher erwähnten „Afro-Asiaten“ richtet, die als solche eben nicht präsent sein dürfen, deren Präsenz per se etwas Unerwünschtes ist und eine Gefahr anzeigt. Zudem ist die verdachtsunabhängige Kontrolle an „gefährlichen Orten“, etwa an Bahnhöfen oder öffentlichen Plätzen, erlaubt. Das heißt, dass wenn hier vermehrt Menschen ohne Anlass kontrolliert werden, das darauf zurückgeht, dass Polizistinnen und Polizisten dunkelhäutige oder muslimisch oder sonst „nicht-(volks)deutsch Aussehende“ eben nicht als Deutsche einstufen und sie damit schon als gefährlich, kriminell oder als illegitim präsent einschätzen. Wer ehrlich ist, wird zugeben, dass er oder sie das schon mehrfach zumindest im Augenwinkel wahrgenommen hat, es von Bekannten erfahren oder auch schon selbst davon betroffen war. Das *racial profiling* ist also neben allem anderen eine öffentliche Performance des *Othering* (zum-Anderen-machen).

Dass „Abstammung“ für die Polizeiarbeit doch relevant ist – und das war ein weiterer kurzlebiger Eklat in der Sommerdiskussion 2020 – bewiesen die Behörden in Stuttgart öffentlich, indem sie nach der Krawallnacht in der Innenstadt ankündigten, bei der Ermittlung der Täterinnen und Täter Stammbaumforschung betreiben zu wollen. Das derartige Praktiken, die den jungen alkoholisierten Personen, die teilweise schon in der dritten oder vierten Einwanderungsgeneration in Deutschland leben, durchaus geläufig sind und bei einigen sicherlich Aggressionen wecken, da sie offenbar selbst in ihrer Heimatstadt immer und immer wieder als Andere hervorgehoben und markiert werden, wird da vielleicht ein wenig verständlicher; genau wie die Ausschreitungen und Plünderungen in den USA als Ausdruck einer jahrhundertealten Frustration rassistischer Unterdrückung gelesen werden können – sofern sie überhaupt immer von Schwarzen und entsprechend auch in Stuttgart und anderswo in Deutschland von migrantischen Jugendlichen begangen werden. Rassismus und Polizeirassismus in Deutschland und in den USA sind sicherlich anders, was aber nicht bedeutet, dass sie in Deutschland nicht existieren.

Die Normalität von Rassismus

Rassismus und Diskriminierung aufgrund von Herkunft ist Normalität, die kaum Aufmerksamkeit erlangt, zumindest nicht außerhalb der Erfahrungswelt und der kollektiven Erinnerung der Betroffenen. Das gilt auch für Akademikerinnen sowie Akademiker und nicht nur für potentiell delinquente junge Migrantinnen und Migranten. Nur ein Beispiel: Im Januar 2016 traf sich an der Universität Tübingen eine Gruppe vor allem migrantischer und *People of Color* Akademikerinnen und Akademiker, die in Deutschland lehren und forschen, auf einem Workshop mit dem Titel: *Who*

can speak and who is heard/hurt? *Ethnic Diversity, Race and Racism in American Studies in Germany*, wozu 2019 auch ein Tagungsband erschien. Eines der Hauptthemen der Konferenz waren Rassismus- und Diskriminierungserfahrungen, die die beteiligten Akademikerinnen und Akademiker an deutschen Universitäten machten. Die Engführung auf die *American Studies* war dabei kein Zufall, da Rassismus als Theorie und Praxis insbesondere in den Geistes- und der Geschichtswissenschaft in Deutschland zu jenem Zeitpunkt fast ausschließlich im Amerikanistik-Kontext akademisch gelehrt und beforscht wurde und damit geläufig war. Dennoch, so die Kritik der anwesenden Amerikanistinnen und Amerikanisten, wurde Rassismus als Phänomen vor Ort und an den Universitäten in Deutschland in seiner Aktualität und Historizität völlig ignoriert oder vor allem auch von Amerikahistorikerinnen und -historikern explizit negiert. Deren Hinweis, dass in Deutschland anders als in den USA nicht mehr von „Rassen“ die Rede ist, es deshalb hier keinen Rassismus gebe, ist dabei mehr als fadenscheinig (Alexopoulou 2019). Vielmehr verschweigt diese Argumentation, dass *race* zumindest in den US-amerikanischen akademischen Debatten sowie darüber hinaus als soziales Konstrukt verstanden wird, dem gerade durch das Fortleben von Rassismus weiterhin soziale und gesellschaftliche Realität zukommt.

Ähnliche Verschweigungsmechanismen werden wirksam, wenn das Sprechen über und das zeithistorische Beforschen von Rassismus angesichts der Besonderheiten deutscher Geschichte als inadäquat oder gar geschichtsrelativierend erklärt wird. Die Radikalität des Rassismus im nationalsozialistischen Deutschland und der auf seiner Grundlage betriebene industrielle Gewaltexzess des Holocaust sind einzigartig. Die Unvergleichbarkeit dieses Er-



Dr. Maria Alexopoulou leitet am Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin ein Projekt zur Geschichte des Rassismus in der Einwanderungsgesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR im Rahmen des „Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ (FGZ). Zudem habilitiert sie sich am Lehrstuhl Zeitgeschichte der Universität Mannheim, wo sie zu Migrationsgeschichte geforscht und gelehrt hat.

eigniskomplexes sowie des damals wirksamen antisemitischen Rassismus bedeutet jedoch nicht, dass auf dem Boden, auf dem sie sich entfalteten, Rassismus in seinen mannigfachen Formen und als Set jahrzehntelang zirkulierender Wissensbestände die Strukturen, Institutionen und Mindsets geprägt hatten, einfach so ausgestorben wäre. Doch gerade dies vermittelte die deutsche Zeitgeschichte lange Zeit, da sie Rassismus in der Bundesrepublik seit 1945 als Untersuchungsgegenstand ausblendete und damit dazu beitrug, ihn sowohl als banale Alltags- als auch als Gewaltpraxis zu normalisieren.

LITERATUR

- Alexopoulou, Maria (2019): 'Ausländer' – A Racialized Concept? 'Race' as an Analytical Concept in Contemporary German Immigration History. In: Arghavan, Mahmoud u. a. (Hrsg.): *Who Can Speak and Who is Heard/Hurt? – Facing Problems of Race, Racism and Ethnic Diversity in the Humanities in Germany*. Bielefeld, S. 45–67.
- Alexopoulou, Maria (2020): *Deutschland und Migration. Geschichte einer Einwanderungsgesellschaft wider Willen*. Ditzingen.
- European Commission against Racism and Intolerance (Hrsg.) (2020): *ECRI-Bericht über Deutschland*. 2020 URL: https://www.bmjv.de/SharedDocs/Archiv/Downloads/6_ECRI_Bericht_ueber_Deutschland.pdf?__blob=publicationFile&v=5 [12.01.2021].
- Fehrenbach, Heide (2005): *Race after Hitler: Black Occupation Children in Postwar Germany and America*. Princeton, NJ.
- Höhn, Maria (2008): *Amis, Cadillacs und „Negerliebchen“: GIs im Nachkriegsdeutschland*. Berlin.
- Kollaborative Forschungsgruppe Racial Profiling Schweiz (2019): *Racial Profiling. Erfahrung. Wirkung. Widerstand*. Ohne Erscheinungsort.
- Koller, Christian (2001): *Von Wilden aller Rassen niedergemetzelt*. Stuttgart.
- Rabenschlag, Ann-Judith (2014): *Völkerfreundschaft nach Bedarf: ausländische Arbeitskräfte in der Wahrnehmung von Staat und Bevölkerung der DDR*. Dissertation, Stockholm University.
- Schönwälder, Karen (2001): *Einwanderung und ethnische Pluralität: Politische Entscheidungen und öffentliche Debatten in Großbritannien und der Bundesrepublik von den 1950er bis zu den 1970er Jahren*. Essen.
- Tsianos, Vassilis (2018): *Stop and Search die „Hautverdächtigen“: Warum es so schwierig ist, von institutionalisiertem Rassismus im Kontext von Racial Profiling zu reden*. In: *Standpunkt: Sozial*, Heft 1/2018, S. 45–52.
- Wissenschaftliche Dienste, Deutscher Bundestag (2015): *Verdachtsunabhängige Maßnahmen nach § 22 Abs. 1a BPolG und „Racial Profiling“* (WD 3–3000–020/15). URL: <https://www.bundestag.de/resource/blob/408488/d66a6492df5e52e2fdc26e840b3dd3e2/WD-3-020-15-pdf-data.pdf> [12.01.2021].
- Yaghoobifarah, Hengameh (2020): *All cops are berufsunfähig*. In: *taz*, 15.6.2020. URL: <https://taz.de/Abschaffung-der-Polizei/!5689584/> [12.01.2021].

ANMERKUNGEN

- 1 Siehe zu diesem und folgendem Unterkapitel: Alexopoulou, Maria (2020): *Deutschland und Migration. Geschichte einer Einwanderungsgesellschaft wider Willen*. Ditzingen. Zur besseren Lesbarkeit werden nur an einigen Stellen weitergehende Literaturangaben gemacht, sonstige Literatur und die genauen Quellenangaben sind im hier angegebenen Buch der Autorin nachzulesen.
- 2 Ausländer wird, wenn es nicht als formale und damit neutrale Bezeichnung einer Person ohne deutsche Staatsangehörigkeit gebraucht wird, kursiv gestellt als Abgrenzung zur negativen Konnotation dieses Begriffes, der m. E. in diesem Kontext als *race*-Konzept fungiert. Siehe dazu Alexopoulou 2019.

Schwierige europäische Erinnerung: Kolonialismus in Afrika

Andreas Eckert

Europa war nie hermetisch abgeschlossen. Nicht-europäische Erfahrungen haben sich in europäische Gesellschaften eingeschrieben. Die europäische Moderne ist ohne Kolonialismus, Imperialismus und ohne koloniale Herrschaftspraxis nur schwer vorstellbar. Mit Blick auf Afrika erörtert Andreas Eckert, wie mit der europäischen Kolonialherrschaft Herablassung und rassistische Attitüde einhergingen. Diese hierarchische Weltansicht fand ihre Rechtfertigung in der „Zivilisierungsmission“, die Europa „aufgelegt“ war. Obwohl der Kolonialismus seit den 1960er-Jahren ideologisch weitgehend geächtet ist, hat die rassistische Diskriminierung in vielen Regionen der Welt noch Bestand. Bis heute lassen sich nostalgisch-paternalistische Verklärungen und Rechtfertigungen konstatieren. Gegendiskurse, angestoßen u. a. von ehemals Kolonisierten und Vertretern der Diaspora, entwickelten sich zunächst nur zögerlich. Nachdem die koloniale Vergangenheit in Deutschland lange Zeit eine marginale Rolle gespielt hat, setzte erst in den 1990er-Jahren eine intensive Phase kolonialer Erinnerung ein. |

Europa und die nicht-europäische Welt

Das *annus horribilis* 2020 hatte viele Facetten. Eine davon war die sich verschärfende Debatte über Monumente, welche einst im Gedenken und zu Ehren von Protagonisten des europäischen Kolonialismus errichtet worden waren. Einige Beispiele nur: Im englischen Bristol wurde die Statue des Sklavenhändlers und Philanthropen Edward Colston aus ihrer Verankerung gerissen und ins Hafenbecken geworfen. Nur verbal militant ging es in den Debatten um das gerade für eine beträchtliche Summe renovierte Bismarck-Denkmal in Hamburg zu. Kritiker mahnten, dass der Reichskanzler einer der Wegbereiter des deutschen und europäischen Kolonialismus gewesen sei und schlugen vor, das Denkmal auf den Kopf zu stellen. Nach massiven Protesten wurde im belgischen Antwerpen die Statue von König Leopold II. entfernt, dessen Name eng mit kolonialen Gräueltaten im Kongo verknüpft ist. In Frankreich steht etwa eine Statue Jean-Baptiste Colberts vor der Nationalversammlung in Paris in der Kritik. Der Finanzminister unter Sonnenkönig Louis XIV. schrieb den „Code Noir“, der den Umgang mit den schwarzen Sklaven in den Kolonien regelte. Nach Aufrufen, die Statue zu zerstören, stand das Monument für eine Weile unter Polizeibewachung.

Die koloniale Vergangenheit Europas will nicht vergehen, sie scheint im Bewusstsein vieler Menschen gerade in Europa präsenter denn je. Sie ist nicht nur in Denkmäler eingeschrieben, sondern in wirtschaftliche Strukturen, in Hierarchien der Wissensordnungen, in einem strukturellen Rassismus. Zugleich hat das Plädoyer, Europa zu provinzi-

alisieren, wie es Dipesh Chakrabarty formuliert, es also nicht länger als autonomes Zentrum der Weltgeschichte zu imaginieren, große Resonanz erfahren. Ein von postkolonialen Perspektiven inspiriertes Argument besagt, dass Europa vornehmlich außerhalb Europas kreierte wurde – und greift dabei ein prominentes wie umstrittenes Diktum von Frantz Fanon auf –, maßgeblich in den Kolonien und in Verbindung mit kolonialer Gewalt. Vor diesem Hintergrund wird europäische Geschichte dafür kritisiert, ignorant ausschließlich um Europa zu kreisen, sachlich fehlgeleitet Europa aus sich selbst heraus verstehen zu wollen – oft sogar aufgrund methodisch-theoretischer Prämissen unbemerkt –, und die Geschichte der ‚nicht-westlichen‘ Welt als passives Produkt westlicher Dynamik abzuwerten. Diese Kritik ist nicht nur proklamiert, sondern inzwischen vielfach empirisch unterfüttert worden. Sie hat das alte Selbstver-



Im Sommer 2020 verschärfte sich die Debatte über Monumente, die im Gedenken an Protagonisten des europäischen Kolonialismus errichtet worden waren. Im englischen Bristol wurde die Statue des Sklavenhändlers und britischen Politikers Edward Colston aus ihrer Verankerung gerissen und ins Hafenbecken geworfen. **picture alliance/dpa**

ständnis europäischer Geschichte als allgemeine Geschichte ausgehöhlt.

Europa war also nie eine hermetische Binnenwelt, sondern eine randoffene, ausstrahlende, aber eben auch eine absorbierende Zivilisation. Inzwischen hat sich weitgehend herumgesprochen, dass die europäische Expansion keine belanglose Nebensächlichkeit darstellte, sondern geradezu, um Jürgen Osterhammel zu zitieren, „die global wirkende, einzigartige Existenzform Europas“. Europa realisierte sich in der Welt, in der Auseinandersetzung mit anderen Gesellschaften jenseits der eigenen Grenzen. Diese Außenbeziehungen hatten gewiss nicht immer das gleiche Gewicht, und sie betrafen auch nicht immer die gleichen Räume. Die europäische Moderne ist nur schwer vorstellbar ohne Kolonialismus und Imperialismus.

Erfahrungen in der nicht-europäischen Welt haben sich eingeschrieben in europäische Landschaften, Körper und Ideen. Die Gesellschaftsgeschichte europäischer Staaten, mit oder ohne Kolonialbesitz, bleibt unvollständig oder gar unverständlich, wenn man sie aus ihren imperial-kolonialen Zusammenhängen löst.¹ Beziehungen zwischen Europa und der nicht-europäischen Welt waren und sind jedoch häufig hierarchisch oder gar repressiv, geprägt von Ausbeutung, Rassismus und Gewalt. Diese Beziehungen werden in der Regel mit dem Begriff Kolonialismus erfasst. Kolonialismus war charakterisiert durch die ambivalente Beziehung zwischen emanzipatorischem Diskurs und einer von Gewalt, Zwangsarbeit, Rassismus und der Missachtung von Rechten geprägten kolonialen Herrschaftspraxis.

Rassistische Attitüde und Rechtfertigungsdoktrinen

Die Unabhängigkeitszeremonien in Belgisch-Kongo am 30. Juni 1960, in der Hauptstadt Léopoldville, dem heutigen Kinshasa, liefen nicht ganz nach Plan. Brüssel hatte gehofft, zu diesem Anlass noch einmal feierlich das vermeintliche Zivilisationswerk der Belgier in Afrika preisen zu können und deren überstürzten Abzug aus dem rohstoffreichen Riesenland im Herzen des Kontinents als Ausdruck politischer Weitsicht darzustellen. Zu aller Überraschung holte der junge kongolesische Ministerpräsident Patrice Lumumba jedoch zu einer improvisierten Brandrede aus. Lumumba – der Revolutionär ohne Revolution, wie Jean-Paul Sartre ihn einmal genannt hat – beschwor in seiner Philippika die Leiden seiner Landsleute unter der Kolonialherrschaft. Er sprach von Ausbeutung, Rassismus und verletzter Würde. Und rief den konsternierten Gästen des Staatsaktes zu: „Wir haben erleben müssen, dass man uns verhöhnte, beleidigte, schlug, tagaus, tagein, von morgens bis abends, nur weil wir Neger waren. Niemand von uns wird je vergessen, dass man einen Schwarzen selbstverständlich duzte – nicht etwa, weil man ihn als Freund betrachtete, sondern weil das ehrbare ‚Sie‘ den Weißen vorbehalten war. Wir haben erleben müssen, dass man unser Land raubte, aufgrund irgendwelcher Texte, die sich Gesetze nannten, aber in Wahrheit nur das Recht des Stärkeren verbrieften.“²

Lumumba, der nur wenige Monate nach seiner flammenden Rede mit Hilfe der belgischen und nordamerikanischen Geheimdienste von seinen kongolesischen Opponenten ermordet wurde, hatte hier einige der zentralen Kritikpunkte an der europäischen Kolonialherrschaft auf den Punkt gebracht und dabei besonders die Herablassung



und die rassistische Attitüde betont, mit der die selbsternannten weißen Herren den kolonisierten Afrikanerinnen und Afrikanern begegneten. Diese Haltung zog sich wie ein roter Faden nicht nur durch die Kolonialzeit, sondern prägte auch das Verhältnis der Europäer zu Afrika, zu den Afrikanerinnen und Afrikanern seit der Dekolonisation. Sie fand ihren Ausdruck nicht allein in rassistisch motivierter Gewalt und in alltäglich praktizierten Erniedrigungen gegenüber den Kolonisierten, sondern auch in Rechtfertigungsdoktrinen, von denen die „Zivilisierungsmision“ besondere Beachtung verdient.³ Diese Rhetorik gehörte zum Legitimationsarsenal aller europäischen Kolonialmächte in Afrika und anderswo. Sie beinhaltete, kurz gesagt, dass die kolonisierten Afrikaner zu primitiv seien, um sich selbst regieren zu können, jedoch zur Besserung fähig seien. Selbst liberalere Sichtweisen in der Ära der Menschenrechte nach dem Zweiten Weltkrieg gingen noch immer von dieser Annahme aus, wie z. B. aus den Schriften des *Fabian Colonial Bureau* hervorgeht. So stellte Rita Hinden, eine wichtige Vertreterin dieser Strömungen klar: „Der Akt des [imperialen] Rückzuges würde nicht von selbst das Tor zum Wohlstand aufstoßen. Wenn allerdings (...) die imperialen Mächte wenigstens noch für einen gewissen Zeitraum blieben und diese Länder, statt sie auszubeuten, treuhänderisch zum Wohle ihrer Bewohner entwickelten und bereicherten, dann könnten die erdrückenden Probleme der Armut und der Rückständigkeit wohl tatsächlich bewältigt werden.“ Zu diesem Zeitpunkt waren einige Kolonialbeamte bereits skeptischer als zuvor, wenn es darum ging, einen liberalen Diskurs, der die Bedeutung von Menschenrechten und Demokratie betonte, mit der Rechtfertigung kolonialer Herrschaft in Verbindung zu bringen. Dennoch: Während die koloniale Ära über weite Strecken von Gewalt und einer Politik des selektiven Terrors gekennzeichnet war und eine gewisse „Kultur des Terrors“ nicht ver-



Während der Unabhängigkeitszeremonien holte der junge kongolesische Ministerpräsident Patrice Lumumba im Juni 1960 zu einer Brandrede aus und beschwor die Leiden seiner Landsleute unter der belgischen Kolonialherrschaft. Lumumba wurde nur wenige Monate nach seiner flammenden Rede mit Hilfe belgischer und nordamerikanischer Geheimdienste von seinem kongolesischen Opponenten ermordet. Das Bild zeigt die Verhaftung von Lumumba durch die Truppen von Mobutu, der nach einem Militärputsch die Macht an sich riss.

picture alliance/dpa

schwand, existierte sie in einem sich verändernden Umfeld, in dem Gewalt verurteilt wurde, wenn sie nicht in irgendeiner Weise mit fortschrittlichen Reformen verknüpft werden konnte.

Die Vorstellung von einer Zivilisierungsmission setzte eine auf Konkurrenz und Hierarchien beruhende Weltsicht voraus. Zudem stellten Zivilisierungsdiskurse die gegenwärtigen Verhältnisse in den zu zivilisierenden Gegenden als unglücklich und deswegen ohnehin der Reform bedürftig dar. Das grundlegende Problem der Zivilisierungsmission im kolonialen Afrika bestand darin, dass die Andersartigkeit der zu zivilisierenden Völker weder naturgegeben noch unveränderlich war. Ihre Verschiedenheit musste definiert und perpetuiert werden. Soziale Grenzen, die eben noch klar definiert waren, konnten sich verschieben. Das Zivilisierungsprojekt der Kolonialmächte, das die Bevölkerungen der kolonisierten Gebiete zu disziplinierten Bauern oder Arbeitern und zu willfährigen Untertanen eines bürokratischen Staates machen wollte, gab den Anstoß zu einem Diskurs über die Frage, wie viel „Zivilisierung“ diese Untertanen bräuchten und welche politischen Folgen „zu viel Zivilisierung“ haben könnte. Allgemein wollten Kolonialbeamte ihre afrikanischen Untertanen zu „vervollkommenen Eingeborenen“, nicht zu Nachbildungen von Europäern machen.

Die Vorstellung von einer Zivilisierungsmission eröffnete jedoch auch Afrikanerinnen und Afrikanern Handlungsspielräume und gab ihnen einen wichtigen Bezugspunkt für ihre Beschwerden und Proteste sowie die Durchsetzung ihrer Interessen. Koloniale Herrschaft in Afrika wie anderswo stand häufig unter Rechtfertigungsdruck. Und selbst, wenn viele Verfechter und Akteure des kolonialen Projekts eine Art „natürlichen“ Herrschaftsanspruch verspürten, so sorgten die Kolonisierten ebenso wie Kritikerinnen und Kritiker in der Metropole dafür, dass der Kolonialismus oder zu-

mindest zentrale Aspekte davon, etwa die Gewalt, immer wieder legitimiert werden mussten. Die Zivilisierungsmission als wesentliche Rechtfertigungsrhetorik war charakterisiert durch eine Spannung zwischen Borniertheit und Universalismus, Sendungsbewusstsein und Herrschaftswahn, teleologischer Geschichtsbetrachtung und Entwicklungsnegation, dem Insistieren auf kultureller Überlegenheit und realer Unfähigkeit, der Rhetorik der Assimilation und der Angst, von der Fremde verschlungen zu werden. Die Rechtfertigungen und ihre Widersprüche verweisen auf die Widersprüche des Kolonialismus selbst. Er war weder zivilisatorische Mission noch Zeit des heroischen Widerstands gegen eine von außen aufgezwungene Tyrannei, sondern eine Geschichte der Gewalt und Ausbeutung ebenso wie eine Geschichte vielfältiger, widersprüchlicher Auseinandersetzungen und Kooperationen.

Nostalgische Verklärungen der Kolonialherrschaft

„Afrikas Drama ist, dass der Afrikaner nicht genug in die Geschichte eingetreten ist. Der afrikanische Bauer kennt nur den ewigen Wiederbeginn der Zeit im Rhythmus der endlosen Wiederholung derselben Gesten und derselben Worte. In dieser Geisteshaltung, wo alles immer wieder anfängt, gibt es Platz weder für das Abenteuer der Menschheit noch für die Idee des Fortschritts. In diesem Universum, wo die Natur alles regelt, entkommt der Mensch der Qual der Geschichte, die den modernen Menschen gefangen hält, und er bleibt regungslos in einer unveränderlichen Ordnung. Nie geht er auf die Zukunft zu. Nie kommt er auf die Idee, aus der Wiederholung auszutreten, um sich ein Schicksal zu erfinden. Dies ist das Problem Afrikas.“ Diese denkwürdigen Sätze wurden nicht etwa im 19. oder in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts vorgetragen, sondern im Sommer 2007 an der Universität von Dakar in Senegal. Gesprochen hat sie der damalige französische Präsident Nicolas Sarkozy. Dass er hier das alte, maßgeblich auf den deutschen Philosophen Georg Friedrich Wilhelm Hegel zurückgehende Bild von Afrika als „geschichtslosem Kontinent“ bemühte, sahen viele Beobachter als bedrückendes Indiz dafür, wie stark die Afrikabilder in Frankreich weiterhin von rassistischen und kolonialen Topoi geprägt sind.⁴ Kolonialismus ist seit den 1960er-Jahren ideologisch weitenteils geächtet, was die Fortdauer rassistischer Diskriminierung in vielen Regionen der Welt freilich nicht verhinderte. Nostalgisch-paternalistische Verklärungen der kolonialen Herrschaft – „nicht alles war schlecht“ – und handfeste Rechtfertigungen kolonialer Ideologie und Praktiken finden sich in den vergangenen Dekaden überdies immer wieder – vor allem in Bezug auf Afrika. Lange Zeit taten sich die ehemaligen europäischen Länder extrem schwer mit einer kritischen Auseinandersetzung über ihre koloniale Vergangenheit. Erst in der jüngeren Zeit scheint Bewegung in die lang praktizierte Politik des Verschweigens und Verdrängens gekommen zu sein. In Frankreich verabschiedete die Nationalversammlung aber noch im Februar 2005 ein Gesetz, welches die angeblich „positive Rolle“ des französischen Kolonialismus in den Rang einer gesetzlich festgeschriebenen und damit gleichsam un-

umstößlichen historischen Wahrheit zu erheben beanspruchte.⁵ Als besonders umstritten sollte sich ein Artikel des Gesetzes erweisen, der etwa vorsah, dass in den Lehrplänen der Schule „vor allem die positive Rolle der französischen Präsenz auf anderen Kontinenten, insbesondere in Nordafrika“ dargestellt, und „der Geschichte und den Opfern der Kämpfer der französischen Armee in diesen Gebieten“ der „wichtige Platz“ eingeräumt werde, der ihnen zustehe. Dies löste einen nachhaltigen Protest von Historikerinnen und Historikern aus, die eine Debatte über die prinzipielle (Un-)Zulässigkeit parlamentarischer Geschichtsdeutungen anzettelten – die damit endete, dass der umstrittene Passus am 15. Februar 2006 per Dekret und ohne erneute Debatte im Parlament wieder gestrichen wurde.

Bereits einige Wochen vor dem Gesetz, im Januar 2005, hatte sich eine bis dahin unbekannt Gruppierung mit dem provokanten Namen „Les Indigènes de la République“ („Die Einheimischen/‘Eingeborenen‘ der Republik“) zu Wort gemeldet. In einem Appell an die Öffentlichkeit kritisierten die Unterzeichner, die sich als antikoniale Aktivistinnen, Aktivistinnen und Nachfahren von afrikanischen Sklaven, von Kolonisierten und postkolonialen Einwanderern bezeichneten, die Kontinuität kolonialer Hierarchien und Machtasymmetrien in der Gegenwart und formulierten als dringliche Aufgabe, die „postkoloniale Republik“ Frankreich endlich zu dekolonisieren. Viele Beobachter sahen überdies enge Zusammenhänge zwischen den in dieser Zeit – im Herbst 2005 – aufflammenden Jugendunruhen in den französischen Vorstadtvierteln und der Fortdauer rassistischer Diskriminierungen.

Immerhin: Seit 2006 begeht Frankreich jeweils am 10. Mai einen nationalen Gedenktag zur Abschaffung der Sklaverei. Durchgesetzt hatte ihn die damalige, aus dem Übersee-Departement Guyane stammende Justizministerin Christiane Taubira. Und der seit 2017 amtierende französische Präsident Emmanuel Macron suchte sich zunächst dezidiert als Antikolonialist zu entwerfen. In einer Rede bezeichnete er den Kolonialismus als ein „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ und zog sich damit nicht zuletzt den ganzen Zorn der Nachfahren der Algerienfranzosen zu. In einer Rede in Ouagadougou in Burkina Faso versprach er, in Afrika geraubte und nun französische Museen zierende Objekte zu restituieren und beauftragte die in Berlin und Paris lehrende Kunsthistorikerin Bénédicte Savoy sowie den senegalesischen Ökonomen Felwine Sarr mit einem Bericht, der den Kontext und die Regularien einer solcher Rückgabe klären sollte. Doch mit der Umsetzung hapert es seither. Während Macrons Engagement in Sachen koloniale Aufarbeitung inzwischen massiv abgekühlt zu sein scheint, lassen entsprechende Initiativen nicht nach. Hafenstädte wie Nantes, Le Havre und La Rochelle etwa bemühen sich, sich mit dem düsteren Kapitel des Sklavenhandels, von dem sie nachhaltig profitiert haben, kritisch auseinanderzusetzen.

In London, einst die Hauptstadt eines Imperiums, in dem die Sonne nie unterging, drückte Außenminister William Hague am 6. Juni 2013 im Abgeordnetenhaus sein Bedauern darüber aus, dass tausende Kenianer in den 1950er-Jahren unter britischer Kolonialherrschaft während des Ausnahmezustands Opfer von Folter und anderen Formen der Misshandlung geworden sind. Ferner verkündete er, dass die Regierung an über 5.200 Kenianerinnen und Kenianer Entschädigungen zahlen sowie die Kosten für die



In den Niederlanden, wo die koloniale Vergangenheit oft als gute alte Zeit verklärt und verharmlost wurde, ist ein Dauerstreit um die Brauchtumsfigur „Zwarte Piet“ entbrannt. Ob der schwarze Helfer von Sinterklaas, des niederländischen Nikolaus, nun rassistisch ist oder nicht, hält das Land gehörig in Atem. picture alliance/dpa

Errichtung eines Denkmals in Kenia zum Gedenken an die Opfer kolonialer Gewalt übernehmen würde. Dem vorausgegangen war die erfolgreiche Klage der Anwaltsfirma Leigh Day, die im Namen von kenianischen Opfern der kolonialen britischen Gewalt agierte, gegen die Regierung in London. Die seit den frühen 2000er-Jahren auch öffentlich intensiv geführte Debatte über die Mau-Mau-Rebellion im Kenia der 1950er-Jahre und deren brutale Niederschlagung durch die britischen Behörden sorgte für erhebliche Risse im sorgsam gepflegten Bild vom Ende der britischen Kolonialherrschaft in Afrika und Asien als Ausdruck liberaler Denkungsart, ja als Erfolgsgeschichte aus dem Geist angelsächsischer Freiheitsliebe.

In Großbritannien stehen sich derweil zwei Richtungen unversöhnlich gegenüber. Während auf der einen Seite nicht zuletzt im Kontext des Brexits verstärkt aggressive imperiale Nostalgie Einzug hält, die sich vor allem darin ausdrückt, die vermeintlichen zivilisatorischen Leistungen britischer Weltherrschaft zu betonen, verschärft sich auf der anderen Seite die Kritik am fortdauernden Rassismus und der unreflektierten Präsenz kolonialverherrlichender Monumente im öffentlichen Raum. Die 2015 zuerst in Südafrika initiierte Kampagne „Rhodes Must Fall“, die am Beispiel des Diamantenmagnaten und Erzimperialisten Cecil Rhodes die „unverhohlene Glorifizierung des rassistischen und blutigen Projekts des Empire“ kritisierte, fand in Großbritannien beträchtliche Resonanz. Seither wird in zahlreichen Kommunen und Universitäten diskutiert, ob Denkmäler, die an Kolonialisten, Rassisten, Sklavenhändler oder Sklavenhalter erinnern, im Rahmen einer nationalen Debatte bewahrt und neu bewertet werden – oder aber entfernt werden sollten.

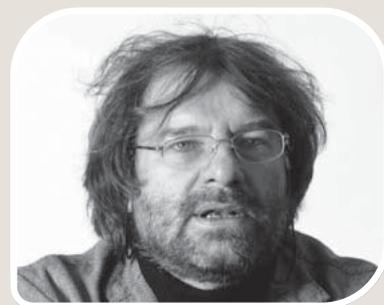
Auch in „kleineren“ ehemaligen Kolonialmächten werden die unzureichende Aufarbeitung der Kolonialvergangenheit und der fortdauernde Rassismus zunehmend kontrovers diskutiert. In den Niederlanden, wo die koloniale Vergangenheit oft als gute alte Zeit verklärt wurde, ist ein Dauerstreit um die Brauchtumsfigur „Zwarte Piet“ entbrannt. Ob der schwarze Helfer von Sinterklaas, des niederländischen Nikolaus, nun rassistisch ist oder nicht, hält das Land gehörig in Atem. In Frankreich, England, den Niederlanden und anderswo sind es häufig, aber keineswegs ausschließlich, Nachkommen der ehemals Kolonisierten und Vertreter der Diaspora, welche das Thema der kolonialen Vergangenheit Europas auf die Agenda setzen. Dass dies in Deutschland besonders spät geschah, hing also auch mit der vergleichsweise geringen Präsenz nationaler oder kolonialer Minoritäten zusammen, die ihre Geschichten hätten einfordern können. Deutschland machte im Gegensatz zu anderen ehemaligen Kolonialmächten nicht die Erfahrung eines „Imperiums, das zurückschlug“, war nicht mit mehreren hunderttausend Migranten aus den ehemaligen Kolonien konfrontiert, die in der Metropole lebten und arbeiteten. Einwanderung ist im öffentlichen Diskurs vornehmlich mit türkischen oder anderen südeuropäischen „Gastarbeitern“ oder neuerdings mit „Flüchtlingen“ aus nicht-europäischen Ländern verbunden. Mitte der 1980er-Jahre unternahm eine Gruppe afrodeutscher Feministinnen zwar den Versuch, die Formation einer afrodeutschen Identität mit dem Kampf gegen Rassismus und Diskriminierung im zeitgenössischen Deutschland zu verknüpfen, blieb aber zunächst ohne weitreichende Resonanz. Gleichwohl formulierten sie ein höchst wichtiges Anliegen, das auf ein zentrales Element rassistischen Denkens zielte. Es war ihnen daran gelegen, die Vorstellung zu überwinden, dass „schwarz“ und „deutsch“ einen unüberwindbaren Kontrast bildeten und einen Gegendiskurs zum dominanten nationalistischen Paradigma zu etablieren, das die Erfahrungen von schwarzen Menschen ausschloss.⁶ Dieser Gegendiskurs ist zumindest in Teilen der Wissenschaft, bisher jedoch nur sehr zögerlich in Politik und Öffentlichkeit angekommen. Dies ändert sich gerade. Eine neue intensive Phase kolonialer Erinnerung setzte in Deutschland in den 1990er-Jahren ein. Nachdem die koloniale Vergangenheit hierzulande lange Zeit so gut wie keine Rolle gespielt hat, ist sie nun auf vielen Ebenen präsent. Es handelt sich dabei weniger um die Kehrseite einer lang währenden Amnesie; vielmehr ging der Impuls zu dieser Erinnerung von der Gegenwart aus. Der Mauerfall, das Ende des Kalten Krieges, die verstärkte und zugleich ambivalente Integration der Welt durch die Finanz- und Gütermärkte sowie das Internet sorgten auch für ein verstärktes Interesse an Deutschlands historischer Verortung in der Welt. Die Anfänge waren zögerlich, betrafen oft lokale, kommunale Kontexte etwa im Rahmen der Straßenumbenennungen. Die Migration und nicht zuletzt die beharrlichen Initiativen von Migranten und postkolonialen Gruppierungen haben die Frage nach der Bedeutung des Kolonialismus für die Geschichte und Gegenwart Deutschlands mit Nachdruck auf die Agenda gesetzt. Die Entschädigungsforderungen der Herero und Nama sowie die Debatten um das Humboldt-Forum (und damit verbunden die Frage nach der Provenienz und Restitution von kolonialen

Objekten und menschlichen Gebeinen) sind die prominentesten Beispiele der gegenwärtigen Debatte.

Europäische Nationen grenzen sich in ihrer Erinnerung vom Kolonialismus zwar untereinander ab, entwickeln gegenüber der nicht-europäischen Welt jedoch eine gemeinsame Identität. Prozesse der Globalisierung haben eine wichtige Rolle dabei gespielt, die verdrängte Erinnerung an die Kolonialzeit in Europa zu aktivieren, zugleich haben sie neue Abgrenzungen und Konfliktlinien gezogen und Tendenzen des Vergessens bestärkt. Doch Kontroversen über die Geschichte von Kolonialismus und Rassismus und ihre Folgen bis heute lassen sich, dies ist nicht zuletzt in den vergangenen Monaten noch einmal deutlich geworden, nicht aussitzen. Nicht zuletzt die aktuellen Diskussionen um koloniale Monumente und institutionellen Rassismus zeigen, dass weltweit und zunehmend in Europa selbst viele Menschen die Auffassung vertreten, dass die mit dem Kolonialismus verbundenen Ideologien und Praktiken immer noch relevant sind und Gegenstand kritischer Auseinandersetzung sein müssen.

ANMERKUNGEN

- 1 Osterhammel, Jürgen (2004): Europamodelle und imperiale Kontexte. In: *Journal of Modern European History*, 2/2004, S. 157–181.
- 2 Zitiert nach Wirz, Albert (1995): *Geschichte und antikononialer Nationalismus. Zur Debatte um die Konstruktion politischer Identität in Afrika*. In: Reinhard, Wolfgang (Hrsg.): *Die fundamentalistische Revolution*. Freiburg/Br., S. 172.
- 3 Die folgenden Ausführungen basieren auf Eckert, Andreas (2012): *Rechtfertigung und Legitimation von Kolonialismus*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 44–45/2012, S. 17–22.
- 4 Zitat von Sarkozy nach: Johnson, Dominic (2007): *Sarkozy befremdet Afrika*. In: *taz* vom 01.08.2007.
- 5 Die folgenden Abschnitte basieren z.T. auf Eckert, Andreas (2018): *Vergangenheit, die nicht vergehen will. Die schwierige europäische Erinnerung an den Kolonialismus in Afrika*. In: Foroutan, Naika u. a. (Hrsg.): *Das Phantom „Rasse“: Zur Geschichte und Wirkungsmacht von Rassismus*. Köln, S. 151–160.
- 6 Ayim, May u. a. (Hrsg.) (1986): *Farbe bekennen. Afro-deutsche Frauen auf den Spuren ihrer Geschichte*. Berlin.



UNSER AUTOR

Prof. Dr. Andreas Eckert ist Professor für die Geschichte Afrikas an der Humboldt Universität zu Berlin und leitet das BMBF Käte Hamburger Kolleg „Arbeit und Lebenslauf in globalhistorischer Perspektive“ (re:work). Zuletzt erschien „Geschichte der Sklaverei. Von der Antike bis zum 21. Jahrhundert“ (München, C. H. Beck 2021).

Kolonialzeitliche Sammlungen und deutsche Erinnerungskultur

Thomas Thiemeyer

Die vielfältige Gestalt des Kolonialismus macht es schwer, ihn einer einheitlichen Bewertung zu unterziehen. Ein angemessener und gemeinschaftsstiftender Umgang mit der kolonialen Vergangenheit konzentriert sich auf zwei Kernfragen: Wie kann man Kolonialismus angemessen analysieren und beurteilen, ohne heutige Normen absolut zu setzen? Und welche handlungsleitenden Folgen ergeben sich aus der Auseinandersetzung mit der Kolonialzeit? Thomas Thiemeyer diskutiert mehrere Gründe für das Aufkommen postkolonialer Diskurse. Neben der späten Erkenntnis, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist und dichotome Kulturbegriffe obsolet geworden sind, befördern Kontroversen um das prestigeträchtige Berliner Humboldt-Forum grundsätzliche Fragen der Erinnerungskultur. Mit der Art der Sammlungen und der Namensgebung ist das Humboldt-Forum in die imperiale Geschichte verwickelt. Die Kritik an Museen, die eurozentrische, restaurative und koloniale Präsentationsmuster fortschreiben, berührt Eigentumsfragen mit Blick auf unrechtmäßig erworbenes Kultur- und Raubgut. Kolonialzeitliche Sammlungen sind exemplarische Kampfplätze in der kulturpolitischen Debatte, ob eine kosmopolitische Erinnerungskultur an die Stelle einer genealogischen treten soll. |

Die vielfältige Gestalt des Kolonialismus

Kolonialismus ist, folgt man den beiden Historikern Jürgen Osterhammel und Jan Jansen, „eine Herrschaftsbeziehung zwischen Kollektiven, bei welcher die fundamentalen Entscheidungen über die Lebensführung der Kolonisierten durch eine kulturell andersartige und kaum anpassungswillige Minderheit von Kolonialherren unter vorrangiger Berücksichtigung externer Interessen getroffen und tatsächlich durchgesetzt werden. Damit verbinden sich in der Neuzeit in der Regel sendungsideologische Rechtfertigungsdoktrinen, die auf der Überzeugung der Kolonialherren von ihrer eigenen kulturellen Höherwertigkeit beruhen.“¹ Diese Herrschaftsbeziehung prägte sich je nach Zeit und Region unterschiedlich aus: Sie konnte mit roher Gewalt in den von Europäern beherrschten Kolonien durchgesetzt werden und in krasser Ausbeutung münden wie im 19. Jahrhundert auf dem afrikanischen Kontinent. Sie konnte sich aber auch in vorwiegend friedlichen Handelsbeziehungen abbilden, bei denen die kolonisierten Länder politisch weitgehend eigenständig blieben, aber wirtschaftlich abhängig waren wie im 20. Jahrhundert in einigen sogenannten Mandatsgebieten.

Die vielfältige Gestalt des Kolonialismus macht es schwer, ihn einheitlich zu bewerten. Kolonialismus changiert nicht nur zwischen politischer Praxis und Ideologie², sondern ist

voller Ambivalenzen, wenngleich klar ist, dass der politische Kolonialismus nach heutigen Maßstäben ein Unrechtsregime war (ein Regime übrigens, das mit dem Ende der politischen Kolonisierung nicht beendet ist, sondern dessen Effekte bis heute die Welt prägen³). Allein: Wie weit darf unsere heutige Moral unser Urteil über frühere Zeiten bestimmen, ohne dass wir „moralisieren“, also aktuelle Normen absolut setzen und mit ihnen frühere Zeiten richten? Und was heißt das für unser heutiges Handeln? Das sind Kernfragen unserer Erinnerungskultur, die in Deutschland am intensivsten bei der Beschäftigung mit dem Holocaust diskutiert wurden, inzwischen aber auch hierzulande weithin sichtbar für die Kolonialzeit diskutiert werden.

Warum geschieht das jetzt? Vier Gründe scheinen mir dafür wichtig zu sein: die Transformation Deutschlands in ein Einwanderungsland; die öffentlichkeitswirksamen Debatten um das Berliner Humboldt-Forum; eine sich verändernde deutsche Erinnerungskultur und die Diskussionen um Eigentumsrechte an Kulturbesitz aus Unrechtskontexten, namentlich der NS-Raubkunst und der kolonialzeitlichen Sammlungen.

Angehörige der sogenannten Schutztruppen mit gefangenen Herero. Der Krieg gegen die Herero zählt zu den dunkelsten Kapiteln der deutschen Kolonialgeschichte. Mit bis zu 100.000 Toten in Deutsch-Südwestafrika (heute Namibia) zeugt der Kolonialkrieg gegen die Herero und Nama von der Brutalität der deutschen Kriegsführung. Der Historiker Jürgen Zimmerer spricht vom „ersten Genozid des 20. Jahrhunderts“.

picture alliance/dpa



Kolonialgeschichte ist immer eine Geschichte von ungleicher Macht und Repression. Vielleicht macht sie gerade das für heutige Gesellschaften besonders interessant, deren Interesse an Gewalt hoch ist – insbesondere wenn es sich um Genozide handelt. „Seit der Gründung eigener Kolonien in den Jahren 1884/1885“, schreibt der Historiker Jürgen Zimmerer, „wurden immer wieder koloniale Kriege ausgefochten, da die Schutzgebiete meist mühsam militärisch erobert und lokaler Widerstand gegen die Fremdherrschaft von Anfang an mit militärischer Gewalt gebrochen werden musste. Einen Höhepunkt erreichte der anticoloniale Widerstand nach der Jahrhundertwende, als mit dem Krieg gegen die Herero und Nama in Deutsch-Südwestafrika (1904–1908) und dem Maji-Maji-Krieg in Deutsch-Ostafrika (1905–1907) die beiden langwierigsten und verlustreichsten Auseinandersetzungen stattfanden. Mit bis zu 300.000 Opfern in Deutsch-Ostafrika und bis zu 100.000 Toten in Südwestafrika zeugen sie von einer Brutalität und Rücksichtslosigkeit der deutschen Kriegsführung, die mit menschenverachtend wohl noch unzureichend umschrieben ist. Der Konflikt in Südwestafrika ging zudem als erster Genozid des 20. Jahrhunderts in die Geschichte ein.“⁴ Zimmerer gilt der „erste Genozid des 20. Jahrhunderts“ nicht als unterdrückter Aufstand, sondern als Prototyp staatlich organisierten Tötens, als Vorläufer des Holocaust – eine Deutung, die auf Widerspruch stieß.⁵

Einhundert Jahre nach dem Massenmord an den Herero und Nama entschuldigte sich Heidemarie Wiecek-Zeul 2004 als Ministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit

und Entwicklung in Namibia für die Verbrechen der deutschen Kolonisatoren, nachdem Nachkommen der Herero die Bundesrepublik 2001 in den USA erfolglos auf Entschädigung verklagt hatten. Auch der Bundestag schloss sich mit einem unverbindlichen Beschluss dieser Geste der Reue an.⁶ Zur selben Zeit entdeckte nicht nur die Politik das Gedenken an deutsches Unrecht aus der Kolonialzeit, sondern es häuften sich – befeuert durch diverse Jahrestage – Tagungen und Publikationen. Bald gründeten sich Gruppen, die den Deutschen ihren Anteil am Kolonialismus bewusst machen wollen: lokale Initiativen wie „Berlin postkolonial“, die Internetportale freiburg-postkolonial.de und decolonize-mitte.de oder der Interessenverband „No-Humboldt21“, der sich gegen das Konzept des Humboldt-Forums formierte und den zahlreiche Vereine und Initiativen tragen.

Solche Gruppen gibt es in der Bundesrepublik seit den 1960er-Jahren. Mitunter konnten sie – wie in Hamburg 1967/68 oder in Bremen 1979 – ihre Anliegen öffentlich platzieren. Aber erst jetzt hat das Thema eine überregionale Öffentlichkeit erreicht. Gemeinsam ist diesen Gruppen, dass für sie die Kolonialzeit Symbol einer Ignoranz der westlichen Welt bei grundsätzlichen Fragen der Eigen- und Fremdwahrnehmung ist. In ihr lässt sich jener strukturelle Rassismus auf ein Ereignis und einen Namen verdichten, der unsere Gesellschaft bis heute prägt, ohne hinreichend wahrgenommen zu werden. Im Kern geht es um das Verhältnis der Mehrheitsgesellschaft zu ihren Minderheiten und um die Frage, mithilfe welcher Kategorien sie diese offen oder subtil ausgrenzt.

Was hier rumort, ist der öffentliche Widerhall der postkolonialen Diskussionen, die Geistes- und Sozialwissenschaften (allen voran Literaturwissenschaft, *Cultural Studies* und Ethnologie) seit einem halben Jahrhundert mit Verve führen. Als im Lauf des 20. Jahrhunderts immer mehr europäische Staaten ihre Kolonien verloren, emanzipierten sich die vormals besetzten Länder nicht nur politisch, sondern auch intellektuell von der westlichen Hegemonie. Die *Post Colonial Studies* versuchten seit den 1960er-Jahren, festgefügte Gegensätze aus der Kolonialzeit zu überwinden, die das Denken blockierten und das alte Machtgefälle fortsetzten. Sie machten bewusst, wie stigmatisierend bestimmte Begriffe waren, die sich in der Umgangssprache festgesetzt hatten (*political correctness*), und schickten sich an, die Sprach- und damit Deutungshoheit westlicher Eliten zu brechen. Zu lange hatten diese in ihren eigenen Worten über die „fremden Kulturen“ geredet und sie aus ihrer Perspektive dargestellt. Auf der Strecke geblieben waren die Argumente und Ansichten derjenigen, über die berichtet wurde.

Die Kritik zielte nicht zuletzt auf eine Grundkategorie, nach der westliche Gesellschaften nationale Identität und Loyalität herstellen: Sie problematisierten *Kultur* als Kategorie, die Menschen nach Herkunft klassifiziert. Diese etablierte sich im 19. Jahrhundert in den neugebildeten Nationalstaaten und ist eng verbunden mit der Entwicklung des Kapitalismus. Ein Kulturbegriff, der Menschen nach Nation, Ethnie oder Religion sortiert (Ethnonationalismus), schreibt Unterschiede zwischen Gruppen fest und unterstellt, dass alle Menschen „einer Kultur“ gleich seien.



Er geht davon aus, dass diese Menschen vor allem das sind, was „ihre Kultur“ ihnen vorgibt. Sie können nicht anders.

Menschen unterschiedlicher Kulturen – darauf läuft dieses Denken hinaus – können sich nur bedingt einander annähern, weil sie „von Natur aus“ verschieden sind: Der Moslem sei eben fundamental anders als der Christ, der Türke eben kein Deutscher. Dieser Kulturalismus wird als zeitgenössischer Wiedergänger des Rassismus gesehen, weil er Menschen auf Kategorien festlegt, denen sie nicht entkommen können. So wie vormals die Hautfarbe Menschen unhintergebar trennte, so trennten heute Religion und Herkunft eine „Kultur“ von einer anderen.⁷ In der Logik dieses Kulturbegriffs liegt es, dass sich eine Kultur einer anderen anpassen (unterordnen) muss, weil ein harmonisches Miteinander anders nicht möglich erscheint.⁸ Das ist gemeint, wenn von „deutscher Leitkultur“ die Rede ist und von „Integration“.

Integration ist hierzulande mit der Idee verbunden, die Anderen müssen sich anpassen, während die Mehrheitsgesellschaft sich nicht zu ändern braucht. Die „Anderen“ sind in Deutschland nach wie vor national, ethnisch oder religiös markiert, zum Beispiel als Muslime oder „Deutsche mit Migrationshintergrund“, selbst wenn sie hier geboren wurden und nie woanders gelebt haben. Diese tief verwurzelte nationalstaatlich-genealogische Identitätsgewissheit ist bedroht (und wird deshalb umso stärker mit lautem Populismus verteidigt), seitdem sich Deutschland mit dem Gedanken vertraut macht, Einwanderungsland zu sein. Demografisch ist das längst der Fall: Ein Viertel der deutschen Bevölkerung ist während der letzten drei Generationen eingewandert. Im Bewusstsein der Gesellschaft und politisch ist die Neuorientierung hingegen nicht abgeschlossen, vielleicht hat sie noch nicht einmal wirklich begonnen: Doch die Novelle des Einwanderungsrechts, die im Jahr 2000 in Kraft getreten ist, markiert eine Zäsur. Sie weichte den Grundsatz des *ius sanguinis* auf, also der über Generationen verbürgten Zugehörigkeit zur deutschen Nation als Voraussetzung für legitimes Deutschsein. Weitere Schritte in diese Richtung sind seitdem gefolgt.

Gut erkennen lässt sich das neue Selbstbild als Einwanderungsland bei der Pädagogik, jener Wissenschaft, die den nachfolgenden Generationen beibringt, wie sie die Welt zu sehen haben. Sie verabschiedet sich in ihren avanciertesten Theorien vom Leitbild der Integration und denkt darüber nach, es durch Kategorien wie Diskriminierung zu ersetzen. „Wer von Diskriminierung spricht, untersucht nicht mehr Integrationsdefizite von Minderheiten, sondern konfrontiert sich mit deren Erfahrungen, diskriminiert zu werden“, heißt es bei der Erziehungswissenschaftlerin Astrid Messerschmidt. „Dann müssen andere Geschichten erzählt werden, Geschichten aus einer Einwanderungsgesellschaft, die sich beharrlich weigert, eine solche zu sein, und in der Eingewanderte vorwiegend hinsichtlich ihrer Hilfsbedürftigkeit oder Bedrohlichkeit wahrgenommen oder als eine Bereicherung angesehen werden.“⁹ Die von Messerschmidt skizzierte „Migrationspädagogik“ ist an postkolonialer und Kritischer Theorie geschult und kennt die subtilen Mechanismen der Mikrophysik der Macht. Sie ist sensibel für die unscheinbaren Grenzziehungen in Alltagssprache und Alltagshandeln und reagiert empfindlich auf öffentliche Symbole, die alte Wahrnehmungsmuster reproduzieren. Womit wir beim Humboldt-Forum sind.



Der sachlich gehaltene Schriftzug an der Fassade täuscht über die Kontroversen um das prestigeträchtige Berliner Humboldt-Forum hinweg. Es geht mithin um grundsätzliche Fragen der Erinnerungskultur. Mit der Art der Sammlungen und der Namensgebung ist das Humboldt-Forum in die imperiale Geschichte Deutschlands verwickelt.

picture alliance/dpa

Humboldt-Forum

Das Berliner Humboldt-Forum ist ein nationales politisches Projekt.¹⁰ Als Schaufenster eines weltoffenen Deutschland soll es ein „kulturelles Zentrum von nationaler und internationaler Ausstrahlung“ (Hermann Parzinger) sein, das in bester Lage Unter den Linden auf größtmögliche öffentliche Resonanz zählen darf. Derart exponiert, lädt der im Dezember eröffnete Bau ein zu Kritik, die regelmäßig über ihm niedergeht.

Die Kritik entzündet sich vor allem am Umgang mit den Beständen des Ethnologischen Museums Berlin, das bis vor kurzem – zusammen mit dem Museum für Asiatische Kunst und dem Museum Europäischer Kulturen – in Dahlem, einem Außenbezirk Berlins fernab der Touristenrouten untergebracht war. Dieses Museum und das Museum für Asiatische Kunst – bezeichnenderweise nicht aber das Museum Europäischer Kulturen – ziehen nun in die Berliner Stadtmitte um, an einen der am besten besuchten Orte der deutschen Hauptstadt, und zwar in einen Neubau, der in seiner Fassade das in der DDR vollends weggesprengte Schloss der Hohenzollern kopiert.¹¹ Aktuell gilt die Kritik dem Konzept des Humboldt-Forums, insbesondere der Frage, wie man die Bestände des Berliner Völkerkundemuseums ausstellen kann, die einen Teil des Forums besetzen.¹²

Kräftig Stimmung gegen das Projekt macht die Initiative „NoHumboldt21“, die seit 2013 einen Stopp der Planungen fordert: „Wir fordern die Aussetzung der Arbeit am Humboldt-Forum im Berliner Schloss und eine breite öffentliche Debatte: Das vorliegende Konzept verletzt die Würde und



stellt. Europa wird dabei als überlegene Norm konstruiert.“

Zweitens stellen sie die Frage nach den Eigentumsrechten an den völkerkundlichen Beständen: Wer darf legitimerweise (was etwas anderes ist als legalerweise) für sich beanspruchen, diese Objekte sein Eigen zu nennen und über sie zu verfügen? Und zu welchem Zweck darf er das tun? „Das Schmücken mit ‚fremden Federn‘ bringt für den Standort Berlin bis heute neben ideellen Vorteilen auch materielle Gewinne ein. Wir fordern die Offenlegung der Erwerbsgeschichte aller Exponate und die Befolgung der unmissverständlichen UN-Beschlüsse zur ‚Rückführung von Kunstwerken in Länder, die Opfer von Enteignung wurden‘. Über den zukünftigen Verbleib von Beutekunst und kolonialen Raubgut muss der Dialog mit den Nachfahren der Schöpfer/-innen und rechtmäßigen Eigentümer/-innen der Exponate gesucht werden. Dies gilt insbesondere für die entführten Überreste von Menschen, die sich im Besitz der Stiftung Preussischer Kulturbesitz befinden.“

Erinnerungskultur und Kulturerbe

die Eigentumsrechte von Menschen in allen Teilen der Welt, ist eurozentrisch und restaurativ. Das Humboldt-Forum steht dem Anspruch eines gleichberechtigten Zusammenlebens in der Migrationsgesellschaft entgegen.“¹³ Schon der Bezug auf Alexander von Humboldt als Namensgeber des Forums gilt den Gegnern als Zumutung, weil er selbst Teil des kolonialen Machtssystems gewesen sei. Für sie „verkörpert Preußens ‚wahrer Entdecker Amerikas‘, der sogar bestattete Menschen raubte und nach Europa verschiffte, koloniale Dominanz“. Gleiches gelte für die Hohenzollern, deren Repräsentationsbau ungebrochen zur Machtdarstellung eingesetzt werde. „Für die Nachfahren der Kolonisierten im In- und Ausland ist es eine besondere Zumutung, dass dies in der wiedererrichteten Residenz der brandenburgisch-preußischen Herrscher geschehen soll. Denn die Hohenzollern waren hauptverantwortlich für die Versklavung Tausender Menschen aus Afrika sowie für Völkermorde und Konzentrationslager in Deutschlands ehemaligen Kolonien.“

Das eigentliche Problem freilich sind in den Augen von „NoHumboldt21“ die Sammlungen aus der Kolonialzeit. Hier erheben sie zwei Vorwürfe, die über den spezifischen Berliner Fall hinausweisen: Erstens behaupten sie, dass Ausstellungen mit diesen Beständen koloniale Präsentationsmuster reproduzieren und die westliche Sicht auf die „Anderen“ fortschreiben. „Wie schon die Zurschaustellung ‚exotischer Kuriositäten‘ in den ‚Wunderkammern‘ der brandenburgischen Kurfürsten und preußischen Könige soll das Berliner Schloss – Humboldt-Forum der Herausbildung einer preußisch-deutsch-europäischen Identität dienen. Dieses Anliegen konterkariert das Ziel eines gleichberechtigten Miteinanders in der Migrationsgesellschaft und soll auf Kosten anderer realisiert werden. Mit Hilfe der oft Jahrhunderte alten Objekte aus aller Welt wird das vermeintlich ‚Fremde‘ und ‚Andere‘ inszeniert und den umfangreichen Sammlungen europäischer Kunst auf der Berliner Museumsinsel zur Seite ge-

An der Kritik der Aktivisten ist mit Blick auf die Frage, warum uns die Kolonialgeschichte ausgerechnet heute einholt, dreierlei bemerkenswert: Erstens will sie die Koordinaten der deutschen Erinnerungskultur verschieben, für die der Kolonialismus allenfalls eine „Fußnote der Geschichte“ war, wie Hans-Ulrich Wehler das mit Blick auf die DDR einmal so schön formuliert hatte. Das markante Symbol Humboldt-Forum bietet jetzt die Gelegenheit, das Thema prominenter zu platzieren.

Es liegt nahe zu vermuten, dass das erst möglich wurde, als sich die Perspektive auf den Holocaust veränderte. Zur selben Zeit, in der sich die postkoloniale Dynamik hierzulande steigerte – nach der Jahrtausendwende –, begann sich die deutsche Erinnerungskultur zu differenzieren. Zunächst geschah das noch nah am Thema Nazizeit und Judenvernichtung. Seit der Wiedervereinigung erlebte Deutschland eine zweite Welle der Erinnerung, die neben die Täterperspektive mit den Chiffren Auschwitz und Hitler den Opferdiskurs um die Begriffe Bombenkrieg, Flucht und Vertreibung prominent im kollektiven Gedächtnis zu verorten versuchte. Inzwischen schreibt die historische Forschung auch eine Alltags- und Mentalitätsgeschichte des „Dritten Reichs“, die neben der großen Katastrophe der Judenvernichtung auch die kleineren, alltäglichen Gefälligkeiten der „Wohlfühl-Diktatur“ (Götz Aly) ihren Ariern gegenüber analysiert, und sie widmet sich verstärkt der vergleichenden Genozidforschung. Sie ist stark interdisziplinär, international ausgerichtet und integriert andere Ereignisse. Der Holocaust ist für sie markantestes Exempel der an Beispielen reichen Geschichte staatlich organisierter Massengewalt, wie sie bereits in den Kolonien stattfand.¹⁴ Relevant sind für die so entstehende Erinnerungskultur all jene seduktiven Mechanismen und Gewaltexzesse, die zwar vergangen, nicht aber vorüber sind. Sie markieren strukturelle Phänomene wie Antisemitismus, Opportunismus, Gewaltbürokratie, Rassismus oder andere Formen der Diskriminierung, die sich in der Vergangenheit besonders gewaltsam

gezeigt haben, aber zeitunabhängig eine Gefahr für die Menschen bedeuten.¹⁵ Der vergleichenden Genozidforschung gilt der Holocaust nicht mehr als unvergleichlich. Dennoch bleibt er in Deutschland der Maßstab für jede Form exzessiver Gewaltanwendung: Die erinnerungspolitische Rhetorik, die jetzt beim deutschen Kolonialerbe greift, ist Resultat der intensiven Holocaust-Forschung, die „ein Arsenal an Begriffen und Normen entwickelt“ hat, mit deren Hilfe rückwirkend andere Gewaltkonflikte gedeutet und moralisch eingeordnet werden können.¹⁶

Die Argumentation der Aktivisten basiert – und das ist mein zweiter Punkt – zudem auf einer universalistischen Rhetorik der Menschenwürde, der es um die Anerkennung von vormalig unterdrückten Gruppen geht, wie sie prominent in der Identitätspolitik verhandelt werden.¹⁷ Die daraus entstehende Erinnerungskultur ist nicht mehr allein nationalstaatlich fundiert, sondern folgt internationalen Verständigungsprozessen. Dass nationale Bindungen und Traditionen schwächer werden, „bedeutet keinesfalls das Ende des Nationalstaates, wohl aber das Ende seiner hegemonialen Rolle als sinnstiftendes Organ. Der Staat und nationale Erinnerungen sind zu einer unter mehreren Quellen der kollektiven Erinnerung geworden. Der Staat und die Nation stehen in einem Wechselverhältnis mit anderen kollektiven Ausdrucksformen der Solidarität (z. B. Ethnizität, Geschlecht, Religion).“¹⁸

Diese Aushandlungsprozesse folgen – drittens – immer auch ökonomischen und politischen Interessen. Sie zielen auf Eigentum und Deutungshoheit. Oft lässt sich nicht genau sagen, wo (und ob) das moralische Anliegen endet

und der Eigennutz beginnt. Sicher ist hingegen, dass die Kämpfe um (nationales) Kulturerbe in dem Maß zunahm, wie dieses mit Eigentumsrechten bewehrt wurde, Regionen touristisch attraktiv machte und in Zeiten zunehmender Geschichtsversessenheit zur historischen Identitätsbildung von Staaten taugte.¹⁹ Eigentumsfragen bei Kulturgütern sind gegenwärtig eines der heißesten kulturpolitischen Themen in Deutschland. Der Streit um das neue Kulturgüterschutzgesetz von 2016 und die Restitution von Nazi-kunst, die sich im Namen Gurlitt begegnen, sind offensichtliche Symptome dieser neuen Suche nach Gerechtigkeit vor der Geschichte.

Unter öffentlichen Druck geraten sind dabei die kolonialzeitlichen Sammlungen insbesondere in den ethnologischen Museen (wobei das Problem alle Museen betrifft). In europäischen Museen liegen Millionen Dinge, die während der Kolonialzeit unter ungeklärten bis fragwürdigen Umständen ihren Weg nach Europa fanden: Die besonders klaren Fälle von Mord, Raub und Plünderung gab es in Afrika. Jahrzehnte ignorierten Museen alle Forderungen nach Rückgaben dieser Dinge an ihre Herkunftsgesellschaften. Sie wurden sogar systematisch hintertrieben.²⁰ Das ändert sich aktuell: Erste Rückgaben haben stattgefunden, und einige europäische Länder wie Frankreich, die Niederlande oder Deutschland bemühen sich, politische Strukturen und gesetzliche Regeln zu schaffen, um systematische Rückgaben zu erleichtern. Bis dahin ist es noch ein weiter Weg. Aber ein Anfang ist gemacht.

Genealogische und kosmopolitische Erinnerungskultur

Die Museen und ihre Sammlungen sind exemplarische Kampfplätze in einer grundsätzlichen Debatte. Gefochten wird in ihnen um das Selbst- und Weltbild der deutschen Gesellschaft, das zu einem Gutteil historisch fundiert ist. Allerdings treffen die historischen Narrative nicht mehr auf ein vermeintlich einheitliches Publikum, sondern müssen Menschen mit und ohne Einwanderungsgeschichte erreichen, die das, was deutsche Geschichte ist, ganz unterschiedlich auslegen und kennen.

Gut möglich, dass deshalb eine *kosmopolitische* an die Stelle einer *genealogischen* Erinnerungskultur tritt. Erstere basiert nicht länger auf den Grundideen einer über Generationen verbürgten Blutsverwandtschaft aller Deutschen, die in nationalen Bildungseinrichtungen ähnlich sozialisiert wurden, sondern ist postkolonial grundiert und formuliert ihre Ansprüche an die nationalen Geschichtsnarrative mit Blick auf die ethnische und religiöse Diversität der Gegenwartsgesellschaft. „Kosmopolitische Erinnerung heißt dann auch, die Geschichte (und die Erinnerungen) des ‚Anderen‘ anzuerkennen und in die eigene Geschichte zu integrieren.“²¹ Ihr Ziel ist es nicht, den Holocaust als wichtigstes Erinnerungszeichen zu ersetzen, sondern die nach Auschwitz entwickelte deutsche Erinnerungskultur auf weitere Pfeiler zu stellen und die NS-Zeit anders zu perspektivieren.

Ihre Lehren aus der deutschen Geschichte zieht die kosmopolitische Erinnerungskultur nicht mehr allein aus der Judenvernichtung, sondern beispielsweise aus der Frage, wie in der nationalsozialistischen Gesellschaft Diskriminierung zur Norm werden konnte, ohne dass die Mehrheit aufbegehrt, oder wie der Imperialismus Hierarchien zwi-



Griff der Peitsche von Hendrik Witbooi mit der Aufschrift „Hottentotten“. (Die Peitsche und die Bibel von Hendrik Witbooi sind zwei Exponate, die bis zu ihrer Rückgabe im Stuttgarter Linden-Museum ausgestellt wurden.) Hendrik Witbooi kämpfte als Anführer der Nama 1904–1905 gegen die deutschen Kolonialtruppen in Deutsch-Südwestafrika. Die Exponate wurden 2019 nach Namibia zurückgebracht. Mit der Rückgabe wurde ein erster Anfang gemacht. Die Restitution von afrikanischen Kulturgütern ist nur eine Facette des postkolonialen Diskurses. picture alliance/dpa

schen Ethnien schuf und mit Ausgrenzungen arbeitete, die bis heute nachwirken. „Die Umjustierung“, schreiben Dana Giesecke und Harald Welzer, „hätte neben einer größeren Realitätsangemessenheit den Vorteil, dass der Alltag der Ausgrenzung an die lebensweltlichen Erfahrungen und Bezüge auch von Schülerinnen und Schülern aus anderen Kulturen anschlussfähig wäre.“²² Eine solche Erinnerungskultur ist tendenziell integrativ statt exklusiv. Sie bezieht auch jene ein, die später dazukamen, und sie lässt neue Narrative zu, die bis vor kurzem unsagbar waren und sich mit den außereuropäischen Sammlungen besonders eindrucksvoll erzählen lassen.

ANMERKUNGEN

- 1 Osterhammel, Jürgen/Jansen, Jan (2017): *Kolonialismus. Geschichte, Formen, Folgen*. 8., aktualisierte Auflage, München, S. 20.
- 2 Hier verstanden als ein umfassendes Denksystem, dessen Kategorien – z. B. ein Denken in unterschiedlichen Rassen – bis heute bestehen und das untrennbar mit der Geschichte der europäischen Moderne verbunden ist. Vgl. dazu u. a. Mignolo, Walter D. (2011): *The darker side of Western modernity. Global futures, decolonial options*. Durham; Mbembe, Achille (2020): *Kritik der schwarzen Vernunft*. 4. Auflage, Berlin.
- 3 Vgl. die Beiträge von Maria Alexopoulou und Andreas Eckert in diesem Heft.
- 4 Zimmerer, Jürgen (2014): *Widerstand und Genozid. Der Krieg des Deutschen Reiches gegen die Herero (1904–1908)*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft 27/2014, S. 31–38.
- 5 Zimmerer, Jürgen (2009): *Nationalsozialismus postkolonial. Plädoyer zur Globalisierung der deutschen Gewaltgeschichte*. In: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, Heft 6/2009, S. 529–548. Hier antwortet Zimmerer auf die Kritik an seinen Thesen u. a. in der *Zeitschrift Geschichte und Gesellschaft*, Heft 3/2007.
- 6 Aktuell verhandelt die Bundesregierung den Fall neu.
- 7 Vgl. Kaschuba, Wolfgang (1994): *Kulturalismus. Vom Verschwinden des Sozialen im gesellschaftlichen Diskurs*. In: *Berliner Journal für Soziologie*, Heft 2/1994, S. 179–192.
- 8 Samuel Huntingtons einflussreiche Idee eines „Kampfes der Kulturen“ entspringt einer solchen Perspektive. Vgl. Huntington, Samuel (1998): *Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert*. München.
- 9 Messerschmidt, Astrid (2009): *Weltbilder und Selbstbilder. Bildungsprozesse im Umgang mit Globalisierung, Migration und Zeitgeschichte*. Frankfurt am Main.
- 10 URL: www.humboldt-forum.de [22.12.2020].
- 11 Vgl. zur Entstehungsgeschichte Schuster, Peter-Klaus (2016): *Zur Entstehung des „Humboldt Forums“ aus dem Geist der Berliner Museen. Eine Vorgeschichte*. In: Bredekamp, Horst/Schuster, Peter-Klaus (Hrsg.): *Das Humboldt Forum. Die Wiedergewinnung der Idee*. Berlin, S. 37–92.
- 12 Vgl. von Bose, Friedrich (2016): *Das Humboldt-Forum. Eine Ethnographie seiner Planung*. Berlin.
- 13 Dieses und alle folgenden Zitate: www.no-humboldt21.de/resolution/ [22.12.2020].
- 14 Vgl. Aly, Götz (2005): *Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus*. Frankfurt am Main. Zur neueren Holocaust-Forschung vgl. Bajohr, Frank/Löw, Andrea (Hrsg.) (2015): *Der Holocaust. Ergebnisse*

und neue Fragen der Forschung. Frankfurt am Main insbesondere den Beitrag von Sibylle Steinbacher: *Sonderweg, Kolonialismus, Genozide: Der Holocaust im Spannungsfeld von Kontinuitäten und Diskontinuitäten der deutschen Geschichte*, S. 83ff.).

- 15 Einen guten Überblick bietet Conrad, Sebastian/Randeria, Shalini/Römhild, Regina (Hrsg.) (2013): *Jenseits des Eurozentrismus. Postkoloniale Perspektiven in den Geschichts- und Kulturwissenschaften*. Frankfurt am Main.
- 16 Assmann, Aleida (2006): *Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik*. München, S. 15.
- 17 Vgl. dazu Taylor, Charles (2012): *Multikulturalismus und die Politik der Anerkennung*. Mit Kommentaren von Amy Gutmann, Steven Rockefeller, Michael Walzer, Susan Wolf und Jürgen Habermas. 2. Auflage. Frankfurt am Main; Fukuyama, Francis (2019): *Identität. Wie der Verlust der Würde unsere Demokratie gefährdet*. Übersetzt von Rullkötter, Bernd. Hamburg.
- 18 Levy, Daniel/Sznaider, Natan (2007): *Erinnerung im globalen Zeitalter: Der Holocaust*. Berlin, S. 53.
- 19 Dazu ausführlich Thiemeyer, Thomas (2018): *Kulturerbe als Shared Heritage? Kolonialzeitliche Sammlungen und die Zukunft einer europäischen Idee*. In: *Merkur*, 829 (2018), S. 30–44 und *Merkur* 830 (2018), S. 85–92. Vgl. zum Gesamtkomplex Kulturerbe die Publikationen der Göttinger DFG-Forschungsgruppe 772 Cultural Property unter <http://cultural-property.uni-goettingen.de/publikationen/> [22.12.2020].
- 20 Strugalla, Anna (2019): *Ein Ding der Unmöglichkeit*. In: *taz am Wochenende* (11./12.05.2019).
- 21 Levy, Daniel/Sznaider, Natan (2007): *Erinnerung im globalen Zeitalter: Der Holocaust*. Berlin, S. 242.
- 22 Giesecke, Dana/Welzer, Harald (2012): *Das Menschenmögliche. Zur Renovierung der deutschen Erinnerungskultur*. Hamburg.



UNSER AUTOR

Thomas Thiemeyer, Jg. 1976, ist Professor am Ludwig-Uhland-Institut für Empirische Kulturwissenschaft der Universität Tübingen. Zuletzt erschien von ihm „*Das Depot als Versprechen. Warum unsere Museen die Lagerräume ihrer Dinge wiederentdecken*“ (Boehlau 2018) und „*Geschichte im Museum. Theorie – Praxis – Berufsfelder*“ (UTB 2018).

IMPRESSUM

Die Zeitschrift „Bürger & Staat“ wird herausgegeben von der LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG Baden-Württemberg.

Direktion der Landeszentrale: Lothar Frick, Sibylle Thelen

Redaktion: Prof. Siegfried Frech, Lautenschlagerstraße 20, 70173 Stuttgart, Telefax (07 11) 16 40 99-77

Herstellung: Schwabenverlag AG, Senefelderstraße 12, 73760 Ostfildern (Ruit),

Telefon (07 11) 44 06-0, Telefax (07 11) 44 06-174

Vertrieb: Neue Süddeutsche Verlagsdruckerei GmbH Ulm, Nicolaus-Otto-Straße 14, 89079 Ulm,

Telefon (07 31) 94 57-0, Telefax (07 31) 94 57-224, E-Mail: www.suedvg.de

Preis der Einzelnummer: EUR 3,33, Jahresabonnement EUR 12,80 Abbuchung.

Die namentlich gezeichneten Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Haftung.

Nachdruck oder Vervielfältigung auf Papier und elektronischen Datenträgern sowie Einspeisung in Datennetze nur mit Genehmigung der Redaktion.

„In fernen Ländern gibt es ganze schwäbische Kolonien.“

Die Werkstattausstellung über das schwierige Erbe des Linden-Museums und Württembergs im Kolonialismus¹

Heiko Wegmann, Markus Himmelsbach

Was hat das Stuttgarter Linden-Museum mit dem deutschen Kolonialismus zu tun? Welche württembergischen Akteure und Institutionen waren in das koloniale Geschehen involviert? Gibt es heute noch Spuren in der Alltagswelt und im Stadtbild von Stuttgart? Heiko Wegmann und Markus Himmelsbach, Kuratoren der Werkstattausstellung „Schwieriges Erbe. Linden-Museum und Württemberg im Kolonialismus“, erörtern die Konzeption und Themenbereiche der Ende 2020 fertiggestellten Ausstellung. Entlang der acht Module werden Einblicke in die württembergische Kolonialgeschichte vermittelt. Mit dieser Ausstellung stellt sich das Linden-Museum gezielt seiner eigenen Geschichte, indem es seine kolonialen Wurzeln kritisch reflektiert. Die Ausstellung ist daher mehr als eine bloße Dokumentation historischen Materials. Mittels interaktiver Stationen werden eurozentrische Sprachmuster, Vorstellungswelten und Bilder bewusst hinterfragt. Durch Verfremdungseffekte wird die „kontemplative“ Betrachtung der inszenierten Originale, die einen „gewöhnlichen“ Museumsbesuch auszeichnen, gezielt durchbrochen. Die offenen Fragen der Ausstellung verdeutlichen, dass der deutsche Kolonialismus keineswegs ein „erledigtes“ Kapitel der Geschichte ist. |

Der schwierige Umgang mit der kolonialen Vergangenheit

Seit mehreren Jahren ist eine zunehmend breitere wissenschaftliche wie auch öffentliche Debatte über den deutschen Kolonialismus und seine Folgen zu verzeichnen. Dazu zählen auch die Frage nach der Herkunft und Tradierung rassistischer Vorstellungen und die Forderung nach vielfältigen Perspektiven auf das Thema. Kolonialismus wird dabei nicht mehr als ein zu vernachlässigendes oder historisch abgeschlossenes Kapitel angesehen. Er wird auch nicht mehr im Sinne von reiner Überseegegeschichte als etwas verstanden, das wesentlich nur an entfernten Orten stattgefunden habe. Es wird vielmehr aufgrund globalgeschichtlicher Zusammenhänge auch nach dem „Kolonialismus hierzulande“ gefragt und die Perspektive „Deutschland postkolonial“ eröffnet.² Neben der unmittelbaren kolonialen Herrschaftspraxis sind auch kulturelle Dimensionen wie der Kolonialrassismus als Ideologie und Mentalität aufzuarbeiten.

In diesem Zusammenhang ist konkret zu fragen, was Institutionen wie das Stuttgarter Linden-Museum und sein früherer Trägerverein, der *Württembergische Verein für Han-*

delsgeographie und Förderung deutscher Interessen im Auslande (WVHGeo), mit dem deutschen Kolonialismus zu tun hatten und mit welchem Erbe sie heutzutage umzugehen haben. Und in einem regionalen Kontext: Welche württembergischen Akteure und Institutionen waren außerdem am Kolonialismus beteiligt? Wie präsent war er in der württembergischen Alltagswelt? Und wo finden sich heute noch materielle und immaterielle Spuren?

Bisher ist wenig Systematisches darüber bekannt. Die von uns kuratierte Ausstellung „Schwieriges Erbe. Linden-Museum und Württemberg im Kolonialismus“ zeigt Beispiele, Strukturen und Zusammenhänge auf, präsentiert aber auch viele offene Fragen (die für den 26. November 2020 geplante Eröffnung für das Publikum konnte aufgrund der Corona-Pandemie erst am 16. März 2021 stattfinden).³ Die Ausstellung lädt dazu ein, aus verschiedenen Blickwinkeln



Ausstellungsplakat

Linden-Museum Stuttgart

auf das Thema zu schauen. Der Fokus liegt weniger auf den Auswirkungen in den deutschen Kolonien, sondern darauf, wie sich der Kolonialismus im Linden-Museum und in Württemberg zeigte und bis heute fortwirkt. In die Ausstellung fließt zum einen die hauseigene Provenienzforschung des Mitautors Markus Himmelsbach ein. Außerdem wurde eine Untersuchung zu Württemberg und dem Kolonialismus in Auftrag gegeben, mit der der andere Kurator und Mitautor dieses Beitrages, Heiko Wegmann, betraut wurde. Damit stellt sich das Museum der Verantwortung für die eigene Geschichte und reflektiert seine kolonialen Wurzeln kritisch.

Die Ausstellung hat in mancher Hinsicht einen Werkstattcharakter. Auf die Unabgeschlossenheit von Recherche wie Debatte verweist, dass die Besucherinnen und Besucher aufgefordert werden, sich an mehreren interaktiven Stationen zu beteiligen, abzustimmen und ihre Anmerkungen zur Ausstellung, zu einzelnen Themen und Textstellen mitzuteilen. Diese können – in gewissen Grenzen – schrittweise in die Ausstellung eingearbeitet werden, etwa durch bedruckte Folien, die auf den Ausstellungsflächen angebracht werden. Ein Raum dient sowohl als Bibliothek für eine vertiefte individuelle Beschäftigung als auch für Workshops. Dort werden deren Arbeitsergebnisse ausgehängt. Außerdem werden an einigen Ausstellungsregalen Flächen freigehalten, die im Rahmen der Partizipation noch mit zusätzlichem Material bestückt werden können.

Ausstellungskonzeption, Themen und Module

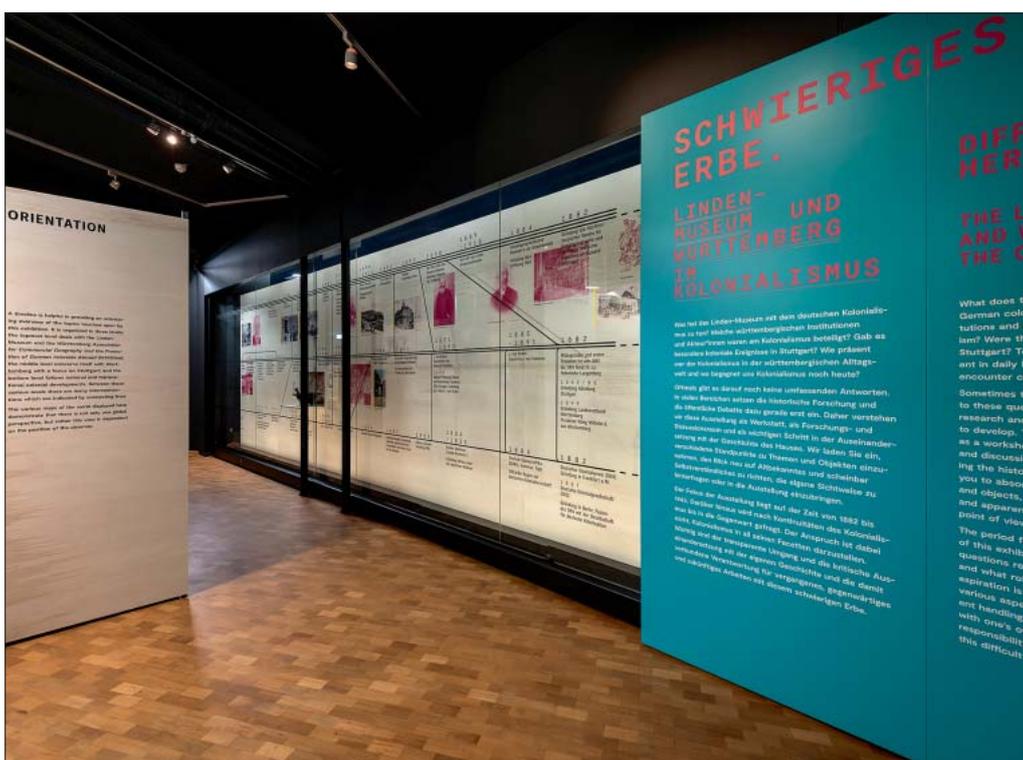
Im Folgenden geben wir einige Einblicke in die Konzeption und Umsetzung der Ausstellung. Sie ist in acht Themenbereiche oder Module gegliedert. Ihr Fokus liegt auf der Zeit zwischen 1882 und ca. 1943, also von der Gründung des WVGGeo bis zur kriegsbedingten Einstellung kolonialpolitischer Aktivitäten. Sie bezieht darüber hinaus auch Auswirkungen bis in die Gegenwart mit ein.

Eurozentrische Sprache und Bilder hinterfragen

Das erste Modul führt in die Ausstellung ein und steht unter dem Motto *Orientierung*. Ein Zeitstrahl verschafft dabei einen ersten Überblick über die in der Ausstellung behandelten Themen, Ereignisse und Personen. Er ist in drei miteinander verbundene Ebenen gegliedert, die sich wie ein roter Faden durch die Ausstellung ziehen: Die Geschichte des Museums, Württembergs und des Deutschen Reiches mit seinen Kolonien. Durch Verbindungslinien sollen Zusammenhänge zwischen den einzelnen Ebenen aufgezeigt werden. Beispielsweise wurde 1884 die deutsche Kolonie („Schutzgebiet“) Kamerun gegründet. Erster Gouverneur von Kamerun war der Württemberger Julius Freiherr von Soden, der später auch noch erster Gouverneur von Deutsch-Ostafrika wurde. Von Soden wurde 1846 in Ludwigsburg geboren und verstarb 1921 in Tübingen. Von ihm erhielt das Linden-Museum eine Sammlung von Objekten aus Deutsch-Ostafrika.

Dann wird anhand von Weltkarten mit verschiedenen Größenprojektionen und Ausrichtungen ein Licht auf den Eurozentrismus geworfen, der durch alternative Darstellungen gebrochen wird. In diesem ersten Modul wird die eigene Wahrnehmung der Welt in Frage gestellt und gebrochen. Wo liegt das Zentrum der Welt und wie ist dies von unserem Standpunkt abhängig? Das Aufzeigen von verschiedenen Perspektiven auf Objekte, Texte, Sichtweisen oder Ereignisse ist ebenfalls ein Element, das sich durch die gesamte Ausstellung zieht. Dazu dienen besonders markierte „Standpunkte“. Dies bedeutet keine Beliebigkeit, sondern spiegelt die Vielschichtigkeit von Sichtweisen wider, die hier in Beziehung gesetzt werden.

Den Besucherinnen und Besuchern wird in diesem Modul unter dem Motto „Sprache und Bilder hinterfragen“ auch ein zentrales Element der Ausstellungskonzeption erläutert



Ein Zeitstrahl verschafft einen ersten Überblick über die in der Ausstellung behandelten Themen, Ereignisse und Personen. Die drei Ebenen verbinden die Geschichte des Museums, Württembergs und des Deutschen Reiches mit seinen Kolonien.

tert, das gemeinsam mit dem „LindenLAB 5“ umgesetzt wurde. Dabei handelt es sich um eine museumsinterne Arbeitsgruppe im Rahmen der Neuausrichtung des Museums. Sie betrachtet Beziehungen zwischen Menschen, Objekten und der Institution Museum anhand von Sprache und Bildern, da diese unsere Vorstellungen von Realität formen.⁴ Das Linden-Museum setzt sich mit seiner Geschichte, seinen Sammlungen und deren Erwerb auseinander. In diesem Zusammenhang wird intensiv über rassistische, verletzende und diskriminierende Begriffe, Bilder und Gedankengut diskutiert, die insbesondere auch den Kolonialismus prägten. Dieser Prozess wird in der Ausstellung systematisch durch eine Vielzahl an Anmerkungen, Erklärungen oder Verfremdungen von Bildern sichtbar gemacht. Kolonialgeschichte wird also nicht einfach dokumentiert und durch die Form der Präsentation quasi verdoppelt. Es wird vielmehr deutlich gemacht, dass viele historische Begriffe nicht von vornherein neutral sind, sondern spezifische Konzeptionen beinhalten, Standpunkte und Interessen widerspiegeln. Allein schon der neutral erscheinende Begriff des „Sammelns“ von ethnografischen Objekten kann verdecken, unter welchen problematischen Bedingungen dies teilweise geschah.

„Retter“ oder „Räuber“?

Dass man verschiedene Standpunkte in Bezug auf die Geschichte einnehmen kann, wird auch schnell im zweiten Modul, *Das Linden-Museum und seine Sammler*, deutlich. Im Zentrum steht Karl Graf von Linden (1838–1910), nach dem das Museum seit seiner Neueröffnung am Hegelplatz im Jahre 1911 benannt ist. Von 1889 bis zu seinem Tod hatte er den Vorsitz des WVHGeo inne und leitete zugleich die Geschicke des Museums während der Kolonialzeit. Wie gelang es ihm, ein weltweites Netzwerk von Sammlerinnen und Sammlern aufzubauen und abertausende Objekte nach Stuttgart in „sein“ Museum zu dirigieren? Was motivierte ihn und was bot er den Sammlerinnen und Sammlern im Gegenzug für ihre Schenkungen an? Welche Ziele verfolgte er mit dem Sammeln von Objekten, und wie wurden diese überhaupt beschafft? Wie ist sein Wirken zu bewerten, das nicht nur den Verein und das Museum prägte, sondern auch die Gesellschaften, deren kulturelle Erzeugnisse (weg-)gesammelt wurden? War Karl Graf von Linden ein Wissenschaftsförderer, Sammelwütiger, Hehler, Kulturzerstörer oder ein Produzent kolonialen Wissens? War er ein „Retter“ der materiellen Kultur „untergehender“ Gesellschaften im Sinne eines universalen Erbes oder ein „Räuber“ großen Stiles, der durch die massenhafte Entnahme zu ihrem Untergang beitrug?

Problematisch sind in diesem Zusammenhang auch die Erfassung und Dokumentation der gesammelten Objekte. Welche Informationen wurden als wichtig erachtet und aufgenommen, welche aber nicht? Die Objekte wurden aus ihrem kulturellen Zusammenhang entfernt und damit ging viel Wissen verloren. Auf den historischen Objektschildern oder in den Inventarbüchern wurde beispielsweise neben der Inventarnummer, die Objektkategorie (Löffel, Stuhl etc.), das Eingangsdatum, der Name der Sammlerinnen bzw. Sammler und eine ethnische Zuschreibung eingetragen. Über die ursprünglichen Herstellerinnen und Hersteller hingegen finden sich sehr selten Informationen. Insbesondere die ethnische Zuschreibung beruht in vielen Fällen auf Fremdzuschreibungen und die sind oft rassistischer oder verletzender Natur.

Asymmetrische Machtverhältnisse

Daneben werden im dritten Modul, *Biografien zwischen Württemberg und den Kolonien*, Persönlichkeiten vorgestellt, die Teil von Geschichten sind, die sich zwischen dem Museum, Württemberg und den Kolonien abspielten. Wer waren die Menschen, die sich in die Kolonien begaben und dort für das Museum sammelten? Was wollten sie dort, welche Funktionen hatten sie inne und welches Bild der Kolonien vermittelten sie später in der Heimat? Gab es umgekehrt Kolonisierte, deren Kulturerzeugnisse gesammelt wurden, die nach Württemberg kamen und andere Perspektiven einnahmen? Hier stellen wir exemplarisch drei prominente Biografien vor: Rudolf Duala Manga Bell (1873–1914), Julius Freiherr von Soden (1846–1921) und Heinrich Otto (1856–1931). Der bereits angesprochene von Soden ist auch hier ein Beispiel für das asymmetrische Machtverhältnis zwischen den Kolonisierenden und den Kolonisierten. Er ließ während seiner Amtszeit Strafexpeditionen durchführen oder beanspruchte das Land der Duala, ohne ihnen die versprochene Bezahlung zu gewähren. Von Soden errichtete unter anderem auch Plantagen auf diesen Gebieten. Die Proteste der Duala hingegen fanden kein Gehör. King Bell der Duala beschwerte sich beispielsweise beim Reichskanzler Otto von Bismarck und beim Deutschen Reichstag über das Gebaren von Julius von Soden: „Please to let me know if there is no respect of person in Germany. I am the man who gave my country to you the government of Germany, but I am very much surprised how I am daily brutally treated by your Governor who is here instead of treating me as a King, or respectable man, he is treating me as a dog.“⁵

Neben diesen bedeutenden und bekannteren Personen wird der Blick aber auch auf die gerichtet, über die wir aufgrund der kolonialen Verhältnisse wenig wissen, die aber dennoch maßgeblich am Aufbau der Sammlungen beteiligt waren. Wer waren die Trägerinnen, Träger, Dolmet-



Blick in die Ausstellung
Linden-Museum Stuttgart

scherinnen, Dolmetscher, Herstellerinnen und Hersteller von Objekten? Wer waren all diese scheinbar gesichts- und namenslosen Personen, deren Geschichte uns weitestgehend unbekannt ist? Diese Perspektive wird ebenfalls wieder über einen Standpunkt, der nach diesen Personen fragt, aufgegriffen.

Das vierte Modul trägt den Titel *Koloniale Vereine vom Kaiser- bis zum NS-Reich*. Vereine wie die Deutsche Kolonialgesellschaft, koloniale Frauen-, Krieger- und Jugendvereine, aber eben auch der Trägerverein des Museums prägten das gesellschaftliche Leben und dienten als Multiplikatoren kolonialer Ideologien. Im Deutschen Reich existierten mehrere Kolonialverbände sowie weitere Verbände anderer Ausrichtung, die aber die Grundhaltung teilten: Sie alle propagierten das Recht auf sowie die Notwendigkeit von Kolonialbesitz. Zusammen bildeten sie die Kolonialbewegung. Sie betrieben Lobbyarbeit, unterstützten Expeditionen, sammelten Fachwissen, setzten Hilfsprojekte für weiße Siedlerinnen und Siedler um, sammelten Spendengelder für Soldaten und betrieben Traditionspflege. Eine Haupttätigkeit bestand in der Öffentlichkeitsarbeit durch die Herausgabe zentraler Verbandszeitungen, wobei Kolonialismus wirtschaftlich und „zivilisatorisch“ legitimiert sowie als patriotisches Projekt positiv besetzt wurde.

Von Bedeutung war auch das stetige Wirken von Ortsgruppen und Landesverbänden. Mit ihren Aktivitäten, wie zum Beispiel Vorträgen, erreichten sie im Erfolgsfall die Verankerung der kolonialen Ideologie in der Gesellschaft. In Stuttgart trug hierzu maßgeblich der Trägerverein des Museums bei, der dadurch genauso als ein kolonialer Akteur aufgefasst werden muss. In der Ausstellung können alle Referentinnen, Referenten und Themen der zwischen 1882 und 1943 veranstalteten Vorträge beim *WVHGeo* eingesehen werden. Bei vielen lässt sich anhand der Titel schon die ideologische Grundhaltung erkennen. Dies wird etwa am Vortrag „Die Rassen Afrikas“ von Sir Harry John-

ston deutlich, der am 2. November 1910 gehalten und dann als Sonderabdruck veröffentlicht wurde. Johnston war wie viele Referenten ein (hoher) Kolonialbeamter, wenn auch in diesem Fall ein britischer. Auch der Lichtbildervortrag „Die Zukunft der schwarzen Rasse und Deutschlands Anteil an derselben“ von Missionar Fr. Fischer am 17. November 1920 zeigt, wie stereotype Bilder des „Anderen“ geprägt und mit politischen Ambitionen verbunden wurden.

Wichtige Ereignisse waren größere Kolonialtagungen in Stuttgart wie in den Jahren 1911, 1914, 1928 und 1942. Im kleineren Rahmen wurden koloniale Traditionen auch nach 1945 weiter gepflegt. Dies alles war aber nicht automatisch gegeben. Es gab sowohl grundsätzliche Kritik am Kolonialismus als auch solche, die auf „Auswüchse“ beschränkt blieb. Einen Gegenpol bildete etwa 1907 der *Internationale Sozialistenkongress* in Stuttgart. Hier wurde heftig darüber gestritten, ob die Kolonialpolitik reformierbar oder gänzlich abzulehnen sei. Am Ende wurde mit knapper Mehrheit eine klar antikoniale Resolution angenommen.

Auch bei diesem Modul gilt es eine weitere Perspektive einzubeziehen. Der Standpunkt wirft die Frage auf, wer hier eigentlich über wen sprach. Bei all den kolonialen Veranstaltungen wurde über die Kolonien, über die Kolonisierten oder über Weltanschauungen gesprochen. Die Kolonisierten kamen aber nicht selbst zu Wort, wurden höchstens als Anschauungsobjekte wahrgenommen und nicht als gleichwertig oder als jemand mit eigener Stimme aufgefasst.

Kolonialismus und Gewalt

Der nächste Themenschwerpunkt befasst sich mit *Kolonialismus und Gewalt*. Gewalt oder ihre Androhung waren wichtige Bestandteile des Kolonialismus. Ihre Ausübung variierte stark: Sie hing davon ab, welche Ansichten die ausübende Kolonialmacht über die kolonisierte Bevölkerung hatte und in welchem Ausmaß sie sich von ihr bedroht sah. Auch spielte eine Rolle, inwieweit der Einsatz von Gewalt national, in der Kolonie und international legitimiert werden konnte und musste. Das Spektrum reichte vom Zeigen von Waffen beim Abschluss sogenannter Schutzverträge über polizeiliche Maßnahmen, sogenannte militärische „Strafexpeditionen“, jahrelange Kriegszüge bis hin zu großen Kolonialkriegen. Im Falle Deutschlands sind zu letzteren – vom Ersten Weltkrieg abgesehen – unter anderem der sogenannte „Boxer“-Krieg in China (1900/01), der Maji-Maji-Krieg in Deutsch-Ostafrika (1905–07) und die Kriege gegen Herero und Nama in Deutsch-Südwestafrika (1904–07) zu zählen.

Kolonialismus und die Kolonialkriege werden in der öffentlichen Wahrnehmung oftmals mit Kolonialismus in Afrika und dem Genozid an den Herero und Nama gleichgesetzt oder darauf reduziert. Die vorherige Auflistung zeigt aber, dass es eben nicht nur diesen einen Krieg gab und auch nicht nur in Afrika. In der Ausstellung wird der Fokus in diesem Modul daher auf den Schauplatz China verlagert. Der „Boxer“-Krieg nimmt eine Sonderstellung unter den Kolonialkriegen ein, weil er von einer internationalen Allianz geführt wurde und China formell keine Kolonie war. Hunderte Württemberger Soldaten zogen freiwillig dort-



hin und das Linden-Museum besitzt im Ergebnis in diesem Krieg geplünderte Objekte. Württembergern, die an Kolonialexpeditionen und -kriegen teilnahmen, wurde ehrend mit Gedenktafeln und Denkmälern gedacht, die es teilweise noch heute gibt.

Der Kolonialismus durchdringt den Alltag

Das sechste Modul zum Thema *Alltagskultur* erweitert das Blickfeld auf alltagskulturelle Phänomene des Kolonialismus. Er durchdrang das tägliche Leben in Württemberg auf unterschiedlichste Weise: Die Presse diskutierte kolonialpolitische Ereignisse, es fanden wie beschrieben regelmäßig kleinere und größere Veranstaltungen und Ausstellungen von Kolonialvereinen und Missionen statt. Aber auch exotisierende Werbung für Kolonialwaren prägte die Anzeigenteile der Zeitungen und damit die Vorstellungswelt. Kolonialwarenläden waren weit verbreitet. Koloniale Themen und Motive hielten Einzug in Literatur, Theater und Kino, Karneval bzw. Fastnacht sowie Spielwaren. Diese Motive leben teilweise bis heute fort, wie an Beispielen in der Ausstellung gezeigt wird. Die Besucherinnen und Besucher erwartet hier eine Inszenierung, bei der sie zeitgenössische Werbeanzeigen sehen können. Dazu zählen auch zahlreiche Anzeigen von Firmen aus dem württembergischen Raum.

Problematisch ist in diesem Zusammenhang auch wieder die Text- und Bildsprache und dies erfordert eine entsprechende kritische Aufarbeitung sowie einen sensiblen Umgang. Die komplette Inszenierung ist beispielsweise einge-



färbt, rassistische Äußerungen oder Begriffe wurden unkenntlich gemacht. Vor Werbeanzeigen, die stereotype Darstellungen beinhalten, wurden Klappen angebracht, denn diese Bilder sollen nicht eins zu eins reproduziert werden. Daher befindet sich auf der Klappe von außen sichtbar nur eine verfremdete Darstellung der Anzeige und ein „Trigger“-Symbol, also eine Warnung, dass sich unter der Klappe die originale Darstellung befindet. Die gesamte Inszenierung fragt auch danach, ob heutige Werbung wirklich anders ist oder inwieweit sie diese stereotypen und exotisierenden Bilder teilweise in modernerem Gewand reproduziert. Hierfür sind zwei Bildschirme angebracht, die aktuelle Werbung zeigen.

Ein anderes Ereignis des kolonialen Alltages waren sogenannte Völkerschauen. Dort wurden Menschen, die man als fremd und weniger „zivilisiert“ ansah, ausgestellt und massenhaft angestarrt, sei es in Nill's Tiergarten oder im Stadtgarten. So wurden ein kolonialer Blick und ein hierarchisierendes Denken in der Bevölkerung verankert, ohne dass die einzelnen Besucherinnen und Besucher den Kolonialismus ausdrücklich politisch gutheißen mussten. In der Ausstellung wollten wir bei diesem Thema wiederum nicht einfach Bilder von Völkerschauen reproduzieren. Daher sind sie eingefärbt und inszeniert. An einer Wand der Ausstellung befinden sich zum Beispiel drei Bilder. Eines davon zeigt das Plakat der Stuttgarter Kolonialausstellung und Völkerschau von 1928, das zweite eine artistische Malabaren-Gruppe aus Indien in Nill's Tiergarten im Jahre 1901. Die Malabaren werden darauf von Stuttgarterinnen und Stuttgartern betrachtet, die in Sonntagskleidung hinter einem Zaun stehen. Das dritte Bild zeigt einen Holzschnitt, vermutlich von einem Abendempfang in Karl Graf von Lindens eigener Villa. 1893 wurden dort im Rahmen des deutschen Geographentages, den Graf Linden mitorganisierte, die zwei jungen Akka-Frauen Chicanao und Assimini aus Zentralafrika voyeuristisch zur Schau gestellt. Die Bilder sind auf einzelne Lamellenstreifen aufgebracht. Die Besucherinnen und Besucher müssen sich deshalb hin und her bewegen, um das komplette Bild wahrnehmen zu können.



Werbung damals und heute

Linden-Museum Stuttgart



Blick in die Ausstellung

Linden-Museum Stuttgart

Durch die Inszenierung soll wieder die vorgegebene Art der Betrachtung gebrochen werden. Die Priorität liegt also nicht darauf, das historische Material lediglich zu dokumentieren. Vielmehr soll gerade durch die Verfremdung erkennbar werden, dass bereits die Originale Inszenierungen sind. Hier stellen sich viele Fragen: Wer betrachtet wen und zu welchem Zweck? Wer blickt zurück? Und: Wer sind eigentlich die „Wilden“? Die Betrachteten oder die Betrachtenden? Diese Frage stellte schon ein Gedicht, das 1843 in einem Esslinger Verlag erschien, das gezeigt wird. Kritik am „kolonialen Blick“ ist also durchaus keine Schablone, die der Geschichte erst nachträglich aus heutiger Sicht aufgepfropft wurde.

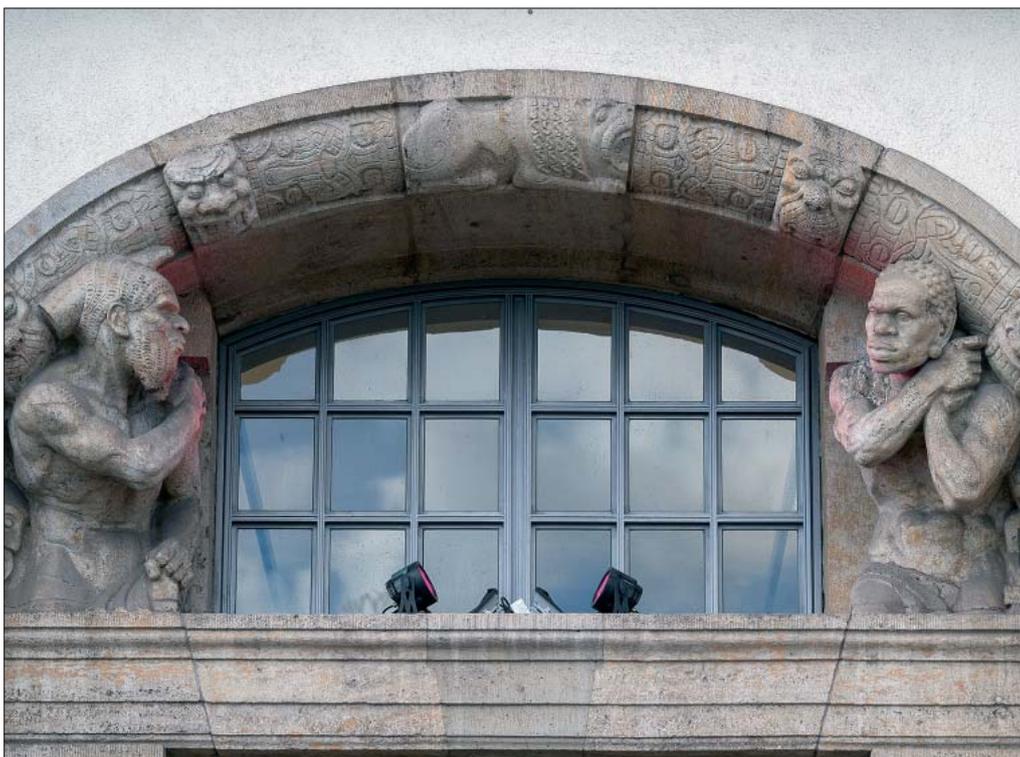
Denkmäler und Spuren im Stadtbild

Das anschließende Modul widmet sich *Denkmälern*. Kolonialismus hinterließ seine Spuren auch in Form von Gedenksteinen, -plaketten oder Straßennamen. Manche sind heute noch zu sehen, andere existieren nicht mehr. Und vielen Orten sieht man ihre koloniale Vergangenheit nicht an. Kolonialismus war jedoch ein gesamtgesellschaftliches Phänomen und somit an vielen Orten präsent. Dazu gehörten beispielsweise Gebäude wie Königs- und Wilhelmsbau (Stadtpalais), in denen koloniale Vorträge oder Ausstellungen stattfanden, oder deren Namensgeber sich in der Kolonialbewegung engagierten, etwa im Falle des bekannten Gustav-Siegle-Hauses am Stuttgarter Leonhardsplatz. An einer Medienstation wird gefragt, wie heute mit kolonialen Denkmälern umgegangen werden sollte. Nach Abgabe der Stimme sehen die Besucherinnen und Besucher den Zwischenstand der Abstimmung.

Ein deutlich sichtbares Zeichen der kolonialen Vergangenheit ist das Eingangsportale des Linden-Museums, das dennoch von vielen Besucherinnen und Besuchern wenig wahrgenommen wird. Stereotype Darstellungen zweier Menschen, die einen aus Afrika und vermutlich einen aus Neuguinea symbolisieren sollen, prägen das Portal und verdeutlichen Klischees des „Primitiven“. Das Linden-Museum stellt sich und den Besucherinnen sowie Besuchern daher auch hier die Frage: Wie soll mit so einem denkmalgeschützten schwierigen Erbe in der Zukunft umgegangen werden?

Wie mit dem schwierigen Erbe umgehen?

Das Einholen von Feedback und Kommentaren spielt auch im abschließenden Modul, *Das Linden-Museum heute und in Zukunft*, eine wichtige Rolle. Den Besucherinnen und Besuchern wird hier erneut die Möglichkeit gegeben, abzustim-



Ein deutlich sichtbares Zeichen der kolonialen Vergangenheit ist das Eingangsportale des Linden-Museums, das von vielen Besucherinnen und Besuchern wenig wahrgenommen wird. Stereotype Darstellungen zweier Menschen, die einen aus Afrika und vermutlich einen aus Neuguinea symbolisieren sollen, prägen das Portal und verdeutlichen Klischees des „Primitiven“.

picture alliance/dpa

men oder freie Kommentare zu hinterlassen, die dann auch in die Ausstellung integriert werden können. Ein Beispiel hierfür ist die Frage, ob das Linden-Museum weiterhin diesen Namen tragen sollte. Welcher Name wäre besser geeignet, um die Weiterentwicklung und Neuausrichtung des Museums widerzuspiegeln? Im Fokus stehen heute ein dynamisches Kulturverständnis sowie neue Formen von Begegnung und Dialog. Wir bestimmen nicht weiter allein darüber, welche Geschichte(n) erzählt werden. Gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern der Herkunftsgesellschaften, mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus aller Welt und mit interessierten Stuttgarterinnen und Stuttgartern bearbeiten, erforschen und rekonstruieren wir die Wissenskontexte unserer Sammlungen und betreiben Provenienzforschung. Wir entwickeln Wege, diese Zusammenarbeit auch in den Ausstellungen und mit Veranstaltungen transparent zu machen. In zahlreichen Projekten erproben wir, wie wir Partizipation in den Kern unserer Arbeit bringen und die Sammlungen noch zugänglicher machen können. Videoinstallationen in diesem Modul geben Einblicke in Projekte und Perspektiven verschiedener Akteurinnen und Akteure, die sich intensiv mit der Sammlung und der Neuausrichtung des Hauses beschäftigen. Eines dieser Projekte ist *With Namibia – Engaging the Past, Sharing the Future* im Rahmen der „Namibia-Initiative“ des Landes Baden-Württemberg.

UNSER AUTORENTEAM



Dr. Heiko Wegmann ist freiberuflicher Sozialwissenschaftler und Historiker, Kurator der Ausstellung „Schwieriges Erbe“ des Linden-Museums Stuttgart und seit 2005 Betreiber des Forschungs- und Bildungsprojektes freiburg-postkolonial.de. 2019 publizierte er die Biografie „Vom Kolonialkrieg in Deutsch-Ostafrika zur Kolonialbewegung in Freiburg. Der Offizier und badische Veteranenführer Max Knecht (1874–1954)“. Neben dem Kolonialismus forscht er zur Geschichte der SS in Südbaden.



Markus Himmelsbach ist Provenienzforscher am Linden-Museum Stuttgart. Er kuratierte neben der Ausstellung „Schwieriges Erbe“ dort auch die Ausstellung „Objekte & Sammler“, die im Rahmen eines Bundeskulturstiftungsprojektes nach neuen Wegen sucht, wie Provenienzforschung vermittelt werden kann.

Fazit

Die Museums- und Landesgeschichte im Lichte postkolonialer Fragestellungen zu betrachten und die vielen Querverbindungen zwischen Institutionen, Personen und Ereignissen herauszuarbeiten, ist ein neuer Ansatz. Zentral sind dabei kritische Distanz und Multiperspektivität, um Kolonialgeschichte nicht einseitig oder gar nostalgisch aus der Sicht württembergischer Akteurinnen und Akteure nachzuerzählen. Auch wenn manche Themen schon früher bearbeitet wurden, setzt die wissenschaftliche Forschung und Debatte bei vielen anderen Fragen gerade erst ein. Einige Themen schneiden wir in der Ausstellung an, verweisen aber auch auf Leerstellen.

Dass die Auseinandersetzung stark in Bewegung ist, wird also bereits in der Ausstellung sichtbar gemacht. Die Charakterisierung als Werkstattausstellung mit ihren offenen Fragen verdeutlicht, dass es hier nicht um ein „erledigtes“ Kapitel der Geschichte und abgeschlossene Wissensbestände geht, die nur noch zu präsentieren und zu vermitteln seien. Und es geht auch nicht um einfache Antworten. Vielmehr geht es um einen Prozess der individuellen wie auch öffentlichen Bewusstwerdung, Irritation gewohnter Sichtweisen wie auch Ausblendungen und schließlich um eine lebendige, vielfältige Auseinandersetzung. Deshalb sind Besucherinnen, Besucher, Leserinnen und Leser aufgefordert, ihr Wissen, ihre eigenen Gedanken sowie ihre Kritik einzubringen und in Austausch mit uns zu treten.

LITERATUR

- Bechhaus-Gerst, Marianne/Joachim Zeller (Hrsg.) (2018): Deutschland postkolonial? Die Gegenwart der imperialen Vergangenheit. Berlin.
- Grimme, Gesa (2018): Abschlussbericht Provenienzforschung im Projekt „Schwieriges Erbe: Zum Umgang mit kolonialzeitlichen Objekten in ethnologischen Museen“, Linden-Museum 2018. URL: https://www.lindenmuseum.de/fileadmin/Dokumente/SchwierigesErbe_Provenienzforschung_Abschlussbericht.pdf [06.02.2021].
- Himmelsbach, Markus (2019): Briefe aus der „Mitte der Massai-Steppe“, „praktische Ehrungen“ und der „Berliner Moloch“ – Einblicke in das Sammlernetzwerk des Karl Graf von Linden. In: Tribus, Jahrbuch des Lindenmuseums, Band 68/2019, S. 110–145.
- Johnston, Harry (1910): Die Rassen Afrikas. Vortrag gehalten am 2. November 1910 im Württembergischen Verein für Handelsgeographie. Hrsg. v. Württembergischen Verein für Handelsgeographie. Stuttgart.
- Sprute, Sebastian (2018): Die Jagd nach der größtmöglichen Trommel: Sammelwut, Krieg und Trägerleid oder die menschenverachtende Beschaffung von Ethnographica im kolonialen Kamerun, 1902–1908. In: Tribus, Jahrbuch des Linden-Museums, Band 67/2018, S. 130–153.
- Wegmann, Heiko (2020): Schwieriges Erbe – Linden-Museum und Württemberg im Kolonialismus. In: Tribus, Jahrbuch des Linden-Museums Stuttgart, Band 69/2020, S. 100–142.

ANMERKUNGEN

- Das Zitat im Titel stammt aus einem Vortrag im Jahr 1910 von Otto Güntter, Direktor des Schiller-Museums in Marbach am Neckar, dem heutigen Deutschen Literaturarchiv.
- Siehe Bechhaus-Gerst/Zeller 2018.
- Nähere Informationen zur tatsächlichen Laufzeit, zum bereits gestarteten Begleitprogramm und allgemein zum Linden-Museum siehe <https://www.lindenmuseum.de/> [06.02.2021].
- Wir bedanken uns für die gute Zusammenarbeit bei den Kolleginnen und Kollegen des Linden-Museums, den Kooperationspartnerinnen, Kooperationspartnern, Archiven, Leihgeberinnen und Leihgebern außerhalb des Museums, insbesondere Joachim Zeller, der uns beratend zur Seite stand und einige Fotos zur Verfügung stellte, sowie dem Gestaltungsbüro 2xGoldstein und Holzer Kobler Architekturen.
- King Bell (Ndumbé Lobé) an Otto von Bismarck und den Deutschen Reichstag, 23.09.1888, BArch R 1001/4297, Blatt 77f.

Ordnen und Unterordnen – Das Verhältnis von Kolonialismus, Rassismus und Kunst

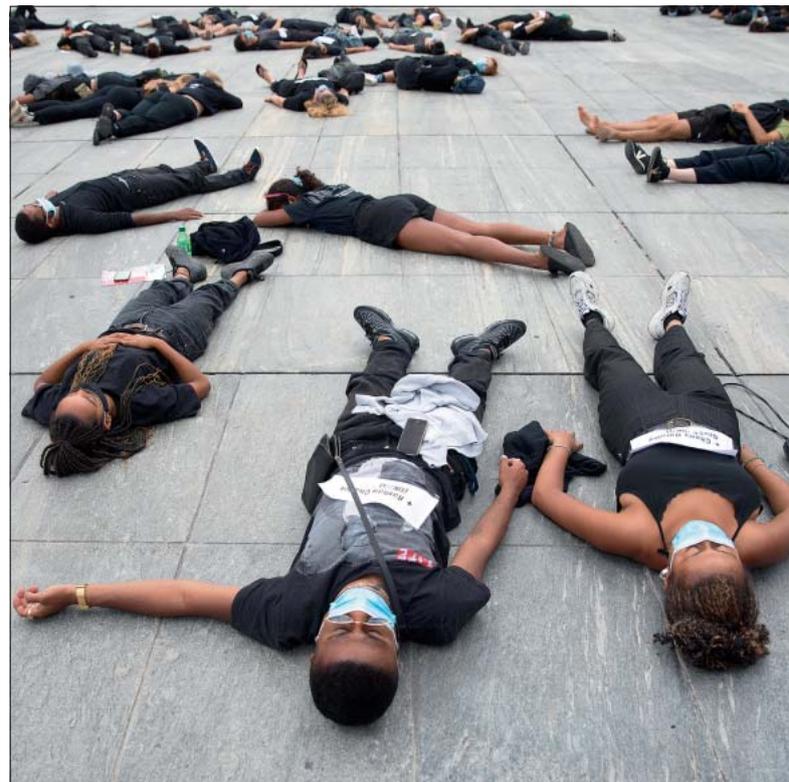
Anna Lampert

Öffentlichkeitswirksame Aktionen von Kunstschaffenden, Aktivistinnen und Aktivisten of Color trieben im vergangenen Jahr den rassistisch-kritischen Diskurs voran. Einhellig wurde ein angemessener Umgang mit der kolonialen Vergangenheit und eine Aufarbeitung rassistischer Strukturen im Kultur- und Kunstbetrieb gefordert. Die Aktionen und Inszenierungen fanden nicht zufällig im öffentlichen Raum statt. Die Kunst und die Themen der *People of Color* finden in den etablierten Kulturinstitutionen keinen Raum. Kunst und Kultur sind nach wie vor exklusiv und werden mehrheitlich von einem weißen Publikum goutiert. Seit dem frühen 19. Jahrhundert ist die Kultur- und Museumslandschaft von binären Denkmustern geprägt. Die kolonialen Kategorien „einheimisch“ und „fremd“ bzw. „wir“ und „die Anderen“ sind immer noch Bestandteil des Kulturbetriebs und prägen mithin die Definitionsmacht. Die künstlerische Relevanz verschiedener Kulturformen und kultureller Äußerungen bzw. Objektivationen wird von weißem Personal und weißem Publikum definiert. Die gesellschaftliche Vielfalt spiegelt sich im Kunst- und Kulturbetrieb keineswegs wider. Anna Lampert mahnt in ihrem Beitrag nachhaltige Veränderungsprozesse und die migrationsgesellschaftliche Öffnung der Kultureinrichtungen an. Umfassende Teilhabe setzt die Repräsentation der gesellschaftlichen Vielfalt in allen Phasen der Kunst- und Kulturproduktion voraus.

Rassismuskritische Kunst erobert die Straße

Im Jahr 2020 ging es kolonialen Denkmälern an den Sockel. Mit Protest, Musik, Tanz, Installation oder Graffiti forderten Aktivistinnen, Aktivisten, Künstlerinnen und Künstler of Color den Fall kolonialer Statuen und der damit verbundenen rassistischen Erinnerungskultur in den Städten. Die weltweiten *Black Lives Matter*-Demonstrationen, der kolonialismuskritische Stadtspaziergang *Urban Bodies Project* in Stuttgart oder das Streetart-Kollektiv *Anti Colonial Action Berlin* mit seiner viel beachteten Graffitiaktion in der U-Bahn-Haltestelle *Afrikanische Straße* fordern allesamt einen gerechteren Umgang mit der kolonialen Vergangenheit und damit verbunden eine Aufarbeitung des Rassismus in den gegenwärtigen Strukturen und Institutionen Deutschlands. Das Ziel der Aktionen: Ihre politischen Botschaften werden in den Städten sichtbar, ihr antikoloniales Denken wird öffentlich zugänglich und der gesamtgesellschaftlich notwendige, rassistisch-kritische Diskurs vorangetrieben – ein kritischer Aufarbeitungsprozess der deutschen Geschichte, der längst überfällig ist. Nicht zufällig präsentieren die Aktivistinnen und Aktivisten of Color ihre Kunstaktionen „auf der Straße“. Sie zeigen sie

im öffentlichen Raum, weil es kaum alternative Räume für ihre Themen gibt. Weil ihr Protest, ihr Wissen und ihre Erfahrungen gesellschaftlich marginalisiert werden, weil ihre Kunst und die Themen, die sie künstlerisch verhandeln, sich nicht in den etablierten Kultureinrichtungen wiederfinden. Vielmehr stehen sie im Dissens mit dem gesammelten und ausgestellten „Wissen“ und mit Themen der Kultureinrichtungen sowie deren Geschichtsschreibung. Sie haben daher nur den öffentlichen Raum als Ort der gegensätzlichen Verhandlung und der geschichtlichen Umschreibung. Die rassistisch-kritische Kunst erobert also die Straße und das sogar meist nur vorübergehend, denn so manches Kunstwerk verschwindet noch in der gleichen Nacht seiner Entstehung. Wie die Statue *Last Hero* des Künstlers Scott Holmquist, die 24 Stunden im Görlitzer Park stand und von dem Künstler selbst als „Denkmal gegen Denkmäler“ bezeichnet wird. Diese temporären künstlerischen Interventionen



Während einer öffentlichkeitswirksamen Aktion liegen Protestierende 8 Minuten und 46 Sekunden auf dem Boden. So lange drückte ein weißer Polizist mit seinem Knie dem unbewaffneten Afroamerikaner George Floyd gewaltsam die Luft zum Atmen ab. Floyd wurde Opfer brutaler Polizeigewalt. Nicht zufällig präsentieren Aktivistinnen und Aktivisten of Color ihre Inszenierungen „auf der Straße“. Sie zeigen sie im öffentlichen Raum, weil ihr Protest und ihr Engagement vom etablierten Kulturbetrieb marginalisiert werden.

picture alliance/dpa

onen richten sich in ihrer Vergänglichkeit ganz bewusst gegen die Festschreibungen in den Museen und Kultureinrichtungen, die sie mit ihren Dauerausstellungen in Stein meißeln wollen – und damit das, was deutsche Kunst und Kultur, deutsche Geschichte und deren Heldinnen und Helden vermeintlich sind, die durch Statuen historisch glorifiziert und damit unfehlbar gemacht werden.¹

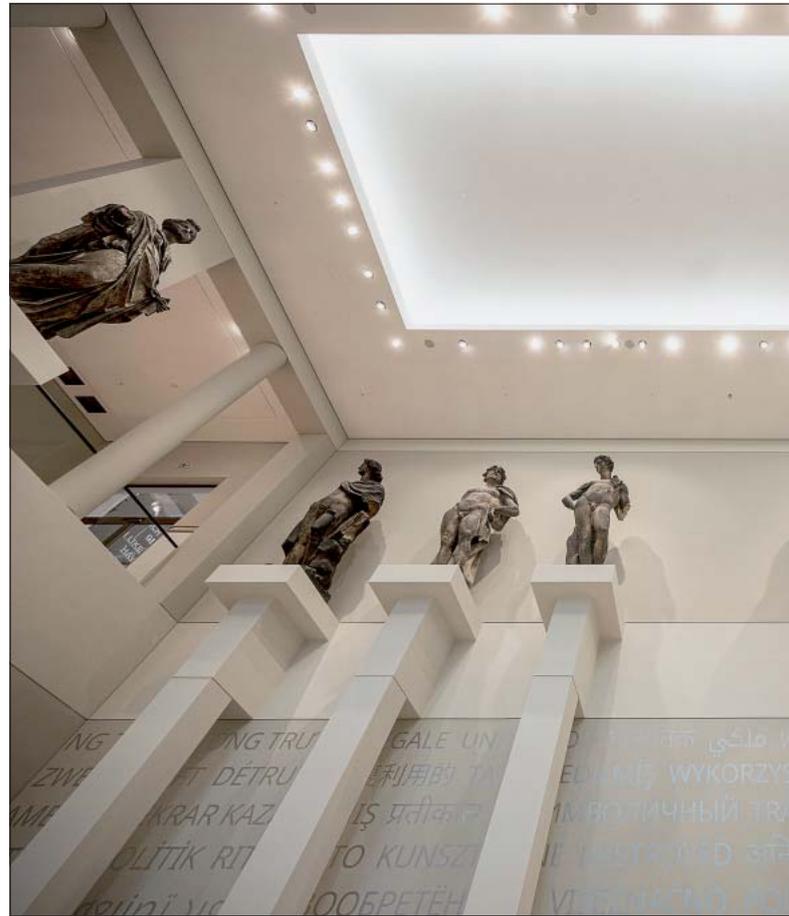
Aber warum findet die kolonialismus- und rassismuskritische Kunst keinen Raum in den etablierten Institutionen der Kunst und Kultur? Warum nehmen die Aktivistinnen und Aktivisten of Color den öffentlichen Raum, um (Stadt-)Geschichte durch Kunstaktionen mit ihren Perspektiven und neuen Bedeutungsebenen zu überschreiben? Welche Barrieren hat der Kulturbetrieb Deutschlands, dass sich dort nicht alle Menschen repräsentiert fühlen, nicht alle Themen Raum finden? Und wer legt überhaupt fest, was in den Kultureinrichtungen zum Thema gemacht wird und was nicht, was Kunst ist und „was weg kann“?

Exklusivität und Kunst

„Kein anderes gesellschaftliches Spielfeld ist so exklusiv wie die Künste“, so Carmen Mörsch, Leiterin des *Institute for Art Education* der Hochschule der Künste Zürich (vgl. Mörsch 2017). In ihrem Essay bezieht Mörsch diese Exklusivität einerseits darauf, dass sich lediglich eine sehr kleine elitäre Gruppe im sogenannten Kunstmarkt beruflich durchsetzt, da er sehr begehrt und aufgrund weniger Festanstellungen hart umkämpft ist. Es entscheiden komplexe Selektionsprozesse, wer am Ende in die „heiligen Hallen“ der Kunst eintreten darf – sei es auf oder hinter der Bühne. Die klassischen *credentials* wie Herkunft, Bildung, Habitus setzen sich durch.

Andererseits legt Mörsch dar, dass auch nur eine sehr kleine und homogene Gruppe die Angebote der Kultureinrichtungen, der Museen oder der Oper nutzt. Diese These untermauert die KulMon-Studie, die im Auftrag des Berliner Senats die soziale Zusammensetzung der Besucherinnen und Besucher von Berliner Kultureinrichtungen, unter anderem nach Alter und Herkunft, untersucht. Die Studie kommt zu folgenden Ergebnissen: Erstens sind durchschnittlich 87 Prozent der Besucherinnen und Besucher weiß, besitzen also ein Migrationsdefizit.² Zweitens sind die älteren Altersgruppen im Publikum stark vertreten, besonders bei Klassikkonzerten sowie in Museen, Opern und Theatern liegt das Durchschnittsalter bei über 50. Drittens machen Frauen einen etwas höheren Anteil aus als Männer und viertens nutzen prozentual nur wenige Menschen die Angebote der Kultureinrichtungen überhaupt. Lediglich durchschnittlich fünf bis sieben Prozent der Bevölkerung besuchen sie regelmäßig (vgl. KulMon 2018). In einer Stadt wie Berlin, deren Urbanität Migration, Kreativität und sozioökonomische Unsicherheiten ausmachen, sind dies nachdenklich stimmende Resultate. Die Angebote der etablierten Kultureinrichtungen gehen – so meine Deutung der Ergebnisse der KulMon-Studie – an den Interessen der Berliner Bevölkerung vorbei.³

Nun fragen Sie sich sicherlich, was die Exklusivität der Kunst und der Nicht-Besuch der Kultureinrichtungen mit Rassismus zu tun hat? Konzerthäuser, Museen, Opern und Theater haben doch den selbstdefinierten Auftrag, über die Kunst Wissen zu vermitteln, gesellschaftliche Diskurse zu prägen und wichtige politische Fragen unserer Zeit auf-



zuwerfen. Sie bezeichnen sich selbst als weltoffen und dialogorientiert und wollen für unsere demokratische, diskussionsfreudige Gesellschaft stehen. Dafür werden sie mit öffentlichen Mitteln finanziert.

Wenn doch Kultureinrichtungen Wissens- und Repräsentationsräume für die Gesellschaft sein sollen, dann frage ich mich, warum sich viele Menschen von ihnen nicht angesprochen oder repräsentiert fühlen? Ich frage mich, welches Wissen sie reproduzieren und welches Wissen und welche Lebenserfahrungen sie bewusst oder unbewusst auslassen? Für welche Teile der Gesellschaft sind sie wirklich da?

Im Folgenden werde ich anhand des Konzepts des institutionalisierten Rassismus eine Analyse zur Beantwortung der genannten Fragen vornehmen.⁴

Museen und Kontinuität

Werfen wir zunächst einen Blick in die Entstehung der europäischen Museen, die in der Zeit der Nationalstaatenbildung und des Kolonialismus zu verorten ist. Der Wunsch nach nationaler Einheit war eine treibende Kraft bei der Entstehung des modernen, öffentlich zugänglichen Museums im frühen 19. Jahrhundert. Das Museum sollte Bildung und Wissen an die Bevölkerung vermitteln und ihr Zugehörigkeitsgefühl zur eigenen Nation stärken. Auch das Sammeln und Archivieren von Objekten der eroberten Kolonien, sprich das Aneignen von „Wissen“ über die eroberten Gebiete, war ein wichtiger Bestandteil der kolonialen Praxis. Damit einher ging die Bildung eines europäischen Selbstverständnisses in Abgrenzung zu „den Anderen“, den kolonisierten Gebieten.



Wer entscheidet, was in die „heiligen Hallen“ der Museen darf? Der Skulpturensaal im Humboldt-Forum kurz vor der Eröffnung im Dezember 2020. Der bildungsbürgerliche Kulturbegriff hat immer noch die Aura des Höherwertigen, des Besonderen und Bedeutungsvollen. Dies zeigt sich in der weitgehend homogenen Gruppe, die die Angebote der Museen nutzt und spiegelt sich letztlich im Altersschnitt der Besucherinnen und Besucher wider.

picture alliance/dpa

Der Vorgang des „Andersmachens“ von Menschen, Gruppen oder ganzen Regionen wird in der Rassismuskritik als *Otherring* bezeichnet, die wiederum aus dem Konzept der postkolonialen Theorie entstanden ist. Zu seinen prominentesten Vertreterinnen und Vertretern gehört Edward Said (vgl. Said 1978). Beim *Otherring* handelt es sich um einen permanenten Akt der Grenzziehung, der Kategorisierung und letztlich um die Unterscheidung zwischen einem „Wir“ und davon abgegrenzt „den Anderen“. Bilder, Geschichten, Wissen, Vorstellungen von „anderen“ Kulturen werden erzeugt, um die eigene kulturelle „Überlegenheit“ zu kontrastieren. Durch vermeintliches Wissen, welches zum Beispiel in Reisetagebüchern europäischer „Entdecker“ festgehalten wurde, aber auch in den neu entstandenen Afrika- und Orientwissenschaften, der Ethnologie und Anthropologie, wurden Afrika und der „Orient“ als rückständig, unzivilisiert und primitiv konstruiert, sei es soziokulturell oder biologisch⁵.

Bis heute ist so manches ethnologische Museum in Deutschland und Europa nach den Kontinenten der Welt geordnet und besitzt umfängliche Sammlungen aus nichteuropäischen Ländern. Die Mehrzahl der Objekte ist Raubgut: „Zur Geschichte der europäischen Moderne gehört sowohl die Darstellung von anderen Kulturen, ihrer Traditionen und ihrer Kleidung in ethnologischen Museen als auch die Zuweisung spezifischer geographischer Regionen zu spezifischen Kulturräumen und ‚Menschenrassen‘, eine Vorstellung, von der weiterhin so manches ethnologische Museum bis heute bewohnt wird. Mit dieser Einteilung wurde ganzen Menschengruppen das Mensch-Sein abgesprochen und sie wurden zu ‚Anderen‘ – zu ‚Edlen Wilden‘, ‚Primitiven‘, ‚Barbaren‘, ‚Naturmenschen‘ unter anderem gemacht“ (vgl. Ha 2020: o. S.). Viele Menschen werden durch

die koloniale Kontinuität der heutigen Völkerkunde mit ihren überdauernden Kategorisierungen verletzt und möchten Völkerkundemuseen verständlicherweise erst gar nicht betreten.

Bis heute wird in deutschen Museen Kunst in „wir“ und „die Anderen“ hierarchisch geordnet und untergeordnet. Diese starren binären Denkmuster, wie beispielsweise die Kategorisierung in „einheimisch“ und „fremd“, zeigen sich plakativ in der feinsäuberlichen räumlichen Trennung von Hochkultur und Völkerkunde: Namhafte große Künstler und weniger Künstlerinnen werden in den hypermodernen *White Cubes* der Stararchitekten ausgestellt und intellektualisiert. Das namenlose Kunsthandwerk aus Asien, Afrika und dem Orient hingegen wird in den neoklassizistischen Bauten der Völkerkunde gezeigt und tribalisiert.⁶

Relevanzzuschreibung und Programm

Bis heute überdauern koloniale Denkmuster, die sich in den Arbeitsstrukturen im Kulturbetrieb wiederfinden. Dies zeigt sich nicht nur in der sehr umstrittenen Neueröffnung des Berliner Humboldt-Forums Ende 2020. Als koloniale Kontinuität finden sich *Otherring* und institutioneller Rassismus fest verankert in den Programmen, Arbeitsprozessen und Strukturen vieler Kultureinrichtungen Deutschlands. So fehlt eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit der Realität Deutschlands als (Post-)Migrationsgesellschaft – bis auf wenige Ausnahmen, wie beispielsweise das Maxim-Gorki-Theater, das Ballhaus Naunynstraße oder das Friedrichshain-Kreuzberg (FHXB)-Museum.

Das Nicht-Anerkennen der (Post-)Migrationsgesellschaft⁷ geht mit der Nicht-Anerkennung „migrantischer“ Kunst und der fehlenden Repräsentanz von Künstlerinnen, Künstlern und Kulturschaffenden *of Color* einher, sei es in der Verwaltung, Vermittlung oder Direktion des Kulturbetriebs. Auch für selbstorganisierte Akteurinnen und Akteure wie Migrant*innenorganisationen gibt es nur wenige, meist projektartige und damit zeitlich begrenzte Möglichkeiten der künstlerischen Mitgestaltung und wenig Räume für ihre Erinnerungskultur und Kunst. Dabei ergab die Auswertung der für Stuttgart getätigten Umfrage *Vielfalt in Migrant*innenvereinen* des Forums der Kulturen Stuttgart e. V., dass knapp 90 Prozent der dort aktiven Migrant*innenorganisationen in den Bereichen Kunst und Kultur tätig sind. Diese beschränken sich keinesfalls auf die sogenannte „Herkunftspflege“, Kochkunst oder Folklore. Neben Musik, Tanz und Theater sind ebenso zeitgenössische Literatur und Arthouse-Film vertreten (vgl. ebd. 2018). Mit ihren öffentlichen Veranstaltungen und Aufführungen sind sie die zentralen Akteurinnen und Akteure der künstlerischen und kulturellen Vielfalt. Hier zeigt sich also der enorme Reichtum der Landeshauptstadt, der sich wiederum nicht in den Räumen der etablierten Kultureinrichtungen wiederfindet, obwohl viele der Aktiven in den Migrant*innenorganisationen seit mehr als 50 Jahren Kunst und Kultur in Deutschland machen und damit fester Bestandteil deutscher Kultur sind.

Relevanz haben also nach wie vor Richard Wagner und Ludwig van Beethoven und nicht Fatma Aydemir und Samy Deluxe.⁸ Zum Verständnis gegenwärtiger gesellschaftl-

cher und politischer Themen kann aber Fatma Aydemirs rassistischer und klassismuskritischer Text *Ellbogen* vielleicht eher beitragen als Beethovens *Fidelio – Eine Oper*, die 1806 Uraufführung hatte und sich bis heute regelmäßig auf den Opernspielplänen Deutschlands findet. Und immer wird die gegenwärtige politische Relevanz betont. Mit Sicherheit haben Wagner oder auch Mozart einen wertvollen Bestand an Geschichten, aber gleichzeitig bestärken sie auch sehr beunruhigende Irrmeinungen wie Imperialismus, Sexismus und Rassismus. Denken Sie doch nur an die Vergewaltigungsgeschichte um den Schwarzen Sklaven aus der Zauberflöte. Oder vergegenwärtigen Sie sich die patriarchalen Geschlechterbilder, die auf so manchen Ballettbühnen reproduziert werden.

„Die Vielfalt der Gesellschaft spiegelt sich im Kulturbetrieb überhaupt nicht wider. Es werden Parallelgesellschaften dargestellt“, so der Menschenrechtsaktivist Joshua Kwesi Aikins, der sich seit über 15 Jahren für Kolonialismuskritik und Perspektiverweiterungen in der Erinnerungskultur einsetzt (Aikins 2017). Die Folgen davon sind die fehlende Gleichberechtigung und Sichtbarkeit Schwarzer Menschen und Menschen *of Color* im Kunst- und Kulturbetrieb oder auch stereotypisierende Darstellungen und *Black FACING*. Die kulturellen und künstlerischen Kompetenzen und Ressourcen der (Post-)Migrationsgesellschaft, ihr Wissen und ihre Erinnerungen werden jedenfalls ausgeschlossen. Sichtbarkeit und Zugänge zu Ressourcen im Kulturbetrieb hängen eng mit folgenden Fragen zusammen: Was gilt überhaupt als Kultur? Was hat künstlerische Relevanz und was nicht? Wie dynamisch und damit anpassungsfähig ist unser Verständnis von Kunst und Kultur an gesellschaftliche Veränderungen? Wer definiert, was der künstlerische Reichtum einer Gesellschaft ist?

Personal und Publikum

Definiert wird künstlerische Relevanz und was im Kulturbetrieb gezeigt wird vom Personal der jeweiligen Kultureinrichtungen beziehungsweise von deren Hausleitung sowie von den Kulturverwaltungen wie Ämter und Ministerien, die Aufträge und finanzielle Mittel vergeben. Diese Deutungshoheit ist fest in den Händen einer bestimmten gesellschaftlichen Gruppe. Schalten Sie Ihr Smartphone an und schauen Sie sich die Direktorinnen, Direktoren, Intendantinnen, Intendanten oder Kulturamtsleiterinnen bzw. -leiter Ihrer Stadt an und beurteilen Sie selbst: Wie viele sind weiß? Wie viele davon sind männlich? Und welche Vita haben sie? Wie viele Werke noch lebender Komponisten stehen in der Spielzeit in Ihrem nächstgelegenen Opernhaus auf dem Programm?

Meine Recherche ergibt: Sie sind mehrheitlich weiß und haben eine bestimmte, konservative und klassische Ausbildung an westlichen Hochschulen erworben – konservativ und klassisch, was Kunstverständnis, künstlerische Ästhetik sowie auch das Leistungsprinzip betreffen. Und sie vertreten eine bestimmte Lebensperspektive jenseits von Rassismuserfahrungen, jenseits von familiären Traumata um unfreiwillige Flucht und jenseits von Vielfachzugehörigkeiten, erworben durch Migration. Aus dieser weißen und akademischen Perspektive ergeben sich Barrieren im Sinne eines wenig dynamischen und westlichen Kunstkanons, der verkürzt gesprochen um Wagner und Beethoven in der Programmgestaltung zirkuliert. Und aus diesen Barrieren ergeben sich auch die oben beschriebene Exklusivität der Künste sowie die Homogenität des erreichten Publikums, das sich im Personal widerspiegelt. Es ist daher nachvollziehbar, dass sich die diverse Migrationsgesellschaft von



In den Programmen vieler Kultureinrichtungen sind nach wie vor Richard Wagner und Ludwig van Beethoven relevant und nicht Samy Deluxe. Nicht zufällig heißt das neue Album des Rappers und Musikproduzenten Samy Deluxe „Hochkultur“.

picture alliance/dpa

solchen Themen und Programmen nicht mehr angesprochen beziehungsweise sogar aktiv ausgeschlossen fühlt. Sie wird größtenteils nicht mitgedacht, soll aber bitte trotzdem ins Museum oder in die Oper als Publikum kommen.

Die verheißungsvolle Forderung „Migrantinnen und Migranten ins Museum“ meint also, dass migrantische Besucherinnen und Besucher als Publikum relevant sind, meint aber nicht ihren Einzug in die Museumsdirektion oder in die Theaterintendanz. Für eine ernstzunehmende Veränderung des Kulturbetriebs im Sinne einer migrationsgesellschaftlichen Öffnung müsste die Forderung aber eigentlich genau das meinen. Der Satz „Migrantinnen und Migranten ins Museum“ bezieht sich vielmehr auf die Arbeit der Kunstvermittlung und -pädagogik, die Migrantinnen und Migranten als neue Zielgruppen ansprechen und in die Kultureinrichtungen locken soll. Sonderprogramme und -projekte mit sogenanntem *ethnic targeting* werden von der Kunstvermittlung aufgelegt, um die „bildungsarmen“ und „kulturfernen“ Menschen „mit Migrationshintergrund“ ins Museum zu locken und sie an die klassische, westliche Hochkultur „heranzuführen“. Unbeachtet bleiben dabei die Interessen, der Kunstgeschmack oder die kulturelle Ästhetik (im Plural) Schwarzer Menschen oder Menschen of Color. Solche additiven Sonderprogramme werden daher langfristig zu keinerlei Veränderungen im Sinne einer gesellschaftlichen Öffnung des Kulturbetriebs führen und auch nicht zur Erschließung eines neuen Publikums.

Veränderungen im Sinne der Transkultur oder Rassismuskritik sollten zudem in einem diversen Raum geführt werden, einfach deswegen, weil sie ansonsten sehr schnell wieder von mehrheitlich weißen und „westlichen“ Perspektiven definiert und vereinnahmt würden und die relevanten Perspektiven und Lebensrealitäten ausgeklammert bleiben⁹. Die Personalzusammensetzung der Kerngruppe, die definieren darf, was Kunst ist und was das Publikum in den Kultureinrichtungen anschauen darf, bleibt ja dieselbe homogene Gruppe und ist klar hierarchisch organisiert. Sie entscheidet nach wie vor über die Verwendung der zur Verfügung stehenden Ressourcen, die Programminhalte, die Arbeitsweisen und die Repräsentationen – dies führt also in keiner Weise zu echtem *Powersharing*¹⁰ im Sinne der Antirassismuserbeit.

Doch wie kann gerecht verteilt werden? Um nachhaltige Veränderungsprozesse in Kultureinrichtungen anzustoßen, müssen neben dem Personal und der Programmauswahl weitere strukturelle Barrieren und Ausschlüsse im Kulturbetrieb identifiziert werden. Nicht die vielfältige Gesellschaft muss in Form von Kunstvermittlungsangeboten an Kunst und Kultur „herangeführt“ werden. Es ist anders herum: Die Parallelgesellschaft befindet sich in den Kultureinrichtungen und bedarf einer systematischen macht- und rassistisch-kritischen Selbstanalyse ihrer Arbeitsweisen und vor allem ihrer künstlerischen Deutungshoheit.

Partizipation und Kunst

Die Öffnung und Entwicklung hin zu mehr Diversität im Kulturbetrieb ist ein ganzheitlicher Organisationsentwicklungsprozess. Es geht um eine grundsätzliche Veränderung der Arbeitsweisen und nicht um die projekthafte und zeitlich begrenzte Vereinnahmung von Künstlerinnen und Künstlern of Color und ihrer Kunst. Im Fokus stehen die sieben Ps der migrationsgesellschaftlichen Öffnung: Neben

den bereits beschriebenen Ps „Programm“, „Personal“ und „Publikum“ kommen als Dimensionen noch weitere Ps hinzu: „PR – Public Relations“, also die Öffentlichkeitsarbeit, die eine Kultureinrichtung macht. „Philosophie“ steht für die Haltung und das Leitbild eines Hauses. „Partizipation“ bedeutet *Powersharing* und das Zulassen von Teilhabemöglichkeiten in sämtlichen Phasen der Kunstproduktion. Und „Prozesse“ für liebgewonnene Arbeitsweisen, die ebenfalls regelmäßig kritisch hinterfragt werden müssen.

Zudem sind folgende Fragen für eine Öffnung, die möglichst viele Menschen im Fokus hat, relevant: Was macht die Urbanität des Viertels aus, in dem sich die Kultureinrichtung befindet? Welche Sprachen werden gesprochen? Welche künstlerische Ästhetik und welcher Geschmack ist in der Stadt vorherrschend? Gibt es Stadt dramaturginnen und -dramaturgen, die in Beziehung mit der Stadtgesellschaft stehen und denen zuhören, die die Einrichtung nicht besuchen? Von ihnen kann man am besten lernen, was die Zugangsbarrieren sind. Sind die Förderlinien und -ausreibungen der Kulturverwaltungen in mehreren Sprachen oder in einfacher Sprache zugänglich? Ist die Jury, die über Kunstprojekte entscheidet, divers besetzt? Kann eine Bürgerinnen- und Bürgerjury über die Programmgestaltung entscheiden? Kann ich mich in verschiedenen Sprachen über die Angebote der Einrichtung informieren? Kann ich sichergehen, dass ich nicht sexistisch oder rassistisch diskriminiert werde? Die Vielfalt existiert bereits in der Gesellschaft – die Frage ist nur: Wie kann diese Vielfalt in Kultureinrichtungen mitwirken?

Anstatt weitere Thesen zu verfassen, Projekte oder Stellen zur „künstlerischen Integration“ oder „Kulturvermittlung“ auszuschreiben (wie es derzeit immer noch mit fraglos guten Absichten von den hiesigen Kulturverwaltungen getan wird) und anstatt zu versuchen, Arbeitsweisen und künstlerische Deutungshoheit zu bewahren, die längst von der gesellschaftlichen Realität überholt sind, wäre es sinnvoll, die Uneindeutigkeit und die Mehrschichtigkeit kulturellen und künstlerischen Schaffens zu betonen. Sich nicht entscheiden zu müssen für eine Deutung der Geschichte, eine Erzählung von Kunst und Kultur, eine Sprache, wohl aber für eine die menschliche Vielfalt respektierende Würde – das wäre etwas, das Kunst in der (Post-)Migrationsgesellschaft leisten muss. Der demografische Wandel macht die Repräsentation der gesellschaftlichen Vielfalt letztlich zur Zukunftsfrage für das Überleben des deutschen Kulturbetriebs: „In der nächsten Generation, die diese Institutionen weiterführen, weiterpflegen und weiterbesuchen soll, gibt es eine unglaubliche Diversität“, so Joshua Kwesi Aikins (Aikins 2017).

WEITERFÜHRENDE LINKS

www.360-fonds.de
www.dekoloniale.de
www.dieflanerie.com/ueberschneidungen-walk
www.diversity-arts-culture.berlin
www.facebook.com/BerlinKidzOfficial/
www.freiburg-postkolonial.de
www.hochkultur.podigee.io
www.instagram.com/lup_crew_official
www.instagram.com/bcf.deutschland

www.irritiertestadt.de/projekt/urban-bodies-project
 www.isdonline.de
 www.kiwit.org
 www.monopol-magazin.de/dealer-denkmal-berlin
 www.no-humboldt21.de
 www.schwarzweiss-hd.de
 www.szene2wei.de
 www.tearthisdown.com/de
 www.vielfaltentscheidet.de
 www.w3-hamburg.de
 www.zentralrat.sintiundroma.de

LITERATUR

- Aikins, Joshua Kwesi (2017): Die Parallelgesellschaft ist da, wo es nicht vielfältig ist. URL: www.kiwit.org/kultur-oeffnet-welten/positionen/position_5568.html [04.02.2021].
- Aydemir, Fatma (2017): Ellbogen. München.
- Bhabha, Homi (2000): Die Verortung der Kultur. Tübingen.
- Czollek, Max (2020): Gegenwartsbewältigung. München.
- Forum der Kulturen Stuttgart e.V. (2018): Vielfalt in Migrantenvereinen – Ergebnisse der Umfrage Engagement von Migrantenvereinen in der Region Stuttgart und Erfahrungen aus 20 Jahren Forum der Kulturen Stuttgart e.V. URL: www.house-of-resources-stuttgart.de/die-publikation-vielfalt-in-migrantenvereinen/ [04.02.2021].
- Ha, Noah K. (2020): Schluss mit lustig. Stereotype und ethnisierende Kostüme sind rassistisch. URL: www.kulturrat.de/themen/heimat/kulturerbe-fasching-fastnacht-karneval/schluss-mit-lustig/ [04.02.2021].
- KulMon (2016): System für Besucher-Monitoring an tourismusaffinen Berliner Kulturinstitutionen. URL: <https://about.visitberlin.de/sites/default/files/2019-08/KULMON-Exzerpt%20Jahresbericht%202015.pdf> [04.02.2021].
- Lampert, Anna (2020): Interkultur als Normalität. In: Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg (Hrsg.): Kulturpolitik für die Zukunft. Stuttgart, S. 99–103.
- Mayail, Melz (2021): Es reicht nicht, Menschen of Color einzustellen. URL: <https://www.jetzt.de/politik/ueber-tokenism-und-den-umgang-mit-rassismus-am-arbeitsplatz> [04.02.2021].
- Mörsch, Carmen (2016): Urteilen Sie selbst: Vom Öffnen und Schließen von Welten. URL: www.kiwit.org/kultur-oeffnet-welten/positionen/position_2944.html [04.02.2021].
- Said, Edward (1978): Orientalism. London.
- Terkessidis, Mark (2016): Parallelgesellschaft im Kulturbetrieb? URL: www.kiwit.org/kultur-oeffnet-welten/positionen/position_1024.html [04.02.2021].

UNSERE AUTORIN



Anna Lampert, Projektleitung Forum der Kulturen Stuttgart e.V., schreibt aus der Position einer weißen Frau, die nicht von Rassismus betroffen ist, beruflich aber im Feld der rassismuskritischen Öffnung des Kulturbetriebs tätig ist. Dabei geht es um mehr als „einfach mal mitmachen zu dürfen“. Es geht um das Aufbrechen des weißen akademischen Kunstkanons und um Umverteilung von Macht und Privilegien. Weitere Informationen: www.forum-der-kulturen.de/angebote/interkulturelle-qualifizierung-vor-ort/

- Thiemeyer, Thomas (2019) (zusammen mit von Bernstorff, Jochen): Südwestdeutsch trifft Deutsch-Südwest. Baden-Württemberg gibt zwei kolonialzeitliche Objekte an Namibia zurück. In: Merkur 840/2019, S. 17–29.
- Thiemeyer, Thomas (2017): Leitkultur. Von den Tücken eines Begriffs. In: Merkur 820/2017, S. 73–80.
- Ture, Kwame/Hamilton, Charles V. (1969): Black Power – The Politics of Liberation. New York.
- Wiedemann, Charlotte (2019): Der lange Abschied von der weißen Dominanz. München.
- Wolfram, Gernot (2017): Abschied von der Interkultur. Warum die Kulturszenen sich stärker transkulturell ausrichten sollten. URL: www.kiwit.org/kultur-oeffnet-welten/positionen/position_5888.html [04.02.2021].

ANMERKUNGEN

- Dieser Wunsch nach kultureller Eindeutigkeit und Permanenz verdeutlichen die bereits lange währenden Debatten um den Begriff der „Leitkultur“. Im Mai 2017 formulierte der damalige Bundesinnenminister Thomas de Maizière einige Thesen, in denen er versuchte, „Leitkultur“ zu definieren. Als Beispiele dafür, was Deutschland zusammenhält, nannte er unter anderem Geschichtsbewusstsein und die Liebe zu Kunst und Philosophie, Vermummungsverbot und Leistungsprinzip, Volksfeste und Karneval, keine Burka zu tragen, das Bekenntnis zur Allgemeinbildung als Selbstzweck, zur Toleranz Minderheiten gegenüber und zum gedeihlichen Miteinander von Religion und Gesellschaft (vgl. Thiemeyer 2017). Ich wage zu vermuten, dass das nicht alle Menschen, die in Deutschland leben, so unterschreiben können – mich eingeschlossen –, zumal völlig offengelassen wird, welche Geschichte, welche Form der Kunst oder welches Verständnis des Bildungsbegriffs von Herrn de Maizière seiner Definition zugrunde liegt. Als konservativer Politiker ist sein Kulturverständnis wohl eher auf Statik und Traditionsgebundenheit ausgerichtet als auf die Notwendigkeit der permanenten Veränderung und Verhandlung. Anstelle eines Kommentars an dieser Stelle über den Umgang mit Minderheiten in Deutschland verweise ich auf die Forderungen des Zentralrats der Sinti und Roma, unter anderem im Umgang mit der Aufarbeitung ihrer Geschichte (vgl. www.zentralrat.sintiundroma.de).
- Gefragt wurde nach dem Migrationshintergrund per definitionem des Statistischen Bundesamts.
- Systematische Publikumsanalysen und vor allem Nicht-Besucherinnen- und Besucheranalysen gibt es für andere Städte kaum. Vereinzelt geben Kultureinrichtungen solche Studien in Auftrag, jüngst beispielsweise für das Landesmuseum Württemberg im Auftrag des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg (vgl. <https://mwk.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemittteilung/pid/vorstellung-studie-freier-eintritt-in-museen/>).
- Zum Konzept des institutionalisierten Rassismus beachten Sie bitte die Artikel von Mark Terkessidis oder Noah Sow in diesem Heft oder lesen Sie „Black Power – The Politics of Liberation“ von Kwame Ture und Charles V. Hamilton. Weitere Ausschlussfaktoren sind sicherlich Klasse, Geschlecht, Alter oder körperliche und geistige Beeinträchtigungen. Intersektionale Analysen der Ausschlussfaktoren im Kulturbetrieb liefert *Diversity Arts Culture Berlin* oder *Szene Zwei* zum Thema *Ableismus*.
- Zur kolonialismuskritischen Aufarbeitung der Völkerkunde beachten Sie den Artikel von Heiko Wegmann und Markus Himmelsbach in diesem Heft.
- Ansätze einer machtkritischen transkulturellen Auseinandersetzung in der Völkerkunde sind selten. Ein gelungenes Beispiel einer rassismuskritischen Aufarbeitung der Völkerkunde ist das Tropenmuseum in Amsterdam. Zur Kritik an der Neueröffnung des Humboldt-Forums Berlin und dessen kolonialer Kontinuität lohnt sich das Interview mit Bénédicte Savoy (vgl. www.youtube.com/results?search_query=humboldt+forum+eröffnung+savoirl).
- Zum Begriff der „Postmigrationsgesellschaft“ bzw. zum Wort „postmigrantisch“ lohnt sich das IGTV-Video von *erklärmimal* (vgl. <https://www.instagram.com/tv/CCWTWYPqnuT/>).
- Der sehr hörenswerte Podcast und das neue Album des Künstlers Samy Deluxe heißen nicht zufällig *Hochkultur* (vgl. www.hochkultur.podigee.io/).
- Zum Begriff „Tokenismus“ finden Sie auf jetzt.de ein Interview mit der Menschenrechtsaktivistin Melz Malayil (vgl. <https://www.jetzt.de/politik/ueber-tokenism-und-den-umgang-mit-rassismus-am-arbeitsplatz/>).
- Ein umfassendes Buch zum Thema *Powersharing* von Birgit Jagusch und Yasmine Chehata (Hrsg.) trägt den Titel *Empowerment und Powersharing* (vgl. <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/empowerment-und-powersharing-56927/>).

Die afrikanische Diaspora

Tshamala Schweizer, Farina Görmar

Die Schwarze Diaspora in Deutschland umfasst ca. eine Million Menschen, deren politisches, ökonomisches, soziales und kulturelles Potenzial unterschätzt wird. Zu ihrer Lebenswirklichkeit gehören Partizipationshemmnisse und Diskriminierungen. Ungeachtet der Internationalen Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft (2015–2024) sind koloniale Kontinuitäten und globale Machtdifferenzen immer noch Ursachen von Flucht und Migration. Die Spuren und Spätfolgen des Kolonialismus prägen zudem das Alltagsleben der Schwarzen Diaspora bis heute. Prozesse des *Othering* und Mikroaggressionen sind alltägliche Erfahrungen, denen vor allem Schwarze Kinder und Jugendliche ausgesetzt sind. Tshamala Schweizer und Farina Görmar fordern in ihrem engagierten Plädoyer, die Lebensrealitäten, Erfahrungen, Wahrnehmungen und Expertisen Schwarzer Menschen als gleichwertig wertzuschätzen und anzuerkennen. ■

Vorbemerkung

Zur afrikanischen Diaspora zählen weltweit mehr als 170 Millionen Menschen afrikanischer Abstammung, die außerhalb des afrikanischen Kontinents leben. Nach China und Indien ist die afrikanische Diaspora somit die drittgrößte Bevölkerungsgruppe der Welt. Die Diaspora wurde 2003 als sechste Region der Afrikanische Union (AU) konstituiert, um die Beteiligung von Menschen afrikanischer Herkunft, die außerhalb des Kontinents leben, zu fördern.

Die Schwarze Diaspora in Deutschland

Die Schwarze Diaspora in Deutschland umfasst schätzungsweise fast eine Million Menschen und setzt sich zusammen aus in Deutschland lebenden Menschen afrikanischer Herkunft, Schwarzen Deutschen und afrodeutschen Menschen sowie Expats und Studierenden afrikanischer Herkunft – Menschen zahlreicher Nationalitäten, die hier geboren sind oder aus den verschiedensten Gründen Deutschland zu ihrem Lebensschwerpunkt erkoren haben. Menschen afrikanischer Herkunft leben schon seit Jahrhunderten hier, viele schon seit mehreren Generationen mit deutscher Staatsbürgerschaft und Deutschland als ihrer primären Heimat. Jedoch wird das immense Potenzial der afrikanischen Diaspora unterschätzt. In der Diaspora lebende Menschen werden oft fälschlicherweise als Arbeitsmigranten mit niedrigem sozioökonomischen Status wahrgenommen, nicht aber als politische Akteure und Mitgestalter der Gesellschaft.

Dabei sind sie genau das: transkontinental in Europa und im globalen Süden. Akteure der Schwarzen Diaspora bringen ihre Expertisen und Ressourcen sowohl in der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit wie auch im Kampf für globale Gerechtigkeit ein, verbinden europäische mit afri-

kanischen Ökonomien und leisten einen erheblichen Beitrag zur Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung sowie der Agenda 2063¹.

Die Rücküberweisungen aus der Diaspora sind laut Weltbank schätzungsweise dreimal so hoch wie die Gesamtsumme der offiziellen Entwicklungshilfe weltweit.

Auch zuhause in Deutschland engagieren sich viele Diasporamitglieder auf allen Ebenen der Gesellschaft, in Bildung, Politik, Medien, Wissenschaft, Kunst und Kultur, als Arbeitgeber und in zahlreichen Organisationen, Verbänden und Vereinen sowie NGOs. Sie lehren an Universitäten, publizieren, forschen, retten Leben in der Medizin – und doch ist ihr immenser Beitrag zum gesellschaftlichen Leben immer noch nicht wirklich sichtbar. Gleichzeitig bestehen laut einer Onlinebefragung nach wie vor zu viele Partizipationshemmnisse für Mitglieder der Community. EOTO (*Each One Teach One*) e. V. führte im Jahr 2020 die #AFRO-ZENSUS Onlinebefragung² durch, um die Lebenswirklichkeiten, Diskriminierungserfahrungen und Perspektiven Schwarzer, afrikanischer und afrodiasporischer Menschen



Mitglieder der afrikanischen Diaspora sind im Gesundheitswesen eine Selbstverständlichkeit. Und doch ist ihr immenser Beitrag zum gesellschaftlichen Leben immer noch nicht wirklich sichtbar.

picture alliance/dpa

zu erfragen und sichtbar zu machen. Die Ergebnisse erscheinen als Bericht im Frühjahr 2021.

Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft

Die UN-Generalversammlung hat im Dezember 2014 den Zeitraum von 2015 bis 2024 zur Internationalen Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft³ erklärt. Das Thema der Dekade lautet: „Menschen afrikanischer Abstammung: Anerkennung, Gerechtigkeit und Entwicklung“. Mit der UN-Dekade hat sich die internationale Staatengemeinschaft dazu verpflichtet, Menschen afrikanischer Herkunft eine gleichberechtigte soziale, kulturelle, ökonomische, politische und bildungsbezogene Teilhabe und Partizipation zu ermöglichen, um intergenerationelle Armut zu verhindern. Weitere Ziele sind die Bekämpfung von intersektionaler Diskriminierung und Rassismus, die Verwirklichung aller Menschenrechte für Menschen afrikanischer Herkunft, die Würdigung des kulturellen Erbes und des Beitrages der afrikanischen Diaspora zur Entwicklung der Gesellschaften sowie die Förderung chancengleicher nationaler, regionaler und internationaler Zusammenarbeit.

2017 forderte eine UN-Delegation des Hochkommissariats für Menschenrechte eine konsequente Aufarbeitung der deutschen Kolonialgeschichte sowie Maßnahmen zur Umsetzung der Dekadenziele. Gefordert wurden zudem entschiedene Maßnahmen gegen *racial profiling* und rassistische Diskriminierung sowie der Abbau gesellschaftlicher Partizipationshemmnisse für Schwarze Menschen.

In Berlin wurde im Rahmen der UN-Dekade eine Antidiskriminierungsstelle und Monitoringstelle für Schwarze Menschen etabliert. Begleitend fand unter Einbeziehung der Berliner Zivil- und Stadtgesellschaft ein Konsultationsprozess statt. Geleitet wurde dieser Konsultationsprozess durch das wissenschaftliche Team „DiversifyMatters“, eine Fachgruppe der Schwarzen Feministischen Selbstorganisation Generation Adefra, Schwarze Frauen in Deutschland e. V. Federführend im wissenschaftlichen Team waren Maureen Maisha Auma, Katja Kinder sowie Peggy Piesche. Der 2019 veröffentlichte Abschlussbericht⁴ dokumentiert die (Diskriminierungs-)Erfahrungen Schwarzer Menschen in Berlin und zeigt konkrete Handlungsstrategien auf.

Flucht, Migration und Migrantisierung

Transkulturalismus ist in Europa eine Lebensrealität. Das Zusammenleben in unserer globalisierten Welt ist geprägt von der Vernetzung von Menschen und vom Austausch kreativer Ideen, Innovationen, sozialer und kultureller Prozesse. Gleichzeitig sind die Auswirkungen kolonialer Kontinuitäten auf unsere heutigen Gesellschaftsstrukturen überall präsent, durch globale Machtdifferenzen, daraus resultierenden Fluchtursachen und weltweit zunehmenden Migrationsströmen.

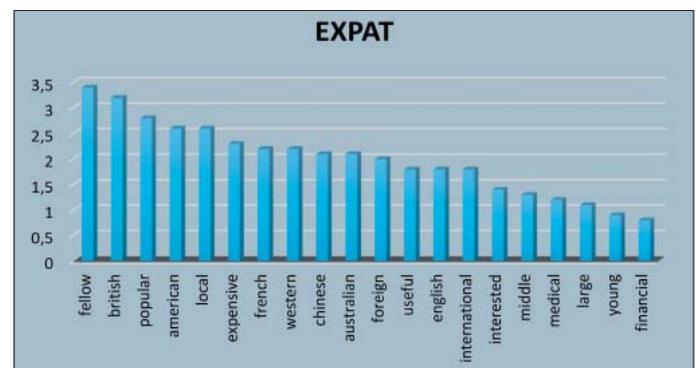
Flucht und Migration bedeutet für Betroffene, den Ort zu verlassen, an dem ihre Identitätsbildung stattfand, ihr Denken und Handeln geprägt wurde. Flucht bedeutet auch den Verlust wertvoller Beziehungen sowie die Aufopferung individueller Lebensträume für eine ungewisse Zukunft auf der Suche nach einer neuen Existenzgrundlage, Schutz und Sicherheit. Ein mutiger Akt, der Veränderungen für die

eigenen persönlichen Zukunftsperspektiven und das Familiensystem bewirkt. Der schmerzhafteste Verlust der ursprünglichen Lebenswelt und der vertrauten Umgebung sowie der sozialen Beziehungen wirkt sich dabei auf die Fähigkeit zur Resilienz, das Urvertrauen und das psychosoziale Wohlergehen der Migrierenden aus.

Deutschland ist eine Einwanderungsgesellschaft. Aber welche Bilder werden mit Begriffen wie „Heimatvertriebene“, „anderen Kulturen“, „Migranten“, „Geflüchtete“, „Zugewanderte“ oder „Arbeitsmigranten“ assoziiert? Soziohistorische Bilder von 14 Millionen geflüchteter Ostpreußen, Sudeten und Schlesier am Ende des Zweiten Weltkriegs auf der Suche nach einer neuen Heimat? Bilder europäischer Austauschstudentinnen und -studenten, polnischer Pflegefachkräfte oder westlicher Expats großer internationaler Konzerne? Oder Bilder von Flucht und Migrationsbewegungen des globalen Südens, des Nahen und Mittleren Ostens sowie Osteuropa?

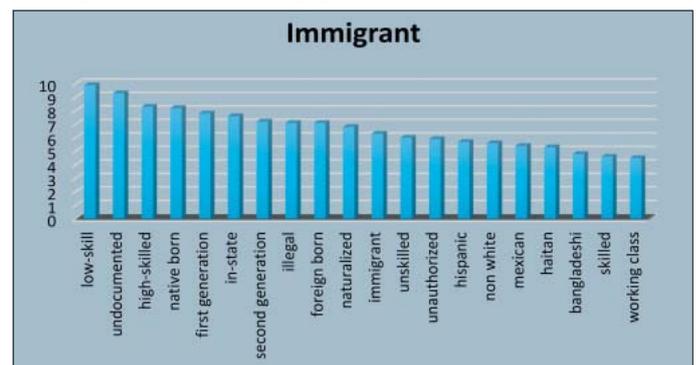
Schon die allgemeine Wortwahl spricht für sich. Das Wort „Expatriate“ beschreibt laut *Oxford Dictionary*: „Jemand, der [im Auftrag seiner Firma] längere Zeit im Ausland arbeitet.“ Wieso wird aber eine weiße, britische Krankenschwester als Expats wertgeschätzt, während ein nigerianischer Arzt, der an derselben Universität studiert hat, als Arbeitsmigrant wahrgenommen wird? Würden beide sich in Deutschland niederlassen, heiraten und Familien gründen, würden ihre Kinder deutsche Pässe besitzen. Wäh-

Abbildung 1a: Meistgenannte Adjektive, die mit dem Wort „Expats“ in Verbindung gebracht werden



Quelle: <https://linguisticpulse.com/2015/03/15/expats-and-immigrants-how-we-talk-about-human-migration/> [09.02.2021]

Abbildung 1b: Meistgenannte Adjektive, die mit dem Wort „Immigrant“ in Verbindung gebracht werden



Quelle: <https://linguisticpulse.com/2015/03/15/expats-and-immigrants-how-we-talk-about-human-migration/> [09.02.2021]

rend der Migrationshintergrund des Nachwuchses der Krankenschwester im Alltag kaum eine Rolle spielen würde, dürften die Kinder des Arztes vermutlich noch über Generationen migrantisiert und vermeintliche Defizite auf die Herkunft des Vaters zurückgeführt werden.

Nicholas Subtirelu, Soziolinguist an der Georgetown State University in Atlanta, hat sich mit der sprachlichen Wahrnehmung von Migration auseinandergesetzt und festgestellt, dass Menschen mit dem Wort „Expatriat“ vorwiegend positive Attribute verbanden, mit dem Begriff „Immigrant“ aber vorwiegend negative (vgl. Abb. 1a u. 1b).

Diaspora und Alltagsrassismus

Während die migrationsgesellschaftliche Diversität enormes positives Potenzial für das globale Zusammenwachsen in sich trägt, ist unsere Gesellschaft noch immer geprägt durch die europäische Kolonialgeschichte und den tief in unserem Alltagsleben verwurzelten strukturellen Rassismus. Rassismuserfahrungen sind für viele Menschen in Deutschland Alltag, ohne dass es uns bewusst ist. Wer nicht zur weißen Mehrheitsgesellschaft gehört, ist täglich damit konfrontiert – auf der Straße, in den Medien, in der Schule, beim Sport und im Beruf. Mit der Corona-Pandemie häuften sich im Jahr 2020 Anfeindungen und Übergriffe auf Menschen mit einem asiatischen Habitus und *People of Color*. Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes berichtete über eine Zunahme von Diskriminierungsfällen im Zusammenhang mit Corona, die Hälfte davon aus rassistischen Motiven oder wegen der vermeintlichen ethnischen Herkunft.

Und dennoch wird das Problem von Nicht-Betroffenen oft nicht wahrgenommen. Es ist nicht offensichtlich für jede bzw. jeden erkennbar. Weiße Menschen haben nicht die gleichen soziohistorischen Erfahrungen und können somit kaum nachvollziehen, wie es ist, aufgrund der Hautfarbe diskriminiert zu werden. Sie sind in dem Bewusstsein aufgewachsen, dass sie als Weiße jedes (berufliche) Ziel erreichen können. Sie können im sozialen und professionellen Kontext davon ausgehen, dass sie vorwiegend von anderen weißen Menschen umgeben sein werden, dass niemand ihre Expertise anzweifeln wird, sie bei der Arbeits- oder Wohnungssuche benachteiligt werden. Sie werden im Straßenverkehr auch nicht von der Polizei grundlos angehalten und unangemessen behandelt. Schwarze Menschen geraten hingegen oft schon „unter Generalverdacht“, wenn sie sich in Wohnvierteln und sozialen Räumen bewegen oder Autos fahren, die man „ihrem Status“ nicht zurechnet.

Das macht es für Mitglieder der Schwarzen Diaspora sehr schwierig, sich in Deutschland heimisch zu fühlen, selbst wenn sie schon seit mehreren Generationen hier leben und arbeiten. Die meisten machen täglich Erfahrungen des *Othering* oder erleben Mikroaggressionen⁵, werden nach ihrer Herkunft gefragt, danach wann sie „wieder zurückgehen“. Sie werden Opfer von übergriffigem Verhalten, sozialer Exklusion und Stereotypisierung. Der Report zur zweiten EU-Erhebung⁶ der *European Union Agency for Fundamental Rights* („*Being Black in the EU*“) untersuchte im Jahr 2019 die Diskriminierungserfahrungen von fast 6.000 Schwarzen Menschen in zwölf EU-Mitgliedstaaten und verdeutlichte die Herausforderungen, mit denen die Schwarze Diaspora konfrontiert ist.

Laut dieser Umfrage gaben 30 Prozent der Befragten an, rassistisch diskriminiert, fünf Prozent, körperlich angegriffen worden zu sein. Etwa ein Viertel machte rassistische Erfahrungen am Arbeitsplatz oder bei der Arbeitssuche. In einigen Ländern waren bis zu 76 Prozent der Diasporajugend nicht in Arbeit, Bildung oder Ausbildung, verglichen mit acht Prozent der Gesamtbevölkerung. Darüber hinaus beklagten 14 Prozent der Befragten, dass private Vermieter ihnen keinen Wohnraum zur Verfügung stellen wollten. Im Gegensatz zu 70 Prozent der Gesamtbevölkerung in der EU besaßen nur 15 Prozent der Befragten Eigentum, 45 Prozent lebten in überfüllten Wohnungen im Vergleich zu 17 Prozent der Gesamtbevölkerung. 24 Prozent der Befragten wurden in den letzten fünf Jahren von der Polizei kontrolliert, 41 Prozent davon waren der Meinung, dass es sich bei der Kontrolle um *racial profiling* handelte.

Young Diaspora

Kinder und Jugendliche sind intersektionaler Diskriminierung, Mikroaggressionen, institutionellem und strukturellem Rassismus besonders hilflos ausgeliefert. Die Ressourcen der Diasporajugend werden oft nicht wahrgenommen oder ignoriert. Die jungen Menschen werden aufgrund ihrer vermeintlichen Herkunft, Religion oder des vermutlichen sozioökonomischen Status marginalisiert und können dies weder wahrnehmen, benennen oder sich verteidigen. Gerade im Schulkontext werden Schwarze Kinder und Jugendliche problematischer wahrgenommen als ihre weißen Mitschülerinnen und Mitschüler.

Das *Center on Poverty and Inequality* der Georgetown University veröffentlichte eine Studie, der zufolge Schwarze Mädchen bereits im Alter von fünf bis 14 Jahren als erwachsener und sexuell reifer wahrgenommen werden als gleichaltrige weiße Mädchen. Sie erfahren weniger Empathie und werden fast dreimal häufiger und härter für gleiches Fehlverhalten bestraft wie ihre weißen Mitschülerinnen. Oft wird ihr Verhalten als aggressiv oder vermeintlich hypersexuell missinterpretiert. Ihnen wird suggeriert, sie sollen sich zurückhalten und weniger Raum einnehmen. Die Autorinnen Rebecca Epstein, Jamilia J. Blake und Thalia Gonzalez nennen diese Adultifizierung (Erwachsen-Machen) „eine Form der Entmenschlichung, die schwarzen Kindern das Wesentliche raubt, was die Kindheit von allen anderen Entwicklungsperioden unterscheidet: die Unschuld“. Sie trage „zu der falschen Darstellung bei, dass Fehlverhalten Schwarzer Jugendlicher beabsichtigt und böswillig sei, anstatt das Ergebnis unreifer Entscheidungen und somit ein wesentliches Merkmal der Kindheit.“⁷

Studien belegen, dass Jungen gleichermaßen von solchen defizitorientierten Bildungsnarrativen betroffen sind. Sie werden als unmotiviert, problematisch, aggressiv, impulsiv und schwer unterrichtbar wahrgenommen, während im Vergleich dazu asiatischen Schülerinnen und Schülern oft eine überdurchschnittliche Intelligenz und Motivation zugeschrieben wird. Solche rassistischen und genderspezifischen Zuschreibungen beeinflussen die Lernerfolge junger Menschen in der Diaspora. Zumal bei ihnen obendrein oft psychosomatische Erkrankungen, ADHS oder andere Ver-



Immer mehr Schulen machen sich auf den Weg. Die Initiative „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ geht gegen alle Formen von Diskriminierung, insbesondere Rassismus, aktiv vor und leistet damit einen Beitrag zu einer pluralistischen Gesellschaft.

picture alliance/dpa

haltensauffälligkeiten sowie Lernschwächen diagnostiziert werden. Wie aber sollen sie gute Leistungen erbringen, wenn die kognitiven Erwartungen an sie niedriger sind als an ihre Klassenkameraden und den Lehrenden die internalisierten Stereotypen nicht bewusst sind?

Dabei ist es für die Gestaltung einer vielfältigen und friedlichen Zukunft wichtig, dass alle Menschen chancengleich partizipieren können. Kinder müssen um jeden Preis Kinder bleiben dürfen. Sie müssen als Individuen wahrgenommen werden, mit all ihren unterschiedlichen Bedürfnissen. Ansonsten wird ihre psychosoziale Gesundheit Schaden nehmen.

Deshalb ist es umso wichtiger, dass Verantwortliche und Lehrende sich intensiv mit ihren eigenen internalisierten Bildern von Schwarzen Kindern und Jugendlichen und deren Lebensrealitäten auseinandersetzen und sie nicht auf ihre vermeintliche Herkunft, Kultur, Status, Religion oder ihr äußeres Erscheinungsbild reduzieren. Dies setzt Engagement und die Bereitschaft zur Hinterfragung kolonialer Kontinuitäten, eigener Privilegien, Vorurteile sowie die Bereitschaft zur Selbstreflexion und Kurskorrektur im eigenem professionellen Handeln voraus.

Pädagoginnen und Pädagogen sollten die junge Diaspora dabei unterstützen, Führungsqualitäten zu entwickeln, ihr zivilgesellschaftliches Engagement stärken und anerkennen. Denn viele engagieren sich schon heute in ihren Peergroups bzw. Netzwerken und bringen ihre transkulturellen Expertisen sowohl hier wie im globalen Süden ein. Damit leisten sie einen wesentlichen Beitrag zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals, SDGs) sowie der Agenda 2063.

Erfolgsgeschichten Schwarzer Menschen lösen in der weißen Mehrheitsgesellschaft oft ungläubiges Erstaunen aus. So schaffte es die Ernennung von Lloyd Austin zum ersten Schwarzen US-Verteidigungsminister in alle Nachrichtenformate. Warum wird so etwas als Sensation angesehen?

Mit Barak Obama hatten die USA bereits einen Schwarzen Präsidenten. Mit Deb Haaland zieht erstmals eine indigene Ministerin in die US-Regierung ein, mit Alejandro Mayorkas leitet erstmals ein auf Kuba geborener Experte das Heimatschutzministerium. Rachel Levine wird die erste Transgender-Person in der Regierung sein, Pete Buttigieg der erste homosexuelle Verkehrsminister und mit Janet Yellen, der ehemaligen Vorsitzenden der US-Notenbank, haben die USA zum ersten Mal eine Finanzministerin.⁸ Sie alle repräsentieren eine funktionierende pluralistische Demokratie des 21. Jahrhunderts; während die Betonung der Hautfarbe des US-Verteidigungsminister keineswegs in die Zeit passt. Mit ihm ziehen noch viele weitere (*Black*) *People of Color* ins Kabinett ein. Es ist gerade diese Form von Sensationsgier, die der Schwarzen Diasporajugend fälschlicherweise vermittelt, es wäre etwas Besonderes, wenn ein Schwarzer Mensch eine akademische Karriere einschlägt oder eine politische Schlüsselposition einnimmt.

Privilegien, Anerkennung von Rassismuserfahrungen und Lösungsansätze

Wir leben in einer Gesellschaft, in der struktureller Rassismus und „Weiß sein“ als Norm gilt. In Deutschland fällt es weißen Menschen besonders schwer, offene Gespräche über bewusste und unbewusste Rassismen, über Vorurteile und Privilegien zu führen, die mit Weiß sein verbunden sind. Rassismus wird häufig auf den Kontext von rechtsextremem Gewalt und auf die nationalsozialistische Vergangenheit reduziert, aber nicht als ein gesamtgesellschaftliches Phänomen wahrgenommen. Niemand möchte ein Rassist sein, aber gerade durch das Ignorieren und die Relativierung von Rassismuserfahrungen Schwarzer Menschen und *People of Color* werden rassistische Strukturen weiterhin aufrechterhalten. Der Politologe, Jurist und ehe-

malige UN-Sonderberichterstatte für Rassismus und Fremdenfeindlichkeit Doudou Diène formulierte das folgendermaßen: „Rassismus gedeiht da, wo er geleugnet wird.“

Weißer, nicht von Rassismus, Diskriminierung und Marginalisierung betroffene Menschen sollten deshalb die unterschiedlichen Lebenswirklichkeiten von Rassismus Betroffenen anerkennen, auch wenn sie diese selbst nicht nachvollziehen können. Es geht dabei nicht darum, den gleichen Erfahrungshorizont zu haben, sondern lediglich um die Bereitschaft, die Lebensrealitäten, Erfahrungen, Wahrnehmungen und Expertisen Schwarzer Menschen als gleichwertig wertzuschätzen und anzuerkennen sowie die eigenen verinnerlichten Bilder, Ideen, Annahmen und Stereotypen über Schwarze und nicht weiß gelesene Menschen zu hinterfragen. Schon die Wahl zu haben, sich mit eigenen Privilegien und dem eigenen Rassismus auseinanderzusetzen, ist ein Privileg, das Mitgliedern der afrikanischen Diaspora verwehrt bleibt.

Dies anzuerkennen ist entscheidend, um verstehen zu können, wie sich das Jahrhunderte andauernde traumatisierende politische Wirklichkeitskonstrukt von Rassismus, Privilegien und Ausgrenzung auf die Biographien, Teilhabemöglichkeiten und auch die psychosoziale Gesundheit Schwarzer Menschen generationsübergreifend auswirkt. Viele Menschen, die sich mit ihren eigenen Privilegien auseinandergesetzt haben, fragen sich: „Wie können wir demokratische, Diversität anerkennende Lebensräume gestalten, in denen alle Menschen Wertschätzung erfahren und chancengleich partizipieren können?“

Diese eher abstrakt gehaltene Frage kann auf der individuellen Ebene konkretisiert werden: „Was kann *ich heute* tun, um eine Umgebung zu schaffen, in der sich Andere wohlfühlen, ihr Potenzial entfalten und mit *mir* auf Augenhöhe agieren können?“ oder „Wen kann ich in meiner Umgebung unterstützen und mich gemeinsam stark machen für ein gutes Miteinander?“ bzw. „Welche Bewerberinnen bzw. welcher Bewerber sollte bei der Wohnungs- und Arbeitssuche von mir eine Chance bekommen, sich vorzustellen?“ und zuletzt „Wie kann ich meine Kinder zu diversitätsbewussten und rassismuskritischen Menschen erziehen?“ Dies ist ein erster Schritt in die richtige Richtung, um pluralistische Teilhabe zu fördern, Vorurteile abzubauen, Gemeinsamkeiten zu entdecken und gemeinsames Engagement zu fördern. Und dazu kann jede/jeder beitragen.

Nelson Mandela brachte es auf den Punkt: „Niemand wird mit dem Hass auf andere Menschen wegen ihrer Hautfarbe, ethnischen Herkunft oder Religion geboren. Hass wird gelernt. Und wenn man Hass lernen kann, kann man auch lernen zu lieben. Denn Liebe ist ein viel natürlicheres Empfinden im Herzen eines Menschen als ihr Gegenteil.“

ANMERKUNGEN

1 Die am 31. Januar 2015 verabschiedete Agenda 2063 ist ein strategisches Konzept zur sozio-ökonomischen Transformation des afrikanischen Kontinents bis zum Jahr 2063. Im Gegensatz zu vielen Entwicklungsplänen für Afrika stammt der Ansatz von der Afrikanischen Union (AU). Die Ziele der Agenda 2063 sind der Aufbau einer funktionierenden panafrikanischen Wirtschaft zur Beseitigung von Armut, die politische Integration durch Gründung eines föderalen Vereinigten Afrikas, dessen Demokratisierung, die politische Unabhängigkeit gegenüber Staaten außerhalb Afrikas, die Stärkung von Sicherheit und Frieden, sowie der kulturellen Identität und die Gleichstellung der Geschlechter.

2 Each One Teach One (EOTO) e.V. (2020): #AFROZENSUS. URL: <https://afrozensus.de/> [09.02.2021],

3 United Nations (2014): International Decade for People of African Descent 2015–2042. URL: <https://www.un.org/en/observances/decade-people-african-descent> [09.02.2021].

4 Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung/Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung (2020): Berliner Konsultationsprozess „Sichtbarmachung der Diskriminierung und sozialen Resilienz von Menschen afrikanischer Herkunft“ im Rahmen der Internationalen UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft 2015–2024. URL: https://www.berlin.de/sen/lads/_assets/schwerpunkte/rechtsextremismus-rassismus-antisemitismus/9_un_190805_so3.pdf [09.02.2021].

5 Mikroaggression ist ein sozialpsychologischer Begriff, der geprägt wurde, um winzige, als übergriffig wahrgenommene Äußerungen in der alltäglichen Kommunikation zu beschreiben. Darunter werden kurze, alltägliche Äußerungen verstanden, die an andere Menschen abwertende Botschaften senden, welche sich auf deren Gruppenzugehörigkeit beziehen.

6 European Agency for Fundamental Rights (2019): Being Black in the EU, 11. November 2019. URL: <https://fra.europa.eu/en/news/2018/being-black-eu-often-means-racism-poor-housing-and-poor-jobs> [09.02.2021].

7 Übersetztes Zitat aus der Studie „Girlhood Interrupted: The Erasure of Black Girls' Childhood“. URL: <https://www.law.georgetown.edu/poverty-inequality-center/wp-content/uploads/sites/14/2017/08/girlhood-interrupted.pdf> [09.02.2021].

8 URL: <https://whitehouse.gov/administration/cabinet/> [09.02.2021].



UNSER AUTORENTEAM

Tshamala Schweizer, ehrenamtlicher Geschäftsführer des Vereins Afrokids International e.V., ist Diplomsoziologe und Politologe, Trainer für Transcultural Community Building, Bildungsreferent für Diversity und Globale Verantwortung sowie Systemisch Integrativer Sozialtherapeut.



Farina Görmar ist Systemische Familien- und Sozialtherapeutin, Trainerin für transkulturelle Kompetenzen und Community Building sowie Interkulturelle Promotorin für die Region Stuttgart

Black Lives Matter – Self-Care für Schwarze Aktivistinnen und Aktivisten

Josephine Jackson

Wer soll über Rassismus sprechen und schreiben, wenn nicht diejenigen, die ihn erfahren? Ermutigt durch die Proteste gegen Rassismus im Juni 2020 schildert Josephine Jackson ihre eigenen Rassismuserfahrungen und ihr Engagement gegen Rassismus im Kontext der Sozialen Arbeit. Sie beschreibt den Alltagsrassismus, mit dem sich Schwarze Menschen konfrontiert sehen, spannt dabei aber auch den Bogen zur gesamtgesellschaftlichen Problematik. In einem weiteren Schritt skizziert sie Herausforderungen, mit denen Schwarze Aktivistinnen und Aktivisten konfrontiert werden. Engagement kostet Zeit sowie Energie und erfordert Sachverstand. Um den Stressfaktor Rassismus abzumildern, stellt sie abschließend einige Methoden und Strategien der Selbstfürsorge (Self-Care) vor. ■

ben einem Hauptjob professionell mit dem Thema Rassismus beschäftigte. Sie empfahl mir, gut zu überlegen, ob ich mich beruflich hauptsächlich mit dem Thema Rassismus beschäftigen wolle. Ihrer Ansicht nach ist es für Menschen mit Rassismuserfahrungen eine zu große Belastung, einerseits eigene Rassismuserfahrungen zu machen und andererseits professionell mit dem Thema umzugehen. Oft denke ich an diesen Rat zurück. Auch wenn ich von meiner Arbeit in einer Antidiskriminierungsstelle sehr überzeugt bin, musste ich die Erfahrung machen, dass tatsächlich das Risiko besteht, an den alltäglichen eigenen schmerzhaften Erfahrungen und der beruflichen Belastung durch rassismuskritische Arbeit zu zerbrechen.

Wenn wir im Sinne von *Black Lives Matter* von Schwarzem Leben und seinem Lebenswert sprechen, sollten wir diesen nicht nur vor der weißen Mehrheitsgesellschaft verteidigen, sondern auch einen bewussten Umgang mit unserem

Ermutigung und Solidarität

In der ersten Juniwoche 2020 gingen in meiner schwäbischen Heimat sowie deutschlandweit tausende Menschen auf die Straßen, um gegen Rassismus und Polizeigewalt zu protestieren. Der Tod eines Schwarzen Mannes in den Vereinigten Staaten hat weltweit Proteste ausgelöst. Menschen unterschiedlicher Positionierungen, Schwarze Menschen, weiße Menschen, Menschen of Color haben gemeinsam gezeigt, dass rassistische Morde nicht unwidersprochen bleiben.

Als Schwarze Frau waren die Proteste für mich eine sehr wichtige Erfahrung. Zum ersten Mal durfte ich erleben, wie es aussieht und wirkt, wenn sich eine sehr große Anzahl von überwiegend jungen Menschen an unterschiedlichen Orten gegen Rassismus organisiert. Zu spüren, dass ich nicht allein bin mit meinem Unmut, meiner Wut und meiner Trauer über diese massive Form der Gewalt, hat mich ermutigt.

Inmitten einer globalen Pandemie wurde gesellschaftlicher Wandel gefordert. Inmitten einer Pandemie konnte ich trotz aller Herausforderungen und Unsicherheiten dank einer jungen, rassismuskritischen Bewegung Hoffnung schöpfen.

Mit Beginn meines Bachelorstudiums der Sozialen Arbeit vor ungefähr zehn Jahren verfestigte sich in mir der Drang, an gesellschaftlicher Veränderung mitzuwirken. Themen, die ich bisher nur im Stillen mit mir selbst ausgemacht hatte und nicht benennen konnte, bekamen Namen: Diskriminierungserfahrungen und insbesondere die intersektionale Erfahrung von Rassismus und Sexismus. Seit fast einem Jahrzehnt bewege ich mich seither in unterschiedlichen rassismuskritischen Kontexten der Sozialen Arbeit. Ich erinnere mich sehr gut an den Rat einer mir vertrauten Person mit eigener Rassismuserfahrung, die sich schon länger ne-

Für die allermeisten Menschen, die rassistische Erfahrungen gemacht haben, ist es essenziell, sich mit Menschen zu treffen und auszutauschen, die Ähnliches erlebt haben. Self-Care gibt der Psyche Gelegenheit, sich zu erholen im gemeinsamen Prozess, die Gesellschaft zum Besseren zu wenden.

picture alliance/dpa



Leben üben und diesen in unseren Alltag integrieren. Denn während wir kämpfen, dass unsere Leben als lebenswert anerkannt werden, vernachlässigen wir oft selbst unsere Leben. Das zeigt sich z. B. an übermüdeten Aktivistinnen und Aktivisten, die sich aufgrund von großer zeitlicher Belastung nicht gesund ernähren. Auch zeigt es sich an fehlenden Ruhepausen bis hin zu Suchtverhalten. Ungesunde Verhaltensweisen sind oft *Coping*-Strategien, die wir uns angeeignet haben, um in einer rassistischen Gesellschaft überleben zu können. Gleichzeitig können diese Strategien dazu führen, dass wir zwar durch unseren Aktivismus kurzfristig ein Wohlfühlgefühl und eine gewisse Handlungsfähigkeit spüren, uns aber längerfristig ausgelaugt oder sogar krank fühlen beziehungsweise dies bereits sind. Natürlich macht Aktivismus nicht krank, sondern Rassismus. Schwarze Menschen und Menschen of Color erleben Rassismus alltäglich. Diese Erfahrungen können zu Stress führen und traumatisch wirken. Studien aus den Vereinigten Staaten belegen einen negativen Zusammenhang zwischen rassistischer Diskriminierung und mentaler Gesundheit.¹ Da Rassismus ein gesellschaftliches System ist, das von Schwarzen und Menschen of Color auf unterschiedlichen gesellschaftlichen Ebenen erlebt wird, gibt es keine wirkliche Pause vom Stressfaktor Rassismus. Es gibt keinen Anfang und kein Ende der Rassismuserfahrungen. Wenn wir uns keine Ruhepausen und Auszeiten geben, in denen wir *Self-Care*-Praktiken durchführen, können erlebte

Rassismuserfahrungen und Aktivismus ohne integriertes *Self-Care* Schwarze Menschen und Menschen of Color stark in ihrer Gesundheit beeinträchtigen.

Was also brauchen Schwarze Aktivistinnen und Aktivisten of Color, um gut für sich und ihre Community zu sorgen, auch und gerade in einer Zeit der gesellschaftlichen Transformation, einer Bewegung, die für Gerechtigkeit und gegen Rassismus steht? Welche Werkzeuge und Methoden gibt es für sie, wenn sie sich für sozialen Wandel einsetzen und dadurch zeitlich, körperlich und psychisch eingebunden sind?

Als ich vor einigen Jahren losgezogen bin, um mich akademisch und aktiv mit Rassismus und seinen intersektionalen Bezügen auseinanderzusetzen, hatte ich keine Quellen, auf die ich mich beziehen konnte. Es hat mir an Wissen darüber gefehlt, wie ich mich als junge Schwarze Frau und Mutter gesellschaftspolitisch engagieren kann, ohne meine Bedürfnisse aus dem Blick zu verlieren. Daher werde ich folgend in Kürze einige Methoden vorstellen, die Schwarzen Aktivistinnen und Aktivisten of Color in ihren Alltag integrieren können.

Auszeit von Sozialen Medien

Zu Beginn meines Aktivismus habe ich in meiner Freizeit stundenlang gegen menschenverachtende rassistische Kommentare auf Social Media gewettert und mich tagelang über die Ignoranz tausender Menschen im Netz geärgert. Kurzfristig hat mir das ein Gefühl von aktiver Handlung statt einem Ohnmachtsgefühl gegeben. Dennoch war ich nach kurzer Zeit erschöpft und meine Unzufriedenheit wurde intensiver. Zu denken, ich müsse mich immer und überall gegen rassistische Sprüche positionieren, hat mich enorm unter Druck gesetzt. Nach diesem angespannten, wütenden, emotionalen Zustand hatte ich nach einigen Monaten die Erkenntnis, dass das öffentliche Kontern gegen Rassisten und Rassisten in den Social Media-Netzwerken mich weder erfüllt, noch etwas an deren Haltung ändert. Letztendlich hat es sich angefühlt, als würde ich mein hart erarbeitetes Fachwissen in einen Raum des Nichts schreiben – nur, um hasserfüllte Antworten zu bekommen. Inzwischen spreche ich mit weißen Menschen nur noch über Rassismus, wenn es Menschen sind, zu denen ich eine mir wichtige Beziehung habe, oder wenn der Arbeitsaufwand angemessen honoriert wird. Ich versuche ausschließlich im realen Leben über Rassismus zu debattieren. Zu merken, welche Handlungen mich nur ermüden, statt mich zu erfüllen, gehört zu meinem persönlichen *Self-Care*-Prozess.

Mediale Trigger vermeiden

Wie bereits beschrieben, ist Rassismus für Schwarze Aktivistinnen und Aktivistinnen of Color eine Alltagserfahrung. Wir können nicht steuern wann, wo und von wem provoziert wir die nächste rassistische Situation erleben. In aktivistischen Kontexten sehen, hören und erleben wir aufgrund der Arbeit gegen Rassismus darüber hinaus diverse



Formen von Rassismus. Leider oft auch in politisch linken Zusammenhängen, die meist eher aus weißen Gruppen bestehen. Umso wichtiger ist es, dass wir weitere Trigger in unserer Freizeit vermeiden. Dazu gehört es, sich keine gewaltvollen Videos, Audios oder Texte anzuschauen beziehungsweise anzuhören. Unser Umfeld, d. h. unsere Familie, Freundinnen, Freunde, Kolleginnen und Kollegen können höflich gebeten werden, keine gewaltvollen Inhalte an uns oder in medialen Gruppen, in welchen wir Teil sind, zu schicken. Schwarze Menschen und Menschen of Color kennen Rassismus, und wir sind auch über massivste Formen von rassistischer Gewalt informiert. Triggernde Inhalte auf uns wirken zu lassen, hilft uns nicht in unserem Vorhaben, Rassismus abzubauen. Im Gegenteil: Sie belasten unsere Psyche und auch unsere Körper können darauf negativ reagieren.

Self-Care als Lebensaufgabe

Darin, sich als Schwarze Person und *Person of Color* gezielt und bewusst um die psychischen und körperlichen Bedürfnisse zu kümmern, liegt etwas sehr Machtvolles und Politisches. Denn das System Rassismus sieht es nicht vor, dass wir uns wohl fühlen, gut zu uns und zu unserem Umfeld sind. Das System Rassismus zerstört das gesundheitliche Wohlbefinden auch durch Botschaften, die uns dazu bringen, dass wir uns von uns selbst entfernen. Eine dieser Botschaften ist beispielsweise das weiße eurozentrische Bild von Erfolg und Anerkennung. Kapitalismus, der große Bruder von Rassismus, sozialisiert auch Menschen mit Rassismuserfahrungen dazu, unseren Wert anhand unserer Produktivität zu messen. Unsere Träume, Wünsche und Utopien haben in diesem gesellschaftlichen Zustand keinen

UNSERE AUTORIN



Josephine Jackson ist Sozialarbeiterin (M.A.) mit den Schwerpunkten rassismuskritische Soziale Arbeit, Black Feminism, Empowerment und Antidiskriminierung. Sie lebt und arbeitet in Tübingen.

Platz. Umso machtvoller ist es, unsere Träume individuell und als Kollektiv auszuleben. *Self-Care* kann uns helfen, nicht nur zu überleben, sondern zu leben. Denn die Leben Schwarzer Menschen und Menschen of Color werden nicht ausschließlich durch rassistische Polizeigewalt beendet. Rassismus und damit verbundene Ausschlüsse, die uns von lebensnotwendigen Ressourcen fernhalten oder die Zugänge zumindest erschweren, führt zu schlechterem Zugang zu Jobs, erschwert es, eine erfolgreiche Schullaufbahn abzuschließen und trägt Verantwortung für schlechtere Behandlung auf Behörden und im Gesundheitssystem. Hierzu fallen mir die vielen Schwarzen Menschen und Menschen of Color ein, die trotz dem dringenden Bedarf psychotherapeutisch behandelt zu werden, keine Therapie weiterführen, weil es in Deutschland zu wenig rassismussensible Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten gibt. All diese Hürden und erschwerten Zugänge führen längerfristig zu massiver Belastung und beeinflussen die Lebensqualität enorm. Für einige Menschen mit Rassismuserfahrung ist es essenziell, sich mit Menschen zu treffen und auszutauschen, die ähnliche Erfahrungen machen. Auch wenn eine selbstorganisierte Gruppe, die sich regelmäßig trifft, nicht den Zweck einer therapeutischen Behandlung hat, kann Kontakt zur Community für den Heilungsprozess unterstützend sein.

Ob wir jeden Tag ermutigende Texte lesen, bewusst atmen, Tagebuch schreiben, an die frische Luft gehen, unsere Körper bewusst bewegen oder regelmäßig meditieren: Jeden Tag für einen kurzen Moment, manchmal sind es auch nur Sekunden, bei mir selbst zu sein fern von Erwartungen und Zuschreibungen Anderer, ist eine sehr rebellische Aktion für eine Schwarze Frau in Deutschland. Denn die Gesellschaft spiegelt Schwarzen Frauen, dass wir nicht schön genug, nicht schlau genug und nicht lebenswert genug sind. Das Leben bewusst zu genießen und mir etwas Gutes zu tun, ist aus diesem Grund politisch relevant. Schwarze Aktivistinnen und Aktivisten of Color teilen die Vision einer rassismussensibleren Gesellschaft. Aus meiner Sicht kann diese Vision am ehesten realisiert werden, wenn wir unseren Körpern Gesundheit und Ruhe gönnen und unsere Psyche Gelegenheit bekommt, sich zu erholen im gemeinsamen Prozess, die Gesellschaft zu verändern. Dadurch bleiben wir einerseits gesünder und haben andererseits einen längeren Atem für diese Aufgabe.

Because our lives matter.

ANMERKUNGEN

1 Vgl. Williams, David R./Lawrence, Jourdyn A./Davis, Brigitte A. Davis (2019): Racism and Health: Evidence and Needed Research. URL: <https://www.annualreviews.org/doi/pdf/10.1146/annurev-publ-health-040218-043750> [08.02.2021].

Rassistische Sprache

Noah Sow

Rassistische Sprache ist beileibe kein reines Stammtischproblem. Rassismus ist schon lange in unserer Geschichte, Kultur und in unserer Sprache verankert. Worte haben bekanntlich mehrere Bedeutungsebenen, Botschaften und Konnotationen. Probleme im Alltagssprachlichen Umgang miteinander löst man nicht, indem man sie ignoriert. Vielmehr kann ein reflektierter Sprachgebrauch rassistische Botschaften und Ausgrenzungen aufdecken und kritisch hinterfragen. Noah Sow entlarvt in deutlicher Sprache und mit tiefgründigem Humor den rassistischen Sprachgebrauch, der uns tagtäglich begegnet. Sie enttarnt den sprachlichen Rassismus, der uns u. a. auch in den Medien begegnet, und stellt eingefahrene, zumeist unreflektierte Denkmuster in Frage. Noah Sow untermauert ihre Argumentation mit anschaulichen Beispielen und hält uns ohne Besserwisseri den Spiegel vor.¹ ■

Meine eigene Herkunft

Ich stamme ursprünglich aus einem Land, dessen Zivilisationsgrad vor noch nicht allzu langer Zeit von vielen Staaten der westlichen Welt belächelt und interessiert, aber von oben herab zur Kenntnis genommen wurde. Kein Wunder: Ganz in der Nähe gab es beispielsweise noch Stämme, die die Schädel ihrer verstorbenen Kinder bemalten (!) und sammelten.

Meine Großmutter, eine Eingeborene, hatte sechzehn Geschwister. Das Wasser kam selbstverständlich aus dem Dorfbrunnen statt wie heute aus dem Wasserhahn. Wenn es einmal regnete, wurde das Wasser eifrig gesammelt. Elektrizität hatte damals im Dorf kaum jemand.

Auch heute noch kämpfen wir mit den in unserer Gegend üblichen Problemen: korrupte Politiker, ethnische Konflikte (was vielleicht kein Wunder ist, denn die Grenzen meines Landes waren noch nie länger als zwei Generationen dieselben), hohe Verschuldung und so weiter. In den letzten paar Jahrzehnten hat mein Land aber einen enormen Schritt nach vorne gemacht. Inzwischen ist es politisch recht stabil, und es kann heute auf einiges stolz sein:

- Bei der Einteilung des Landes durch Gebietszuteilungen an einzelne ethnische Gruppen, die vor etwa zwei Generationen stattfand, war einige Willkür im Spiel. Die Grenzen der teilsouveränen Stammesgebiete spiegelten nicht wirklich die genaue Besiedelung durch die jeweiligen Kulturen wider. Zudem variierten die Gebiete stark in ihrer Größe. Trotzdem kam es deswegen nicht zum Bürgerkrieg.
- Seit über sechzig Jahren war das Land in keinen ethnischen Krieg mehr verwickelt. Kleinere „Scharmützel“ unter einzelnen Gruppierungen werden bisher gut unter Kontrolle gehalten.
- Aus den vielen Dialekten, die im Land gesprochen werden, und von denen einige jeweils nur für Eingeborene desselben Gebietes verständlich sind (darunter auch

reine Lautsprachen), wurde in einem friedlichen Prozess einer der Dialekte als Amtssprache ausgewählt. Ursprünglich wurde er zwar nur von einem relativ kleinen Stamm gesprochen, doch er setzte sich widerstandslos durch. Alle Landsleute verstehen nun zumindest rudimentär die offizielle Amtssprache. Das können nicht alle Länder von sich behaupten.

- Seit Anfang des neuen Jahrtausends gibt es bei uns flächendeckend Festnetztelefonanschlüsse. Das war noch bis weit in die 1990er Jahre hinein kaum vorstellbar.
- Eine Episode der Militärdiktatur, in die einzelne Stammesgebiete zeitweise zurückfielen, konnte unblutig beendet werden.
- Die größte Herausforderung, die die Zivilisierung (die zugegebenermaßen durch äußere Kräfte erwirkt wurde) mit sich brachte, war für uns wohl das Erlernen von Demokratie. Dies meistern wir seither immer besser.



Bemalte Schädel waren bis ins 20. Jahrhundert in Österreich und der Schweiz weit verbreitet. picture alliance/dpa

Obgleich wir quasi „zu unserem Glück gezwungen“ wurden, konnten wir eine spektakulär positive wirtschaftliche und sozialpolitische Tendenz verzeichnen, die nicht zuletzt auf jahrelange umfangreiche Lieferung von Hilfsgütern, staatsbildende Entwicklungshilfe und auch militärische Präsenz fortschrittlicher, zumeist westlicher Staaten zurückzuführen ist.

- Die neuen Landesgrenzen, die wie bei vielen afrikanischen Ländern nicht durch meinen Staat selbst, sondern durch die Regierungen anderer Länder gezogen worden sind, wurden durch die Regierung meines Landes im Jahr 1990 sogar offiziell anerkannt.

Dieses Land heißt natürlich – Deutschland. Meine Oma, die Eingeborene, stammt aus Bayern. Nebenan, in Österreich, bemalte man zu ihren Lebzeiten noch Schädel und stellte sie ins Regal. In den neuen Bundesländern hatten 1994 die meisten Haushalte keinen Festnetzanschluss. Über die verschiedenen Zivilisierungsgrade der Bundesrepublik Deutschland weiß ich bestens Bescheid.

Sprache ist ständig im Fluss

Sprache ist ein sich ständig selbst schleifendes Instrument von und für Gesellschaften. Ein Wort definiert sich durch seinen Gebrauch in der Sprache. Dieser Gebrauch wandelt sich im Lauf der Zeit oder bisweilen auch ganz spontan, durch Originalität, durch neue Einflüsse, durch Vereinfachung und durch Lobbyismus. Sprache ist anarchisch, undemokratisch: was sich durchsetzt, setzt sich durch. Dem steht die Absicht gegenüber, Sprache bewusst zu gebrauchen zum Zwecke der Beeinflussung. Ein gutes Beispiel dafür, wie Sprache geformt wird, wenn Marketing über Mitdenken gewinnt, ist das PR-Wort „Kompetenzteam“, das Edmund Stoiber im Wahlkampf 2002 dafür verwendete, dass er ein paar Mitarbeiter hatte. Die Presse und Nachrichten übernahmen den Marketingbegriff überwiegend kritiklos, mit dem Resultat, dass sie in Millionen Wohnzimmer einen Quasi-Zusammenhang zwischen Stoibers Parteiarbeit und Kompetenz sendeten. (Fortan gab es „unser Kompetenzteam“ als Euphemismus für „Angestellte“ nicht nur bei allen anderen Parteien, sondern auch auf den Homepages von Friseursalons, Schwimmbädern und Speditionen.)

Nicht nur in Werbung, Marketing und Parteipolitik – wenn wir sprechen, möchten wir unseren Gegenübern immer etwas mitteilen. Und das ist für gewöhnlich nicht, dass wir im Unrecht sind und sowieso nicht dazugehören. Wir möchten, dass das, was wir sagen, unsere Autorität mittransportiert, oder doch zumindest unsere Legitimität als sprechende Person und dass wir etwas Relevantes zu sagen haben.

Rassistische Botschaften und Konnotationen

Worte haben mehrere Funktionen und Bedeutungen. Einem Satz über Menschen oder Orte ist regelmäßig unendlich mehr zu entnehmen, als eine Angabe von Daten. Es geht daraus hervor, wie sich die Person, die spricht oder schreibt, innerhalb der eigenen Gesellschaft selbst positioniert, welche Gesellschaft diese Person als wichtig ansieht, und wie sie sich ins Verhältnis setzt zu der bezeichne-



Unser täglich Wort: Rassistische Sprache.

picture alliance/dpa

ten Person oder zum bezeichneten Ort. Ein Satz wie „Seit den Silvester-Übergriffen in Köln fühlen sich Frauen nicht mehr sicher in ihrer eigenen Stadt“ enthält Positionierungen und Statusbehauptungen der sprechenden Person, territoriale Markierungen, ethnisch konnotierte Traditionspflege und einen Subtext, der rassistisch gelesen werden kann. Da dies alles subtil vonstattengeht, ist den wenigsten Menschen bewusst, dass in solchen Aussagen Fakten mit hierarchischen Befindlichkeiten vermischt werden und so neben (oder anstatt) Tatsachenbehauptungen gesellschaftlicher Zündstoff gereicht wird. Durch die Vermischung des Ausgesprochenen und Richtigen – in Köln gab es zu Silvester Überfälle – mit dem Unausgesprochenen und Empfundenen – weiße Frauen sind nicht mehr sicher, weiße deutsche Männer überfallen Frauen nicht – bleiben derlei Botschaften oft unwidersprochen. Es ist mühsam, sie zu entwirren. Weil sie vollständig auf die Emotionsebene abzielen, sind sie hochwirksam. Darüber, wie sicher Frauen vor den Silvester-Übergriffen in Köln waren bzw. sich gefühlt haben, wie viele Überfälle jedes Jahr zu anderen Festen passieren (#Karneval, #Oktoberfest), welche Art regelmäßiger Übergriffe weder Erwähnung findet, noch anhaltende Empörung auslöst, noch Exkurse darauf, wem diese Stadt gehöre, wer überhaupt mit „ihrer eigenen Stadt“ gemeint ist – darüber diskutieren die wenigsten Personen, die diesen Satz lesen oder in einer Talkshow hören. Für die anderen steht er nicht als manipulative Marketingaussage, sondern unwidersprochen – als legitime Beschreibung einer Ausgangslage. Oder nehmen wir ein noch viel einfa-



cheres Beispiel, den „Ehrenmord“. Der so nur in der Zeitung genannt wird, wenn das Verbrechen von einer Person verübt wurde, wie nicht weiß und deutsch ist. Wenn weiße Deutsche aus verletztem Männlichkeitsstolz und Frauenverachtung ihre Verlobte umbringen, heißt es nicht „Ehrenmord“, sondern beschönigt „Familientragödie“ oder „Eifersuchtsdrama“. Und ist kein Anzeiger dafür, dass weiße deutsche Männer generell hochgefährlich seien und deswegen vielleicht bis zum 45. Lebensjahr besser weggesperrt würden, sondern selbstverständlich: ein tragischer Einzelfall.

Unbewusste sprachliche Ausgrenzung

Bewusste, absichtliche Manipulation ist nicht notwendig, um mit Worten auszugrenzen. Auch unabsichtlich können Worte das genaue Gegenteil transportieren von dem, was sie zu transportieren vorgeben (oder vorhaben): Eine „interkulturelle“ Vereinigung, die sich dem Diskriminierungsabbau widmete, schaffte vor einigen Jahren ein Programm namens „Zusammenleben mit Muslimen“. Veranstaltungen und Broschüren wurden von Spenden und Fördermitteln erstellt und richteten sich an die Öffentlichkeit. Was sagt das aus? Unter anderem, dass der Verein Muslime offenbar nicht zur Öffentlichkeit zählt, und dass sie für ihn nicht als Zielgruppe infrage kommen. Denn Muslime brauchen sicher keine Hilfestellung, wie sie mit Muslimen zusammenleben können. Öffentliche Gelder für – notwendigen – Dialog wurden also flugs umverteilt in Materialien der nichtmuslimischen Mehrheitsgesellschaft für sich selber.

Gesprochen wird über die Anderen (richtiger: die ge-Anderen), bzw. über sie hinweg, und wie selbstverständlich nicht mit ihnen. Diese sprachliche Normalisierung von Ausgrenzung wird als maßgeblicher Faktor von Diskriminierungskultur fast immer unterschätzt. Wenn eine Person rassistische Schimpfwörter über den Platz ruft, wissen wir wenigstens, mit wem wir es zu tun haben, und haben die Chance, entsprechend aufzupassen. Wenn aber die, die als aufgeschlossen oder „neutral“ oder sogar diskriminierungssensibel gelten (wollen), einen traditionell ausgrenzenden problematischen Sprachgebrauch weiterverwenden, transportiert sich dadurch unterschwellig, dass die Ausgrenzung bestimmter Gruppen ganz normal sei. Auch für absichtliche Auslassungen hat Sprache Kapazität. Indem wir Wörter absichtlich nicht mehr so gebrauchen wie es nun einmal Tradition ist, sondern so, wie es eigentlich viel mehr in unserer Absicht ist, Menschen nicht auszugrenzen und diskriminierend zu betiteln (selbst wenn das einige Übung und vorübergehende Holprigkeitsempfindungen bedeutet), können wir durch Sprache unsere Gesellschaft, die gesellschaftliche Zukunft mitformen. Wenn ich anstatt „Deutsche und Ausländer“ sage „Alle Menschen, vollkommen unabhängig davon, wo ihre Vorfahren herkommen“, habe ich nicht gespalten und bin an kein rassistisches Klischee anschlussfähig geworden, sondern habe einfach nur zusammenformuliert, was zusammengehört.

Vor einigen Jahren hielt ich eine offene Vorlesung in Hamburg über sprachliche Ausgrenzung seitens deutscher Medien. Darin sammelten wir negativ besetzte Wörter, die für weiße deutsche Personen so gut wie nie verwendet werden, wie zum Beispiel „Clan“, „Parallelgesellschaft“ oder „Identitätspolitik“. Es ging auch um das Phänomen, dass Menschen, die als muslimisch gelesen werden, grundsätzlich religiöse und kulturelle Motive für ihre gesamte Lebensführung unterstellt werden, christlich sozialisierten Menschen hingegen nicht. Verbrechen werden nie als „typisch christlich“ wahrgenommen, selbst wenn das Wohnzimmer im Elternhaus des Verbrechers mit Andachtsbildern des Heiligen Gereon tapeziert ist. Nach der Vorlesung kam ein weißer Mann zu mir und klärte mich höflich darüber auf, dass man das so nicht unbedingt gegenüberstellen könne – hier die Muslime, da die Christen –, weil er ja zum Beispiel vollkommen säkular aufgewachsen sei, in einem linken Haushalt, und selber gar keine kulturellen religiösen Einflüsse habe. Sein Name war Christian.

Unser täglich Wort: Rassistische Sprache

Lassen wir uns mal auf ein sprachliches Experiment ein: Erstellen Sie eine Liste von Wörtern mit „schwarz“ und mit Assoziationen zum Begriff „schwarz“. Tun Sie das Gleiche mit „weiß“.

Meine Liste sieht so aus:

Wörter mit „schwarz“: Schwarzarbeit, schwarzfahren, schwarzes Schaf, Wer hat Angst vorm schwarzen Mann, schwarzsehen, schwarzer Block, Schwarzmalerei, schwarzes Loch ... Schwarzmarkt, schwarze Magie, Schwarzkitel, Schwarzbart, schwarze Witwe, schwarzer Peter,

schwarze Seele, warten bis du schwarz wirst (nein, Schwarzwaldklinik zählt hier nicht dazu, das ist ein Eigenname).

■ **Assoziationen und Bedeutungen von „schwarz“:** Schatten, dunkel, unheimlich, beklemmend, fremd, böse, Teufel, unbekannt, düster, unmoralisch, Höhle, unehrlich, unergründlich, eng, Sünde, zu vermeiden, drohend/bedrohlich, Natur, Nacht, Geheimnis.

■ **Sprachliche Fortführungen:** „finster“, „unterbelichtet“.

Wörter mit „weiß“: weiße Weste, etwas weißwaschen ...

■ **Assoziationen und Bedeutungen von „weiß“:** Licht, Reinheit, Sauberkeit, makellos, leer, unbefleckt, unschuldig, tugendhaft, schön, moralisch, Engel, Läuterung, gut, Elfe, Fee, erstrebenswert, harmlos, freundlich, übersichtlich, edel, wertvoll, schützenswert, zerbrechlich, zugänglich.

■ **Sprachliche Fortführungen:** „helle sein“, „eine Leuchte sein“, „hellhörig sein“, „fair“ (engl. „hell[häutig]“).

Das ist unsere Sprache und wie wir sie benutzen.

Sprache transportiert Traditionen, Werte und Machtverhältnisse

Denken Sie, dass Kinder diese Zusammenhänge nicht verinnerlichen, wenn sie doch andauernd verwendet werden? Vor allem wenn dies nie besprochen oder erläutert oder relativiert wird, müssen Kinder natürlich annehmen, „weiß = gut, schwarz = böse“ seien *naturgemäß* richtig und nicht etwa erfunden oder auf Menschen bezogen ganz falsch. Unsere Sprache ist aber keine natürliche Gegebenheit, sondern steht in einer *Tradition* und spricht gesellschaftliche Werte aus. Kultur und Machtverhältnisse werden durch Sprache weitergegeben und verfestigt, und so führen wir den Status quo als Erwachsene munter fort – nicht nur in unserer Sprache, sondern sehr wirksam auch mit Bildern: „Spiderman 3“ hat ein schwarzes Alter Ego, in das er sich immer verwandelt, wenn er böse wird und über seine moralischen Grenzen hinausgeht. Der schwarze Spiderman ist dann rachsüchtig, bösartig, unbeherrscht, außer Kontrolle. Im Grimm-Märchen „Allerleirauh“ färbt sich die Königstochter Gesicht und Hände schwarz, um hässlich und unscheinbar zu wirken, und wird aufgrund dieser Schwärze im weiteren Verlauf sogar mit einem „wunderlichen Tier“ (sic!) verwechselt. So etwas kann nur irrelevant und weit hergeholt finden, wer nicht „dunkel“ ist und allein deswegen als verdächtig, unaufrichtig oder unansehnlich behandelt wurde.

An keiner Schule lernen wir, dass diese Art, wie wir mit den Begriffen und Deutungen von „schwarz“ und „weiß“ in der Sprache umgehen, nicht „normal“, sondern das Ergebnis verschiedener Konstruktionen ist: Die Dämonisierung alles „Schwarzen“ und „Dunklen“ erfolgte – auf Menschen und ihre Eigenschaften und Handlungen angewandt – unter anderem durch die Kirche. Zur Zeit der ersten kolonialen Aktivitäten Europas wurde „aethiops“ sogar als Synonym für den Teufel gebraucht.

Rassismus ist keine „Satire“

Möglicherweise denken Sie, dass Deutschland inzwischen sprachlich ganz gewaltfrei und politisch korrekt geworden sei. Ihre Bekannten sagen zu gezuckerter Eischaummasse mit Waffel und Schokoladenüberzug vielleicht „Schoko-

küsse“, und Sie haben auch schon lange keine rassistischen Ausdrücke mehr in den Nachrichten gehört. Wenn Sie dieser Meinung sind, müssen Sie sich in Acht nehmen vor der „Ist-jetzt-genug-Falle“. Sie schnappt zu, sobald im Mainstream grundsätzlich angekommen ist, dass auf eine jeweilige rassistische Tradition auch einfach verzichtet werden kann. Ab diesem Moment gibt es nämlich sofort wieder einen „Backlash“: die gewalthaltigen Wörter und Inhalte werden jetzt wieder *vermehrt* produziert und dazu auch noch verharmlost, mit der Ausrede: „weil man ja inzwischen weiß, dass man das eigentlich nicht sagen soll, und es außerdem als Spaß gemeint ist“. So rechtfertigen einige Weiße es vor sich selbst und allen anderen, laut Ni*** zu sagen, und so erleben wir regelmäßig eine Renaissance des sprachlichen Öffentlichkeitsrassismus.

Es sollte sich eigentlich von selbst verstehen, dass Mensch sich nicht rassistisch verhalten und von den Diskriminierten dafür auch noch Applaus ernten kann. Genau das fordern viele Weiße aber bizarrer Weise ein, wenn sie sich beschweren: „Jetzt darf man nicht mal mehr das und das sagen.“

Was sie tatsächlich meinen, ist Folgendes: Sie wollen keine Reaktion auf ihre verbalen Entgleisungen erhalten und sich noch viel weniger den möglichen Konsequenzen stellen. Einige gebrauchen das N-Wort und sind beleidigt, wenn sie dann rassistisch genannt werden.

Neuerdings ist eine Tendenz festzustellen, wonach „politische Korrektheit“ in der Gesellschaft als vollzogen betrachtet wird. Viele „Satiriker“ und „Comedians“ nehmen eine solche Einschätzung zum Anlass, diese Entwicklung wieder



Kultur und Machtverhältnisse werden auch in Bildern wirksam. „Spiderman 3“ hat ein schwarzes Alter Ego, in das er sich immer verwandelt, wenn er böse wird und über seine moralischen Grenzen hinausgeht. Der schwarze Spiderman ist dann rachsüchtig, bösartig, unbeherrscht, außer Kontrolle.

picture alliance/dpa

zurückzuschrauben, denn mit der Verwendung (sprachlicher Rassismen) lässt sich heute Aufmerksamkeit und kostenlose Promotion in sozialen Netzwerken bekommen.

Die Rolle des Comedians als Person, die die unausgesprochenen Gedanken der Gesellschaft zugespitzt äußern darf, wird dazu genutzt, um unter dem Deckmantel der „Satire“ die Verteidigung des Herrenrechts auf rassistisches Verhalten neu zu formulieren. Dahinter versteckt sich offener Rassismus, der sich aber auf eine neue, vermeintlich gesellschaftsfähige Plattform flüchtet. Die Binsenweisheit, Satire dürfe alles, wird aggressiv dafür strapaziert, Menschen weiterhin rassistisch zu beleidigen.

Damit haben die so verfahrenen „Satiriker“ ihren Beruf verfehlt, denn die eigentliche Aufgabe von Satire besteht ja darin, herrschende Klassen, Gruppen oder Individuen mit unerhörten (= originellen, tabuisierten) Kommentaren zu bedenken. Nach unten zu treten durch die Wiederholung einer jahrhundertalten Unterdrückungstradition ist nicht originell, schon gar nicht tabuisiert, und keine aufdeckende Arbeit, sondern billig. Und es erfüllt nicht die Funktion von Satire, sondern von Herrschaftspropaganda.

Es verdient zudem Betrachtung, weshalb bei aller sich anbietenden Themenfülle Satiriker und Comedians ihren Entscheidungsspielraum ausgerechnet dafür nutzen möchten, rassistische Sprache wieder gesellschaftsfähig zu machen. Oft wird argumentiert: „Ich will mit Wörtern wie ‚N ...‘ aufrütteln und der Gesellschaft zeigen, wie rassistisch sie ist!“ Davon abgesehen, dass sich nichts durch seine Wiederholung auflösen lässt, auch nicht rassistische Konzepte, widerspricht dieser Behauptung auch die häufige Verwendung

vollständig außerhalb jedes gesellschaftskritischen Kontextes, dafür aber mit unverhohlenen präsentiertem Vergnügen beim Aussprechen rassistischer Wörter.

Sprache schafft Wirklichkeit

Sprache schafft Realität. Was ein Wort genau bedeutet, definiert sich nicht durch ein Wörterbuch. Menschen, die an Wörterbüchern mitarbeiten, sind – auch wenn sie das gerne denken möchten – nicht „objektiv“ sondern verfügen über eine eigene soziale Prägung und über unbewusste Überzeugungen, die sie nicht an der Bürotür abgeben. Lexika sind sicherlich nützliche Hilfsmittel. Die allwissende letzte Instanz darüber, wie Menschen kommunizieren, sind sie nicht – zumal sich Sprache mit enormer Geschwindigkeit wandelt.

Wenn im Erdkundebuch oder Französischlexikon Personen of Color oben ohne und ohne Nachnamen aufgeführt werden, bringt das der neuen Generation viele Dinge neben reiner Geographie bei. Unter anderem white supremacy (weiße Vorherrschaft). Zur Verdeutlichung – und weil es ohne Galgenhumor zu traurig ist – nachfolgend ein paar Auszüge aus dem Kapitel „Ethno-Lexikon“.

Ethno-Lexikon

Nachfolgend einige Phänomene und Begriffe aus Ethnologie und Völkerkunde, erklärt anhand des hiesigen Kulturkreises.

betteln

Betteln ist, Menschen darum zu bitten, dass sie Geld oder Dinge hergeben, ohne eine Gegenleistung dafür zu erhalten.

Fundraising

Wenn Weiße, die einen Wohnsitz haben, → *betteln*, heißt das *Fundraising*.

Eingeborene

Eingeborene sind → *Leute*, die nicht genügend herumgekommen sind, um sich anderswo als im Gebiet ihrer Geburt anzusiedeln (z. B. Vorarlberg). Außerdem müssen *Eingeborene* Mitglieder der örtlichen kulturellen Mehrheit sein, um von → *Dokumentarfilmern* als solche betrachtet zu werden. In modernen Zeiten finden *Eingeborene* zunehmend neue wirtschaftliche Betätigungsfelder in der Herstellung und Vermarktung ihrer spezifischen Kulturgüter („Sepplhut“) oder Riten und Traditionen („Oktoberfest“). Eine Gefahr dieser Tendenz liegt darin, dass plakative und stark vereinfachte Gegenstände und Bräuche besser zu vermarkten sind als originär komplexe. Hieraus resultiert regelmäßig die Vermischung der ursprünglichen Kultur mit einer klischeehaften Version eben jener Kultur („Musikantenstadt“), was für die *Eingeborenen* im schlimmsten Fall kollektiven Identitätsverlust oder die Karikierung eigener Traditionen innerhalb weniger Generationen zur Folge haben kann („Wildecker Herzbuben“).





Eine Vermischung der ursprünglichen Kultur mit ihrem eigenen Klischee kann für die Eingeborenen kollektiven Identitätsverlust zur Folge haben.

picture alliance/dpa

Beim Verweis auf Eingeborene ist der Familienname nicht von Belang und es genügt, sie z. B. als „die jugendlichen Hessen“ zu bezeichnen oder wie folgt zu berichten: „Der Unterfranke zeigt uns seine Hütte und auf welche Art er sich einfache Mahlzeiten zubereitet, seitdem seine Frau ihn wegen Seydou Ogunbe verlassen hat.“

entdecken

Die Forschungsgruppe dieses Eintrages ist stolz darauf, hiermit publik machen zu können, am 28. Mai des Jahres 2010 eine Ansammlung von Compounds entdeckt zu haben, die von den dortigen Eingeborenen „Erding“ (übersetzt: Boden pflügen) genannt wird. Die → primitive Eigenbezeichnung des → Stammes „Erdinger“ bedeutet: „Menschen-die-den-Boden-pflügen“. Wir haben dort jetzt die Siedlung mit dem klangvollen, Identität stiftenden Namen *Diakitedëkk* errichtet und noch viel Land zu verkaufen. Besuchen Sie uns einfach mal (östlicher Längengrad: 11° 54' 55", nördlicher Breitengrad: 48° 17' 18") bei einer Informationsveranstaltung zum schönen Kontinent Europa mit seiner herrlichen Natur und seinen zutraulichen Tieren. Selbstverständlich bieten wir auch Jagdveranstaltungen an!

konservativ

Konservativ ist ein Euphemismus von → *primitiv*, der von → *Dokumentarfilmern* verwendet wird, wenn sie über ihren eigenen → *Stamm* berichten und sich vor negativen Reaktionen ihres → *Häuptlings* fürchten.

Parallelgesellschaft

Gruppe, die eigene Werte- und Moralvorstellungen entwickelt hat, die Regeln unserer Gesellschaft nur teilweise anerkennt, sich freiwillig und absichtlich abgrenzt und für Außenstehende schwer verständlich kommuniziert (was ebenfalls oft Absicht ist). Einige Beispiele aus dem betrach-

teten Kulturkreis sind: Politiker/innen, Privatinternatschüler/innen, Emos, Banker, Freimaurer, Bahnradsfahrer/innen, Pfadfinder/innen, Rollenspielfans, Goths, LAN-Party-Teilnehmende, Immobilienspekulant/innen, Makler/innen.

Stamm

Kulturelle Gruppe mit gemeinsamen Traditionen und Bräuchen. Anders als das → *Volk* verbleibt der *Stamm* in einem niedrigeren Entwicklungsstadium. Intensive Brauchtumpflege und der hohe Status der Fortführung von Sitten und Traditionen innerhalb des Stammes sind einige der Gründe, warum der Anschluss an die → *zivilisierte Welt* sich oft schwierig gestaltet.

Es ist nicht schwer nachzuvollziehen, dass etwa das Zuzieh-Nehmen kultischer Rauschgetränke vor dem Mittagessen („Frühschoppen“) zur Isolierung des Stammes führen kann, was von den *Stammesmitgliedern* zuweilen allerdings durchaus beabsichtigt ist. Auch kollidieren die Gesetze modernerer Staatlichkeit, innerhalb deren ein *Stammesgebiet* liegt, oftmals mit den *Stammesgesetzen* und *Stammeskulten*, wodurch sich weitere zivilisatorische Gräben ergeben. Der *Stamm* der Bayern hat sich beispielsweise erst im Jahr 1995 dem Gesetz der Religionsfreiheit der übergeordneten Regierung seiner Provinz gebeugt und den Zwang gegenständlicher Symbolanbetung an Schulen gelockert. Auch decken sich das bayerische und das deutsche Grundgesetz noch heute nicht in allen Punkten. *Monarchiebestrebungen* und *Häuptlingskorruption* sind weitere dauerhafte Tendenzen, die noch nicht erfolgreich bekämpft werden konnten und die Entwicklung dieses Stammes so beispielhaft wie maßgeblich beeinträchtigen.

Die *Stammesgemeinschaft* der Bayern hat es durch Ackerbau, Viehzucht und geschickten Tauschhandel zu nicht unerheblichem Wohlstand bringen können und gehört daher rein wirtschaftlich gesehen zu den Gewinnern der Globalisierung. Die finanzielle Unabhängigkeit des Stammes wird

wiederum als Bestätigung seiner kultischen und ideologischen Lebensweise aufgefasst, sodass seitens der → *Eingeborenen* weiterhin wenig Anlass zur Kompromissbereitschaft besteht. Sie sind daher einer der wenigen Stämme, die sich dem gesellschaftlichen Konsens ihrer übergeordneten Nation erfolgreich und mit Begeisterung entziehen (→ *Schuhplattler*).

Verhüllung

Konvention, Tradition und Gesetzgebung des betrachteten Kulturkreises, bei dem Frauen sich dem Patriarchat zu unterwerfen haben, indem sie gehorsam Teile ihres Körpers verhüllen, um unerwünschte Sexualisierung durch Männer einzudämmen. Anders als in freien, modernen und emanzipierten Gesellschaften müssen Frauen des betrachteten Kulturkreises in der Öffentlichkeit selbst bei Temperaturen über 30 Grad Celsius unter anderem ihren Oberkörper *verhüllen*. Die Verhüllungskonvention ist zumeist internalisiert und wird daher oft nicht als solche wahrgenommen, sondern fehlgedeutet als „eigenes Bedürfnis“.

ANMERKUNGEN

¹ Der Text enthält Auszüge aus Noah Sows Buch (vgl. die Quellenangabe) und mischt diese mit einem neuen einrahmenden Text. Quelle: Sow, Noah: Deutschland Schwarz Weiß, 2018, aktualisierte Fassung, Norderstedt.



AUTORIN

Noah Sows 2008 erschienenes und 2018 aktualisiertes Buch „Deutschland Schwarz Weiß“ ist ein Standardwerk für die Lehre und Diskussion über Rassismus.



Für alle, die mehr wissen wollen - die Zeitschriften der Landeszentrale für politische Bildung BW

- BÜRGER & STAAT – Zeitschrift für Multiplikatoren politischer Bildung, www.buergerimstaat.de
- POLITIK & UNTERRICHT – Zeitschrift für die Praxis der politischen Bildung, www.politikundunterricht.de
- DEUTSCHLAND & EUROPA – Zeitschrift für Politik, Geschichte, Deutsch, Geografie und Kunst, www.deutschlandundeuropa.de

Bestellung oder Download als PDF, kostenlos (ab 500 g zzgl. Versand). Bestellung ausschließlich im Webshop der Landeszentrale: www.lpb-bw.de/zeitschriften.html



Ein Gespräch zwischen Noomi Arndt, Susanne Belz und Anna Feldbein über die Arbeit als Antirassismustrainerin

Noomi Arndt, Susanne Belz und Anna Feldbein beschreiben entlang ihrer Berufsbiografien die Suchbewegungen und Wegmarken, die den Anlass gaben, sich zur Antirassismustrainerin ausbilden zu lassen. Bei ihren Schilderungen wird deutlich, dass Antirassismus in vielen Studiengängen immer noch eine inhaltliche Leerstelle ist. Das Gespräch vermittelt Einblicke in die Rahmenbedingungen antirassistischer Workshops, skizziert die Motive sowie die unterschiedliche psychosoziale Zusammensetzung der Teilnehmenden und erörtert das Selbstverständnis bzw. die Rolle der Workshop-Leitung. In der Beschreibung verschiedener Workshop-Situationen wird offenkundig, dass Verhaltensänderung ein individueller kognitiver Konstruktionsprozess ist. Das reflexive Wissen über eigene Wahrnehmungen, Kognitionen und Deutungen steht im Mittelpunkt der Workshops. Das Gespräch zeigt die Grundproblematik, die allen Bildungsanstrengungen innewohnt: Einsicht und Wissen garantieren nicht immer eine unmittelbare Verhaltensänderung. |

Der Weg zur Antirassismustrainerin

Anna Feldbein: Beginnen wir mit der Frage, wie wir dazu gekommen sind, diese Arbeit zu machen. Es gibt schließlich keinen Studiengang „Rassismuskritische Arbeit“ und dann wird man Trainerin, sondern die Wege dorthin sind sehr unterschiedlich. Was motiviert mich und was brauche ich, um diese Arbeit gut machen zu können?

Noomi Arndt: Ich habe einen Bachelor in Afrikawissenschaften mit Beifach Musikwissenschaft gemacht. Und in diesem musikwissenschaftlichen Beifach habe ich damals ein Seminar besucht, das einen Bezug zu Afrika und Musik hatte. Letzten Endes war es ein Seminar, das Rassismus zum Thema hatte. Rassistische Symbole und Bilder, Methoden in der Musik, also z. B. in Opern, Theaterstücken und so weiter. Ich habe damals eine Arbeit über *Live Aid* und *Band Aid* geschrieben. Darin ging es um Geld, das für die Hungersnot in Äthiopien gesammelt und gespendet wurde – und das in so einer *White Saviorism*¹-Haltung. Und ja, irgendwie hat dieses Seminar dazu geführt, dass ich gemerkt habe: Das ist das Thema, das mich total interessiert und worin ich auch einfach gut bin. Daraufhin habe ich mich für einen Master in Interkultureller Bildung, Migration und Mehrsprachigkeit beworben. Denn von der Beschreibung her war dieser Studiengang im Vergleich zu dem, was Deutschland zumindest zu dem Zeitpunkt zu bieten hatte, noch am ehesten rassismuskritisch. In diesem Studium habe ich dann Basiswissen zu *Critical Whiteness*, Rassismuskritik, Interkultureller Pädagogik usw. gelernt. Nach

dem Abschluss 2017 habe ich einen Job angefangen, in dem es zum Teil meine Aufgabe war, Workshops zu geben. Hier habe ich intensiv dieses Thema einfließen lassen und wieder gemerkt, dass es mir wahnsinnig Spaß macht, mir ein Bedürfnis ist, und dass ich einen relativ guten Zugang zu den Menschen habe. Es hat einfach gut funktioniert und daraufhin kam dieser Wunsch der Selbstständigkeit, *Elimu*² zu gründen und mehr Workshops mit verschiedenen Zielgruppen zu machen.

Susanne Belz: Ich arbeite seit 2016 im Büro für Diskriminierungskritische Arbeit in Stuttgart. Ich würde meinen Weg als einen Weg der langen Suche beschreiben, weil in meinem Studium der Sozialen Arbeit von 2000 bis 2005 weder Diskriminierung noch Rassismus irgendeine Rolle spielten. Bei meiner Tätigkeit in der Mobilen Jugendarbeit habe ich gemerkt, dass da etwas mega schief läuft, aber ich konnte es damals nicht in Worte fassen oder das Problem überhaupt greifen. Ich habe dann eine Weiterbildung zur Trainerin für Interkulturelle Verständigung besucht. Das heißt, ich habe in einer Zeit angefangen zu studieren und zu arbeiten, in der Interkulturelle Verständigung, Öffnung usw. die großen Überschriften waren. Rassismus und Machtkritik als Begriffe oder Konzepte kamen nicht vor. Ich musste

Susanne Belz: „In meinem Masterstudium Interkulturalität und Integration ab 2013 habe ich leider auch nicht die Antworten gefunden, die ich gesucht habe. Über viele Weiterbildungen, die ich auf eigene Faust besucht habe, habe ich mich reingearbeitet. Es war viel Selbststudium und auch gezielte Entscheidungen, mir dieses Wissen anzueignen.“

Copyright: Anne Feldbein



richtig nach Angeboten suchen, und es gab bundesweit nur die Weiterbildung von *lidia*³, die das Thema Rassismus angeboten hatte. Die habe ich 2008 bis 2010 besucht und dort auch mein erstes Antirassismus-Training bei *Phönix e. V.*⁴ gemacht. Das war ein krasser Einschnitt, der viel in meiner Wahrnehmung verändert hat, aber noch nicht so sehr das Handeln. Ich war dann erstmal eine Weile raus, weil ich zwei Kinder bekommen habe. In meinem Masterstudium Interkulturalität und Integration ab 2013 habe ich leider auch nicht die Antworten gefunden, die ich gesucht hatte. Über viele Weiterbildungen, die ich auf eigene Faust besucht habe, habe ich mich reingearbeitet. Es war viel Selbststudium und auch gezielte Entscheidungen, mir dieses Wissen anzueignen. Denn an den Bildungsorten, an denen ich war, waren die Themen so nicht platziert.

Noomi Arndt: Im Master mussten wir ein Praktikum machen, das ich bei der Landesantidiskriminierungsstelle in Berlin gemacht habe. Dort hatte ich auch die Chance, mehrere Fortbildungen zu besuchen, unter anderem zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz und zu Rassismuskritik. Das Seminar war so toll, es hat mir so viel Spaß gemacht und es hat mir gefallen, zu sehen, wie die Leute dazulernten. Ich selbst natürlich auch. Manche der Übungen, die ich dort kennen gelernt habe, verwende ich auch heute noch in meinen Workshops. Leider weiß ich nicht mehr genau, wie die beiden hießen, die den Workshop gegeben haben. Ich würde mich gerne mal bei ihnen melden, weil sie mich sehr beeindruckt und beeinflusst haben.

Anna Feldbein: Das stellt sich oft erst im Nachhinein raus, wer oder welche Situationen und Momente uns beeinflusst haben. In dem Augenblick, in dem wir da drin sind, fällt uns das gar nicht auf (...). Im Vergleich zu euch komme ich aus einem komplett anderen Feld. Ich habe Theater, Film und

Medienwissenschaften in Wien studiert. Während des langen Diplomstudiums habe ich viel im Theaterbereich gearbeitet und war parallel in selbstorganisierten Initiativen, die eher einen feministischen Fokus hatten, und in der autonomen Kulturarbeit aktiv. Die Kulturlandschaft in Wien funktioniert vor allem über Beziehungen, dazu ist das Theater superhierarchisch und in den wenigsten Fällen selbst-reflexiv. Ab einem gewissen Punkt war für mich klar: Hier kann ich nicht mehr weiterarbeiten, weil a) ist da etwas, wo ich aus unterschiedlichen Gründen nicht weiterkomme und b) wurde mir immer klarer, dass ich die Strukturen nicht verändern kann, wenn ich in ihnen aufgehe, sondern dass ich sie vielmehr selbst reproduziere. Weil du dann einfach in diesem Rad drinnen bist. In diesem prekären Arbeitsrad und so wenig tatsächlich selbst gestalten kannst. Irgendwie bin ich dann in Karlsruhe gelandet und habe *Empowerment! KA*, ein Training bei *Phönix e. V.* und die Weiterbildung bei *Adis e. V.*⁵ zur *Empowerment-Trainerin* gemacht. Dann habe ich meine ersten Workshops gegeben, und es hat mir tatsächlich das Gefühl gegeben, etwas zu verändern. Es ist mir schon klar, dass ich damit keine großen Sachen verändere und auch nicht bei allen, die da sind. Vielleicht ist es nur eine Person und nur ein sehr kleiner Schritt, den wir gemeinsam gehen, aber trotzdem hatte ich das Gefühl, dass da etwas ist, was sich verändert – irgendein Prozess wird in Gang gesetzt. Im Gegensatz zu den Erfahrungen, die ich am Theater gemacht habe, war das viel greifbarer. Im Theater hast du immer einen Bühnenraum auf der einen Seite und das Publikum auf der anderen. Es gibt immer diese Trennung. Egal, wie sehr du diese Wand aufbrichst. Egal, wie interaktiv die Stücke sind, es ist trotzdem immer „hier“ und „da“. Ein sichtbarer oder ein innerer Prozess, der da in Gang tritt oder nicht, der passiert immer getrennt voneinander.

Noomi Arndt: Als ich mit den Workshops anfang, hatte ich so sehr den Anspruch, dass alle es jetzt verstehen müssen. Dabei vergaß ich, dass es gar nicht so leicht war, Rassismus zu verstehen. Ich als betroffene Person hatte ein Gefühl der *liberation*, als ich zum ersten Mal Rassismuskritik und die Theorien dahinter kennen lernte. Alles, was ich mein Leben lang gefühlt hatte. Alles, was mir passiert war, machte endlich Sinn. Und ich verstand, dass es nicht an mir persönlich liegt. Deswegen glaube ich, dass Menschen, die selbst betroffen sind, in so einem Workshop ein ganz anderes Gefühl haben als weiße Menschen, die sich damit vorher nicht auseinandersetzen mussten. Ich musste lernen zu verstehen, dass es ein langer Prozess ist, und dass bei Leuten, die zum ersten Mal ein Antirassismus-Training machen und zum ersten Mal etwas dazu hören, nur ein Samen gesät werden kann. Und wenn zwei, drei Leute danach zu dir kommen und sagen: „Das hat mir richtig was gebracht, jetzt habe ich es verstanden.“ Oder: „Ich habe das Bedürfnis, mir mehr Literatur zu holen und mich da weiterzubilden.“ Dann wurde eigentlich schon total viel erreicht.

Anna Feldbein: Meine eigene Erfahrung mit Rassismus ist auch eine meiner Motivationen, in diesem Bereich zu arbeiten. Für mich ist es ein ganz großes Machtmoment, vor einer Gruppe zu stehen und mich durch mein Wissen und



Verständnis von Rassismus sicher und stark zu fühlen. Auch wenn ich infrage gestellt werde, das ganz deutlich zu spüren und mir dessen sicher zu sein. Gleichzeitig bin ich mir bewusst, dass ich in dieser machtvollen Position bin und es wichtig ist, kritisch damit umzugehen.

Susanne Belz: Was ich vorher als lange Suche beschrieben habe, ist schon ein Punkt, der mich motiviert. Mit meiner Arbeit Personen zu erreichen, die sich auf einer ähnlichen Suche befinden, die auch sagen: „Irgendwas läuft so schief, dass ich mich hier engagieren, fortbilden, informieren oder sensibilisieren möchte.“ Dafür möchte ich mein Wissen und meine Kompetenzen zur Verfügung stellen. Das große Andere, was mich motiviert, ist eine Vision des Zusammenlebens: Wie soll es bzw. wie kann es denn eigentlich gehen? Viel Wissen zum Thema Rassismus und Machtkritik, von dem ich profitiere, ist Wissen aus Schwarzen oder *People of Color (PoC)-Communities*. Es ist wichtig anzuerkennen, dass das Wissen darüber, wie Rassismus wirkt oder wie ausbeutend unser System ist, nicht aus einer weißen Wissenschaft breit in den Raum gestellt worden ist. Wenn jetzt Tupoka Ogette⁶ danach fragt, wie nachhaltig die aktuelle Entwicklung der Bewusstwerdung und Veränderung ist, müssen wir weiße Menschen das auch *mit-* oder sogar vor allen Dingen *beantworten*. Es liegt also auch an mir, diesen Weg weiterzugehen.

Rahmenbedingungen – Basics

Noomi Arndt: Das Thema der unterschiedlichen Perspektiven und Positionierung sowie der Rahmenbedingungen in einem Workshop finde ich gar nicht so einfach. Ich habe oft das Gefühl, dass es etwas sehr Dynamisches ist und auch von der jeweiligen Gruppe abhängt. Also, z. B. so ganz grundlegende Informationen zur Größe der Gruppe und zu Konstellationen oder Hierarchien innerhalb der Gruppe. Wenn Vorgesetzte in der Gruppe mit dabei sind, ohne dass ich das weiß, wird erst im Nachhinein klar, wieso manche Sachen so und so funktioniert haben oder eben auch nicht. Weil Leute sich dann je nach Konstellation der Gruppe nicht frei fühlen, zu sprechen oder ihre Vorgesetzten in Diskussionen zu kritisieren, wenn sie anderer Meinung sind. Deswegen ist es total wichtig, sich Methoden zu überlegen oder zu entwickeln, um solche Hierarchien zu durchbrechen.

Dann ist es wichtig zu wissen, ob in einem *Basic-Rassismuskritik-Workshop* auch Menschen anwesend sind, die selbst von Rassismus betroffen sind, um dann sensibel zu entscheiden, welche Inhalte man verwendet. Ja, und sonst voll funktionsfähige Technik und ein Moderationskoffer, gute Laune und ein paar Cracker in der Tasche ...

Susanne Belz: Um an den *Basics* anzuschließen: Ich finde es wichtig zu wissen, ob ein Seminar freiwillig oder verpflichtend ist. Das ändert den Rahmen einfach mal komplett. Sitzen da Leute, die sich – aus welcher Motivation auch immer – sensibilisieren und weiterbilden wollen oder hat irgendjemand aus welchem Grund auch immer beschlossen, dass dieser Workshop jetzt stattfinden soll? Ich will grundsätzlich nichts von beidem ausschließen, aber es ist wichtig für die Auslegung des Workshops und auch für die Frage, welche Lernmomente möglich sind. Und für mich ist klar, dass ich solche Workshops nie alleine mache. Das ist eigentlich



so ein Standard, weil es vom Thema her super anstrengend und belastend ist. Und weil nicht klar ist, was in einem solchem Workshop an Emotionen hochkommt. Es braucht ein sehr großes Vertrauen in die andere Tandemperson.

Anna Feldbein: Für mich braucht es noch etwas: Die Person, die mich anfragt, sollte sich zumindest in einem rassismuskritischen Prozess befinden. Sie sollte Verständnis dafür haben, dass so ein Workshop eine bestimmte Anzahl an Stunden braucht und nur mit einer bestimmten Anzahl von Teilnehmenden funktioniert. Es braucht dieses Verständnis, dass es ein Prozess ist, der Zeit braucht, weil es auch viel um Selbstreflexion geht. Aber auch das Verständnis dafür, was es bedeutet, diese Art von Arbeit zu machen und was der Wert dieser Arbeit ist und dass dies auch entsprechend entlohnt wird. Dinge wie Verlässlichkeit, das Einhalten von Terminen, keine kurzfristigen Absagen ohne Ausfallhonorar sind z. B. wichtig. Personen, die freiberufliche Trainerinnen anfragen, sitzen oft in weißen Institutionen, und es sollte ihnen machtkritisch bewusst sein, was es bedeutet, wenn sie aus einer weißen Position heraus eine freiberufliche Trainerin of Color anfragen. Das ist leider sehr selten der Fall. Und was ich auch immer mehr feststelle, wie hilfreich ein Austausch mit anderen Trainerinnen of Color und auch weißen Trainerinnen ist, die sensibel, reflektiert und kritisch sind.

Noomi Arndt: Was ich auch noch für eine total wichtige Info halte, ist zu wissen, ob und wenn ja, wie viele und welche Teilnehmenden schon einmal an einem Anti-Rassismus-Workshop teilgenommen haben. Weil oftmals kommt die Aussage: „Ja, die wissen auch schon ganz viel.“ Und am



Noomi Arndt: „Ich habe oft das Gefühl, dass es etwas sehr Dynamisches ist und auch von der jeweiligen Gruppe abhängt.“

Susanne Belz: „Sitzen da Leute, die sich – aus welcher Motivation auch immer – sensibilisieren und weiterbilden wollen oder hat irgendjemand aus welchem Grund auch immer beschlossen, dass dieser Workshop jetzt stattfinden soll?“

picture alliance/dpa

Ende ist es dann gar nicht der Fall oder es wird dann vieles erst durch das Feedback der Leute bei der Abschlussrunde klar, wenn sie dann beispielsweise sagen: „Ja, vieles wusste ich schon und wir wären gerne tiefer eingestiegen ...“ Aber das kann ich ja nicht wissen. Am Anfang muss man ja eine Grundlage setzen und dazu eben mit Kolonialismus beginnen.

Susanne Belz: Eine tolle Rahmenbedingung für Trainerinnen wäre, wenn alle Menschen, die sich zu Workshops anmelden, die Ausschreibung lesen würden. Das hört sich fies an, ist aber nicht selbstverständlich. Wir hatten Workshops, die wir extra so aufgebaut haben: Einen Grundlagen-Workshop für Menschen, die sich das erste Mal damit auseinandersetzen, und ein Aufbauseminar für alle, die weitergehen wollen. Das hat nicht hundertprozentig funktioniert. An der Stelle wäre selbstkritisch anzumerken, dass in den Ausschreibungen nochmal klarer zu benennen ist, was die Themen und Inhalte sind. Und trotzdem gibt es in diesem Zusammenhang keine Garantie. Wir hatten mal einen Workshop, der ganz klar für weiße Menschen ausgeschrieben war, die nicht von Rassismus betroffen sind. Wir hatten dann auch Personen drin, die von Rassismuserfahrungen erzählt haben. Das ist echt eine große Herausforderung für mich, weil sich dann die Frage stellt, wie man das dann gut formulieren kann, ohne dabei gleichzeitig jemanden fremd zu positionieren.

Noomi Arndt: In solchen Situationen habe ich es dann der Person selbst überlassen, zu bleiben oder zu gehen. Und zu Beginn des Workshops habe ich erklärt, was heute passieren wird und dass auch Rassismen reproduziert werden

und dass, wenn sich jemand unwohl fühlt, jederzeit die Möglichkeit besteht, zu gehen. Aber letzten Endes stimme ich dir zu, du kannst nicht jemandem sagen: „Du erlebst Rassismus und kannst deswegen nicht am Workshop teilnehmen“. Die Person muss das selbst wissen.

Anna Feldbein: Voll schwieriges Thema, weil es da ganz viel um internalisierten Rassismus geht. Ich würde das auch so machen, dass am Anfang klar gesagt wird, was passieren wird. Zusätzlich würde ich der Person das Angebot machen, dass ich sie begleiten würde, sobald sie während des Workshops rausgehen will. Wenn ich schon vorher weiß, dass es diese Person gibt, dann nehme ich entweder mit ihr oder mit der Person, die mich angefragt hat, Kontakt auf, um darüber zu sprechen. Um einfach nochmal klarzumachen, worum es geht und was meine Befürchtungen sind. Transparenz ist auf jeden Fall wichtig und das Angebot von Unterstützung, bei Bedarf.

Haltung – Herausforderungen – Ziele

Susanne Belz: Es gibt immer so wiederkehrende Kreise, wie dieser eine Satz. Als ich ihn damals von Austen Brandt von Phoenix e. V. hörte, war mir nicht klar, dass er mich auch über zehn Jahre später immer noch begleiten würde: „Habt Geduld. Ihr begleitet die Menschen in so einem Training wirklich nur einen ganz klitzekleinen Schritt.“ Das heißt, die Geduld brauche ich an ganz vielen Stellen. Und da stellen sich unterschiedliche Fragen. Zum einen die Frage, was mein Anspruch bei so einem Training ist und was ich damit verändern will. Wie ehrgeizig bin ich? Woran merke ich, dass ein Training „erfolgreich“ war? Wann habe ich hinterher das Gefühl, erfolgreich gewesen zu sein? Bei meiner Arbeit ist es mir wichtig, dass ich klar bin. Dass ich mit einer klaren Haltung Situationen einschätze. Von Teilnehmenden höre ich oft, dass sie verunsichert sind und nicht mehr wissen, was überhaupt noch richtig oder falsch ist. Oder was sie noch dürfen. Und da ist es für mich wichtig, ganz klar zu sein und klar zu machen, dass es nicht um eine Frage von Dürfen, sondern um eine Frage des Wollens geht.

Noomi Arndt: Ich kann mich nur anschließen, dass es eine Herausforderung ist, wirklich zu akzeptieren, dass es ein Prozess ist und dass es schwierig ist für die Teilnehmenden, ob freiwillig oder unfreiwillig. Unfreiwillig ist natürlich noch schwieriger, aber selbst wenn die Menschen freiwillig kommen, ist es schwer zu verstehen, weil unsere Umwelt uns suggeriert, dass Rassismus normal ist, und wir wissen dabei gar nicht, dass es überhaupt Rassismus ist! Jetzt kommt hier diese junge Frau um die Ecke und will mir erzählen, dass es eigentlich so und so ist. Da sind wir auch schon bei der Positionierung. Als Trainerin ist man ja auch immer als Person da, und hier fließt natürlich mit ein, ob einem vertraut oder geglaubt wird. Ich habe das Gefühl, dass es oftmals einen anderen Effekt hätte, wenn ich ein 60-jähriger weißer Mann wäre. Grundsätzlich ist mir wichtig, dass bei einigen etwas passiert ist im Denken, so ein Aha-Moment da war und der Anspruch an mich selbst, dass ich die Geduld mitgebracht habe, dass ich auf jede Frage eine

Antwort hatte und dass mein geplanter Verlauf des Workshops funktioniert hat. Auch das ist etwas, was man lernen muss zu akzeptieren, dass ein Ablauf nicht immer durchgezogen werden muss und kann, wenn die Dynamiken in der Gruppe anders sind, manche Themen mehr in den Fokus rücken und man dann darauf mehr Zeit verwendet.

Anna Feldbein: Ich habe diese Geduld tatsächlich gar nicht. Geduld zu haben, kommt ja aus einer ganz bestimmten Position heraus. Was ich habe, ist das Verständnis dafür, dass es Zeit braucht. Also, erstmal überhaupt Rassismus wahrzunehmen, dann Rassismus bei sich selbst wahrzunehmen, dann strukturellen Rassismus wahrzunehmen. Und auch das Verständnis, dass ich selbst in diesem rassistischen System sozialisiert bin und mich genau in dem gleichen Prozess befinde wie alle anderen, ob betroffen oder nicht. Und mir ist es wichtig, weg von dieser individuellen Ebene zu kommen, hin zur strukturellen Ebene, dass es eben nicht darum geht, was jeder Einzelne fühlt oder macht oder nicht macht oder nicht fühlt. Sondern dieses Bewusstsein dafür zu schärfen, dass es ein strukturelles Problem ist. Was für mich noch wichtig ist, ist einen Raum zu schaffen, der sich trotz der schwierigen Thematik irgendwo sicher anfühlt. Und gleichzeitig ist es für mich wichtig zu schauen, wo wir im Moment stehen, welche Themen präsent sind, die uns von außen berühren und die wir jetzt in diesen Workshop mitbringen. Einerseits können das tagespolitische Ereignisse sein, andererseits auch Konflikte in der Gruppe.

Noomi Arndt: Ich finde, das ist die Essenz dessen, was bei der Arbeit wichtig ist, oder was unsere Aufgabe ist, zu vermitteln. Dieses System den Teilnehmenden näher zu bringen und sich selbst da nicht rauszunehmen. Nur weil man sich seit vielen Jahren mit dem Thema befasst und vielleicht auch selbst von Rassismus betroffen ist, ist man nicht gefeit davor, rassistisch zu sein. Und wenn das alle verstanden hätten, dann wären ein paar Rechtsradikale handlebar, weil das Problem an ein paar Individuen hängen würde und nicht in der Struktur, und Chancen auf Bildung, auf Karriere, Zugang zu Wohnung, zu allem wären für alle gleichermaßen zugänglich.

Susanne Belz: Ich finde das eine mega Herausforderung, weil es ein Paradigmenwechsel ist, den wir da einfordern. Weil uns bisher durch das gesellschaftliche Narrativ eingetrichtert wird, dass Rassismus ein individuelles Fehlverhalten ist. Doch es geht um die Struktur, die Institutionen, die gesellschaftlichen Narrative und an die müssen wir ran. Das ist erstmal leicht gesagt, aber als Haltung absolut zentral. Als weiße Person kenne ich dieses Stadium, sich persönlich als Einzelperson schuldig und schamvoll zu fühlen. Diesen Punkt zu verlassen und an die Strukturen ranzugehen, ist echt ein Knackpunkt.

Eine weitere spannende Frage für mich ist, wie ein Raum so gestaltet werden kann, dass er Lernen ermöglicht. Über einen biografischen Zugang, Selbstreflexion und die Analyse des eigenen Arbeitsfelds oder des eigenen Lebensumfelds machen wir das Selbst-verstrickt-sein in dieses System plakativ, deutlich und spürbar. Das ist ein total wichtiger Zugang, damit es nicht nur ein theoretisches Konzept bleibt.

Noomi Arndt: Hier denke ich an das Tandem, in dem ich bei *Elimu* arbeite – mit Annette Ganter zusammen. Ich als von Rassismus betroffene Person und sie als weiße Person. Wir haben oft die Chance, gut unsere unterschiedlichen Perspektiven aufzeigen zu können. Es ist schon interessant, was Annette als weiße Trainerin für Perspektiven oder nochmal Tipps mit auf den Weg geben kann, wie es sich vielleicht anfühlt, wenn man sich zum ersten Mal mit Rassismus auseinandersetzt und von den Informationen geschockt ist. Ich denke, dass das schon eine wirksame Methode ist, dass wir als *black and white*-Duo auftreten.

Anna Feldbein: Manchmal habe ich das Gefühl, dass es mir aufgrund meiner Positionierung „einfacher“ fällt, Haltung zu beziehen als einer weißen Trainerin. Weil oft dieses Machtverhältnis zwischen Leitenden und Teilnehmenden ins Spiel kommt. Es ist ja schwierig, sich dort hinzustellen und mit dem erhobenen Zeigefinger auf etwas hinzuweisen. Auch wenn das anders formuliert wird, kann das schnell sehr pädagogisch rüberkommen. Wenn ich als betroffene Person Haltung beziehe, habe ich das Gefühl, dass es anders aufgenommen wird. Wie gehe ich damit um, wenn Rassismus unter den Teilnehmenden reproduziert wird? Vertraue ich darauf, dass die anderen Teilnehmenden dies auffangen? Aber wenn da nichts kommt und ich das Gefühl habe, dass ich das nicht so stehen lassen kann, weil es mich verletzt und gleichzeitig viele andere, dann ist mir einfach wichtig zu sagen: „Nein, so geht das nicht.“ Ich finde es schwierig, das auch tatsächlich zu tun und ich frage mich, wie können wir sowas als Leiterinnen in einem



Susanne Belz: „Eine weitere spannende Frage für mich ist, wie ein Raum so gestaltet werden kann, dass er Lernen ermöglicht. Über einen biografischen Zugang, Selbstreflexion und die Analyse des eigenen Arbeitsfelds oder des eigenen Lebensumfelds machen wir das Selbst-verstrickt-sein in dieses System plakativ, deutlich und spürbar.“

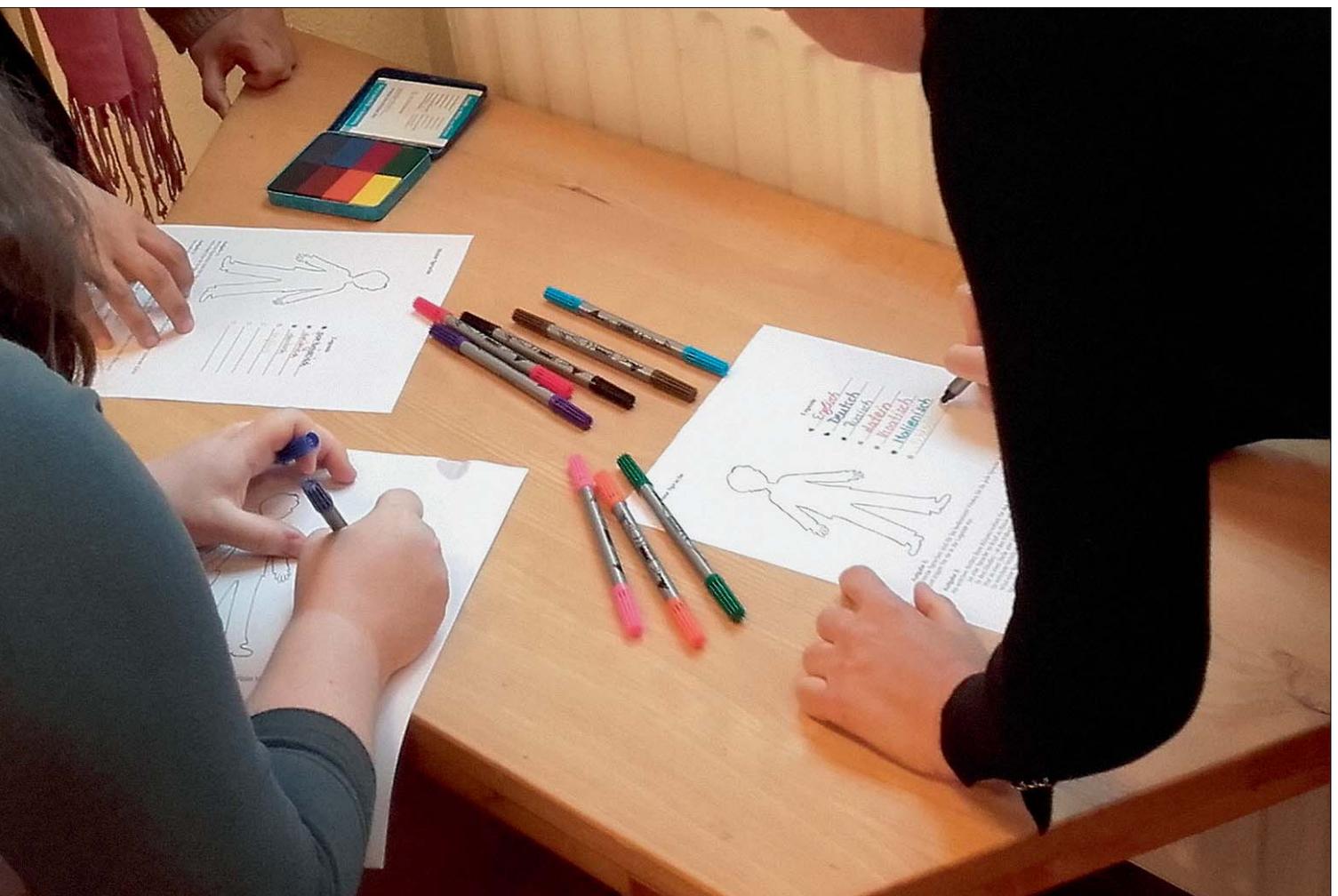
Copyright: Susanne Belz

Workshop ansprechen, ohne diese Machtachse zu sehr zu beanspruchen? Und wo ziehen wir die Grenze? Was lassen wir stehen, worauf reagieren wir, und auf welche Art und Weise?

Susanne Belz: Es fällt mir schwer, da allgemein drüber zu sprechen. Es kommt drauf an, an welcher Stelle vom Workshop was gesagt wird oder im Rahmen von welcher Methode bestimmte Dinge ausgesprochen werden. Am Anfang setzten wir ja Grenzen, indem wir Regeln vereinbarten, wie wir hier miteinander sprechen wollen und wie wir so miteinander sprechen können, dass es ein Lernraum für alle bleibt. Aber das ist auf jeden Fall etwas, wo ich bei den Workshops immer dazu lerne, inwiefern es an bestimmten Stellen notwendig ist, Haltung zu beziehen und zwar ohne Teilnehmende persönlich anzugehen. Es ist notwendig, meiner Selbstreflexion sowie der Vor- und Nachbereitung einen großen Wert beizumessen. Wir brauchen als Trainerinnen unbedingt intensive Austauschräume, wo wir voneinander lernen und solche Situationen reflektieren können.

Noomi Arndt: Ich finde, dass es wichtig ist, immer Position zu beziehen und Sachen anzusprechen, die gerade reproduziert wurden oder die falsch laufen. In dem Moment möchte ich aber auch innehalten und sehen, ob die anderen Teilnehmenden vielleicht darauf reagieren. Wenn wir uns beispielsweise mitten im Workshop befinden, finde zumindest ich es oft sehr frustrierend, wenn Sachen immer noch so unklar erscheinen, die im Workshop immer und immer wieder gesagt wurden. Wo ich dann manchmal dieses

Gefühl habe: „Hört ihr mir überhaupt zu oder habt ihr überhaupt an den Übungen teilgenommen? Ihr habt es doch selbst vorher noch richtig gesagt und jetzt ist die Anwendung so schwer“. Ist wahrscheinlich auch wieder ein Punkt, an dem man akzeptieren muss, dass es theoretisch kapiert zu haben, noch lange nicht bedeutet, dass man es auch umsetzen kann. Aber das finde ich trotzdem in meiner Rolle als Trainerin, die da sensibel sein will und verständnisvoll für langsame Prozesse, dann ein Stück weit frustrierend. Manchmal sagt man Sachen oder geht mit Situationen um, wo man sich im Nachgang dann selbst reflektiert und sich denkt: „So vielleicht nächstes Mal nicht mehr.“ Und dann denke ich, dass es eine Grenze gibt, an der Geduld unnötig ist und man als Trainerin definitiv das Recht hat, entweder die Situation zu stoppen oder zu erklären, dass es einfach keinen Raum dafür gibt. Zum Beispiel, wenn dauerhaft infrage gestellt wird, was erklärt wurde. Es ist eine Sache, ob man Verständnisprobleme hat. Aber wenn es darum geht, dass komplett infrage gestellt wird, was gerade erklärt worden ist und einem die eigenen Kompetenzen abgesprochen werden, dann muss man dem auch nicht mehr Raum geben. Und hier denke ich, dass jeder Mensch, unabhängig davon, ob er jetzt freiwillig oder unfreiwillig da ist, trotzdem von keinem gezwungen ist, in dem Workshop zu bleiben.





Anna Feldbein: „Was aber auch passieren kann, sind subtile Wirkweisen, die ich in dem Moment gar nicht sehe, sondern erst im Nachhinein. Da braucht es viel Übung, um in der Situation, in der dieses schiefe Machtverhältnis geschieht, gut reagieren zu können.“

picture alliance/dpa

Anna Feldbein: Manchmal fällt es mir schwer einzuordnen, was eigentlich gerade passiert. Es können ja ganz offensichtliche Reproduktionen von Rassismus sein, auf die ich dann gut reagieren kann. Was aber auch passieren kann, sind subtile Wirkweisen, die ich in dem Moment gar nicht sehe, sondern erst im Nachhinein. Da braucht es viel Übung, um in der Situation, in der dieses schiefe Machtverhältnis geschieht, gut reagieren zu können. Da denke ich vor allem an Gruppen, an denen unterschiedlich positionierte Menschen teilnehmen. Ich frage mich immer mal wieder, wie passiert der Schritt von der Ebene Wissen zu der Ebene Handeln. Was braucht es dafür? Ist es nur der Faktor Zeit oder gibt es da noch andere Faktoren?

Susanne Belz: Der Faktor Zeit spielt eine große Rolle und auch kritisches oder konstruktives Feedback: Wie wirkt ein bestimmtes Verhalten von mir auf andere? Das ist für mich oft der Knackpunkt gewesen für viel Selbstreflexion. Vielleicht kann ich ein Beispiel geben: Wenn ich selbst rassistische Sachen sage oder mache und dann eine Rückmeldung bekomme. Wie oft bin ich in diese Falle getappt, mich zu erklären und zu rechtfertigen! Bis ich an einem Punkt war, wo ich gesagt habe: Okay, ich lasse das jetzt einfach und höre mir das an, sage Danke, und es geht dann weiter. Da gab es viele kleine Situationen, die es mir ermöglicht haben, mein eigenes Verhalten zu ändern. Und Weiterbildung, immer weiterlesen, bestimmte Bücher nochmal lesen, einfach kontinuierlich dranbleiben. Und gleichzeitig sehe ich auch, dass in Workshops so schnell etwas passiert, was sich erst im Nachhinein auflösen lässt. Und das kann in einem gemischten Tandem total krass sein: Etwas kann für mich voll grenzüberschreitend sein, das die andere Person nicht merkt und andersrum genauso. Deshalb ist eine gute Zusammenarbeit so wichtig, damit man in der Situation selbst oder eben im Nachhinein solche Machtasymmetrien oder Grenzüberschreitungen gut aufarbeiten kann.

Noomi Arndt: Es hilft auf jeden Fall, Wissen aufzubauen und dann braucht es als PoC definitiv auch Mut. Weil in der Situation, in der Rassismus geäußert wird, ist man auch immer betroffen. Das heißt nicht, dass die Person was Rassis-

tisches zu mir sagt, aber sie sagt etwas Rassistisches in meinem Umfeld und es betrifft mich indirekt. Ich denke, dass eine Person of Color (PoC) nochmal eine andere Stärke braucht, um das in dem Moment anzusprechen, weil es zu einer sekundären Rassismuserfahrung kommen könnte, in der einem das Erlebte wieder abgesprochen wird. Solche Erklärbedürfnisse von weißen Menschen können dazu führen, dass dieser Mut, der aufgebracht worden ist, wieder zunichtegemacht wird und ein negatives Gefühl hinterlässt. Und deswegen ist es immer eine Frage von: „Ist es mir das jetzt wert? Dass ich mich am Ende eventuell schlecht fühle?“ Mich mit anderen auszutauschen, Empowerment-Gruppen zu besuchen, da den Mut aufzubauen und dann traut man sich das erste Mal, was dazu zu sagen und das zweite Mal (...) und irgendwann hat man diese Stärke, dass es ein Stück weit von selbst passiert. Trotzdem gibt es definitiv Situationen, in denen ich nichts sagen will, um mich selbst zu schützen oder weil die andere Person mir meinen Kampf gerade nicht wert ist.

Susanne Belz: Für mich ist dies eine Motivation, warum ich diese Arbeit mache. Viel von dem, was ich gelernt habe, habe ich in Workshops gelernt, in denen Trainerinnen sich für meinen Lernprozess „zur Verfügung gestellt haben“. In der Rückschau waren das für mich Meilensteine in meiner eigenen Auseinandersetzung. Und das biete ich nun in meinen Trainings an: Ich gebe einen Rahmen vor und wir gehen in einen Austausch. Wir schaffen für solche Rückmeldungen einen Raum, um sich nochmal vergewissern zu können: „Ah, Okay, das ist Rassismus, dann weiß ich es jetzt theoretisch, das und das ist jetzt zu tun.“ Ich nehme freiwillig an einem Workshop teil, übernehme Verantwortung und stell hier meine Fragen. Dann missbrauche ich Schwarze und PoC nicht als „Erklärbaren“.

Noomi Arndt: Wir sind alle drei Frauen, zwei von uns PoC. Wir werden ganz anders gesehen von den Teilnehmenden als beispielsweise eine weiße Frau oder ein Mann of Color oder ein weißer Mann. In einem Workshop z. B., als ein weißer Mann, der teilnahm, exakt das wiederholte, was ich gerade gesagt hatte und dann die Person, die mir die

Frage gestellt hatte, es plötzlich kapierte. Ich habe es genauso gesagt, er hat meine Worte wiederholt, aber ich werde nicht gehört. Das ist nicht immer so, aber solche Situationen gibt es.

Anna Feldbein: Wir haben hier noch mehr Positionierungen. Du bringst eine Schwarze Perspektive rein, ich die von einer Person, die nicht in Deutschland geboren ist und einen Migrationsprozess durchgemacht hat. Dass in solchen Workshops weiße Stimmen besser oder anders zugehört wird als Schwarzen, ist ein zentraler Punkt. Dazu ist mir noch wichtig hinzuzufügen. Wenn ich rassistische Äußerungen „stehen“ lasse, ich die Verantwortung an andere Personen übertrage, anstatt die Verantwortung selber anzunehmen. Und das kann nicht sein, die Verantwortung muss bei uns selbst liegen.

Susanne Belz: Das ist das Unglaubliche und gleichzeitig Bittere daran, dass sowas in den Räumen passiert, wo Menschen sich freiwillig mit diesem Thema auseinandersetzen wollen. Das ist kein Raum außerhalb des Systems, sondern dieser Raum ist im System und die Reproduktion von allem, was außerhalb ist, findet genauso innerhalb statt. Da brauche ich auch immer wieder Zeit, um diese Systematik überhaupt zu kapieren, diese Geschichten so schnell zu antizipieren und mich dann entsprechend verhalten zu können.

Anne Feldbein: Das sind für mich die anstrengendsten Momente, wo sich Menschen freiwillig auf diesen Weg machen, dann Rassismus reproduzieren und du sagst denen: „Hier wird gerade Rassismus reproduziert.“ Und dann kommt so viel Widerstand: „Aber ich bin doch freiwillig hier, ich bin doch eine gute Person.“ Und dann in der Lage zu sein, zu vermitteln, dass es nicht darum geht, dass jemand eine gute oder schlechte Person ist, sondern dass diese Dinge passieren und es wichtig ist, dies wahrzunehmen.

Noomi Arndt: Wahrnehmen und akzeptieren – ohne Gegenwehr. Einfach zu sagen: „Es ist so, wir verstehen alle, woher es kommt, was du gesagt hast und wir wissen auch, dass es nicht deine Absicht war und trotzdem ist es faktisch so. Punkt.“

ANMERKUNGEN

1 Durch den Begriff *White Saviorism* (*white savior* engl. für „weißer Retter“) wird auf die Problematik hingewiesen, dass weiße Menschen sich in unterschiedlichen Kontexten dazu berufen fühlen, Menschen im globalen Süden „zu helfen“. Trotz der vermeintlich guten Intention wird dabei das Bild vom unterentwickelten, hilflosen „Anderen“, mit dem bereits der Kolonialismus gerechtfertigt wurde, fortgeschrieben und dabei werden tatsächliche Gründe für Armut, wie z. B. die internationale Wirtschaftspolitik, ausgeblendet.

2 *Elimu. Diskriminierungssensible Bildung* ist ein Unternehmen, das Workshops, Fortbildungen, Beratung und Seminare zum Umgang und Erkennen von rassistischen und diskriminierenden Strukturen und Verhaltensweisen und zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz anbietet. URL: www.elimu.de [11.02.2021].

3 URL: <https://www.via-bayern.de/lidia/> [11.02.2021].

4 *Phönix e.V.* ist ein Verein, der unter anderem Trainings, Workshops, Beratung und Materialien im Bereich Antirassismus und Empowerment anbietet. URL: <https://www.phoenix-ev.org> [11.02.2021].

5 URL: <https://adis-ev.de/> [11.02.2021].

6 *Tupoka Ogette* ist eine deutsche Antirassismus-Trainerin, Bürgerrechtlerin, sowie Autorin des Buches „exit RACISM: rassismuskritisch denken lernen“. URL: www.tupoka.de [11.02.2021].



Noomi Arndt ist Soziologin und Afrikanistin mit einem Schwerpunkt auf Rassismusforschung und interkultureller Bildung. Neben ihrer Beschäftigung als politische Bildnerin an Schulen ist sie als Beraterin und Coach in der Antidiskriminierungsarbeit tätig. Ehrenamtlich engagiert sie sich als Migrationsbeirätin der Stadt Karlsruhe im Themenbereich „Sprache und Bildung“. Im Jahr 2020 gründete sie gemeinsam mit Annette Ganter das Unternehmen „Elimu. Diskriminierungssensible Bildung“, in welchem sie Fortbildungen und Workshops rund um die Themen Antidiskriminierung und Rassismuskritik anbieten (www.elimu.de).



Susanne Belz ist Sozialpädagogin und arbeitet im Büro für Diskriminierungskritische Arbeit Stuttgart beim SJR Stuttgart vor allem in den Bereichen Beratung, Qualifizierung und Sensibilisierung. Ihre Schwerpunkte in der Bildungsarbeit sind Antidiskriminierung und Rassismuskritik. Sie ist Multiplikatorin für den Anti-Bias-Ansatz und Trainerin für Social Justice und Radical Diversity.



Anna Feldbein ist Theater-, Film- und Medienwissenschaftlerin und arbeitet im Büro für Diskriminierungskritische Arbeit Stuttgart. Freiberuflich ist sie als Trainerin in den Bereichen Empowerment und Antirassismus tätig sowie in der Organisation und Konzeption der Internationalen Wochen gegen Rassismus 2021 in Karlsruhe. Ehrenamtlich engagiert sie sich im Netzwerk gegen Rassismus Karlsruhe und dem Verein Empowerment! (www.empowerment-ka.de).

Ohne geht's nicht: Warum rassismuskritische Bildungsarbeit Kolonialismus zum Thema macht

Jule Bönkost

Soll Rassismus langfristig abgebaut werden, muss dieser zunächst einmal erkannt und als strukturelles Phänomen begriffen werden. Ein Anliegen, das u. a. auch der im November 2020 von der Bundesregierung beschlossene Maßnahmenkatalog zur Bekämpfung von Rassismus und Rechtsextremismus thematisiert. Explizit verlangt wird eine kritische Aufarbeitung der Kolonialgeschichte und Auseinandersetzung mit dem Zusammenhang von Kolonialismus und Rassismus. Jule Bönkost plädiert für eine Verbindung von schulischer und außerschulischer Bildungsarbeit und Kolonialismusaufarbeitung. Sind doch die Auswirkungen des Kolonialismus auf die aktuellen gesellschaftlichen Verhältnisse noch zu wenig bekannt. Die Auseinandersetzung mit Rassismus und Kolonialismus in der schulischen und non-formalen Bildungsarbeit ist voraussetzungsreich. Pädagogische Fachkräfte benötigen hierfür neben einer sorgfältigen Vorbereitung angemessenes Wissen. Dies schließt die selbstkritische Reflexion eigener Weltbilder mit ein. Rassismuskritische Bildungsarbeit ist eine ständige Gratwanderung, die nicht frei von Verstrickungen und Spannungen ist. |

Rassismus erkennen und langfristig abbauen

Eine der größten Herausforderungen für das Eintreten gegen Rassismus in Deutschland ist es, dass in der Gesellschaft ein Verständnis für seinen weitreichenden Wirkungsbereich fehlt. Wenn Rassismus langfristig abgebaut werden soll, muss dieser erkannt und dafür in seiner Funktionsweise als strukturelles Phänomen begriffen werden. Das verdeutlicht nicht zuletzt der im November 2020 von der Bundesregierung beschlossene Maßnahmenkatalog zur Bekämpfung von Rassismus und Rechtsextremismus. Das Maßnahmenpaket des nach den rassistischen Morden in Hanau im Februar 2020 eingerichteten Kabinettsausschusses zur Bekämpfung von Rassismus und Rechtsextremismus nennt als erstes seiner Ziele, ein „stärkeres Bewusstsein für Rassismus als gesamtgesellschaftliches Phänomen [zu] schaffen“ (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2020: 1). Es trägt mit seinen insgesamt 89 beschlossenen Einzelprojekten dem Umstand Rechnung, dass diese Bewusstseinsstärkung mitunter sowohl der Weiterentwicklung der Bildungsarbeit als auch der historischen Aufarbeitung bedarf. Neben Maßnahmen zur Stärkung der politischen Bildung wird hier explizit auch die Kolonialismusaufarbeitung als Aufgabe definiert, wenn auch diese beiden Aspekte nicht in ihrer Verbindung benannt werden (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2020).

In diesem Beitrag soll diese Verbindung von Bildungsarbeit und Kolonialismusaufarbeitung in ihrer Dringlichkeit

für die Arbeit gegen Rassismus thematisiert werden. Denn ein Bewusstseinswandel hinsichtlich Rassismus in der Gesellschaft verlangt die kritische Auseinandersetzung mit dem Zusammenhang zwischen Kolonialismus und Rassismus in der Vergangenheit und bis in die Gegenwart und zwar in der institutionalisierten schulischen sowie der außerschulischen Bildungsarbeit – angefangen bei der frühkindlichen Bildung im Kindergarten über die allgemeinbildenden Schulen sowie in der beruflichen Grund-, Fort- und Weiterbildung bis hin zur Hochschulbildung. Im Folgenden sollen vor allem der schulische Bildungskontext und Antischarzen Rassismus in den Blick genommen werden.

Von einigen aufgearbeitet und von vielen verdrängt: die deutsche Kolonialvergangenheit

Die mit dem Maßnahmenkatalog zur Bekämpfung von Rassismus und Rechtsextremismus der Bundesregierung beschlossenen Projekte sind auch das Verdienst zivilgesellschaftlicher Initiativen, die sich im Austausch mit dem Kabinettsausschuss mit ihren Forderungen eingebracht haben. Bis heute tragen insbesondere zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure die rassismuskritische Aufarbeitung der deutschen Kolonialgeschichte mit ihren Auswirkungen

Plakate erinnern an die Opfer des rassistisch motivierten Anschlags am 19. Februar 2020 in Hanau. Nach dem Anschlag wurde ein Kabinettsausschuss zur Bekämpfung von Rassismus und Rechtsextremismus eingerichtet. Der Ausschuss nennt als erstes seiner Ziele, ein „stärkeres Bewusstsein für Rassismus als gesamtgesellschaftliches Phänomen [zu] schaffen“.

picture alliance/dpa



auf die Gegenwart voran. Dazu gehört z. B. der Verein *Decolonize Berlin*. Er ist 2019 aus einem zivilgesellschaftlichen Netzwerk von Schwarzen¹, diasporischen, postkolonialen und entwicklungspolitischen Gruppen in Berlin entstanden und setzt sich für die kritische Beschäftigung mit der Vergangenheit und Gegenwart von Rassismus und Kolonialismus ein (*Decolonize Berlin e. V.* 2020). Bei dem Verein ist auch die Koordinierungsstelle „Für ein gesamtstädtisches Aufarbeitungskonzept Berlins kolonialer Vergangenheit“ angesiedelt, die aus einem Beschluss des Berliner Abgeordnetenhauses im August 2019 hervorging. Sie hat zur Aufgabe, die Verankerung der Auseinandersetzung mit der deutschen Kolonialgeschichte in Bildung und Wissenschaft zu fördern (ebd.). Ein Beispiel für ein Bildungsprojekt mit ähnlichem Ziel ist das vom Verein Antirassistisch-Interkulturelles Informationszentrum (ARiC) Berlin seit 2016 laufende Projekt „Hier und jetzt! Kolonialismus und Kolonialrassismus im Schulunterricht“. Es setzt sich mit unterschiedlichen Formaten für pädagogische Fachkräfte für eine verantwortungsbewusste Beschäftigung mit der deutschen Kolonialvergangenheit und deren durch Rassismus bedingten Auswirkungen auf das Hier und Jetzt in der schulischen Bildungsarbeit ein (ARiC e. V.). Als eine der Leiterinnen und Leiter von „Hier und Jetzt“, die die Aktivitäten im Projekt durchführt, teile ich im Weiteren auch meine in diesem Rahmen im Austausch mit pädagogischen Fachkräften gesammelten Erfahrungen mit.

Auch wenn die Bemühungen, die eigene koloniale Geschichte aufzuarbeiten, in den letzten Jahren in Deutschland zugenommen haben – z. B. mit Ausstellungen in Museen oder Lehrveranstaltungen an Hochschulen –, ist diese samt ihren Auswirkungen auf die heutigen gesellschaftlichen Verhältnisse immer noch wenigen bekannt. Dies ist einem fortgesetzten Prozess der Verdrängung, Ignoranz und Verleugnung geschuldet, wie er sich z. B. in der De-

batte um die in zahlreichen deutschen Städten im kolonialen Kontext entstandenen Straßennamen deutlich zeigt. Vorschläge und Bemühungen für einen rassismuskritischen Umgang mit bis heute bestehenden Straßennamen, die koloniale Verbrecher ehren, stoßen auf heftigen Widerstand (vgl. Bönkost 2017). Tahir Della erklärt in diesem Zusammenhang treffend, „dass wir nicht nur von einer kolonialen Amnesie sprechen sollten, sondern von einer anhaltenden Verweigerung, nach über hundert Jahren die Verantwortung für eines der größten Verbrechen in der Menschheitsgeschichte zu übernehmen“ (Tahir 2020). Nicht nur für den Bildungskontext gilt: Falls die deutsche Kolonialgeschichte angesprochen wird, wird sie immer noch regelhaft mit Hinweis auf die im Vergleich früher eingesetzte und länger andauernde koloniale Herrschaft anderer europäischer Staaten als vermeintlich unbedeutend relativiert. In dieser gängigen Sichtweise werden nicht nur die eigenen kolonialen Verbrechen verschleiert, sondern es wird auch das umfassende gegenwärtige Erbe des deutschen Kolonialismus ausgeblendet. Zu diesen kolonialen Kontinuitäten gehören neben den Spuren des Kolonialismus im Stadtbild seine Überbleibsel in Museen, in der Sprache und in unseren Selbst-, Fremd- und Weltbildern. Der Begriff „Postkolonialität“ betont diese Verbindungen des Hier und Jetzt mit der Kolonialgeschichte, die im öffentlichen Bewusstsein kaum präsent sind. Aus postkolonialer Perspektive stellt Kolonialismus also kein abgeschlossenes historisches Ereignis dar, sondern ein Geschehen, das bis heute weitreichende Auswirkungen auf die deutsche Gesellschaft, die ehemals kolonisierten Gebiete und globale soziale Verhältnisse hat.

Rassismus und Kolonialismus hängen eng zusammen – bis heute

Eine der bis ins Heute reichenden Nachwirkungen der Kolonialzeit ist Rassismus. Genauso wie die Kolonialvergangenheit wird der Zusammenhang zwischen dieser und Rassismus mit seinen Folgen für die Gegenwart weitgehend übersehen. Dass die Wurzeln des heutigen Rassismus in der Kolonialzeit liegen, wissen nur wenige. Immer noch ist in der Mitte der Gesellschaft die Annahme verbreitet, dass Rassismus ein bewusstes Einstellungsmuster und intentionales Handeln darstellt, das in Deutschland mit dem Nationalsozialismus anfang und 1945 endete – mit Ausnahme weniger extremistischer Rassistinnen, Rassisten und Neonazis, die bis heute ihr Unwesen treiben. Ausgeblendet bleibt, dass Rassismus eine, wie die Historikerin Maria Alexopoulou (2018) erklärt, „Kontinuitätslinie in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“ darstellt. So sind selbst die an den „Hier und jetzt!“-Fortbildungsangeboten teilnehmenden Pädagoginnen und Pädagogen nicht selten erstaunt über die Bezüge zwischen dem Rassismus der Kolonialzeit und im Nationalsozialismus. Sie wurden z. B. im Rahmen des von der KZ-Gedenkstätte Neuen-gamme (2019) durchgeführten Projekts „Verflechtungen. Koloniales und rassistisches Denken und Handeln im Nationalsozialismus“ mit dem entwickelten Bildungsmaterial für die Behandlung dieser Verbindungslinie im Unterricht

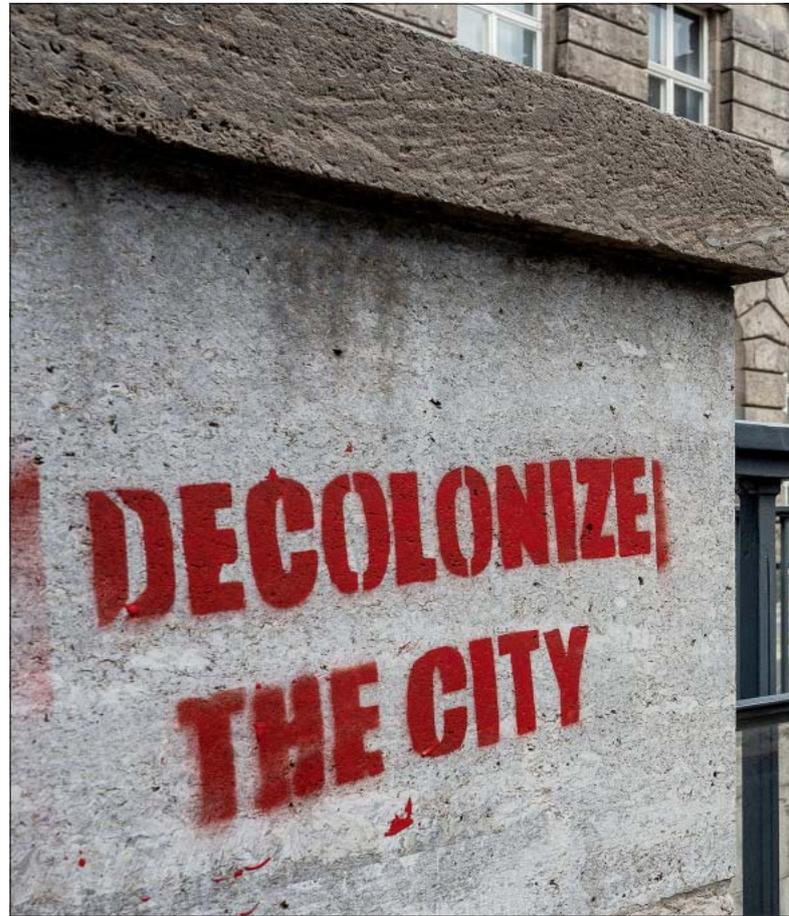


herausgearbeitet. Die bisher über 500 freiwillig teilnehmenden engagierten Pädagoginnen und Pädagogen nennen als Motivation für den Fortbildungsbesuch immer wieder das Anliegen, das Thema Kolonialismus rassistisch aufzubereiten. Dies ist häufig damit verbunden, dass eigene rassistische Vorurteile und die allgemein bei diesem Themenfeld lauernden rassistischen Stereotype (in Schulbüchern, den Vorannahmen der Schülerinnen und Schüler etc.) wahrgenommen werden. Darüber hinaus wird oftmals Angst verspürt, dass bei der Behandlung „doch so viel schiefgehen kann“. Überwiegend greifen die Lehrkräfte Kolonialismus bereits auf, aber der Zugang erfolgt über Unterrichtsthemen wie „Imperialismus“ und „Globalisierung“ oder landeskundliche Inhalte im Fremdsprachenunterricht. Rassismus kommt dabei häufig noch nicht explizit als Aspekt vor.

Dabei hängen Kolonialismus und Rassismus eng zusammen – und das bis heute. Um die kolonialen Verbrechen zu rechtfertigen, wurden zur Kolonialzeit ausgeprägte hierarchisierte rassistische Selbst- und Fremdbilder konstruiert, die sich bis heute in Vorstellungen von Selbst, Differenz und der Welt artikulieren. Sie bilden den Ausgangspunkt für rassistische Differenzkonstruktionen. Bis in die Gegenwart baut Rassismus in Deutschland u. a. wesentlich auf diesen historisch bedingten kolonialen Denkmustern auf. Darauf verweist auch der Begriff „Kolonialrassismus“. Aus postkolonialer Perspektive beschreibt der Ausdruck Kolonialrassismus spezifische und bis heute wirkmächtige Erscheinungsformen des Rassismus. Er verweist auf den anhaltenden Rassismus gegen die Nachfahren der Kolonisierten. Unter Kolonialrassismus fällt damit u. a. die fortwirkende rassistische Diskriminierung Schwarzer Menschen in Deutschland, Anti-Schwarzen Rassismus, der Folge der kolonialen Aneignung des afrikanischen Kontinents und seiner rassistischen Rechtfertigungsstrategien ist. Dazu gehört außerdem die sich während des Kolonialismus etablierende rassistische Diskriminierung der Bevölkerungen der pazifischen Kolonien und der kolonisierten Gebiete in China.

Anti-Schwarzen Rassismus als eine Form des Rassismus mit kolonialen Wurzeln

Anti-Schwarzen Rassismus ist tief in der gegenwärtigen deutschen Gesellschaft verankert (vgl. z. B. IDA-NRW 2020). Wenn auch in den weiß-dominierten medial geführten Debatten in Deutschland zu Rassismus, wie z. B. nach dem rassistischen Mord an George Floyd in den USA im Mai 2020, weitgehend übersehen, wird dieser bereits seit Langem untersucht und angeprangert. Vorangetragen von Schwarzen Menschen selbst (vgl. Gomis 2020: 3). Die anhaltende weit verbreitete rassistische Diskriminierung Schwarzer Menschen in Deutschland zeigte auch eine UN-Expertengruppe 2017 erneut auf. Die Arbeitsgruppe schlussfolgert in ihrem Bericht u. a.: „While people of African descent are a diverse group, their daily lives are marked by racism, negative stereotypes and structural racism. They are targeted and are victims of racist violence and hate crimes. They fear for their safety and avoid certain places as they believe they will be attacked. They are subjected to racial discrimination by their classmates, teachers and workmates and to structural racism by the Government and criminal justice system. In Germany, ne-



Decolonize Berlin setzt sich für die rassistuskritische Aufarbeitung der deutschen Kolonialgeschichte mit ihren Auswirkungen auf die Gegenwart ein. Dazu gehören auch Vorschläge und Bemühungen für einen kritischen Umgang mit bis heute bestehenden Straßennamen, die im kolonialen Kontext entstanden.

picture alliance/dpa

gative stereotypes of people of African descent remain commonplace“ (United Nations General Assembly, Human Rights Council 2017: 12).

Dass bei Anti-Schwarzen Rassismus Institutionen häufig ein komplizenhaftes Verhältnis einnehmen, zeigen auch die von Céline Barry zusammengetragenen Berichte im Schattenbericht über Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus „Berliner Zustände 2018“ auf. Wie Barry zusammenfasst, fehlt es in Deutschland neben einem effektiven Diskriminierungsschutz für Schwarze Menschen an einer öffentlichen Sensibilisierung für Anti-Schwarzen Rassismus (Barry 2019: 15). Die meisten Weißen wissen nicht, dass das eigene Denken und Handeln gegenüber Schwarzen Menschen von rassistischen Strukturen geprägt ist, die auf die Kolonialzeit zurückgehen und die bis heute ein gesamtgesellschaftliches Macht- und Ungleichheitsverhältnis schaffen: „Deutschland ist auch von kolonialrassistischen Vorstellungen, Handlungen und Erzählungen geprägt, die strukturell und institutionell unterschiedliche Auswirkungen auf den Status, sich aufhalten zu dürfen, die Gleichstellung und den sozioökonomischen Status haben. Auch auf Bildungsgerechtigkeit, Wohnungssuche, Bewegungsfreiheit, medizinische Versorgung, soziale Unterstützungssysteme und selbst auf die Zugänge zu Communities-Care wirkt diese Strukturiertheit der Gesellschaft ein“ (Gomis 2020: 3).



litische Bildungsarbeit vor die Aufgabe, die in Teilen auch verschiedenen Rassismuserfahrungen von *Black, Indigenous, and/or People of Color* (BIPoC) mitzudenken und ihre jeweiligen teilweise auch spezifischen historischen und gegenwärtigen gesellschaftlichen Kontexte aufzuarbeiten und zu untersuchen. Nicht zuletzt hinsichtlich Anti-Schwarzen Rassismus heißt das, Kolonialismus in Bildungsveranstaltungen explizit zu thematisieren.

Rassismuskritische Bildung greift Kolonialismus auf

Wenn der deutsche Kolonialismus heute thematisiert wird – das gilt auch für Bildungskontexte –, dann wird der Aspekt Rassismus meistens ausgeblendet. Es bleibt weitgehend unbenannt, wie die Kategorie „Rasse“ herangezogen wurde, um das koloniale Unternehmen zu rechtfertigen, wie dem Deutschen die vermeintlich höherwertige „weiße Rasse“ eingeschrieben wurde, um sich selbst als den Kolonisierten überlegen zu deklarieren. Es bleibt in der Regel vergessen, dass mit diesem rassistischen Überlegenheitsdenken die koloniale Ordnung durchgesetzt wurde, wie es z. B. die Kolonialkriege gegen die Nama und Ovaherero zwischen 1904 und 1908 und der erste deutsche Völkermord sowie der gesetzliche Umgang mit „Mischehen“² in der ehemaligen Kolonie Deutsch-Südwestafrika veranschaulichen. Fast immer bleibt unausgesprochen, wie die kolonialen Verbrechen ihre Rechtfertigung in Theorien deutscher Aufklärer, in den sich entwickelnden Naturwissenschaften in Deutschland und in der für Deutschland spezifischen deutschvölkischen Ideologie fanden. Die herkömmliche Beschäftigung mit der deutschen Kolonialvergangenheit – indem sie all das unbenannt lässt –, verhindert es, einen kritischen Blick darauf zu richten, wie Rassismus im Hier und Jetzt in Deutschland mit Kolonialismus zusammenhängt und auf diesen zurückgeht. Sie macht es unmöglich, die Verbindungslinien zwischen der rassistischen Gegenwart und der Vergangenheit, die uns gegenwärtigen Rassismus in seiner Komplexität verstehen lassen, zu erkennen. Der herkömmliche Umgang mit dem deutschen Kolonialismus, der Rassismus und koloniale Kontinuitäten ignoriert, erschwert es zu begreifen, wie rassistische Diskriminierung im Allgemeinen und Anti-Schwarzen Rassismus im Besonderen funktionieren und wirken.

Daraus folgt, dass gegenwärtiger Rassismus gegen Schwarze Deutsche von den meisten nicht als historisch bedingtes Phänomen und nicht in seiner strukturellen Wirkweise begriffen wird. Ein solches Begreifen ist jedoch notwendig, um Anti-Schwarzen Rassismus erkennen und schließlich langfristige Veränderungen bewirken zu können. Das greift auch der von der Bundesrepublik herausgegebene Nationale Aktionsplan gegen Rassismus explizit auf. Im Zusammenhang mit Rassismus gegen Schwarze Menschen hebt er die Notwendigkeit historisch-politischer Bildungsarbeit mit Blick auf die koloniale Vergangenheit Deutschlands und anderer Länder Europas hervor (Bundesministerium des Inneren/Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2017: 11): „Historische Ereignisse bilden immer auch Bezugspunkte, um heutige Ausein-

Selbst wenn auf die strukturellen Bezüge alltäglicher kolonialrassistischer Handlungen hingewiesen wird, wird diese politische Dimension nicht selten ignoriert. So ist es kein Einzelfall, dass sich bei dem jüngst vor dem Bundesverfassungsgericht verhandelten Fall von Rassismus, bei dem ein weißer Mann in einer Betriebsratssitzung einen Schwarzen Kollegen mit Affenlauten ansprach und danach gekündigt wurde, dieser seine rassistische Äußerung durch die Meinungsfreiheit gedeckt sieht (vgl. Zeit Online 2020).

Bis heute werden Schwarze Menschen auf vielfältige Weise mit kolonial geprägten (Sprach-)Handlungen und Bildern zu vermeintlich „Anderen“ gemacht. Dieses *Othering* ist ein zentrales Element des Rassismus: Anhand dieser Fremdzuschreibungen wird gleichzeitig als diametraler Gegensatz zu dieser Gruppe der „Anderen“ Weiß-Sein als vermeintlich natürlicher Normalzustand hergestellt. Mit diesen Gruppenkonstruktionen bzw. den daran gekoppelten Denk- und Wahrnehmungsmustern sowie Handlungen und Gefühlsweisen werden bestehende Ausschlüsse und Benachteiligungen Schwarzer Menschen in Deutschland und die Verstärkung rassistischer gesellschaftlicher Ungleichverhältnisse abgesichert und legitimiert. Die auf den Kolonialismus zurückgehende spezifische Rassismuserfahrung Schwarzer Menschen aufgreifend, erwähnt schließlich auch der Maßnahmenkatalog der Bundesregierung zur Bekämpfung von Rassismus und Rechtsextremismus mit mehreren Projekten ausdrücklich den Kampf gegen Anti-Schwarzen Rassismus. So sieht er u. a. „neue, weitere Maßnahmen im Rahmen der politischen Bildung zu spezifischen Phänomenen (Antisemitismus, Muslimfeindlichkeit, Antiziganismus, Anti-Schwarzen Rassismus)“ vor. (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2020: 4). Diese „spezifischen Phänomene“, die unterschiedlichen Formen des Rassismus, stellen die po-

andersetzen zu Ideologien der Ungleichwertigkeit [...] zu verstehen und daraus folgend dagegen vorzugehen“ (ebd.). Davon leiten sich eine Reihe von Ansprüchen an eine rassismuskritische Bildungsarbeit ab.

Rassismuskritische Bildungsarbeit ist nicht darauf zu reduzieren, bestimmte Themen zu behandeln. Sie ist für alle Lehr- und Lerninhalte relevant und eine vielschichtige themenunabhängige Aufgabe. Gleichzeitig schließt sie immer eine kritische Auseinandersetzung mit dem Aspekt Rassismus ein. Rassismuskritische Bildung macht Rassismus zum Thema, um das Verständnis von Rassismus als strukturelle Diskriminierungsform und die Fähigkeit, rassistische Diskriminierungen wahrzunehmen, zu fördern. In diesem Zusammenhang ist auch das Thema Kolonialismus relevant. In der Auseinandersetzung mit Rassismus kommt dem Kolonialismus als Kontext für die Entstehung des modernen europäischen Rassismus in Deutschland eine zentrale Bedeutung zu.

Rassismuskritische Bildung greift Kolonialismus dabei als relevantes Ereignis auf, das gesellschaftliche Verhältnisse in Deutschland bis heute prägt. Sie thematisiert Kolonialismus, um Rassismus in seiner Funktions- und Wirkweise erkennen und besser verstehen sowie seine vielfältigen heutigen Erscheinungsweisen angemessen analysieren zu können. Nur so können eine historisch bedingte Verantwortung, gegen heutigen Rassismus einzutreten, ausgebildet und Möglichkeiten für verändertes Handeln ausgelotet werden. Denn, mit Astrid Messerschmidts Worten formuliert: „Solange die im Kolonialismus begründeten Herrschaftsmuster nicht reflektiert werden, kommt es zur Wie-

derholung derselben. Sie stellen sich durch einen Mangel an Kritik immer wieder her“ (Messerschmidt 2009: 28).

Neue Aufgaben und Herausforderungen für Pädagoginnen und Pädagogen

Rassismus und Kolonialismus im Schulunterricht rassismuskritisch zu behandeln ist voraussetzungsreich. Es stellt an Pädagoginnen und Pädagogen große Anforderungen und bedarf einer sorgfältigen Vorbereitung. Die Qualität des Unterrichts steht und fällt mit dem eigenen Wissen über Zusammenhänge zwischen Rassismus und Kolonialismus sowie zu rassistischer Diskriminierung im Allgemeinen. Zum einen stoßen Lehrkräfte häufig auf problematische Bildungsmaterialien, mit denen sie produktiv umgehen müssen, wenn diese benutzt werden sollen. Die Schulbuchforschung hat aufgezeigt, dass aktuelle Bildungsmaterialien die Kolonialzeit auf relativierende, verharmlosende und einseitige Art und Weise darstellen. In Schulbüchern kommt das Thema Kolonialismus also durchaus vor, aber es wird vielfach nicht rassismuskritisch verhandelt. Beispielsweise werden die Sichtweisen der Kolonisierten sowie deren Eigensinn und Widerstand gegen die Kolonisierung nicht angesprochen. Das zeigt, dass es nicht bloß reicht, Kolonialismus aufzugreifen. Es geht vor allem auch darum, wie das Thema aufbereitet wird: Welche Perspektiven werden wiedergegeben und welche nicht? Welches Selbstbild und welches Bild des „Anderen“ werden angeboten? Wird Rassismus explizit behandelt? Kommen Gegnerinnen



Rassismuskritische Bildung greift Kolonialismus als relevantes Ereignis auf, das gesellschaftliche Verhältnisse in Deutschland bis heute prägt. Sie thematisiert Kolonialismus, um Rassismus in seiner Funktions- und Wirkungsweise erkennen, verstehen und seine vielfältigen heutigen Erscheinungsformen angemessen analysieren zu können.

picture alliance/dpa

und Gegner von Kolonialismus und Rassismus vor? Wird eine postkoloniale Perspektive angeboten, die die Schülerinnen und Schüler für koloniale Kontinuitäten sensibilisiert? Wird dabei auch Rassismus direkt angesprochen? Pädagoginnen und Pädagogen sind herausgefordert, die von ihnen benutzten Materialien auf diese Fragen hin zu analysieren und einzuüben, bedenkliche Inhalte kritisch aufzugreifen.

Zum anderen verlangt die Unterrichtsgestaltung zwingend die Bereitschaft, sich selbst kritisch zu reflektieren. Pädagoginnen und Pädagogen stehen vor der Aufgabe, zu hinterfragen und jederzeit mitzudenken, dass sie selbst in die thematisierten Machtwirkungen und Ungleichverhältnisse involviert sind. Auch sie haben von klein auf an kolonialrassistische Bilder und Handlungsweisen erlernt und verinnerlicht. Vor allem weiße Personen wiederholen diese häufig unbewusst. Das gilt selbst dann, wenn das eigene Bildungshandeln mit guten Absichten gegen Rassismus ausgerichtet wird. Kolonialrassistische Wissensbestände können z. B. unbewusst beeinflussen, wie Lehrkräfte Schwarze Schülerinnen und Schüler ansprechen und mit diesen interagieren, wie sie Unterrichtsmaterialien auswählen und kommentieren, Leistungen erwarten sowie bewerten oder Noten vergeben und Empfehlungen aussprechen. Für weiße Pädagoginnen und Pädagogen bringt rassismuskritische Bildungsarbeit deshalb auf der einen Seite spezifische Herausforderungen mit sich. Auf der anderen Seite birgt sie aber auch besondere Potenziale, z. B., dass Weiße beim Sprechen über Rassismus die mit ihrer Position verbundene Deutungshoheit einsetzen können. Für *Black, Indigenous, and/or People of Color*-Pädagoginnen und Pädagogen gilt das gleichermaßen. Sie können – als Chance – empowernde Identifikationsangebote für *Black, Indigenous, and/or People of Color*-Schülerinnen und Schüler schaffen. Als Herausforderung müssen sie wiederum beim Behandeln von Rassismus selbst mit rassistischen Zuschreibungen rechnen. Die eigene Positionierung von Lehrkräften hinsichtlich Rassismus ist bedeutsam für die jeweils eigene Sichtweise und Erfahrung im Lehr- und Lernraum. Daraus ergibt sich die Aufgabe, die an die eigene Positionierung gebundenen Chancen für die Unterrichtsgestaltung auszuloten und die an sie geknüpften Schwierigkeiten zu reflektieren.

Grundsätzlich erfordert rassismuskritische Bildungsarbeit zum Themenfeld Kolonialismus, wie jedes rassismuskritische Bildungshandeln, eine gewisse Fehlerfreundlichkeit zusammen mit der Bereitschaft, sich immer wieder zielführend verunsichern zu lassen und selbst dazuzulernen. Die Gefahr, dass es zu Ausschlüssen kommt, wenn der Zusammenhang zwischen Kolonialismus und Rassismus behandelt wird, ist niemals vollständig abzuwenden, egal wie gut ich als Lehrkraft plane. Eine rassismusfreie Bildungsarbeit gibt es nicht. Irgendwann kommt es immer zu rassistischen Ausschlüssen, ob durch die Lehrkraft oder durch Schülerinnen und Schüler verursacht. Es geht darum, einen produktiven Umgang mit diesen vorhersehbaren Rassismusreproduktionen zu finden. Pädagogische Fachkräfte dürfen sich nicht von der Angst, etwas „falsch“ zu machen, ausbremsen lassen. Sie müssen lernen, die Widersprüche, die rassismuskritische Bildungsarbeit immer mit sich bringt und Pädagoginnen und Pädagogen nicht selten stark verunsichert, aushalten zu können. Rassismuskritische Bildungsarbeit zu Kolonialismus ist niemals frei von Verstrickung. Sie hält Spannungen aus, anstatt sich an Richtig/

falsch-Bewertungen zu orientieren. Bereits wenn von „Schwarzen“ und „weißen“ Menschen gesprochen wird, werden beispielsweise bis heute machtvolle rassismusrelevante Differenzlinien und Kategorisierungen bestätigt. Dieses Dilemma ist nicht auflösbar. Wir müssen uns auf die Zusammenhänge, die wir kritisieren wollen, beziehen, um sie in Frage stellen zu können. Dazu gehört auch, zu benennen, wer durch Rassismus aus- und wer eingeschlossen wird.

Gleichzeitig verlangt der pädagogische Umgang mit dem Themenkomplex Kolonialismus und Rassismus, den Lernraum jederzeit so verletzungsfrei wie möglich zu gestalten. Das bedeutet, nicht mehr auf rassistische Wissensbestände zurückzugreifen als dies die Kritik am Rassismus verlangt. Anne Broden bringt es auf den Punkt, dass die Herausforderung rassismuskritischer Bildungsarbeit darin besteht, „ein feines Gefühl dafür zu entwickeln, wann Differenzlinien relevant sind und thematisiert werden müssen, und wann sie irrelevant sind, ihre Thematisierung zu einer Erzeugung der Anderen als Anderer führen würde“ (Broden 2015: 16). Sich selbst fehlerfreundlich gegenüber zu sein, entbindet damit nicht von der Verantwortung, möglichst zielführenden rassismuskritischen Unterricht zu gestalten. Seitens weißer Pädagoginnen und Pädagogen, die selbst über kein Erfahrungswissen zu Rassismus verfügen, verlangt dies in besonderer Weise, sich in einen kontinuierlichen eigenen Lernprozess zu Rassismus und der eigenen Rolle darin zu begeben. Hierfür braucht es Räume und regelmäßige Angebote, um sich als Lehrkraft über rassistische Diskriminierung zu informieren, auszutauschen und fortzubilden.

Fazit

Rassismus in der Schule kritisch zu begegnen, beschränkt sich nicht darauf, Kolonialismus rassismuskritisch zu behandeln. Allerdings ist dies ein wesentlicher Baustein rassismuskritischer Bildung. Ohne die kritische Aufarbeitung von Kolonialismus im Zusammenhang mit Rassismus und seinen Kontinuitäten bis in die Gegenwart kann rassismuskritische Bildungsarbeit und das Eintreten gegen Rassismus bzw. konkret Anti-Schwarzen Rassismus nicht gelingen. Gleichzeitig ist rassismuskritische Bildungsarbeit noch viel mehr. Neben der Entwicklung neuer rassismuskritischer Bildungsmaterialien zu Kolonialismus und einem veränderten Handeln der Pädagoginnen und Pädagogen schließt sie auch die Initiierung institutioneller Veränderungen ein. Auf diese ebenfalls notwendigen schulinternen Schritte, die z. B. die Einführung einer festen Ansprechperson zu Rassismus oder Leitfäden zum Umgang mit Rassismusbeschwerden umfassen, kann an dieser Stelle nur verwiesen werden. Es muss grundsätzlich der umfassende Wirkungsbereich von Rassismus, zu dem schließlich neben Anti-Schwarzem Rassismus noch weitere Ausprägungsformen gehören, in der Gesellschaft im Allgemeinen und in der Schule im Besonderen berücksichtigt werden, wenn Schulunterricht wirksam gegen Rassismus ausgerichtet werden soll.

LITERATUR

- Alexopoulou, Maria (2018): Rassismus als Kontinuitätslinie in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 38–39/2018, S. 18–24.
- Antirassistisch-Interkulturelles Informationszentrum Berlin e. V. (o. A.): Hier und jetzt! | Kolonialismus und Kolonialrassismus im Schulunterricht. URL: http://www.aric.de/projekte/hier_und_jetzt/ [27.11.2020].
- Barry, Céline (2019): Der Schwarze Atlantik ist der Himmel, unter dem wir uns verbinden – Vorstellung von EACH ONE, einer Beratungsstelle von und für Schwarze Menschen. In: apabiz & MBR Berlin (Hrsg.): Berliner Zustände 2018. Ein Schattenbericht über Rechtsextremismus, Rassismus und Diskriminierung. Berlin, S. 14–19.
- Bönkost, Jule (2017): Straßenumbenennung, weißer Stress und die Notwendigkeit rassismuskritischer Bildung – Ein Diskursbeitrag zur medialen Debatte über die Umbenennung von Straßen im „Afrikanischen Viertel“ in Berlin. antifra*. URL: <http://antifra.blog.rosalux.de/strassenumbenennung-und-weisser-stress> [27.11.2020].
- Brodin, Anne (2015): Edelsteine und Stolpersteine einer rassismuskritischen Bildungsarbeit. In: Knieper, Rolf/Khan, Elizaveta (Hrsg.): Projekt DIMENSIONEN: Der NSU und seine Auswirkungen auf die Migrationsgesellschaft. Ein Methodenreader für Multiplikator_innen in der Jugend- und Bildungsarbeit. Herausgegeben im Auftrag des IDA e. V., Düsseldorf, S. 14–20.
- Bundesministerium des Inneren/Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2017): Nationaler Aktionsplan gegen Rassismus. Positionen und Maßnahmen zum Umgang mit Ideologien der Ungleichwertigkeit und den darauf bezogenen Diskriminierungen. Frankfurt am Main.

UNSERE AUTORIN



Dr. Jule Bönkost, Amerikanistin und Kulturwissenschaftlerin, leitet das IDB | Institut für diskriminierungsfreie Bildung (IDB) in Berlin und das Bildungsprojekt „Hier und jetzt! Kolonialismus und Kolonialrassismus im Schulunterricht“ beim Antirassistisch-Interkulturellen Informationszentrum ARiC Berlin e. V.

- Decolonize Berlin e. V. (2020): Decolonize Berlin. URL: <https://decolonize-berlin.de> [26.11.2020].
- Gomis, Saraya (2020): Der Schwarze Atlantik in Deutschland. Ein Blick zur Schnittstelle von Anti-Schwarzem Rassismus und Schule. In: Überblick, Heft 2/2020, S. 3–5.
- Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung in NRW (IDA-NRW) (2020): Kein Einzelfall! Funktionsweisen und Auswirkungen von Anti-Schwarzem Rassismus. Überblick, Heft 2/2020.
- KZ-Gedenkstätte Neuengamme in Zusammenarbeit mit der Universität Augsburg und der Universität Hamburg (Hrsg.) (2019): Verflechtungen. Koloniales und rassistisches Denken und Handeln im Nationalsozialismus. Voraussetzungen – Funktionen – Folgen. Materialien für die Bildungsarbeit. Neuengammer Studienhefte 5. Hamburg.
- Messerschmidt, Astrid (2009): Weltbilder und Selbstbilder. Bildungsprozesse im Umgang mit Globalisierung, Migration und Zeitgeschichte. Frankfurt am Main.
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (2020): „Maßnahmenkatalog des Kabinettsausschusses zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus“. URL: <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/997532/1819984/4f1f9683cf3faddf90e27f09c692abed/2020-11-25-massnahmen-rechtsextremi-data.pdf?download=1> [27.11.2020].
- Tahir, Della (2020): Dekolonisiert euch – Von der kolonialen Amnesie Deutschlands und welche Rolle Straßennamen dabei spielen (können), um sie abzubauen. In: ARiC (Berlin) e. V. (Hrsg.): Dokumentation zum Projekt „Hier und jetzt! Kolonialismus und Kolonialrassismus im Schulunterricht 2020. URL: http://www.aric.de/projekte/hier_und_jetzt/ (im Erscheinen)
- United Nations General Assembly, Human Rights Council (Ed.) (2017): Report of the Working Group of Experts on People of African Descent on its mission to Germany. URL: <https://documents-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/G17/238/67/PDF/G1723867.pdf?OpenElement> [25.11.2017].
- Zeit Online (2020): Bundesverfassungsgericht stellt Menschenwürde über Meinungsfreiheit. URL: <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2020-11/diskriminierung-urteil-bverfg-kuendigung-betriebsrat-menschenwuerde-meinungsfreiheit> [27.11.2020].

ANMERKUNGEN

- Der Begriff „Schwarz“ meint die gewählte und positiv gedeutete Selbstbezeichnung einer Person oder Gruppe als Reaktion auf rassistische Abwertung. „Schwarz“ ist keine dem Rassismus vorgängige Kategorie, sondern entspringt diesem. Das Adjektiv wird großgeschrieben, um diese Bedeutung zu markieren. Die Kursivsetzung des als rassismuskritische Analysekategorie verwendeten Begriffes „weiß“ soll auf den Konstruktionscharakter dieser sozialen Position hinweisen.
- Um die „Rassenreinheit“ zu wahren, wurden in der ehemaligen deutschen Kolonie Deutsch-Südwestafrika 1905 die sogenannte „Mischehe“ gesetzlich verboten und 1907 die Ehen zwischen weißen deutschen Männern und Schwarzen Frauen rückwirkend annulliert.

Politische Bildung auf Social Media

News aus Politik, Landeskunde und der Lpb



/lpb.bw.de



lpb.bw



@lpbbw



/user/lpbbw

lpb
BW

Der afrikanische Krieger – Sieben Vorschläge zum Umgang mit der kolonialen Vergangenheit

Moritz Holfelder

In den westlichen Gesellschaften wurde das koloniale Gedankengut nie konsequent aufgearbeitet. Die Beschäftigung mit unserer Kolonialgeschichte ist längst überfällig. Die uns heute noch prägenden Vorstellungen, Denkweisen und Sprachmuster, die auf jene Zeit zurückgehen, müssen auf den Prüfstand gestellt werden. Moritz Holfelder unterbreitet Vorschläge, wie dieser kolonialen „Amnesie“ wirksam begegnet werden kann. Er plädiert u. a. für eine umfassende Aufklärung, mahnt die stärkere Verankerung des Themas in den Lehr- und Bildungsplänen an und fordert eine rassismuskritische Auseinandersetzung mit alltäglichen und nicht hinterfragten Sprachmustern. Exemplarische Literatur- und Filmempfehlungen sind als Anregung gedacht, sich mit den Spuren und Spätfolgen des Kolonialismus zu beschäftigen. Einen wertvollen Beitrag leisten auch immer mehr Museen, indem sie zu relevanten Orten für historische Reflexion und neue Denkprozesse werden, möglichst in Form kooperativer Projekte, in denen die weiße Deutungshoheit nicht mehr dominiert.

Klärt auf!

Ein stattlicher Krieger der Wahehe bewacht den Toreingang. Erhöht steht er auf dem Abschluss einer kleinen Balustrade. Er ist barfuß. Seinen nackten Körper umspannt unterhalb des Bauches ein Lendenschurz. Mit der linken Hand stützt er sich auf ein Schild, in der rechten hält er einen nach oben leicht zulaufenden Stab, dessen Zweck seltsam uneindeutig bleibt: Hiebwaffe? Gebrauchsgegenstand? Hirtenstock? Wer in Bibliotheken oder im Internet forscht, wird darauf stoßen, dass dem Krieger vor dem Hamburger Afrikahaus die untere Fortsetzung des Stabes fehlt. Auf älteren Fotos der Bronzestatue ist zu sehen, dass es sich um eine Lanze handelt. Warum aber ist die verschwunden, und wohin? Nur mit dem oberen Lanzenrest in der Hand wirkt der *Afrikanische Krieger* ein wenig lächerlich. So wird ihm sein erhabener Auftritt genommen. Schwerwiegender ist allerdings, dass die Besucherinnen und Besucher des Afrikahauses prinzipiell nichts, rein gar nichts über ihn erfahren. Warum steht er überhaupt dort? Handelt es sich um ein Individuum oder um eine stereotype Darstellung? Keine Tafel mit einer Erläuterung klärt die Betrachtenden auf.

Links des Toreingangs wurde an der Hauswand lediglich ein blaues Emailschild angebracht, auf dem in weißer Schrift steht, dass das Afrikahaus „1899 im Auftrag von Adolph und Eduard Woermann für die 1837 gegründete Firma C. Woermann, die Woermann-Linie und die Deutsche Ost-Afrika-Linie nach Plänen von Marin Haller erbaut“ wurde, weiterhin dass das Gebäude „den Bautyp

des Hamburger Kontorhauses um 1900“ dokumentiere und „die Kriegerfigur“ von Walter Sintenis¹ stamme. Aber das ist es dann auch schon an Informationen. Kein Wort zur Rolle der Firma Woermann² während der deutschen Kolonialzeit, keine Erläuterung, wer die Ethnie der Wahehe³ war und was überhaupt den *Afrikanischen Krieger* mit einem alten Handelshaus in der Hamburg Innenstadt verband. Dabei würde ein Mindestmaß an notwendiger Aufklärung keinen großen Aufwand bedeuten – die Fakten sind in der entsprechenden Forschung alle belegt: Hamburg war im 19. Jahrhundert eine wichtige Drehscheibe des kolonialen Warenverkehrs zwischen Afrika und Europa, von hier wurde die Ausbeutung von Ländern wie Kamerun, Liberia oder Gabun koordiniert. Die Firma Woermann beteiligte



Nur mit dem oberen Lanzenrest in der Hand wirkt der *Afrikanische Krieger* wenig erhaben. Schwerwiegender ist allerdings, dass die Besucherinnen und Besucher des Hamburger Afrikahauses prinzipiell nichts, rein gar nichts über ihn erfahren. Warum steht er überhaupt dort? Handelt es sich um ein Individuum oder eine stereotype Darstellung?

Foto: M. Holfelder

sich als eines der wichtigsten Kaufmannshäuser der Hansestadt an Unternehmungen, die nach heutigen Maßstäben als Völkermord oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit⁴ betrachtet werden müssen; und der stolz wirkende *Afrikanische Krieger*, der sich im Hamburger Zentrum zwischen Speicherstadt und Rathaus schon immer fremd gefühlt haben muss, war 1901 als eine Art exotisches Feigenblatt für die Weltläufigkeit der Firma installiert worden, genauso wie die beiden lebensgroßen Elefanten aus glasiertem Backstein im Hinterhof des Afrikahauses: Schaut her, ferne Länder sind faszinierend und wundersam, unser Unternehmen nähert sich ihnen, so aufgeschlossen wie menschenfreundlich; die Ureinwohner des Landes, mit dem wir handeln, sind edle Schwarze, selbstbewusste Kämpfer, denen wir – so soll es die Statue zeigen – voller Respekt begegnen. Entgegen der Imagekampagne nach außen sah die Wahrheit dahinter ganz anders aus.

Wenn in unseren Tagen weltweit Menschen auf die Straße gehen, um unter der kämpferischen Parole *Black Lives Matter* gegen Rassismus, Diskriminierung und Polizeigewalt zu protestieren, dann ist das nicht nur ein momentanes Aufbegehren gegen Unrecht und Ungerechtigkeit, sondern historisch eng verwoben mit den Jahrhunderten gewaltvoller Unterdrückung, mit Sklaverei, Kolonialismus und dem Imperialismus weißer Männer, ganz zu schweigen von der in westlichen Gesellschaften nie konsequent vollzogenen Aufarbeitung entsprechenden Gedankenguts. Spuren dieser Zeit, deren Auswirkungen noch zu spüren sind, auch im aktuellen Verhältnis zwischen Europa und Afrika, finden sich nach wie vor viele in unseren Städten. Straßen und öffentliche Einrichtungen tragen immer noch die Namen von Kolonialverbrechern. Alte Denkmäler verherrlichen ungehört die Zeit, als deutsche Truppen Kriege in afrikanischen Ländern führten. Und Gebäude wie das Hamburger Afrikahaus führen durch Dekor und unkommentierte Ausstattung die Sage vom (irgendwie) fairen Handel mit weit entfernten Völkern fort. So lange solche kolonialistische Auführungen sowie historische Ansichten nicht kritisch, offen und breit in der Gesellschaft diskutiert werden, wird sich unser Blick auf die Menschen aus dem globalen Süden und deren Nachfahren kaum ändern. Gebt dem *Afrikanischen Krieger* in Hamburg also nicht nur seine Lanze zurück, sondern bekennt euch endlich auch sichtbar zu den dunklen Seiten eurer Geschichte. Eine Firma wie C. Woermann müsste das längst getan haben!

Verändert die Lehrpläne!

Wer kann die deutschen Kolonien auf dem afrikanischen Kontinent aufzählen?⁵ In welcher Zeit waren sie unter deutschem Protektorat?⁶ Warum endete die deutsche Kolonialzeit?

Drei harmlose Fragen, die vermutlich kaum ein Jugendlicher/eine Jugendliche zumindest ansatzweise wird beantworten können, aber auch die meisten Erwachsenen dürften vermutlich schnell an ihre Grenzen stoßen, ausgenommen Historikerinnen, Historiker und Menschen, die sich sowieso mit dieser Epoche beschäftigt haben.

Wer Rassismus und Populismus bekämpfen will, muss bei den Wurzeln ansetzen. Die Welteroberungspläne europäischer Machthaber, Gelehrter und Abenteurer haben ihren Ursprung Ende des 15. Jahrhunderts.⁷ Sklavenhandel und Ausbeutung auf dem afrikanischen Kontinent begannen



Der *Afrikanische Krieger* ist eine Art exotisches Feigenblatt für die Weltläufigkeit der Firma Woermann. Die Statue stammt von Walter Sintenis (1867–1911), einem deutschen Bildhauer, der nach seiner Ausbildung in Dresden und Brüssel um die vorletzte Jahrhundertwende bekannt wurde. Das Standbild war 1901 die erste Arbeit von ihm, die Aufmerksamkeit erregte.

Archiv: M. Holfelder

Anfang des 16. Jahrhunderts. Mit der neuzeitlichen Form des Kolonialismus im 18. und 19. Jahrhundert wurden nicht nur großflächige auswärtige Territorien geschaffen, sondern auch Unterwerfung, Vertreibung oder Ermordung der ansässigen Bevölkerung vorangetrieben. In den Lehrplänen deutscher Schulen werden die Ausprägungen des Kolonialismus allenfalls gestreift. Dabei hängt unser Verhalten – sowohl in der Gegenwart als auch in Bezug auf die Zukunft – stark davon ab, ob wir unsere Geschichte kennen. Der entkommen wir nicht.

Denkt über Sprache nach!

Was darf man (noch) sagen? Und was nicht? Welche Worte besitzen einen rassistischen Unterton? Und welche haben ihre Wurzeln im Kolonialismus? Welche verstören, diskriminieren oder verletzen andere Menschen?⁸

Seit Sprache in den letzten Jahren so richtig in Bewegung gekommen ist und kritisch reflektiert wird, durch #MeTwo, durch *Black Lives Matter*, durch das Gendern, fragt man sich immer wieder: Welches ist die richtige Bezeichnung für einen Sachverhalt oder eine Person? Das *N-Wort* wurde erfunden als eine nichtdiskriminierende Bezeichnung für Menschen des globalen Südens, für Menschen mit dunkler Hautfarbe, für Menschen mit afrikanischen Wurzeln. Darf man noch sagen, was das *N-Wort* eigentlich bedeutet? Oder soll man die Bezeichnung gar nicht mehr in den Mund nehmen?

In einem Artikel zur afrikanischen Diaspora in Deutschland⁹ setzt sich die aus São Tomé e Príncipe und Portugal stammende Schriftstellerin, Dozentin und Psychologin Grada Kilomba mit dem *N-Wort* auseinander. Ihre Zeilen zeugen von einer tiefen Verunsicherung: „Als ich diesen Text schrieb, musste ich zunächst überlegen, wie ich das *N-Wort* benutzen kann, denn das Wort ist schmerzhaft. Wenn ich in diesem Artikel statt des Euphemismus ‚*N-Wort*‘ den Begriff ‚*N.*‘ ausschreibe, dann, um ihn zu dekonstruieren. Das ist eine für mich schwierige Entscheidung, verletzend sogar, denn das *N-Wort* ist kein neutrales Wort, es ist ein weißes Konzept – ein Begriff, der mich in eine koloniale Ordnung zwingt.“

Lest Bücher!

Und zwar für ein halbes Jahr einfach solche, in denen es in irgendeiner Form um die Zeit des Kolonialismus und dessen Folgen geht. Das bedeutet nicht, dass man dafür nur gehaltvolle Sachbücher lesen muss. Ganz im Gegenteil. Drei Empfehlungen:

- Olivia Wenzel: *1000 serpentinae angst*. München 2020 (S. Fischer Verlag). Die 1985 in Weimar geborene Autorin schreibt in ihrem Debütroman, nominiert für den Deutschen Buchpreis 2020, über eine junge Frau, die sie selbst sein könnte: aufgewachsen in der DDR, Vater (schwarz) aus Sambia, Mutter (weiß) aus Ostdeutschland. Wenzel selbst bezeichnet ihr Buch in mehreren Interviews als „Coming-out of not being white“.

Leseprobe:

Ich denke plötzlich an einen Tag am See.

WELCHER TAG?

Als ich baden gehen wollte, und dann war da nur rechter Terror.

DAS KLINGT ABGEDROSCHEN.

National befreite Zonen, so was halt.

WIE VIELE SCHWIMMABZEICHEN HAST DU?

... rechter Terror ist, am See zu sitzen und vier Nazis kommen, zwei Frauen und zwei Männer. Sie sehen uns nicht, wir sitzen weit hinten im Schatten und haben trotzdem Angst.

- Tiffany Jewell, Aurélia Durand: *Das Buch vom Anti-Rassismus*. Berlin 2020 (Deutsche Übersetzung beim Zuckersüß Verlag). Das Sachbuch für junge Erwachsene, das

ein *New York Times*-Bestseller war, hat den Untertitel: „20 Lektionen, um Rassismus zu verstehen und zu bekämpfen“. Die in den USA lebende Autorin Tiffany Jewell und die aus Paris stammende Illustratorin Aurélia Durand schaffen es, auf leichte und zugleich ernsthafte und nachvollziehbare Weise Fragen zu stellen und zu beantworten: Was ist Rassismus? Woher kommt er? Warum existiert er? In Kapitel 7 „Die Geschichte, die wir in uns tragen“ geht es um den Kolonialismus.

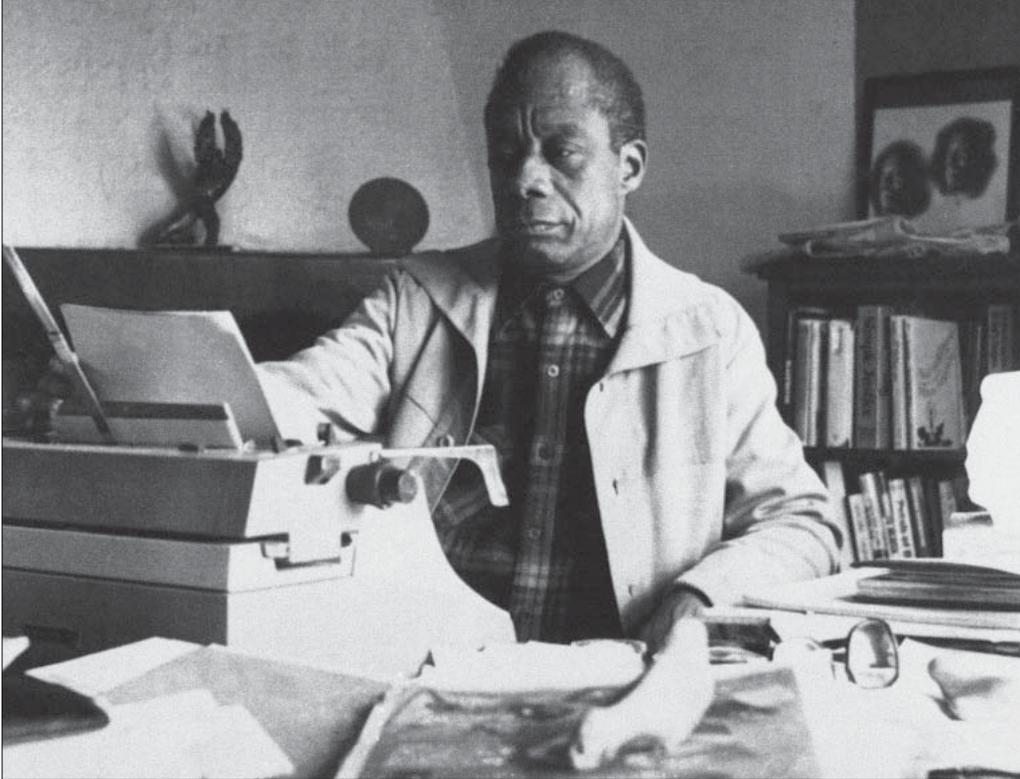
Leseprobe:

*Weißer Europäer*innen kolonisierten einen großen Teil der Erde, der längst von Menschen bewohnt wurde. Die Kolonisation trennte Menschen von ihren Familien, ihrer Sprache und ihrem Land. Die Folgen der Kolonialherr*innenschaft wirken bis heute nach; da ist noch viel Versöhnungsarbeit zu leisten. (...) Heute ist die Beziehung zwischen Kolonisator*innen und Kolonisierten eine von Hilfe und Wohltätigkeit. Die kolonisierten Menschen und Länder wurden ihrer Schätze und ihres Wohlstandes beraubt und brauchen jetzt Unterstützung, um zu überleben. Diese Beziehung lässt sich als White Saviorism bezeichnen. Gutmeinende Menschen wollen Menschen retten, die einst ihrer Ressourcen beraubt wurden, statt ihnen ihre Macht zurückzugeben und die eigenen Privilegien aufzugeben.*

- Bernardine Evaristo: *Mädchen, Frau etc.* Stuttgart 2021 (J. G. Cotta'sche Buchhandlung). Mit einem bisweilen galligen Humor beschreibt die Autorin das Leben britischer schwarzer Familien. Bernardine Evaristo, die erste schwarze Engländerin, die je den renommierten Booker Prize gewann (leben für *Mädchen, Frau etc.*), erzählt eine episodenhafte Geschichte über zwölf Frauen zwischen 19 und 93 sowie deren Lebenspartnerinnen und Lebenspartner. Jede bekommt ein Kapitel. Mit Amma, einer schwarzen Regisseurin, die zum ersten Mal ein Stück am *National Theatre* in London inszeniert, beginnt das Buch; mit der Premierenparty endet es. In einer lichten und frischen Sprache, die auf Interpunktion verzichtet, geht es um Herkunft, koloniale Wurzeln, Diskriminierung, Klassengrenzen, Geschlechterrollen, Lebenslust, Feminismus und Rassifizierung, wie die Autorin das nennt. Im Schlusskapitel ist es Roland, ein schwarzer Professor, der Amma als erster zur gelungenen Premiere gratuliert. Kurz wird die Geschichte seiner Familie skizziert.

Leseprobe:

Seine Eltern hätten es auf dem ach so großartigen englischen Land kein halbes Jahr ausgehalten, als sie damals, in den Sechzigern, aus Gambia hierhergekommen seien, weil sie nämlich von rabiaten Rassisten aus dem Dorf gejagt wurden (...) anders gesagt, (...), es gibt Gründe dafür, dass so viele Schwarze (normalerweise vermeidet Roland das Schlagwort ‚Schwarz‘ in der Öffentlichkeit so weit wie möglich – viel zu plump für seinen Geschmack) in den großen Städten gelandet sind, weil ihr uns nämlich auf keinen Fall in der Nähe eurer grünenden Auen und rotwangigen Maiden haben wollten.



Der afroamerikanische Schriftsteller und Essayist James Baldwin war in den 1960er-Jahren Teil der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung. Er war mit Martin Luther King und Malcolm X befreundet. Martin Luther King und Malcolm X bewegten viel in ihrem Kampf gegen die Diskriminierung der schwarzen Bevölkerung in den USA. Beide wurden erschossen.

picture alliance/dpa

Seht Filme!

Und zwar für ein weiteres halbes Jahr nur jene, in denen es in irgendeiner Form um die Zeit des Kolonialismus und dessen Folgen geht. Das bedeutet nicht, dass man nur anstrengende Dokumentarfilme gucken muss. Ganz im Gegenteil. Drei Empfehlungen:

■ Radha Blank: *Mein 40-jähriges Ich – The 40-Year-Old Version* (bei Netflix). Die autobiographische Komödie, für die Radha Blank das Drehbuch schrieb, Regie führte und in der sie auch die Hauptrolle spielt, begeistert als eine berührend freche Abrechnung mit der weißen Theaterszene New Yorks. Radha Blank ist in der Rolle als afroamerikanische Dramatikerin, die nicht zum Zuge kommt und dann ihre Liebe zum Rap entdeckt, schlicht umwerfend.

■ Raoul Peck: *I'm Not Your Negro* (Website der Bundeszentrale für politische Bildung)¹⁰. Der haitianische Filmemacher Raoul Peck gewann mit seinem Dokumentarfilm über den afroamerikanischen Schriftsteller und Essayisten James Baldwin „*I Am Not Your Negro*“ 2016 den Publikumspreis der Berlinale und war auch für den Oscar nominiert. Baldwin war in den 1960er-Jahren Teil der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung. Seine Freunde hießen Martin Luther King und Malcolm X. Die beiden bewegten viel in ihrem Kampf gegen die Diskriminierung der schwarzen Bevölkerung in den USA. Beide wurden erschossen.

Der Regisseur begreift seinen Film als Orientierungshilfe in einer immer unübersichtlicher werdenden Welt: „Wo stehen wir heute? Wie sehen wir die Welt um uns herum? Wie nehme ich die Realität wahr durch diesen andauernden Nebel der Unübersichtlichkeit? Wir werden jeden Tag durchs Fernsehen mit dieser Verwirrung bombardiert, ebenso durch Facebook und Twitter. Wir denken gar nichts mehr zu Ende, sondern fühlen uns gezwungen, immer schnelle Antworten parat zu haben. Baldwin erinnert uns daran, dass es auch anders geht. Dass wir gleichzeitig auf unsere Vergangenheit und unsere Gegenwart schauen sollten.“

■ Ekwa Msangi: *Farewell Armor* (bei MUBI). Die junge tansanisch-amerikanische Regisseurin Ekwa Msangi erzählt in ihrem Kinodebüt über Migrationserfahrungen von Menschen aus Afrika in den USA. Ein aus Angola stammender und als Migrant seit langer Zeit in New York lebender Mann sieht nach 17 Jahren Trennung endlich seine Frau und seine mittlerweile fast erwachsene Tochter wieder. Er holt sie am *John F. Kennedy International Airport* ab. Die Regisseurin vermeidet bei solchen Szenen jegliche Sentimentalität, jeden Kitsch. Komplex ist dieser Film – und kompliziert die Situation für die kleine Familie. Die siebzehnjährige Tochter muss sich an ein fremdes Land und eine fremde Kultur gewöhnen. Sie fängt an, die Stadt für sich zu entdecken. So erzählt dieser Film drei Geschichten: Ein familiäres Immigranten-schicksal, ein Drama vom Erwachsenwerden sowie die schon lange währende Geschichte der Verschmelzung von Kulturen.

Besucht Museen!

Viele ethnologische Museen orientieren sich seit ein paar Jahren neu. Die meisten haben sich andere Namen gegeben – heißen jetzt nicht mehr Völkerkundemuseum, sondern haben Bezeichnungen gewählt wie das Hamburger „Museum am Rothenbaum. Kulturen und Künste der Welt“, das Münchner „Museum Fünf Kontinente“ oder das Stuttgarter „Linden-Museum“. Der Blick auf die Völkerkunde und Ethnologie, die lange Zeit die koloniale Herrschaft über große Teile der Welt begleitet haben, mal dienend, mal skeptisch, wandelt sich umfassend. Fast alle Museen sind dabei, ihre Afrika-Abteilungen neu zu konzipieren und die Geschichte des Kolonialismus und der damit verbundenen Objekte anders und ausführlicher darzustellen als bisher. Es geht um neue Wege in der Kooperation mit Herkunftsländern in Afrika sowie bei der Provenienzforschung, also in dem Bemühen, die Geschichte von Gegenständen, die aus den ehemaligen Kolonien nach Europa kamen, gründlich aufzuarbeiten: Unter welchen Umständen wechselten

sie ihre Besitzer? Müssen sie zurückgegeben werden? Wer sind die Nachfahren von Menschen, die unterdrückt und beraubt wurden?

Solidarisiert euch!

Es gibt einige Vereine, die sich mit der Geschichte der Kolonisierung der Welt und ihrer Aufarbeitung beschäftigen – wie etwa *Decolonize Berlin*, *münchen postkolonial* oder *Forum Afrikanum Stuttgart*. Oft arbeiten sie eng mit Museen, Theatern oder anderen Kultureinrichtungen zusammen. Jede bzw. jeder Einzelne kann für sich nicht viel bewegen. Es macht Sinn, Netzwerke zu bilden, sich bestehenden Gruppierungen anzuschließen und andere dafür zu begeistern. Die Augen öffnen, zuhören, sich streiten, neue Perspektiven entwickeln und Veränderungen anstoßen.

ANMERKUNGEN

1 Walter Sintenis (1867–1911) war ein deutscher Bildhauer, der nach seiner Ausbildung in Dresden und Brüssel um die vorletzte Jahrhundertwende bekannt wurde. Das Standbild des *Afrikanischen Kriegers* war 1901 die erste Arbeit von ihm, die Aufmerksamkeit erregte. Später folgten noch Statuen für die Lukaskirche Dresden und einige Arbeiten, die sich heute in der Skulpturensammlung Dresden befinden. Mit dem Hamburger Reeder- und Kaufmannshaus Woermann verband ihn eine berufliche Freundschaft – für den 1880 gestorbenen Carl Woermann schuf er eine Reliefplatte als Grabschmuck auf dem Friedhof Ohlsdorf in Hamburg.

2 Das Handelshaus C. Woermann wurde 1837 in Hamburg gegründet. Bis heute operiert es als Expeditions-, Logistik- und Vertriebspartner in Ländern wie Ghana, Nigeria und Angola. Auf der Website steht lapidar: „1837 gegründet kann unser Handelshaus auf lange Beziehungen nach Afrika zurückblicken.“ Die koloniale Vergangenheit der Firma wird nicht erwähnt. Der Hamburger Geschichtswissenschaftler Jürgen Zimmerer erhielt 2014 vom Senat der Hansestadt den Auftrag, die Geschichte der Handelshäuser vor allem in Bezug auf die Zeit des Kolonialismus zu erforschen. Zimmerer spricht von einem „Erinnerungsvakuum“ und erklärt in einem Artikel in *Der Spiegel*: „Bis heute tun die Erben des Kolonialismus so, als wäre nichts geschehen. (...) Ausgangspunkt für zahllose Verbrechen, für kolonialen Landraub und damit indirekt auch Massenmord waren damals Hamburger Firmen wie beispielsweise die Firma Woermann“ (*Der Spiegel* 12/2016).

3 Die Wahehe oder auch Hehe traten ab Mitte des 19. Jahrhunderts in Ostafrika als vereinigte Ethnie rund um die heutige Stadt Iringa in der Mitte Tansanias auf, südlich der Hauptstadt Dodoma. Gegen die deutsche Kolonialmacht lehnten sie sich lange Zeit auf und konnten 1891 einen Sieg im Gefecht bei Rugaro feiern, ehe sie sich 1894 der deutschen Schutztruppe ergeben mussten. Während des sogenannten Maji-Maji-Aufstandes (1905–1908) bewiesen sie dann gegenüber den Deutschen die versprochene Loyalität und entsandten zur Unterstützung eigene Hilfstruppen. Chief Mkwawa, der Häuptling der Hehe, führte noch bis 1898 einen einsamen Guerillakrieg gegen die deutschen Besatzer. Nach seinem Tod wurde ihm auf Geheiß des Feldwebels Johann Merkl der Kopf abgeschnitten. Später hat man die Trophäe nach Deutschland gebracht. Im Versailler Vertrag verfügten die Siegermächte des Ersten Weltkrieges die Rücksendung des Schädels, was – soweit bekannt – erst in den 1950er-Jahren geschah. Nachzulesen ist das in dem Buch „Eine Kopfjagd. Deutsche in

Ostafrika“ von Martin Baer und Olaf Schröter (Ch. Links Verlag, Berlin 2001).

4 Man träumte von Profit und Reichtum, entwickelte Welthandelspläne und kaschierte den eigenen Raubtierkapitalismus mit dem hehren zivilisatorischen Auftrag, afrikanische Länder zu entwickeln und voranzubringen. Der heuchlerische Plan war es, die Ureinwohner zu befrieden, sie aus wirtschaftlich interessanten Gebieten zu vertreiben und sich gleichzeitig ihre Arbeitskraft zu sichern. Als ökonomische Lösung wurde ein „negererhaltendes Vorgehen“ ausgegeben. Dörfer wurden niedergebrannt und Arbeitslager eingerichtet, während die Woermann-Reederei mit Truppentransporten von Hamburg nach Deutsch-Ostafrika viel Geld verdiente. In der *Deutschen Kolonialzeitung* hieß es 1908 beschwichtigend: „Die Eingeborenen sind Menschen wie wir, sie haben dieselben Empfindungen wie Regungen, aber um im Bilde des Biologen zu bleiben, die Farbigen sind Zottelponies, nette Tierchen und gut zu grober Arbeit, wir aber sind das durch lange Zucht hochentwickelte Pferd edelster Rasse.“

5 Deutschland besaß phasenweise das drittgrößte Kolonialreich der Welt und ist eng mit den Schicksalen heutiger Länder wie Namibia, Tansania, Kamerun, Togo, Ruanda, Burundi, Ghana, Nigeria, Papua-Neuguinea, Palau, West-Samoa (und noch einiger mehr) verbunden.

6 Das differiert je nach Land und Definition. Die aktive deutsche Kolonialzeit erstreckte sich von der Berliner Kongokonferenz 1884/85 bis zum Ende des Ersten Weltkrieges, als mit dem Versailler Vertrag das offizielle Ende der Herrschaft von Deutschland über seine Kolonien besiegelt wurde.

7 Durch die Amerikareise von Christoph Kolumbus ab 1492 finden europäische Mächte damit an, über Kolonialreiche in Übersee nachzudenken, so zunächst Spanien und Portugal, bald aber auch die Niederlande, Großbritannien und Frankreich.

8 Vgl. den Beitrag von Noah Sow in diesem Heft.

9 Erschienen bereits 2009, nachzulesen auf der Website der Bundeszentrale für politische Bildung – <https://www.bpb.de/gesellschaft/migration/afrikanische-diaspora/59448/das-n-wort> [10.02.2021].

10 „I'm not your Negro“: <https://fsk12.bpb.de/mediathek/283417/i-am-not-your-negro> [10.02.2021].



UNSER AUTOR

Moritz Holfelder, geboren 1958 in Aschaffenburg, arbeitet seit 1984 als Filmkritiker und Radiojournalist vor allem für den Bayerischen Rundfunk in München. Außerdem ist er als Fotograf und Autor tätig. Zuletzt erschien von ihm „Unser Raubgut: Eine Streitschrift zur kolonialen Debatte“ (2019, Ch. Links Verlag; 2020 Bundeszentrale für politische Bildung).

Prof. Dr. Reinhold Weber ist neuer Stellvertretender Direktor



Neuer Stellvertretender Direktor der Landeszentrale für politische Bildung (LpB) ist ab 1. November 2020 Prof. Dr. Reinhold Weber. Das Kuratorium der LpB folgte in seiner Sitzung vom 13. Oktober 2020 dem Vorschlag von Landtagspräsidentin Muhterem Aras, MdL. Er tritt damit die Nachfolge von Karl-Ulrich Templ an, der zum 1. September

2020 in den Ruhestand verabschiedet wurde.

Prof. Dr. Reinhold Weber ist seit 2003 bei der LpB. Zunächst war er Chefredakteur der didaktischen Zeitschrift „Politik & Unterricht“ sowie der wissenschaftlichen Buchreihe „Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs“. Er hat sich als ausgewiesener Experte für Landespolitik und Landesgeschichte mit zahlreichen Publikationen zu Baden-Württemberg einen Namen im Land gemacht. Von Februar 2018 bis August 2020 leitete er die LpB-Abteilung „Haus auf der Alb“ in Bad Urach. Seit 1. September 2020 ist er Leiter der LpB-Abteilung „Medien und Methoden“ und in dieser Funktion zudem Stellvertretender Direktor der LpB.

Prof. Dr. Reinhold Weber hat an den Universitäten Tübingen und Manchester Neuere Geschichte und Anglistik studiert. 2003 wurde er mit einer Forschungsarbeit zur Parteien- und Wahlgeschichte im deutschen Südwesten promoviert. Seit 2013 ist er Honorarprofessor am Seminar für Zeitgeschichte der Universität Tübingen. Er ist Mitglied in zahlreichen wissenschaftlichen Beiräten und Kuratorien.

Prof. Dr. Michael Wehner leitet die neu geschaffene Abteilung „Regionale Arbeit“



Seit 1. November 2020 verfügt die Landeszentrale für politische Bildung (LpB) über eine neu geschaffene Abteilung „Regionale Arbeit“. Ihr steht Prof. Dr. Michael Wehner vor, der langjährige Leiter der Außenstelle Freiburg der LpB. Die neue Funktion nimmt er zusätzlich zu seiner bisherigen Tätigkeit wahr. Die Abteilung 5 „Regionale Arbeit“ um-

fasst die beiden Außenstellen in Heidelberg und Freiburg sowie die künftigen, sich im Aufbau befindlichen Außenstellen Tübingen und Ludwigsburg. Damit ist die LpB in allen vier Regierungsbezirken des Landes mit eige-

nen Standorten vertreten. Ein Schwerpunkt der regionalen Arbeit liegt in der Unterstützung der Schulen in Baden-Württemberg. So konzipieren die Außenstellen „Politische Tage“, die sich thematisch an den Bildungsplänen orientieren und Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit bieten, sich jenseits des schulischen Alltags mit politischen und gesellschaftlichen Fragestellungen zu befassen. Die Außenstellen engagieren sich zudem in der Erwachsenenbildung und führen in diesem Bereich vielfältige Veranstaltungen durch. Sie arbeiten dabei eng mit den Kreisen und Gemeinden sowie mit örtlichen Trägern der politischen Bildung in den jeweiligen Regierungsbezirken zusammen.

Prof. Dr. Michael Wehner hat Politikwissenschaft, Geschichte und Chemie studiert und war zwei Jahre lang im Schuldienst des Landes Baden-Württemberg tätig. Seit 1991 leitet er die Außenstelle Freiburg der LpB. Mit einer Arbeit über die Auswirkungen des veränderten Medien- und Kommunikationsverhaltens auf die politische Bildung wurde er 1995 promoviert. Seit 2018 ist er Honorarprofessor am Seminar für wissenschaftliche Politik der Universität Freiburg. Er ist Autor zahlreicher Veröffentlichungen zu politikwissenschaftlichen und pädagogischen Themen und hat Schulbücher in den Fächern Geschichte und Gemeinschaftskunde verfasst.

Claudia Möller ist neue Leiterin der Abteilung 2 „Haus auf der Alb“



Seit 1. Dezember 2020 übernimmt Claudia Möller die Leitung der Abteilung 2 „Haus auf der Alb“ im Tagungszentrum der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (LpB) in Bad Urach. Frau Möller ist seit 2015 als Leiterin der „Servicestelle Friedensbildung“ an diesem Standort für die LpB tätig. Sie hat die „Servicestelle Friedensbildung“ aufgebaut und als zentrale

Beratungs-, Vernetzungs- und Informationsstelle für alle Schulen des Landes etabliert. Zunächst wird Frau Möller weiterhin für die Leitung der Servicestelle zur Verfügung stehen und parallel dazu einen neuen Fachbereich aufbauen. Die Abteilung 2 „Haus auf der Alb“ umfasst die Fachbereiche „Schule und Bildung“, „Integration und Migration“, „Europa und Internationales“ und die „Servicestelle Friedensbildung“.

Claudia Möller hat den Bachelor of Arts in Europäische Studien an der Universität Osnabrück und den Master of Arts in Friedens- und Konfliktforschung an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg studiert. Vor ihrer Anstellung bei der LpB war sie in Sachsen-Anhalt tätig und bringt Erfahrungen aus zwei Auslandsjahren in England und China mit. Sie ist Trainerin für Betzavta, einer vom Adam Institut Jerusalem entwickelten Methode der Demokratie- und Friedensbildung.

Kolonialismus und Rassismus

Mark Terkessidis:

Wessen Erinnerung zählt? Koloniale Vergangenheit und Rassismus heute.

Hoffmann und Campe, Hamburg, 2. Auflage 2019.
222 Seiten, 22 Euro.

Wie soll erinnert werden? In welcher Form ist Erinnerung sinnvoll? Wer darf sich dazu äußern? Die historisch singuläre Schuld Deutschlands erklärt die Konzentration der deutschen Erinnerungskultur und Geschichtspolitik auf die Shoah. Durch diese „langen Schatten der Vergangenheit“ (Aleida Assmann) geraten andere historische Perioden oftmals aus dem Blick. Mark Terkessidis, renommierter Migrations- und Rassismusforscher, erinnert in seinem Buch „Wessen Erinnerung zählt?“ an weitere dunkle Episoden der deutschen Geschichte. Episoden, die nicht gänzlich vergessen, aber dennoch in den Hintergrund gedrängt wurden. Es geht ihm beileibe nicht darum, einzelne Schwerpunkte der Erinnerungskultur gegeneinander aufzurechnen oder gar zu relativieren.

Indem er den Zusammenhang von Kolonialgeschichte und heutigem Rassismus diskutiert, knüpft er an den aktuellen postkolonialen Diskurs an. Galt die deutsche Kolonialzeit lange als vergessenes Kapitel der Geschichte, nimmt das Thema Postkolonialismus angesichts kontroverser Debatten um das Humboldt-Forum merklich an Fahrt auf. Die Kritik an Museen, die eurozentrische, restaurative und koloniale Präsentationsmuster fortschreiben, berührt Eigentumsfragen und Restitutionsforderungen mit Blick auf unrechtmäßig erworbenes Kultur- und koloniales Raubgut.

Mark Terkessidis betrachtet Rassismus „als eines der großen Ungleichheitsverhältnisse der Moderne (...) und Kolonialismus als eine spezifische Periode in diesem Verhältnis“ (S. 191). Wenn die deutsche Kolonialpolitik thematisiert wird, werden zumeist die afrikanischen „Besitzungen“ in den Blick genommen. Terkessidis hingegen plädiert für eine umfassende und differenzierte Perspektive auf das deutsche koloniale Eroberungsstreben – eine Perspektive, die zeitlich weitaus früher einsetzt sowie ost- und südeuropäische Regionen einschließt.

Kolonialismus ist nicht nur eine Herrschafts- und Machtbeziehung, bei der grundlegende Entscheidungen über kolonisierte Bevölkerungen durch Kolonialmächte getroffen, wenn nötig auch mit Gewalt durchgesetzt und mit einem entsprechenden Interpretationsrahmen, der vermeintlich kulturelle Unterschiede propagiert, versehen werden. Terkessidis spricht in Anlehnung an den Literaturtheoretiker und Orientalismusforscher Edward Said von „sich überschneidenden Territorien“ (S. 12). Dieser Denkfigur zufolge lässt sich ohne Deutschland keine Geschichte Ostafrikas, Polens oder des Balkans schreiben und ohne Ostafrika, Polen oder den Balkan auch keine Geschichte Deutschlands. Die von Mark Terkessidis skizzierte Kolonialgeschichte beginnt im ersten Kapitel („Auf den Spuren von Kolumbus“) mit den Expeditionen der Augsburger Familien Fugger und Welser nach Kenia, Tansania und Venezuela. Die „Landnahmen“ waren gewaltsame Plünderungen ohne Rücksichtnahme auf Besitz, Kultur, Leib und Leben der ansässigen Bevölkerung. Der Dominikanermönch Bartholomé de Las

Casas geißelte 1542 die unmenschliche Ausbeutung und Herrschaftspraxis der Welser, die in Augsburg immer noch als „Handelsgenies“ gepriesen werden. Zur Bilanz der „Entdeckungen“ gehören der Sklavenhandel ebenso wie die Entstehung diverser Kolonialmuseen, in denen gegen Tand oder mit Gewalt „erworbenes“ Kultur- und Raubgut präsentiert werden. Das fragwürdige Paradigma, kulturelle Objekte vor Verfall und Chaos „retten“ zu müssen, reichte als Begründung aus, um hemmungslos und raffgierig zu plündern. Gerade deshalb entzündete sich am prestigeträchtigen Humboldt-Forum in Berlin massive Kritik. Es geht zum einen um den Umgang mit den Museumsbeständen, zum anderen um den Bezug zu Alexander von Humboldt, der als „nochmaliger Entdecker Amerikas“ (S. 31) selbst Teil des kolonialen Regimes gewesen ist. Nicht zuletzt neuere Bestseller (z. B. „Die Vermessung der Welt“ von Daniel Kehlmann) und erfolgreiche Biographien (z. B. „Alexander von Humboldt und die Entdeckung der Natur“ von Andrea Wulf) haben den Mythos des Naturforschers befördert.

Im Folgekapitel „Unser Beitrag zur Globalisierung“ (S. 69) zeigt Terkessidis am Beispiel der Kolonialgebiete in Afrika und im pazifischen Raum, dass die Geschichte der deutschen Kolonien auch stets eine Geschichte der Gewalt war. Die „Erschließung“ Afrikas löste Widerstand und Aufstände aus. Der Widerstand der Kolonisierten wurde z. B. im heutigen Namibia durch Völkermord und Konzentrationslager brutal gebrochen. Weithin unbekannt ist die koloniale Komponente des Völkermords an den Tutsi 1994 in Ruanda. Ruanda war von 1885 bis 1916 Teil der Kolonie Deutsch-Ostafrika. Die deutsche Kolonialherrschaft bevorzugte im Rahmen der Kolonialverwaltung die Minderheit der Tutsi gegenüber den Hutu. Diese Herrschaftspraxis wurde von Belgien, das nach dem Ersten Weltkrieg als Mandatsmacht fungierte, übernommen und war somit eine der Wurzeln des Völkermords an der Tutsi-Bevölkerung. Der Völkermord ereignete sich 1994, bei dem Hutu-Extremisten eine führende Rolle spielten. Der Stuttgarter Kriegsverbrecherprozess (2011–2015) gegen zwei politische Anführer aus Ruanda trug nicht nur zur Aufklärung der begangenen Grausamkeiten bei. Er machte deutlich, wie eng trotz der geographischen Distanz die Verbindungen zwischen Deutschland und Afrika auch in der Gegenwart noch sind. Obwohl die deutsche Kolonialherrschaft für diesen Völkermord nicht verantwortlich ist, war sie an der Entstehung der ethnischen Grenzziehung beteiligt.

Ein weiterer Schwerpunkt in dem Buch ist die „Osterweiterung der Erinnerung“ (S. 121ff.). Das aufstrebende Preußen erweiterte ab 1740 systematisch das eigene Territorium. Um die Jahrhundertwende bestand mehr als die Hälfte des Staatsgebiets aus ehemaligen polnischen Ländereien. Von acht Millionen Preußen sprachen drei Millionen Polnisch. In einer hemmungslosen Territorialpolitik wurden Bevölkerung und Land ausgebeutet. Gerechtfertigt wurde diese koloniale Machtpolitik durch die „Überlegenheit“ der deutschen Kultur, die eine naturhistorische Tatsache sei. Für Terkessidis hatte das preußische Regime im Osten Europas koloniale Züge. Diese Entwicklung gipfelte in der Annexion Polens unter Hitler, d. h. die „nationalsozialistische Planung [hatte] quasi die extremsten denkbaren Schlüsse aus der bisherigen Geschichte gezogen“ (S. 149). Bis heute zeigen sich mit Blick auf den Osten Europas postimperiale Ver-

flechtungen. Nationale Stereotypen, Klischees (z. B. die „polnische Wirtschaft“) und rassistische Wissensbestände über Menschen polnischer Herkunft existieren nach wie vor. Dass solche Wissensbestände in Krisenzeiten fröhliche Urständ feiern, zeigt Mark Terkessidis am Beispiel Griechenlands. Lange Zeit als unzuverlässiges und marodes, aber dennoch beliebtes Sehnsuchtsziel und Arkadien gefeiert, verlor Griechenland im Zuge der Finanz- und Eurokrise seine „Unschuld“. Griechenland wurde zum Paradebeispiel einer moralischen Verfehlung schlechthin. Kryptokoloniale Positionen lenkten von der ökonomischen Abhängigkeit und dem Verlust der politischen Souveränität Griechenlands ab. (Der Begriff „kryptokolonial“ meint einen Zustand von Staaten, die nominell politisch unabhängig sind, aufgrund ihrer wirtschaftlichen Abhängigkeit jedoch abhängig bleiben.)

Wie also sich erinnern? Woran sich erinnern? Und wessen Erinnerung zählt? Will man diese Fragen angemessen beantworten, ist in Rechnung zu stellen, dass sich der Erfahrungsraum der deutschen Gesellschaft verändert hat – sie „ist eine Vielheit geworden“ (S. 175). Deutschland ist ein Einwanderungsland und damit haben sich Raum und Perspektiven der Erinnerung erweitert. Dieser Erfahrungsraum ist zudem durch die Globalisierung größer und je abhängig von unterschiedlichen Erinnerungen kontroverser geworden. Postkoloniale Erinnerung in einer globalisierten und durch Migration vernetzten Welt ist aufgrund „sich überschneidender Territorien“ (Edward Said) mehr denn je auf kulturellen und sozialen Ausgleich in Form von offenen und respektvollen Dialogen angewiesen. In der Praxis ist dies nicht einfach. Will man vorschnelle Antworten vermeiden, gilt es laut Terkessidis, über mehrere Fragen nachzudenken: In welchen Formen wollen wir in einer Gesellschaft der Vielheit erinnern organisieren? Wer kann Anspruch auf Erinnerung erheben und wie kann darüber deliberativ verhandelt werden? Wie können „Lernorte“ – und dazu gehören auch Museen – unter dem Aspekt der Multiperspektivität anschlussfähig gemacht werden? Müsste nicht über die grundsätzliche Rolle von Denkmälern, Museen, von nationalem Erbe nachgedacht werden? Im Grunde – so Mark Terkessidis – ist die Frage, wie „die Erinnerungsarbeit genau aussehen soll, kaum exakt zu beantworten“ (S. 199). Terkessidis nimmt für sich in Anspruch, kein abschließendes (und umfassendes) Urteil bieten zu wollen. Es geht im vielmehr um Denkanstöße, nicht um eine allumfassende historische Abhandlung. Diese Denkanstöße machen die Stärke des Buches aus. Der weite und breit gefächerte Blick bietet einen historischen Längsschnitt, der schon aufgrund der Komplexität der deutschen Kolonialpolitik nicht unbedingt einer linearen Anordnung folgt. Durch entsprechende „Tiefenbohrungen“, einem historischen Querschnitt nicht unähnlich, werden Strukturen, Elemente und postkoloniale Auswirkungen der deutschen Kolonialgeschichte exemplarisch verdeutlicht. Terkessidis plädiert in seinem Buch für einen erweiterten Begriff deutscher Kolonialpolitik. Die historische Analyse ist zugleich ein engagierter Essay mit aufschlussreichen Bezügen zur aktuellen postkolonialen Debatte.

Siegfried Frech

Ein afrodeutscher Heimatkrimi

Noah Sow:

Die Schwarze Madonna. Fatou Falls erster Fall.

BoD – Books on Demand, Norderstedt 2019.
396 Seiten, 12,99 Euro.

Die Schwarze¹ Bürgerrechtlerin Noah Sow, geboren und aufgewachsen in Bayern, verbindet in ihren vielfältigen Arbeiten Wissenschaft, Kunst, Kultur und Literatur mit kritischem und antirassistischem Denken. Ihre Texte und Analysen werden in Medien, Politik und Wissenschaft gleichermaßen wahrgenommen und rezipiert. Ihr 2018 aktualisiertes Buch „Deutschland. Schwarz Weiß. Der alltägliche Rassismus“ ist längst ein Standardwerk in der Diskussion über Rassismus in Deutschland geworden (vgl. auch den Beitrag von Noah Sow in diesem Heft). Energisch, humorvoll und gelegentlich auch polemisch enttarnt Noah Sow den alltäglichen Rassismus und stellt eingefahrene Denkmuster infrage.

Im Jahr 2019 hat sie nun ihr erstes „leichtes“ Buch – so ihre eigenen Worte – vorgelegt, einen afrodeutschen Heimatkrimi, angesiedelt in der bayerischen Provinz. Ein Buch, das in ihrem eigenen Kulturkreis spielt und in dem Schwarze nicht als finstere Bedrohung, infantil, inferior oder gar sexistisch präsentiert werden. Ausschlaggebend für das Buch war u. a. die Tatsache, dass herkömmliche Krimis gesellschaftliche Differenzen und Alltagsrassismus in aller Regel ignorieren. Die Protagonisten sind zumeist weiß, Schwarze oder People of Color (PoC) sind unterrepräsentiert. Die Realität einer Schwarzen Autorin hingegen ist eine andere: „Ich muss mich vergewissern, dass ich [im Bus] wirklich ein Ticket habe, weil ich sonst nicht nur 80 € zahlen, sondern mir dazu noch rassistische Witze über ‚Schwarzfahren‘ anhören muss. Ich muss aufpassen, wo ich mich hinsetze, damit mir keine übergriffigen Saftnasen in die Haare fassen. Ich muss dem Nazi vor der hinteren Tür ausweichen, und ich muss mich von den casual Konversationen à la ‚das Boot ist voll‘ seelisch und mental abschirmen“ (Noah Sow).

Die Handlung des Krimis ist rasch erzählt: Die Schwarze Hamburger Kaufhausdetektivin Fatou Falls fährt mit ihrer elfjährigen Tochter Yesim in die katholische Wallfahrtsstadt Altötting. Yesim soll dort „ihre anderen Roots“ kennen lernen. Fatou Falls verbrachte ihre Kindheit in einem Nachbardorf des idyllischen und beschaulichen Wallfahrtsortes. Als sie die Kapelle der Schwarzen Madonna in Altötting besuchen, werden sie Zeuginnen von Vandalismus, untermalt von islamistischen Parolen zweier Täter. In der angespannten Stimmung des regionalen Wahlkampfs machen sich zunehmend Rassismus und Fremdenfeindlichkeit breit. Fatou glaubt nicht, dass die Täter Fremde waren. Sie lässt sich von ihrer Intuition leiten und beschließt, den Vorfall aufzudecken. Mit Unterstützung der örtlichen Refugee-Gruppe ermittelt sie in mono- und multikulturellen Milieus und in parteipolitischen Parallelgesellschaften. Einzelne Handlungsstränge, Dramaturgie und die Handlungslogik sollen hier nicht weiter vertieft werden.

Das 2015 geschriebene Buch fand lange Zeit keinen Verlag. Deutsche Literaturagenturen hatten verschiedene Erklärungen und Ausflüchte parat und monierten, dass „nur

so wenige deutsche Figuren im Buch sind“ (Noah Sow). Anzumerken bleibt, dass fast alle Figuren deutsch sind, nur eben nicht weiß. Noah Sow macht auf ihrer Homepage darauf aufmerksam, dass marginalisierte Stimmen heute immer noch damit rechnen müssen, abgewehrt zu werden. Publiziert wurde das Buch schlussendlich im Selbstverlag. Der Roman bietet genügend Gelegenheiten zum Schmunzeln, enthält jede Menge Aha-Effekte und eine ganze Portion „Community-Vibe“ (Noah Sow). Es geht u. a. auch um Frisuren, kitschige Verkleidungen, bigotte Geistliche, Bürgermeisterkandidaten am Rande des Nervenzusammenbruchs, um Burschenschaften und kommunalpolitische Männerbünde. Und Noah Sow wäre nicht Noah Sow, wenn ihr Buch nicht eine gehörige Portion Sprachwitz zu bieten hätte. Die Dialoge mit Fatous Ziehtante Hortensia oder mit ihrer Tochter Yesim, die in der bayerischen Provinz einen Kulturschock nach dem anderen erleidet (und erduldet), leben von ironischen und provokativen Sprachspielen.

Krimis werden allzu häufig als „seicht“ abgetan. Sows Krimi jedoch hat eine brisante Tiefenstruktur. Er zeigt, dass Rassismus und Diskriminierungen in den verschiedensten Bereichen und in der Mitte der Gesellschaft vorkommen. Gemeinhin wird Rassismus an den gesellschaftlichen Rändern verortet, als individuelles Fehlverhalten, als Ausländerfeindlichkeit oder Ausdruck rechtspopulistischer Gesinnung abgetan. Rassismus ist jedoch mitten in der Gesellschaft, in urbanen und ländlichen Milieus gleichermaßen anzutreffen.

Von Rassismus Betroffene werden gerne als dünnhäutig und/oder übersensibel stigmatisiert. Menschen, die Diskri-

minierung erfahren haben, sind jedoch Sensoren für Alltagsrassismus. Noah Sow sensibilisiert die Leserinnen und Leser des Kriminalromans für den alltäglichen Rassismus mit viel Humor, Selbstironie und gelegentlicher Polemik.

Siegfried Frech

1 Die Großschreibung „Schwarz“ soll darauf aufmerksam machen, dass es sich nicht um ein Attribut, um nichts „Biologisches“ handelt, sondern dass es eine politische Realität und Identität bedeutet. Zudem ist „Schwarz“ ein selbstgewählter Begriff (und keine Zuschreibung). Diese Schreibweise hat sich im akademischen Diskurs und in der Literatur inzwischen etabliert. Bei „weiß“ hingegen handelt es sich nicht um eine politische Selbstbezeichnung.

Gegen die Geschichtsvergessenheit!

Magnus Brechtken:

Der Wert der Geschichte. Zehn Lektionen für die Gegenwart.

Siedler Verlag, München 2020.
304 Seiten, 20,00 Euro

Vor allem nach politischen und gesellschaftlichen Katastrophen und Krisen beschäftigt die junge ebenso wie die ältere Generation die Frage: Können wir aus der Geschichte für die Zukunft lernen? Welche Früchte trägt der Geschichtsunterricht in den Schulen? Für Magnus Brechtken, stellvertretender Direktor des Instituts für Zeitgeschichte in München und Professor an der Ludwig-Maximilians-Universität, gibt es in seinem Buch „Der Wert der Geschichte“ nur eine einfache Antwort: „Wir können, wenn überhaupt, nur aus der Geschichte lernen. Etwas Anderes ist uns gar nicht verfügbar“ (S. 12). Dies gelingt am besten



Medienkompetenz erleben

Offene Onlinekurse der Landeszentrale für politische Bildung für den Unterricht

Mit wenigen Klicks sind Schüler*innen in einem Kursraum und durchleben mit fiktiven Jugendlichen digitale Herausforderungen. Ob Datenschutz, Hatespeech oder Verschwörungstheorien – in den methodisch und didaktisch durchdachten Kursräumen wird Medienkompetenz authentisch vermittelt. Fertige Arbeitsblätter können auch offline genutzt werden.

- Mit Herz gegen Hatespeech (Die Verbraucherzentrale Bundesverband bewertet den Online-Kurs mit gut.)
www.elearning-politik.de/mitherzgegenhatespeech.html
- Verschwörungstheorien erkennen
www.elearning-politik.de/verschwörungstheorien_kurs.html
- Daten verraten. Meine Persönlichkeit im Netz
www.elearning-politik.de/daten_verraten.html

Weitere offene Kurse für Schulklassen finden Sie hier:

www.elearning-politik.de/internetangebote_schulklassen.html

lpb
BW

mit Hilfe der Erinnerungen an das Vergangene, der Sammlung verfügbarer Erkenntnisse und der Prüfung historischer Fakten. Wenn wir uns daran orientieren, sind die Chancen für eine humane, friedvolle und lebenswerte Welt gegeben. Ohne immer wieder neue intellektuelle Anstrengung, ohne Rationalität, Aufklärung und Vernunft, ist dieses Ziel aber nicht zu erreichen.

Der moderne Mensch kann heutzutage fast alles mit dem Verstand erklären, vor allem das Funktionieren der Technik, aber auch Naturgewalten, Unglücksfälle und Krankheiten. Über Jahrtausende davor waren für alle unverständlichen Ereignisse des menschlichen Lebens die „Götter“ und andere äußere Mächte bzw. die Religionen Christentum, Islam, Buddhismus usw. zuständig.

Bis zur Epoche der Aufklärung lebte die Menschheit überwiegend in dieser alles bestimmenden „göttlichen Ordnung“ und wurde dann abgelöst von der Aufforderung, sich ihres eigenen Verstandes zu bedienen. Brechtken skizziert diese Wandlung mit Zitaten von Platon/Sokrates, Hobbes, Descartes, Montesquieu, Locke, Smith und vor allem mit Kant. Formulierungen in der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung (1776) und der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte (1789) in Frankreich dokumentieren das neue Menschenbild der Aufklärung. „Die Menschen werden frei und gleich an Rechten geboren und bleiben es.“ Damit war potentiell jeder aufgerufen, über sich und sein Handeln nachzudenken und die Folgen vorauszusehen.

An die Stelle der Religion traten allerdings bald politische Ideologien, die die persönliche Macht eines Herrschers bzw. eine bestimmte politische Ordnung begründen sollten. Wer ein konservatives Bild vom Menschen bevorzugt, will einen starken, ordnenden und sichernden Staat. Ein Liberaler sieht über allem die individuelle Freiheit, die es gegen Staat und Gesellschaft hochzuhalten gilt.

Der Autor sieht zwei grundsätzliche Strömungen: Konservatismus, Liberalismus und Sozialdemokratie gegen den dogmatischen Marxismus-Leninismus, den Sozialdarwinismus und den Rassismus des „Dritten Reiches“. Die erste Gruppe betont die individuelle Freiheit und Selbstbestimmung, die zweite sieht den Menschen als Objekt in einem historisch vorbestimmten Prozess.

Nach dem Zweiten Weltkrieg und dem nationalsozialistischen Rassismus beschloss die Generalversammlung der Vereinten Nationen 1948 die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“. Sie ist ein Beispiel dafür, was und wie man aus der Geschichte lernen kann. Ein historischer Fortschritt!

Brechtken gibt zu, dass vieles in der Realität anders verlief, z. B. Kalter Krieg, koloniale Machtpolitik oder Rassentrennung in den USA. Wer aber das freiheitliche Menschenbild und Herrschaftsmodell gelernt hat, es in sich trägt und verteidigt, kann anders analysieren, verstehen und bewerten. Der Autor verweist den Leser auf das krasse gegenteilige Menschenbild der Staatslenker Putin, Xi Jinping, Maduro, Chamenei, Orban, Bolsonaro und Trump.

Wie hat sich die Gleichberechtigung von Mann und Frau in der Geschichte entwickelt? Brechtken berichtet von krasen Beispielen, die aufhorchen lassen. Noch 2019 erklärt das Islamische Zentrum München unter Berufung auf einen Koranvers, dass Männer berechtigt seien, ihre Frauen zu

schlagen. Im Hinblick auf das Frauenbild der AfD ist in ihrem Wahlprogramm 2017 von einem Paradigmenwechsel zu einer aktivierenden Familienpolitik mit dem Ziel „Erhalt des eigenen Staatsvolkes“ (S. 60) zu lesen.

Frauen waren in der Geschichte über Jahrtausende von politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Macht ferngehalten. Erst durch Bewusstseinsprozesse und Machtverhandlungen konnte ein Fortschritt erreicht werden. Diesen „langen Weg zur Mündigkeit“ (S. 61) skizziert Brechtken an Beispielen des Wahlrechts, dem Eherecht und der freien Berufswahl.

Traditionelle Geschlechterrollen wurden z. B. lange Zeit durch die sogenannte Zölibatsklausel für Beamtinnen festgeschrieben. Im Großherzogtum Baden galt 1879: „Nur unverheiratete Frauen können als Lehrerinnen angestellt werden.“ Beamtete Lehrerinnen bekamen in Preußen bei Heirat ihre Entlassung. Welches Rollenbild stand dahinter? Eine verheiratete Lehrerin könne sich gleichzeitig weder um Mann und Kinder noch um ihre Aufgaben in der Schule mit der notwendigen Energie widmen (vgl. S. 67). Der Autor weist aber im Gegensatz darauf hin, dass Arbeitsleben und gleichzeitige Familienfürsorge in der Landwirtschaft und in Fabrikhallen dauernder Alltag war.

Wer Emanzipation durchsetzen will, braucht politische Macht, lehrt die Geschichte. Im Kapitel „Kampf um das Wahlrecht“ erfährt der Leser/die Leserin, wie die zentrale Forderung nach dem Frauenwahlrecht Stück für Stück durchgesetzt werden konnte. Minna Cauer gründete die Zeitschrift „Die Frauenbewegung“ und den Deutschen Verband für Frauenstimmrecht. Als weitere bedeutende Wegbereiterinnen galten Helene Lange und Clara Zetkin, die mit Widerstand und Anfeindungen zu kämpfen hatten.

Ausführlich geht Brechtken auf die gewandelte Rolle der Frau durch den Ersten Weltkrieg ein (Männer im Krieg – Frauen in der Produktion), ebenso auf die Frau im Nationalsozialismus, die möglichst viele Kinder „produzieren“ sollte (S. 76 f.), während die Männer für Herrenmenschentum und „Lebensraum“ kämpfen sollten. Bald fehlten aber wegen Wehrpflicht und Krieg männliche Arbeitskräfte. „Entsprechend wuchs der Druck, im Dienst der Rüstungswirtschaft das weibliche Arbeitskräftepotential auszuschöpfen. Verheiratete Landarbeiterinnen durften sich seit 1936 wieder an der Erntearbeit beteiligen, 1937 wurde das Beschäftigungsverbot für Ehefrauen aufgehoben und 1938 ein land- und hauswirtschaftliches ‚Pflichtjahr‘ für alle ledigen Frauen unter 25 Jahren eingeführt.“

Die Situation nach dem Krieg war geprägt von millionenfachem „Frauenüberschuss“ (vier Millionen Soldaten starben, über eine Million galt verschollen oder befand sich in Kriegsgefangenschaft). Trotzdem blieben Frauen als aktive Politikerinnen weiterhin unterrepräsentiert. Im Parlamentarischen Rat saßen nur vier Frauen (neben 61 Männern). Trotz erheblichem Widerstand opponierender Männer kam Artikel 3 „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ dann doch noch ins Grundgesetz.

Wie artikulierten im weiteren Verlauf Frauen ihre Interessen? Es gab Enquetekommissionen zur Situation der Frauen, Simone de Beauvoir schrieb über „Das andere Geschlecht“ (1949), worin sie hervorhebt, dass „das Leitbild der Frau nicht etwas von vornherein Gegebenes, sondern etwas historisch Gewordenes sei“ (S. 82).

Immer mehr spielten außerparlamentarische und neue soziale Bewegungen eine bedeutende Rolle. Mit dem Einzug der Grünen in den Bundestag 1983 ging ein Aufschwung weiblicher Macht einher. Sie präsentierten 1984 den ersten ausschließlich von Frauen gebildeten Fraktionsvorstand und gaben „eine Vielzahl feministischer Impulse, die zunächst irritierten, dann (...) quer durch die Parteien wirkten und sich über Jahre in kleinen, aber kontinuierlichen Reformschritten niederschlugen“ (S. 84).

Anhand der Frauenbewegung weist Brechtken ein weiteres Mal auf den Wert der Geschichte hin, in der wir erkennen können, wie Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und demokratische Freiheitsrechte erkämpft werden mussten.

Immer wieder bemängelt der Autor die Geschichtsvergessenheit und Skepsis gegenüber der Demokratie und „den“ Parteien. Dem stellt er den harten Kampf vorausgegangener Jahrhunderte gegenüber und betont immer wieder an vielen Beispielen, wie „unverzichtbar Parteien für die politische Willensbildung und den Ausgleich unterschiedlicher Interessen waren“ (S. 91). Vor diesem Hintergrund gehört eine Art Informationspflicht und vielleicht ein gewisses politisches Engagement der Bürgerinnen und Bürger dazu, dies lehren die Erfahrungen aus Naziherrschaft, Weltkriegen und Kommunismus. „Demokratie fiel nicht vom Himmel. Sie hatte – und hat – einen Blutpreis“ (S. 117).

Als weiterer historischer Lernprozess nach dem Krieg galt, das nationale Interesse mit „rationalem“ Interesse zu verbinden, und zwar mit Hilfe internationaler Organisationen, angefangen beim Europarat bis zur EU, die zu mehr Vertrauen und Frieden sowie zur Überwindung des Nationalismus führten. „Auf den Schlachtfeldern des Ersten Weltkriegs und den Soldatenfriedhöfen kann man sich ein Bild machen, was Europa hinter sich gelassen hat.“ Deshalb: Achtung vor neuen nationalistischen Bewegungen in Polen, Ungarn oder bei manchen Formulierungen im Programm der AfD.

Im Kapitel „Ordnung der Macht: Krieg und Frieden“ legt Brechtken die geschichtliche Erfahrung dar, dass eine Regierung mit einer freien Bevölkerung stets die Gründe sorgfältig präsentieren muss, bevor es zu einem Kriegseinsatz kommt. Anders die autokratisch regierten Staaten, z. B. Russland, die Soldaten ohne parlamentarische Kontrolle in Kriege schicken. Der Autor führt viele Beispiele aus der Geschichte bis hin zur Gegenwart an, „wie Gesellschaften gelernt haben, Wettbewerb zu zivilisieren und zu erkennen, dass es profitabler ist, auf Kriege zu verzichten, als auf Beutegewinn zu spekulieren“ (S. 159).

Die Vereinigung erschien uns Deutschen 1990 wie ein Geschenk – ohne jeden militärischen Konflikt, denn Hegemonie- und Gewaltverzicht der Sowjetunion war Kennzeichen von Gorbatschows Politik. In ihm sehen wir, wie entscheidend die jeweils regierenden Persönlichkeiten sind. Man stelle sich vor, Putin und Trump wären zu dieser Zeit an der Macht gewesen (S. 192).

Im letzten Kapitel stellt der Autor die historischen Erfahrungen mit den verschiedenen Wirtschaftsmodellen dar, dem demokratisch-marktwirtschaftlichen und dem sozialistisch-planwirtschaftlichen. Kritisch betrachtet er den Siegeszug des Neoliberalismus seit den 1980er-Jahren, in dem der Staat sich zurückzieht und der Einzelne mehr für sich sorgen soll. Weil nicht jeder vollständig zur Eigenver-

antwortung fähig ist (z. B. Kranke, Bildungsferne, Geringqualifizierte), kann es zu Verwerfungen in der Gesellschaft kommen. Dann müssen der Staat und die Solidargemeinschaft ordnend eingreifen.

Global betrachtet hat sich das autoritäre China zur zweitgrößten Wirtschaftsmacht entwickelt. Die Welt soll erkennen, wie sein Wirtschaftssystem unserem freiheitlichen überlegen ist. Zugespitzt formuliert: „Diese Systemkonkurrenz hat diejenige des Kalten Krieges abgelöst. Wir müssen uns diese Konkurrenz mit klarem historischem Bewusstsein stellen“ (S. 232). Unsere Bevölkerung sollte deshalb unbedingt vom eigenen politisch-ökonomischen Modell und seinem demokratisch-partizipatorischen Motor überzeugt und gestärkt werden, am besten durch wirtschaftliche Beteiligung, besonders der wirtschaftlich schwächeren Gruppen. Brechtken wirbt deshalb ausführlich mit vielen Zahlen- und Rechenbeispielen für einen „Deutschlandfonds“, in dem die Bürgerinnen und Bürger nicht auf Almosen oder Sozialprogramme angewiesen sind, sondern an Unternehmen (z. B. durch Aktien) beteiligt werden.

Das Buch endet mit einer Zusammenfassung in Form von „Zehn Lektionen für die Gegenwart“ (S. 249). Weil unsere freiheitliche Ordnung zurzeit sehr bedroht ist, ruft der Münchner Historiker zu persönlichem Engagement auf und mahnt abschließend: „Wenn wir vergessen, was die Grundlagen unserer Freiheit sind und wie sie erkämpft wurden, laufen wir Gefahr, sie zu verlieren. Setzen wir uns dafür ein, sie zu erhalten!“ (S. 252).

Für alle, die mit historischer und politischer Bildung zu tun haben, lohnt sich die Lektüre. Der Text ist an vielen Stellen, wie die zugrundeliegende Vorlesung im Sommersemester 2019, mit aktuellen Beispielen anschaulich und zugleich unterhaltsam geschrieben. Brechtken hat neben den wissenschaftlichen Profis alle mündigen Bürgerinnen und Bürger im Blickpunkt, also die gleiche Zielgruppe wie die Zeitschrift der Landeszentrale „Bürger & Staat“.

Berthold Schöffner

Handbuch zum europäischen Integrationsprozess

Peter Becker und Barbara Lippert (Hrsg.):

Handbuch Europäische Union.

Springer VS, Wiesbaden 2020.

Zwei Bände, 994 Seiten, 149,99 Euro.

Ein neues Handbuch zur Europäischen Union (EU) und dem europäischen Einigungsprozess haben Barbara Lippert und Peter Becker herausgegeben. Beide sind bei der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin tätig und forschen zu verschiedenen Aspekten der europäischen Integration und der EU. Die Herausgeberin und der Herausgeber haben insgesamt 45 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler für die Mitarbeit an diesem zweibändigen Handbuch gewinnen können. Darunter sind überwiegend Politikwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler, aber auch Juristinnen, Juristen, Wirtschaftswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler. Die meisten Autorinnen und Autoren kommen aus dem deutschsprachigen Raum, sodass lediglich zwei Aufsätze in englischer Sprache verfasst sind.

Das fast 1.000-seitige Werk ist in fünf Teile gegliedert und enthält 42 Beiträge. Im ersten Band finden sich die beiden Abschnitte zur Geschichte und Gegenwart des europäischen Integrationsprozesses sowie zu den Grundsatz- und Zukunftsfragen der EU. Frank Schimmelpfennig eröffnet das Handbuch mit einem Beitrag zu den Theorien der europäischen Integration. Weitere Aspekte im ersten Teil sind die Geschichte der Erweiterung und der Vertiefung der europäischen Zusammenarbeit sowie Darstellungen zu den inneren Triebkräften und äußeren Einflüssen auf den Einigungsprozess. Martin Große Hüttmann befasst sich mit den prägenden Persönlichkeiten in der Geschichte der europäischen Integration und betont die Kontextabhängigkeit einer solchen Auflistung. Und Simon Bulmer analysiert mit einem Blick aus dem Vereinigten Königreich die Rolle Deutschlands innerhalb der EU.

Gabriele Abels widmet sich zu Beginn des zweiten Teil der Legalität und Legitimation der EU und diskutiert auch deren Demokratiedefizit. Sie mahnt angesichts der weitreichenden Bedeutung der EU und ihren umfassenden Kompetenzen eine breite Legitimationsgrundlage an. Solange die Frage nach der Finalität des Einigungsprozesses weiterhin offen sei, könne auch die Antwort auf das Demokratiedefizit der EU nur vorläufig sein. Wichtig sei es in jedem Fall, die Bürgerinnen und Bürger in einen solchen Diskurs einzubinden. Dies kann auch als Auftrag an die politische Europabildung verstanden werden.

Zu den thematisierten Grundsatzfragen im zweiten Abschnitt des Handbuchs gehören die europäische Identität, das Konvergenzprinzip und die Solidarität innerhalb der EU. Gerade der letzte Punkt mit all seinen Aspekten und

gegenläufigen Positionen ist angesichts der Corona-Pandemie einmal mehr ins öffentliche Bewusstsein gerückt. Mit dem beschlossenen EU-Aufbauprogramm ist 2020 ein neues Kapitel europäischer Solidarität aufgeschlagen worden. Auch das Handeln der EU als globaler Akteur wird dargestellt und dabei der EU durchaus Handlungsfähigkeit bescheinigt. Allerdings hat die EU den Nachteil, als Staatenbund die unterschiedlichen Interessen der Mitgliedstaaten einen zu müssen, während andere globale Akteure wie die USA, China oder Russland hier schneller handeln können.

Im zweiten Band des Handbuchs geht es im dritten Teil zunächst um die Institutionen und Akteure. Neben Einzelanalysen zu den vertraglich festgeschriebenen Organen der EU wird auch die Rolle der beiden beratenden Organe – Wirtschafts- und Sozialausschuss sowie Ausschuss der Regionen – dargestellt. Weiterhin werden die Rolle der nationalen Parlamente untersucht, die mit dem Vertrag von Lissabon aufgewertet wurde, und die Parteienlandschaft auf europäischer Ebene analysiert. Keine Erwähnung findet allerdings der Europäische Rechnungshof. Auch wenn seine politische Bedeutung gering ist, so ist er doch eines von sieben in den Verträgen genannte Organ der EU.

Kompetenzen und Verfahren sind die Themen im vierten Teil. Eine Darstellung des Rechtssetzungsverfahrens findet sich hier ebenso wie eine Erörterung der vertraglichen Grundlagen für Beitritt, Austritt und Assoziierung. Auch die Kompetenzen und Zuständigkeiten der EU werden im Lichte des Subsidiaritätsprinzips diskutiert. Einzelne Aufsätze sind der speziellen Form der Politikkoordination sowie der differenzierten Integration in einem Europa der unter-

Von Hölderlin bis Jünger

Zur politischen Topographie der Literatur im deutschen Südwesten

Hrsg. von Thomas Schmidt und Kristina Mateescu



l**pb**
Landeszentrale für politische Bildung
Baden-Württemberg

Von Hölderlin bis Jünger

Zur politischen Topographie der Literatur im deutschen Südwesten

Hrsg. von Thomas Schmidt und Kristina Mateescu

Das Verhältnis von Literatur und Politik gilt als schwierig. Literatur, die sich politischen Zielen verschrieb, wurde nicht selten die ästhetische Qualität abgesprochen, während jener Dichtung, die sich fern von den Aktualitäten des Alltags als Schutzraum des Schönen verstand, Folgenlosigkeit oder gar ethische Verantwortungslosigkeit vorgeworfen wurde. Diese mitunter selbst schon ideologisch gewordenen Frontlinien werden in diesem Band nicht bestärkt. Vielmehr legen die Beiträge konkrete Kontaktzonen zwischen Literatur und Politik frei und zeigen, wie eng und vielfältig die Sphären der literarischen und der politischen Kultur miteinander verknüpft sind. Sämtliche Beiträge argumentieren dabei vom Ort aus und zeigen so Baden-Württemberg als einzigartige Literatur und Kulturlandschaft.

6.50 Euro zzgl. Versand, Bestellung ausschließlich im Webshop der Landeszentrale für politische Bildung: www.lpb-bw.de/shop
E-Book (kostenlos) unter www.lpb-bw.de/e-books.html

l**pb**
BW

schiedlichen Geschwindigkeiten gewidmet. Zudem wird der Einfluss von Interessengruppen auf den Gesetzgebungsprozess erörtert.

Ausgewählte Politikfelder und europäische Projekte werden im fünften Teil des Buches thematisiert. Hierzu gehört der europäische Binnenmarkt, der von Berthold Busch und Jürgen Matthes als Herzstück des Einigungsprozesses bezeichnet wird. Weiterhin gibt es einzelne Kapitel zur Wirtschafts- und Währungsunion, zur EU-Haushaltspolitik und der gemeinsamen Handelspolitik. Der europäischen Agrarpolitik sowie der Struktur- und Kohäsionspolitik sind ebenfalls eigene Beiträge gewidmet.

In diesem abschließenden Teil werden auch die Energie- und Klimapolitik und die Sozialpolitik der EU (inklusive der Beschäftigungspolitik) sowie die Innen- und Justizpolitik vorgestellt. Die Gestaltungsmöglichkeiten der EU sind in diesen Politikbereichen unterschiedlich stark ausgeprägt. Gerade die Klima- und Sozialpolitik forderten und fordern mit Blick auf die „Euro-Krise“ bzw. die Klimakrise die EU besonders heraus.

In einem unsicheren internationalen Umfeld mit neuen Machtzentren und Allianzen kommt der europäischen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik eine zunehmende Bedeutung zu. Die US-amerikanischen Entwicklungen während der Präsidentschaft von Donald Trump und das Ausscheiden des Vereinigten Königreichs aus der EU haben hier neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit befördert. Zugleich tun sich viele Staaten schwer, solche Kompetenzen aus dem inneren Bereich der staatlichen Souveränität auf die europäische Ebene zu verlagern.

Das Handbuch bietet insgesamt einen umfangreichen und fundierten Einblick in den aktuellen Stand der europäischen Integration. Die gute Struktur des Buches und der einzelnen Kapitel ermöglichen ein gezieltes Informieren und Nachlesen. Ein Sachregister könnte zu mehr Nutzerfreundlichkeit beitragen. Der europäische Prozess entwickelt sich stetig weiter und verändert sich. In der Europabil- dung Tätige sind mit dem Handbuch auf einem aktuellen Stand. Es bleibt zu wünschen, dass neuere Entwicklungen zeitnah in weiteren Auflagen berücksichtigt werden und das Handbuch somit längerfristig aktuell bleibt.

Robby Geyer

Serienfiktion und Realität

Brigitte Biehl:

Leadership in Game of Thrones.

Springer VS, Wiesbaden 2020.
135 Seiten, 37,99 Euro.

Seit einiger Zeit sind vermehrt Fernsehserien zum Forschungsgegenstand in den Sozialwissenschaften geworden, wie u. a. der 2018 von Anja Besand herausgegebene Band *Von Game of Thrones bis House of Cards: Politische Perspektiven in Fernsehserien* zeigt. Auch für die politische Bildung bieten solche Formen der Popkultur interessante Perspektiven. Literatur und Musik, auch einzelne Filme gehören schon lange zum Materialienfundus der politischen Bildung. Auffällig ist aber, dass mittlerweile weitere Genres und Erscheinungsformen der Popkultur erschlossen

werden. Neben den Star Wars-Filmen oder den Marvel-Superhelden gehören hierzu auch populäre Serien wie *Game of Thrones*, *House of Cards*, *The Walking Dead*, *The Man in the High Castle* oder *The Handmaid's Tale*. Zum Teil beruhen diese Serien auf literarischen Vorlagen, die schon fast vergessen oder nur einem sehr kleinen Leserkreis bekannt waren bzw. sind.

Leadership in Game of Thrones von Brigitte Biehl untersucht aus der Perspektive der Managementforschung, wie in dieser Fernsehserie das Thema „Führung“ aufgegriffen wird. Brigitte Biehl ist Professorin für Media and Communication Management an der SRH Berlin University of Applied Science (School of Popular Arts). Auch wenn ihr Blickwinkel einen wirtschaftswissenschaftlichen Fokus haben mag, so sind die Aspekte Macht- bzw. Herrschaftsausübung und Führung ureigene Themen der Sozialwissenschaften. Es sei an dieser Stelle nur an Max Weber und seine Charakterisierungen von Herrschaft und Macht erinnert.

Führung wird von Biehl als ein Prozess der Beeinflussung beschrieben, der im Kontext von Gruppen stattfindet, mit dem bestimmte Ziele verfolgt würden. Leadership ist demnach eng mit Aspekten wie Sinnstiftung, Motivation oder auch Manipulation verbunden. Obwohl die Serie *Game of Thrones*, die zwischen 2011 und 2019 in acht Staffeln ausgestrahlt wurde, im fiktiven Königreich Westeros und den angrenzenden Ländern spielt, lassen sich doch zahlreiche Verbindungen und Parallelen zur Realität ausfindig machen.

Die Autorin untersucht verschiedene Protagonistinnen und Protagonisten der Serie und charakterisiert verschiedene Formen von Leadership. Die einzelnen Kapitel des Buches sind nach den jeweiligen Grundlagen und Besonderheiten verschiedener Führungsstile gegliedert.

So geht es beispielsweise im ersten Kapitel um Ehrlichkeit, Prinzipientreue und einen authentischen Führungsstil, wie ihn Lord Eddard Stark, der Wächter des Nordens, verkörpert. Zugleich thematisiert die Autorin, worin die Probleme des jeweiligen Herrschaftsstils liegen. Mit seiner Art von Führung verkennt Eddard Stark die Realität, kann seine Gegner nicht richtig einschätzen und scheitert letztlich an seinen eigenen Prinzipien. Zugleich kann er den aufziehenden Kampf um den Eisernen Thron nicht verhindern.

Am Beispiel von Robb Stark und seiner Mutter Catelyn Stark diskutiert die Autorin Leadership auf der Grundlage von eingesetztem Kapital. Hierbei sind neben finanziellen Ressourcen auch soziales und kulturelles Kapital gemeint. Asha Graufreund von den Eiseninseln führt ihre Flotte, indem sie besonders männlich auftritt, während die Macht von Lord Varys auf einem umfangreichen Spionagenetzwerk beruht. Als Frau bzw. Eunuch müssen sie sich in einer patriarchalischen Welt behaupten, können sich aber im Laufe der Serie nicht durchsetzen.

Weitere Herrschaftsformen, die kapitelweise diskutiert werden, sind die Herrschaft von Frauen, bei denen deren Weiblichkeit einen besonderen Stellenwert einnimmt. Verschiedene starke Frauen wie Daenerys Tagaryen, Cersei Lennister oder Sansa Stark treten im Verlauf der Serie in Erscheinung. Bei ihrer Herrschaftsausübung kommen zudem weitere Elemente zum Tragen. Cersei Lennister ist stark auf ihren Zwillingbruder und ihre Kinder fokussiert

und erscheint über weite Strecken als einsam und isoliert, während Daenery Tagaryen besonders stark auf ihr Charisma setzt, was mit Titeln wie „Mutter der Drachen“ oder „Sprengerin der Ketten“ deutlich wird. Sie kann zahlreiche Anhängerinnen und Anhänger um sich scharen. Sie gilt lange Zeit als mögliche Königin auf dem Eisernen Thron. Letztlich scheitert sie an ihrer eigenen Radikalität und einem bis zur Totalität gesteigerten Herrschaftsanspruch und wird von Jon Schnee getötet. Er wird an verschiedenen Stellen als Kommandant der Nachtwache oder als „König des Nordens“ widerstrebend zum Anführer gemacht. Dies schlägt sich auch in seinem Führungsstil nieder, bei dem er zuweilen Kommunikationsfähigkeit, Leidenschaft oder Überzeugungskraft vermissen lässt.

Am Beispiel von Tyrion Lennister und Brandon Stark beschreibt die Autorin Führung von Menschen mit einer Behinderung. Der kleinwüchsige Tyrion Lennister gleicht sein Handicap durch Klugheit, Sarkasmus und Zähigkeit aus. Brandon Stark, der nach einem Sturz querschnittsgelähmt ist, entwickelt als Grünseher übernatürliche Fähigkeiten. Er wird letztlich zum neuen König von Westeros bestimmt. Viele anderen Führungsstile sind bis zum Ende der Serie dekonstruiert worden und viele Protagonistinnen und Protagonisten gescheitert.

Leadership, so Brigitte Biehl abschließend, wird uns in *Game of Thrones* als interaktiver Prozess präsentiert, die sich in den Beziehungen zwischen Menschen manifestiert. Ein einmal erworbener Führungsanspruch muss nicht von Dauer sein, sondern wird immer aufs Neue ausgehandelt. Die Geführten sind nicht Objekte der Herrschaft, sondern können Einfluss nehmen, indem sie einen Herrschaftsanspruch akzeptieren oder ihn gar aktiv unterstützen, aber auch indem sie ihn ablehnen. Zugleich hinterfragt die Serie traditionelle Führungsformen und die dazugehörigen Eigenschaften. Aus demokratietheoretischer Sicht ist es zudem interessant, dass in der Serie ein dynastischer Herrschaftsanspruch thematisiert, aber letztlich ebenfalls dekonstruiert wird.

Das Beispiel *Game of Thrones* zeigt, welche Potenziale in populären Serien und anderen Erscheinungsformen der Popkultur für die politische Bildung und für ihre verwandten Themenfelder Demokratiebildung und Extremismusprävention liegen, wenn es darum geht, mehr Breitenwirksamkeit zu erreichen oder besondere Zielgruppen (noch) besser zu erreichen. Das Thema Führung und Herrschaft ist dabei ein Beispiel, das aufgegriffen werden kann. Das vorliegende Buch bietet hierfür einen guten Einstieg.

Robby Geyer

Politische Tage

Für Schülerinnen und Schüler aller weiterführenden Schularten sowie Grundschulen ab Klasse 2

Ziele

- altersgemäße Auseinandersetzung mit politischen Fragen auf Grundlage des „Beutelsbacher Konsenses“
- Anregungen zum gesellschaftlichen und politischen Engagement
- Erwerb methodischer Kompetenzen und Einüben sozialer Lernformen
- Ergänzung und Vertiefung von Unterrichtsthemen der gesellschaftskundlichen Fächer

Besonderheiten

- methodisch abwechslungsreiche Formate (z. B. Planspiele, Szenario-Workshops, Aktionstage, u. a.)
- Themenvielfalt: Demokratie, Kommunalpolitik, Europa, Globalisierung, Frieden/Sicherheit, u. a.
- intensive thematische Auseinandersetzung über eine (Doppel-) Schulstunde hinaus
- Durchführung an Schulen oder außerschulischen Lernorten

Ansprechpartner für Schulen

- **Außenstelle Freiburg**
Regierungsbezirk Freiburg:
www.lpb-freiburg.de
- **Außenstelle Heidelberg**
Regierungsbezirk Karlsruhe:
www.lpb-heidelberg.de
- **Fachbereich „Politische Tage“**
Regierungsbezirk Stuttgart:
www.lpb-bw.de/politische_tage_stuttgart.html
- **Fachbereich „Politische Tage“**
Regierungsbezirk Tübingen:
www.lpb-bw.de/politische_tage_tuebingen.html

Bürger & Staat, 70. Jahrgang, 2020

Heft 1-2/2020: Vereint nach drei Jahrzehnten?

Eckhard Jesse	Das letzte Jahr der DDR	4
Gerhard Sälter	Die Mauer bröckelt: Die SED-Diktatur und ihr Ende im November 1989	13
Michael Fritsch	Ökonomisch vereint? Wirtschaftliche Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland dreißig Jahre nach der Wende	19
Jo Berlien	Aber in 30 Jahren redet kein Mensch mehr davon	26
Markus Decker	Einsichten eines „Wessis“: Die Geschichte einer Entfremdung	32
Wolf Wagner	Kulturschock oder wahrgenommene Aufstiegsblockaden? Das Modell des Kulturschocks	38
Everhard Holtmann	Wiederkehr eines gespaltenen Bewusstseins? – Politische Einstellungen in Ost- und Westdeutschland im Zeitverlauf	46
Erik Vollmann	Demokratieunterstützung und politische Kultur in Ost und West	51
Isabelle-Christine Panreck	Politisch zweigeteilt? – Wahlverhalten und Parteiensystem	59
Michael Schönherr, Olaf Jacobs	Wer beherrscht den Osten? Eliten in Politik und Wirtschaft	66
Martin Kopplin	Frauen in Ost und West: Angleichung nach drei Jahrzehnten?	71
Christiane Bertram	„Generation 1975 – Mit 14 ins neue Deutschland“ – Blick vom Osten und Westen in die deutsche Teilungsgeschichte	81
Siegfried Wittenburg	Für Freiheit, Demokratie und Menschenwürde	89

Heft 3/2020: Migration und Teilhabe

Hans-Jürgen Bieling, Nikolai Huke	Nach dem „Sommer der Willkommenskultur“: Teilhabekonflikte in der postmigrantischen Gesellschaft	108
Fatima El-Tayeb	Nach der Krise ist vor der Krise: Rassismus und Teilhabe in einer postpandemischen Welt	114
Anna Wyss, Annika Lindberg, Tobias Eule, Lisa Marie-Borelli	Kämpfe um Zeit im europäischen Migrationsregime	120
Karl-Heinz Meier-Braun	Deutschland ist (k)lein Einwanderungsland! – Geht ein endloser Konflikt zu Ende?	127
Silke van Dyk, Laura Boemke, Tine Haubner	Fallstricke des Helfens oder Sternstunden der Solidarität?	136
Olaf Tietje	„...wie immer im Gewerbegebiet.“ Einschränkungen der sozialen Teilhabe Geflüchteter durch ihre Unterbringung	144
Werner Schmidt	Betriebliche Integration nach Arbeitsmigration und Flucht	149
Albert Scherr, Helen Breit	Soziale Arbeit mit Geflüchteten	154
Samia Dinkelaker, Helen Schwenken	Fragmentierter Schutz an der Schnittstelle von gewaltförmigen Geschlechterverhältnissen und restriktiven Asyl- und Aufenthaltspolitiken	160
Delal Atmaca, Samia Dinkelaker	Ein Recht auf Schutz vor Gewalt für alle Frauen	167
Elisabeth Tuider	Willkommen in der Postmigrationsgesellschaft	171

Heft 4/2020: Fünf Jahre Grün-Schwarz

Siegfried Frech, Thomas Waldvogel	Rückblick und Ausblick: Die Landtagswahlen 2016 und 2021	196
Klaus Detterbeck	Spielräume einer Vernunftfehe: Die Rahmenbedingungen für Grün-Schwarz in Baden-Württemberg	206
Helmar Schöne, Stefan Immerfall, Bianca Strohmaier	Grün-schwarze Bildungspolitik in Baden-Württemberg	214

Renate Allgöwer	Grün-schwarze Wissenschaftspolitik	226
Felix Hörisch	Die Finanz-, Wirtschafts- und Arbeitspolitik der grün-schwarzen Landesregierung	232
Sandra Kostner	Integrationspolitik: Folgenbewältigung statt Reformen	240
Hans Gebhardt	Energie und Verkehr in Baden-Württemberg	248
Ulrich Eith	Baden-Württembergs Parteienlandschaft	261
Alexander Hensel	Die AfD: Parlamentarische Opposition im Stuttgarter Landtag	270
Catharina Vögele	Debattenkultur im Landtag: Zwischen Parteidisziplin, Zwischenrufen und Eklats	278
Joachim Behnke	Das Wahlsystem von Baden-Württemberg – Wahlanalysen und Reformperspektiven	285

Rezensionen

Steffen Mau	Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft	95
Werner J. Patzelt	Politische Bildung für ein demokratisches Deutschland. Ziele, Inhalte und Bilanzen	97
Alexander Görlach	Homo Empathicus. Von Sündenböcken, Populisten und der Rettung der Demokratie	98
Henrik Müller	Kurzschlusspolitik. Wie permanente Empörung unsere Demokratie zerstört	100
Elmar Erhardt	Deutsche Kriminalgeschichte. Verbrechen und Strafe als Spiegel der Gesellschaft	101
Wolfram Wette	„Hier war doch nichts!“ Waldkirch im Nationalsozialismus	103
Yuval Noah Harari	21 Lektionen für das 21. Jahrhundert	176
Hanne Weisensee	Bürgermeisterin werden – Fahrplan ins Amt. Praxistipps und Coachingtools	181
Michael Behrendt	Provokation! Songs, die für Zündstoff sorg(t)en	182
Stuart Jeffries	Grand Hotel Abgrund. Die Frankfurter Schule und ihre Zeit	184
Ulrich Bröckling	Postheroische Helden. Ein Zeitbild	187
Ulrike Ackermann	Das Schweigen der Mitte. Wege aus der Polarisierungsfalle	187
George Orwell	Über Nationalismus	188
Karl-Heinz Meier-Braun, Reinhold Weber	Ein Koffer voll Hoffnung – Das Einwanderungsland Baden-Württemberg	189
Torsten Faas, Oscar W. Gabriel,	Politikwissenschaftliche Einstellungs- und Verhaltensforschung. Handbuch für Wissenschaft und Studium	191
Jürgen Maier	Wissenschaftliche Buchgesellschaft. Corona-Stories. Pandemische Entwürfe von Kai Brodersen u.a.	292
Torsten Körner	In der Männerrepublik. Wie Frauen die Politik eroberten	293
Michael Frey	Vor Achtundsechzig. Der Kalte Krieg und die Neue Linke in der Bundesrepublik und den USA	295
Dietrich Leube	Schubart in Geislingen	296
Christoph Butterwegge	Die zerrissene Republik. Wirtschaftliche, soziale und politische Ungleichheit in Deutschland	298
Oliver Hilmes	Das Verschwinden des Dr. Mühe. Eine Kriminalgeschichte aus dem Berlin der 30er Jahre	300
Albert Londres	Afrika, in Ketten. Reportagen aus den Kolonien	302
Martin Härter	Die Kunst der guten Führung. Schritte zu einer leistungsfähigen Unternehmenskultur	303

Die Zeitschriften der Landeszentrale für politische Bildung



Für alle, die mehr wissen wollen...

Die Zeitschriften der Landeszentrale für politische Bildung BW

- BÜRGER & STAAT – Zeitschrift für Multiplikatoren politischer Bildung, www.buergerimstaat.de
- POLITIK & UNTERRICHT – Zeitschrift für die Praxis der politischen Bildung, www.politikundunterricht.de
- DEUTSCHLAND & EUROPA – Zeitschrift für Politik, Geschichte, Deutsch, Geografie und Kunst, www.deutschlandundeuropa.de

Bestellung oder Download als PDF, kostenlos (ab 500 g zzgl. Versand). Bestellung ausschließlich im Webshop der Landeszentrale: www.lpb-bw.de/zeitschriften.html

Schlussstriche und lokale Erinnerungskulturen

Die „zweite Geschichte“ der südwestdeutschen Außenlager des KZ Natzweiler seit 1945

Marco Brenneisen

Marco Brenneisen

Schlussstriche und lokale Erinnerungskulturen

Die „zweite Geschichte“ der südwestdeutschen Außenlager des KZ Natzweiler seit 1945



lpb
Landeszentrale für politische Bildung
Baden-Württemberg

Marco Brenneisen legt eine umfassende Darstellung der „zweiten Geschichte“ der südwestdeutschen Natzweiler-Außenlager vor, in der er den gesellschaftlichen, politischen, administrativen und historiographischen Umgang mit diesen Orten des Terrors seit der Besatzungszeit analysiert.

Er zeichnet Phasen und Zäsuren der Aufarbeitung und des Gedenkens nach und nimmt geschichts- und erinnerungspolitische Auseinandersetzungen auf lokaler und regionaler Ebene in den Blick.

Aus der Zusammenschau dieser spezifischen lokalen Erinnerungskulturen entsteht ein differenziertes Bild, das zum besseren Verständnis der heutigen Gedenkstättenlandschaft Baden-Württembergs beiträgt.

6.50 Euro zzgl. Versand, Bestellung ausschließlich im Webshop der Landeszentrale für politische Bildung: www.lpb-bw.de/shop
E-Book (kostenlos) unter www.lpb-bw.de/e-books.html

LpB-Shops/ Publikationsausgaben

Stuttgart

Lautenschlagerstraße 20
70173 Stuttgart
Telefon: 07 11/16 40 99-0

Öffnungszeiten:

Mo–Do 9 bis 12 Uhr

13 bis 15.30 Uhr

Fr 9 bis 12 Uhr

Außenstelle Freiburg

Bertoldstraße 55
79098 Freiburg
Telefon: 07 61/207 73-0

Öffnungszeiten:

Di/Do 9 bis 17 Uhr

Außenstelle Heidelberg

Plöck 22
69117 Heidelberg
Telefon: 0 62 21/60 78-0

Öffnungszeiten:

Di/Do 10 bis 17 Uhr

Mi 13 bis 17 Uhr

lpb

Landeszentrale
für politische Bildung
Baden-Württemberg



lpb SPEZIAL
2021 – Wählen gehen!

Druckausgaben neuerer Hefte können Sie (auch im Klassensatz) im Webshop der Landeszentrale www.lpb-bw.de/shop bestellen. Die Hefte sind kostenlos. Ab einem Sendungsgewicht von 500 g wird eine Versandkostenpauschale berechnet. Keine Bestellung per Telefon, Post, Fax oder E-Mail.



Die Ausgaben der Zeitschrift finden Sie im Internet zum kostenlosen Download auf der Seite www.buergerundstaat.de